

NACHRICHTEN DER
GIESSENER
HOCHSCHULGESELLSCHAFT

FÜNFUNDREISSIGSTER
BAND



1966

WILHELM SCHMITZ VERLAG IN GIESSEN

NACHRICHTEN DER
GIESSENER
HOCHSCHULGESELLSCHAFT

FÜNFUNDREISSIGSTER
BAND



1966

WILHELM SCHMITZ VERLAG IN GIESSEN

Herausgeber des Bandes: Professor Dr. phil. Herbert Ludat

Copyright by Wilhelm Schmitz in Gießen
Dezember 1966

von Münchowsche Universitätsdruckerei Wilhelm Schmitz in Gießen

Inhaltsverzeichnis

Hugo Spatz	Seite
Julius Hallervorden (1882—1965)	5
Helmut Bartels	
Hugo Keller (1893—1966)	11
Friedrich Spiegl	
Professor Dr. med. Hans Georg Rietschel zum Gedenken . . .	15
Richard Kepp	
Probleme der modernen Geburtshilfe	17
Richard Kepp	
Zur gegenwärtigen Lage der Justus Liebig-Universität . . .	27
Gerhard Stoltenberg	
Staat, Wissenschaft und Wirtschaft	33
Helge Pross	
Zur Stabilität demokratischer Institutionen in der Bundes- republik	49
Hans Linser	
Veröffentlichung und Dokumentation in der naturwissenschaft- lichen Forschung	63
Adolf Otto Jäger	
Zur psychologischen Bedeutung von Normen	75
Inge Leimberg	
Zur Tradition der Motive in Walt Whitmans 'Leaves of Grass'	91
Walter Hatto Gross	
Zur Laokoon-Gruppe und ihren Künstlern	107
Ottmar Kerber	
Fragen um Jan van Eyck	117
František Graus	
Adel, Land und Herrscher in Böhmen vom 10. bis 13. Jahr- hundert	131
Klaus-Detlev Grothusen	
Die Rolle Serbiens in der Geschichte Südosteuropas	155
Hans Georg Gundel	
Treitschke und Oncken um 1870 — Zu einigen unbekanntem Gelehrtenbriefen	169
Bericht	183

Dieser Band enthält 17 Abbildungen

Julius Hallervorden (1882—1965)

Der Altmeister der deutschen Neuropathologie, JULIUS HALLERVORDEN, ist am 29. Mai 1965 im 83. Lebensjahr, als Emeritus des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, in Frankfurt verschieden. Über zwölf Jahre ist er in Gießen tätig gewesen. Wir haben uns beide als Gießener gefühlt.

Ab 1938 war er Leiter der Neuropathologischen Abteilung des Kaiser Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin-Buch. Gegen Ende des Krieges entschloß er sich, eine behelfsmäßige Ausweichstelle in Dillenburg (nahe den Resten des Schlosses, in dem Wilhelm von Oranien geboren war) zu beziehen; wertvolles Material und ein Teil der Bibliothek des Kaiser Wilhelm-Instituts wurden dadurch gerettet. 1948 wurde seine Neuropathologische Abteilung zusammen mit meiner Neuroanatomischen Abteilung in die inzwischen gegründete Max-Planck-Gesellschaft überführt, und Ende 1949 erfolgte die Verlegung beider Abteilungen nach Gießen in Räume des Physiologischen Instituts. Die Aufnahme der Flüchtlinge durch die Gießener Kollegen war überaus herzlich, und es entwickelte sich bald eine harmonische Zusammenarbeit mit der damaligen Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung unter ihrem Dekan FERDINAND WAGENSEIL und mit anderen Instituten der Justus Liebig-Hochschule, die 1957 bei der Wiedererrichtung der alten Universität in die Justus Liebig-Universität überging. Heute erscheint es uns wie ein Wunder, daß nach der schrecklichen Kriegszerstörung Gießens in relativ kurzer Zeit ein solcher Wiederaufbau vollbracht wurde und daß auch die ehrwürdige Universität wieder steht. Diesen glücklichen Wandel hatten HALLERVORDEN und ich intensiv miterlebt. — Im Sommer 1962 siedelte er mit der Verlegung des Instituts in einen Neubau nach Frankfurt über und setzte dort bei seinem Nachfolger W. KRÜCKE seine Tätigkeit fort. An die Gießener Jahre hat HALLERVORDEN stets gerne zurückgedacht; er nannte sie in dankbarer Erinnerung eine fruchtbare und eine begegnungsreiche Zeit. Von den mannigfachen Ehrungen, die ihm zuteil wurden, hat ihn keine so gefreut wie die Ernennung zum Dr. h. c. durch die Gießener Medizinische Fakultät.

Kurz sei über einige Daten aus HALLERVORDENS früherem Leben referiert. Er wurde am 21. 10. 1882 in Allenberg, Kreis Wehlau in Ostpreußen als Sohn eines Irrenarztes an der dortigen Psychiatrischen Anstalt geboren. Er ist immer — ohne Sentimentalität, die ihm nicht lag — Ostpreuße geblieben, und die kritischen Erkenntnisse und ethischen Forderungen des Königsberger Weisen blieben für sein ganzes Leben feste Richtlinien. Das Studium verbrachte er in Königsberg, und dann wandte er sich, den Spuren des Vaters folgend, bald der psychiatrischen Anstaltslaufbahn zu, ohne je

Assistent an einer Universitätsklinik gewesen zu sein. Er arbeitete unter dem von ihm sehr verehrten MAX LAEHR an der Nervenheilstätte „Haus Schönow“ bei Berlin, wo schon frühzeitig Arbeitstherapie betrieben wurde. Dann war er 23 Jahre lang (1913—1936) Assistent und später 1. Oberarzt an der Psychiatrischen Anstalt in Landsberg a. d. Warthe bzw. später in Potsdam. Die caritativen und sozialen Aufgaben der psychiatrischen Anstalt zogen ihn an, und das warme Interesse an den Fortschritten der Irrenfürsorge in den Anstalten ist bei ihm auch später immer rege geblieben. Doch neben der klinischen Tätigkeit hat ihn schon frühzeitig auch das Problem des anatomischen Substrates der Geisteskrankheiten beschäftigt. Er begann als Autodidakt mit der Untersuchung der Gehirne der in Landsberg verstorbenen Patienten in dem kleinen Laboratorium der Anstalt. Später hat er immer wieder betont, daß den Anstalten wegen ihrer vorwiegend chronischen Kranken besondere wissenschaftliche Aufgaben zufallen, die an den Universitätskliniken nicht in dem Maße wahrgenommen werden können. Deshalb hat er sich auch wiederholt mit Nachdruck für die Einrichtung von Prosekturen mit entsprechenden Bibliotheken an den psychiatrischen Anstalten eingesetzt, unter Hinweis auf NISSL und ALZHEIMER, die ihre Laufbahn auch als Anstaltsärzte begonnen hatten. Die oft opfervolle Tätigkeit von morphologisch tätigen Irrenärzten an den Anstalten kann nicht genügend gewürdigt werden. HALLERVORDENS Aufmerksamkeit war damals schon auf die von ihm sog. „eigenartigen und nicht rubrizierbaren Prozesse“ gelenkt worden, denen er später auch einen seiner zahlreichen Handbuchbeiträge widmete. Es wurde erwartet, daß solche zunächst nicht diagnostizierbaren Beobachtungen später als Varianten bekannten Prozessen zugeordnet werden könnten oder daß sie zur Aufstellung neuer Krankheitsgruppen führen würden. Beides traf zu. Die damals von ihm mit der ihm eigenen Akribie niedergelegten Dokumente (Präparate, makro- und mikroskopische Befunde, Fotografien, Epikrise) wurden zum Grundstein einer Sammlung, die eine Fundgrube für — man kann sagen — Generationen von Neuropathologen geworden ist und bleiben wird. Der Chemiker wirft seine Präparate weg — der Morphologe vererbt sie.

1921 wurde WALTHER SPIELMEYER (1879—1935) auf den stillen Außenseiter in Landsberg aufmerksam und bewirkte ihm mehrmals Aufenthalte an der von EMIL KRAEPELIN gegründeten Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München. Es war jene Zeit, in der SPIELMEYER sein bahnbrechendes Buch *Die Histopathologie des Nervensystems* herausgab und in der in seinem Laboratorium zahlreiche Mitarbeiter aus dem In- und Ausland zusammentrafen, um in die damals noch weitgehend unbekannte Wissenschaft eingeführt zu werden, die auf der Tradition von NISSL und ALZHEIMER fußte. Damals begann auch HALLERVORDENS Zusammenarbeit mit mir. Der Förderung durch SPIELMEYER ist es zu verdanken, daß HALLERVORDEN an der Landsberger Anstalt weitgehend vom klinischen Dienst

befreit wurde und mehr Zeit für seine wissenschaftliche Arbeit bekam. Durch SPIELMEYERS Initiative erhielt er später auch den Professortitel.

Als HALLERVORDEN 1938 auf meinen Vorschlag Leiter der Neuro-pathologischen Abteilung des Kaiser Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin-Buch wurde, behielt er die zentrale Prosektur bei, so daß ein sehr ausgedehntes neuropathologisches Untersuchungsgut in einer Hand vereinigt wurde. Doch bald brach der Krieg aus, der unseren weitgesteckten Plänen ein Ende bereitete. (Über die Schicksale nach Kriegsende wurden oben berichtet.) —

Eine Würdigung der wissenschaftlichen Leistungen HALLERVORDENS ist an diesem Ort nicht möglich. Ich muß mich darauf beschränken, einige Richtlinien herauszugreifen. Es gibt wohl kaum ein Gebiet der Neuropathologie, auf dem er nicht gearbeitet hätte.

1. Als er 1921 nach München kam, begannen seine Untersuchungen über die Pathologie des Extrapyrämidal-motorischen Systems in den Stammganglien. Er hatte in Landsberg eine Familie beobachtet, von der fünf Geschwister (alles Mädchen) nach bisher normaler Entwicklung im 7. bis 10. Lebensjahr an progressiver Verkrümmung der Füße — von dieser Zeit an mußten sie alle besondere Schuhe bekommen, klagte die Mutter —, an athetischen Hyperkinesen mit Ausgang in Versteifung (ohne Pyramidenbahnzeichen) sowie an zunehmendem Schwachsinn gelitten hatten. Bei der mit mir zusammen durchgeführten anatomischen Untersuchung¹⁾ des Gehirns einer dieser Schwestern ergab sich ein höchst eigenartiger, von uns noch nie beobachteter Befund: eine intensive, haarscharf auf zwei Zentren begrenzte, auf enormem Eisengehalt beruhende rostbraune Verfärbung. Die beiden Zentren waren der *Globus pallidus* und die von uns sog. „rote Zone“ der *Substantia nigra* (die bei der Encephalitis ECONOMO betroffene schwarze Zone war hier unverändert). Eben diese auch strukturell verwandten Zentren hatten bei meinen Studien über die Verteilung des physiologischen Hirneisens den stärksten Grad desselben aufgewiesen. Von weiteren Veränderungen seien die mehr diffus vorkommenden Achsenzylinderauftreibungen erwähnt. Die Untersuchung des Gehirns einer anderen Schwester der Familie durch HALLERVORDEN ergab den nämlichen, unverkennbaren Befund. Heute gibt es ein ausgedehntes Schrifttum über diese eigenartige Erbkrankheit, die nach HALLERVORDEN und mir benannt wird. HALLERVORDEN hat später sein Wissen von allen extrapyramidalen Krankheiten in zwei Handbuchbeiträgen niedergelegt.

2. Ein weiteres Lieblingsgebiet seiner Forschung betraf die Pathologie des Kindergehirns und die Neuroembryopathien sowie mehrere Fälle von *Pubertas praecox* auf Grund von hyperplastischen Hamartomen, ausgehend vom *Tuber*

¹⁾ HALLERVORDEN u. SPATZ, in: *Z. ges. Neur. u. Psychiat.* 79, S. 254—302 (1922).

cinereum (diese Mitteilung zusammen mit mir). Die Ergebnisse HALLERVORDENS lehren eindrucksvoll, daß das Gehirn im Mutterleib keineswegs so gut geschützt ist, wie man früher dachte, sondern daß es von den verschiedensten krankmachenden Einflüssen bedroht wird, darunter auch von Kreislaufstörungen.

3. Verschiedenartige Bemühungen galten der Anwendung der physikalisch-chemischen Betrachtungsweise auf die Neuropathologie. Hierher gehören seine originelle Vorstellung von der Rolle der „Thixotropie“ beim Zustandekommen der traumatischen *Commotio cerebri* und seine Untersuchungen über das Oedem, die Kalkablagerungen sowie über das normale und pathologische Altern des Gehirns (in: *Der Nervenarzt* 28, S. 433, 1957). Besonders sei noch der Diffusion gedacht, die im Gehirn eine überraschend große Rolle spielt, wie auch durch Vitalfarbstoffexperimente (Injektion von Farbstoffen verschiedener Dispersität in den Liquor) nachgewiesen wird. Die Diffusion erfolgt in breiter Front in die kolloidale Hirnmasse hinein ohne Rücksicht auf die Gefäße und die Grenzen von Strukturen. HALLERVORDENS Ausgangspunkt war ein (zusammen mit mir publizierter) Fall von „Concentrischer Sklerose“²⁾, deren Herde auf dem Schnitt schon makroskopisch durch ein achatartiges Aussehen auffielen. Diese merkwürdige Krankheit ist eine Variante der Multiplen Sklerose. Die Besonderheit liegt darin, daß die ringförmigen Entmarkungsherde konzentrisch um ein kleines Gefäß (als vermutlichem Ausgangsort) herum angeordnet sind, in dessen Umgebung die Ringherde die ältesten Veränderungen aufwiesen, während an der Peripherie sich die frischesten Veränderungen fanden. Das Zustandekommen dieser Anordnung wurde von HALLERVORDEN durch die Annahme einer „rhythmischen Diffusion“ (nach dem Modell der LIESEGANGSchen Ringe) einer markscheidenauflösenden Noxe gedeutet, deren Natur zunächst offen blieb³⁾.

4. Wohl am stärksten haben HALLERVORDEN die Multiple Sklerose und ihre umstrittene Aetiologie gefesselt. Sein letzter Vortrag über dieses Thema — er hat oft und gern darüber gesprochen — fand am 6. 11. 1962 vor der Medizinischen Gesellschaft in Gießen statt, bald nach der Übersiedlung nach Frankfurt. Die alte Bezeichnung „Sklerose“ bezieht sich auf das nicht-entzündliche Endstadium der Herde, die gliöse Narbe. Von entscheidender Bedeutung ist das vorausgegangene akute Stadium, und dieses ist, wie HALLERVORDEN mit Recht immer wieder betonte, durch das Vorliegen einer echten, sehr eigenartigen Entzündung charakterisiert. Diese Encephalitis tritt in meist wahllos verteilten, scharfrandigen Herden auf, die sowohl die weiße als auch die graue Substanz betreffen und in denen die Markscheiden aufgelöst werden, während die Achsenzylinder und Nervenzellen besser erhalten bleiben. Das Merk-

²⁾ HALLERVORDEN u. SPATZ, in: *Arch. Psychiat.* 98, S. 641—699 (1933).

³⁾ SCHALTENBRAND sagt dazu: das ist ein echter Wachstumsprozeß, mit anderen Worten: die myelinschädigende Substanz ist belebt.



Julius Hallervorden

* 21. 10. 1882

† 29. 5. 1965

mal der linearen Ränder der Herde, die an die Ausbreitung eines Tintenkleckses auf Löschpapier erinnern (ohne Rücksicht auf die Struktur Grenzen) führte HALLERVORDEN zur Vorstellung einer gleichmäßigen (nicht rhythmischen) Diffusion einer markscheidenauflösenden Noxe. Bei anderen „Entmarkungskrankheiten“, die von der Multiple Sklerose-Gruppe nach HALLERVORDEN abzutrennen sind, fehlt dieses Merkmal mehr oder weniger. Der entzündliche Charakter veranlaßte ihn, wie schon andere, an eine Infektion durch einen lebenden Erreger zu denken. In dieser Annahme bestätigten ihn seine originellen Untersuchungen über die Morphologie der Ringspot-Herde⁴⁾ bei der Tabakmosaik-Viruskrankheit, bei der das Chlorophyll herdförmig aufgelöst wird. Solche Herde kommen auch ringförmig vor und erinnern dann an die genannte Herdbildung bei der Concentrischen Sklerose. Die Ähnlichkeiten zwischen den Ringspot-Herden und den Multiple Sklerose-Herden war sehr eindrucksvoll. So näherte sich HALLERVORDEN der Virushypothese SCHALTENBRANDS. Er wußte, daß ein Virus als Erreger der Multiplen Sklerose heute noch nicht allgemein anerkannt ist, aber er meinte, daß man mit der Suche danach auf dem richtigen Wege sei. Bekanntlich hat HEINRICH PETTE in seinen letzten Arbeiten sehr bestimmt bestritten, daß die Multiple Sklerose durch ein lebendes Agens hervorgerufen werde. Sie beruhe vielmehr auf einer neuro-allergischen Reaktion. Sie sei eine „Nachkrankheit infolge einer multigenetischen (also nicht spezifischen) Sensibilisierung“. Doch hiermit ist der exquisit spezifische, unverwechselbare Charakter der Herde der Multiplen Sklerose schwer in Einklang zu bringen; das ist auch meine Meinung. Nach RÖSSLE u. a. pflegen die allergischen Reaktionen ein unspezifisches Aussehen zu haben⁵⁾. — Die letzte Publikation HALLERVORDENS geht um die schwere Frage: *Gibt es eine Weiterentwicklung des Gehirns?*⁶⁾. — —

HALLERVORDENS Charakterbild scheint mir in besonderem Maße durch Zuverlässigkeit, Ausgeglichenheit, durch seine sprichwörtliche Bescheidenheit und durch einen ungewöhnlichen Mangel an Autoritätsbewußtsein gekennzeichnet zu sein. Der große Gelehrte, dessen Name international anerkannt war, stellte sich auch mit dem jüngsten seiner Mitarbeiter auf eine Stufe. Bedürfnis nach Geltung oder gar Streben nach Macht und Prestige kannte er nicht. Und er wußte auch nicht, was Neid ist. Er war erfüllt von der Liebe zur Wissenschaft und von der Freude an seiner morphologischen Arbeit. Diese Freude konnte sich beim Anblick eines ungewöhnlichen Bildes unter dem Mikroskop manchmal zu wahren Entzücken steigern, das ansteckend wirkte. Sonst suchte er Gefühle zu verbergen; leidenschaft-

⁴⁾ Eine genaue Morphologie dieser Herde verdanken wir dem unvergeßlichen Gießener Botaniker ERNST KÜSTER (1931).

⁵⁾ HALLERVORDEN: *Zur Pathogenese der Multiplen Sklerose*, in: *Gießener Hochschulblätter* 3 (1955), und *Die Multiple Sklerose als Viruskrankheit*, in: *Der Nervenarzt* 23, S. 1—9 (1952).

⁶⁾ In: *Der Nervenarzt* 34, S. 368—370 (1963).

liche Erregung und Pathos waren ihm fremd. Dafür war ihm ein trockener Humor eigen, der ihn selbst in unangenehmen Situationen nicht zu verlassen pflegte. Offen und unbestechlich sagte er seine Meinung, ob sie dem Gesprächspartner gefiel oder nicht. Auf Fernerstehende konnte seine kurze, nüchterne Art recht unverbindlich wirken. Desto lebendiger waren seine warme Anteilnahme und sein gütiges Wohlwollen, die er seinen zahlreichen Mitarbeitern aus dem In- und Ausland entgegenbrachte. Diese waren ihm treu ergeben und fanden auch später immer wieder zu ihm zurück, um seinen väterlichen Rat zu holen, sei es in wissenschaftlichen, sei es in persönlichen Angelegenheiten. So war er auch im Alter nie isoliert.

HALLERVORDEN war in erstaunlicher Weise vielseitig belesen. Seine Anteilnahme an den neuesten Fortschritten der allgemeinen Biologie und selbst der exakten Naturwissenschaften ließ auch im Alter nicht nach. Ich habe ihn deswegen oft bewundert. In der letzten Zeit schien er ganz im Kreise GOETHES zu leben.

Er liebte beschauliche Geselligkeit im kleinen Kreis bei einem Glas Rotwein und einer guten Zigarre oder auch bei Musik. Seine Frau, die alle Mitarbeiter kannte, verbreitete eine familiäre, gemütliche Atmosphäre. Sein 80. Geburtstag wurde zu einem allgemeinen Volksfest.

Trotz seiner zarten Konstitution ist er, soviel mir bekannt ist, bis zuletzt nie ernstlich krank gewesen. Er erfreute sich auch im hohen Alter einer ungewöhnlichen geistigen Frische. Es war für ihn selbstverständlich, daß er seine Arbeit noch lange nach der Emeritierung fortsetzte — „solange, als es vergönnt ist“. — Im Frühjahr 1965 begannen die Symptome eines Blasenleidens, und es stellte sich heraus, daß sie auf einem Carcinom beruhten. Mit dem Gleichmut eines Stoikers sah er seinem Ende entgegen. Still, wie es seiner Art entsprach, ist er von uns gegangen.

44 Jahre lang dauerte unsere Zusammenarbeit. Eine nie getrübbte, vertrauensvolle Freundschaft ist immer inniger geworden. Es war ein seltenes Glück, für das man nicht dankbar genug sein kann. Man vermag nur zu wünschen, daß eine solche Zusammenarbeit unter Männern der Wissenschaft häufiger sein möge.

Hugo Keller (1893—1966)

Am 18. 1. 1966 verstarb in Gießen im 73. Lebensjahr der Senior des Lehrstuhls und des Institutes für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Justus Liebig-Universität, Professor Dr. HUGO KELLER.

Professor KELLER wurde am 8. 12. 1893 in Melbach in der Wetterau/Oberhessen geboren. Er besuchte in Friedberg und Alsfeld die Höhere Schule und erhielt 1913 das Reifezeugnis. Im Sommersemester 1913 begann KELLER mit dem Studium der Veterinärmedizin an der Universität Gießen, das er mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrechen mußte. Im August 1914 rückte er als Freiwilliger mit dem Hanauer Ulanenregiment an die Front. 1915 wurde er an die Militär-Veterinärakademie nach Berlin kommandiert, wo er das Tierärztliche Vorexamen ablegte. Danach war er bis zum Kriegsende wiederum im Veterinärdienst an der Front, bis er im Jahre 1919 sein Studium an der Universität Gießen fortsetzen konnte. KELLER wurde 1920 in Gießen approbiert und legte im gleichen Jahre das Tierzuchtinspektorexamen ab. Ebenfalls in Gießen wurde er zum Dr. med. vet. promoviert. Nach seiner Promotion war er zunächst als Assistent am Veterinär-Pathologischen Institut der Universität Gießen unter Geheimrat OLT tätig, wobei er Gelegenheit hatte, sich insbesondere in die bakteriologische Untersuchungsmethodik einzuarbeiten. 1921 ließ sich KELLER in Offenbach am Main als praktizierender Tierarzt nieder und bestand 1923 das Hessische Kreistierarztexamen. 1927 wurde ihm die Leitung des Fleischbeschauamtes in Neu-Isenburg übertragen, die er bis 1931 ausübte. 1931 bestellte ihn die Stadt Gießen zum Direktor des Städtischen Schlachthofs und verlieh ihm später in dieser Dienststellung die Amtsbezeichnung „Städtischer Oberveterinärtrat“. Bereits 1932 erhielt KELLER von der Veterinärmedizinischen Fakultät der Justus Liebig-Universität einen Lehrauftrag für das Gebiet der Tierärztlichen Fleischuntersuchung, gleichzeitig wurde er zum Mitglied des Prüfungsausschusses für Tierärzte ernannt. Auf Grund einer Arbeit über die Tonsillartuberkulose und ihre Bedeutung für die amtliche Fleischuntersuchung wurde KELLER 1935 in Gießen habilitiert. 1936 wurde ihm die Dozentur verliehen. 1941 folgte seine Ernennung zum außerordentlichen Professor. Am 1. Juni 1950 berief ihn der Hessische Staat auf den Lehrstuhl für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde an der Justus Liebig-Universität Gießen und ernannte ihn zum ordentlichen Professor und zum Direktor des Instituts für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde.

Während des Zweiten Weltkrieges und danach hatte KELLER in Gießen eine übergroße Arbeitslast zu tragen, die schließlich nicht ohne Einfluß auf seine Gesundheit blieb. Neben seiner Tätigkeit als

ordentlicher Universitätsprofessor und Institutsleiter mußte KELLER jahrelang auch das Ordinariat für Pathologische Anatomie übernehmen und gleichzeitig die Dekanatsgeschäfte führen. Auch später, 1953/1954 und 1954/1955, wurde KELLER zum Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät gewählt. Er hat sich insbesondere während des Zweiten Weltkrieges um die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes und nach dem Zweiten Weltkrieg um den Fortbestand und Wiederaufbau der Gießener Fakultät hervorragende Verdienste erworben. Besonders in diesen Jahren hat er, rücksichtslos gegen sich selbst, seine ganze Lebenskraft für seine Aufgabengebiete geopfert.

Als Wissenschaftler hat KELLER eine überaus fruchtbare und sehr vielseitige Tätigkeit entfaltet. Die Ergebnisse seiner Arbeiten sind in rund 150 wissenschaftlichen Arbeiten niedergelegt. Zusammen mit WAGEMANN gab er 1958 das *Lehrbuch der Schlachthofkunde* heraus, und an der 6. Auflage des Standardwerkes der deutschen Fleischschau, des SCHROETER/HELLICH, war er als Mitarbeiter maßgeblich beteiligt. Mehr als 200 Dissertationen aus seinem Institut zeugen von der fruchtbaren, umfangreichen wissenschaftlichen Tätigkeit KELLERS. Mit seinem Namen sind wissenschaftliche Leistungen verbunden, die allgemeine Anerkennung gefunden haben und deren Wert unverändert fortgilt. So hat er erstmalig die weißen Streifen in der *Pleura costalis* als Kennzeichen der Wässerigkeit des Fleisches beschrieben. Er hat die EBERSche Probe modifiziert und die verwaschen gelbrote Färbung der Wirbelknochen als Kennzeichen einer stattgefundenen Hämolyse bei krank- und notgeschlachteten Rindern hervorgehoben.

KELLER gehörte zu den Veterinärwissenschaftlern, die in den letzten Jahrzehnten die stürmische Entwicklung der speziellen Arbeitsgebiete der Tierärztlichen Fleischuntersuchung und der gesamten Tierärztlichen Lebensmittelhygiene entscheidend mitbeeinflusst haben. Auf den Fundamenten der Arbeit dieser Männer bauen die mehr und mehr an Bedeutung gewinnenden Spezialgebiete in der Veterinärmedizinischen Wissenschaft auch heute weiter. Dabei hat KELLER es stets in besonderer Weise verstanden, seinen Studenten den Stoff nicht nur lebendig und anschaulich vorzutragen, sondern auch mit jenem Idealismus zu verbinden, der die wissenschaftlichen Ziele auf dem Gebiete der Lebensmittelhygiene in das richtige Licht zu setzen wußte.

Am 1. 4. 1959 wurde Professor Dr. KELLER infolge seines stark angegriffenen Gesundheitszustandes emeritiert. Seit dieser Zeit hat er in Gießen im Kreise seiner Familie zurückgezogen leben müssen, wobei er sich aber an der weiteren wissenschaftlichen Arbeit insbesondere seines alten Institutes stets interessiert zeigte. Den Menschen KELLER hat stets sein einfaches und bescheidenes, gegen jedermann lebenswürdiges Wesen ausgezeichnet. Seine immerwährende Hilfsbereitschaft und seine selbstverständliche, natürliche Art, in der er manchen seiner Schüler entscheidend gefördert hat, sind seinen Freunden unvergessen. Besonders seine Kollegen, die fast ein Jahr-



Hugo Keller

* 8. 12. 1893

† 18. 1. 1966

zehnt lang im Fleischbeschau-Ausschuß des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an der Schaffung der neuen Grundlagen des deutschen Fleischbeschaurechtes mit ihm zusammenarbeiteten, erinnern sich nur mit großer Freude an diese Zusammenarbeit. Seine Schüler, die heute im Berufsleben wichtige Positionen ausfüllen und von denen er zwei zur Habilitation führte, seine Freunde und seine Kollegen danken ihm noch einmal und nehmen in tiefer Trauer von ihm Abschied. Er wird ihnen in Wahrheit unvergessen bleiben als Wissenschaftler, als gütiger und erfolgreicher akademischer Lehrer und vor allem als ein Mensch, mit dem im Leben verbunden zu sein stets ein Glück bedeutete. Das Mitgefühl galt vor allem aber auch seiner hochgeschätzten Frau Gemahlin, die in vielen schweren Jahren sein bester Kamerad war und die ihm in tragischer Weise am Tage seiner Beisetzung in die Ewigkeit folgte.

Professor Dr. med. Hans Georg Rietschel zum Gedenken

Am Pfingstmontag, dem 29. Mai 1966, verstarb nach langer, schwerer Krankheit Professor HANS GEORG RIETSCHEL im Alter von 58 Jahren. Allzu früh hatte sich das Leben eines überaus gütigen Menschen, eines großen, begnadeten Arztes und eines leidenschaftlichen Wissenschaftlers vollendet.

Als Sohn des ehemaligen Ordinarius für Kinderheilkunde Prof. Dr. Dr. h. c. HANS RIETSCHEL wurde er am 13. April 1908 in Dresden geboren. Nach dem Abitur 1927 studierte er in Leipzig und Würzburg, legte 1932 das Staatsexamen ab und erlangte 1933 die Doktorwürde. Von 1934—1937 arbeitete Prof. RIETSCHEL am Pharmakologischen Institut in Königsberg, anschließend an der Medizinischen Klinik in Gießen unter Prof. REINWEIN und ab 1945 als Oberarzt unter Prof. VOIT, wo er sich für das Fach Innere Medizin habilitierte. Danach war er kommissarischer Leiter der Giessener Medizinischen Universitätsklinik. Ebenfalls in Gießen übernahm er im April 1949 als Chefarzt die Baiserische Stiftung und wurde im Januar 1952 außerplanmäßiger Professor an der Akademie für Medizinische Forschung. Seit dem 1. Juli 1952 war Prof. RIETSCHEL leitender Arzt des Kreis- und Stadtkrankenhauses Herford und Chefarzt der Inneren Abteilung.

Seine ganze Schaffenskraft setzte er hier für die Verbesserung der Einrichtungen, für die Organisation der neuen Schwesternschaft, für den Neubau des Schwesternhauses sowie für die intensive und harmonische Zusammenarbeit mit der praktischen Ärzteschaft ein. Nicht zuletzt war er maßgeblich an den Planungen zum Neubau des Kreis- und Stadtkrankenhauses Herford beteiligt.

Durch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten wurde sein Name im In- und Ausland bekannt. Als Referent beteiligte er sich laufend an bedeutenden Kongressen. Allem Neuen aufgeschlossen, galt in den letzten Jahren sein Interesse den Frischzellen und Regeneresen, mit denen er sich in einem Buch kritisch auseinandersetzte.

Seine Persönlichkeit erschöpfte sich nicht im Beruflichen. Prof. RIETSCHEL war durch und durch musisch, ein gläubiger Christ und ein Mensch, der nicht nur den Kranken half, sondern Geselligkeit schätzte, viel Freude zu schenken vermochte und dem Partner im Gespräch voller Humor begegnete.

Für alle, die ihn kannten, die das Glück hatten mit ihm zu arbeiten, bedeutet sein Tod einen schmerzlichen, unersetzlichen Verlust. Wie selten einem Menschen war ihm die Gabe verliehen, mit Güte, Humor und scharfem Verstand den Funken zu zünden und für Forschung und gewissenhafte Arbeit zu begeistern. Mit fast spiele-

rischer Leichtigkeit vermochte er sein überreiches Wissen und seine große Erfahrung anderen zu vermitteln. Er war ein Lehrer aus Leidenschaft. Der Schwung seiner Persönlichkeit erdrückte nicht, sondern riß mit.

So wird Professor Dr. HANS GEORG RIETSCHEL in Erinnerung aller derer bleiben, die ihn kannten, schätzten und verehrten.



Hans Georg Rietschel

* 13. 4. 1908

† 29. 5. 1966

Probleme der modernen Geburtshilfe

Der Geburtshilfe*) kommt die Wahrung oder gegebenenfalls auch die Abwägung der Interessen von zwei Lebewesen, Mutter und Kind, zu, während alle anderen klinischen Fachgebiete die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit eines einzelnen Individuums zur Aufgabe haben. Dementsprechend muß sich auch die klinische Problematik der Geburtshilfe zum Teil grundlegend von der anderer Fachgebiete unterscheiden, woraus sich eigene, allein für dieses Fach gültige Gedankengänge ergeben. Gewiß handelt es sich bei Schwangerschaft und Geburt um sogenannte „natürliche Vorgänge“, die aber wie alles Lebendige Abweichungen ins Pathologische unterliegen. Die Senkung der mütterlichen und kindlichen geburtshilflichen Sterblichkeit ist ein objektiver Gradmesser für den Fortschritt des Faches, ihr Vorhandensein jedoch der Beweis für Unzulänglichkeiten, seien diese wissenschaftlichen, technischen oder organisatorischen Ursprungs. Das klassische, lange Zeit hindurch in seinem Denken relativ stark mechanistisch ausgerichtete Fach der Geburtshilfe ist neuerdings erheblich in Bewegung geraten, vor allem durch Fortschritte auf physiologischem, pathophysiologischem und physiologisch-chemischem Gebiet. Die Wege zu skizzieren, die sich daraus für eine Verbesserung der geburtshilflichen Leistung ergeben, möge die Aufgabe meiner Ausführungen sein.

Die Geburtshilfe dürfte so alt wie das Menschengeschlecht sein. Die ersten Bemühungen galten der Zerstückelung des abgestorbenen Kindes bei Verhinderung des Durchtrittes durch den Geburtsweg sowie der Rettung des lebenden Kindes durch den Kaiserschnitt an der Toten. Im übrigen bestanden die Hilfeleistungen der alten Ägypter, Hebräer und Inder lediglich in Drücken, Ziehen oder Schütteln. Erste schriftliche Überlieferungen über geburtshilfliche Kenntnisse besitzen wir in einem ägyptischen Papyros etwa aus dem Jahre 2000 v. Chr. Auch der Kaiserschnitt an der soeben verstorbenen Frau geht auf die vorchristliche Zeit zurück. Die ersten überlegten und durchdachten geburtsmechanischen Vorstellungen stammen von HIPPOKRATES (460—377 v. Chr.), der im *Corpus Hippocraticum* die Geburt aus Schädellage als die einzig natürliche bezeichnet und für die anderen Kindeslagen Schüttelungen, aber auch äußere und innere Drehungen auf den Kopf als geeignet beschreibt. Die von HIPPOKRATES dargestellten Operationen für die Embryotomie umfassen schon im wesentlichen die Technik dieser auch heute noch gelegentlich erforderlich werdenden Eingriffe. Aus der römischen Geburtshilfe ist die Wendung auf einen oder beide Füße bei Schädellagen oder Querlagen 20—30 Jahre v. Chr. übermittelt. CLAUDIUS GALENUS (130 bis

*) Vortrag anlässlich der Rektoratsübergabe am 16. November 1965.

210), der hervorragende Arzt des späten Altertums, entwickelte eine exakte Vorstellung über die Physiologie der Geburt: die reife Frucht wird durch die Tätigkeit der Gebärmutter ausgestoßen, und zwar durch Kontraktion ihrer längs- und querverlaufenden Muskelfasern, eine Vorstellung, der auch heute nichts grundsätzlich Neues hinzuzufügen ist.

Während des Mittelalters, bis in das 16. Jh. hinein, ruhte die Geburtshilfe mit in dem Dornröschenschlaf der gesamten Naturwissenschaften. Französischen Chirurgen kommt in erster Linie das Verdienst zu, operative Eingriffe erneut in die Geburtshilfe eingeführt zu haben, die unterdessen in Vergessenheit geraten waren. Es folgte die Einführung der geburtshilflichen Zange um 1600 (wahrscheinlich PETER CHAMBERLEN der Ältere) und in der Folgezeit die Typisierung einer Reihe operativer Verfahren für die Entbindung bis zu der Einführung der geburtshilflichen Saugglocke in allerjüngster Zeit (MALMSTRÖM 1954). Diese Eingriffe, bei geburtsmechanischen Schwierigkeiten oder bei Gefahr für die Mutter oder das Kind erforderlich, sind bei schon weit fortgeschrittener Geburt für das Kind kaum und für die Mutter praktisch nicht gefährlich. Die schwierigen geburtshilflichen Operationen können jedoch das Kind in erheblichem Ausmaß gefährden, zu dessen Rettung sie eigentlich dienen sollten, und sind auch für die Mutter nicht immer ohne Gefahr. Dabei lassen sich diese operativen Eingriffe nicht mehr vervollkommen, da sie in ihrer Technik an den Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit angelangt sind. Die Vermeidung dieser Operationen ist daher durchaus erwünscht, sie kann jedoch nur durch den Verzicht auf den natürlichen Geburtsweg, d. h. durch die Schnittentbindung erreicht werden.

Die Ergebnisse des Kaiserschnittes an der lebenden Frau waren bis in die antiseptische Ära hinein so ungünstig, daß die Scheu der damaligen Geburtshelfer vor dieser Operation verständlich ist. Von zehn Müttern kam kaum eine mit dem Leben davon. Einer Schrift von JOHANN GOTTLIEB WALTER aus dem Jahre 1782 ist zu entnehmen, daß innerhalb von fünf Minuten der Leib und die Gebärmutter durch Längsschnitt eröffnet wurden, wobei, wörtlich zitiert, „drei bis höchstens vier Gehilfen ausreichend sind, die Hände und Beine“ — der Unbetäubten, muß ich hinzufügen — „sanft und bescheiden zu halten“. Weder der Uterus noch der Leib wurden wieder vernäht, die Gewebe wurden lediglich durch einen festen Verband zusammengezogen. Dazu äußerte sich WALTER: „Dieser Verband ist hinreichend, die gemachte Wunde zusammenzuhalten, und man hat nicht nötig, seine Zuflucht zu der grausamen und sehr schmerzhaften Zusammennähung zu nehmen.“

Wie in der Chirurgie wurde auch in der Geburtshilfe die Lebenssicherheit von Operationen durch die Einführung der Antisepsis und später der Asepsis (1886), die mit den Namen IGNAZ PHILIPP SEMMELWEIS, JOSEPH LISTER, LOUIS PASTEUR, ROBERT KOCH und ERNST V. BERGMANN verbunden sind, ungeheuer gefördert. Waren doch in

der ersten geburtshilflichen Klinik in Wien im letzten Jahr vor der Einführung der Antisepsis durch SEMMELWEIS, 1846, von insgesamt 3354 entbundenen Frauen 459 verstorben. Dieser Zustand änderte sich schlagartig mit der verpflichtenden Chlorkalkwaschung für die Medizinstudenten vor der Untersuchung der Gebärenden. Aber auch nach Beachtung der Antisepsis blieb der Kaiserschnitt zunächst noch eine ungemein gefährliche Operation mit einer Mortalität von ungefähr 40%. Der Grund dafür bestand in dem ungenügenden Abschluß der nach der Operation im Wochenbett immer von Keimen besiedelten Gebärmutterhöhle gegenüber der Bauchhöhle bei der Schnittlegung durch den Gebärmutterkörper, wie sie seinerzeit allgemein üblich war. Es bedeutete somit einen enormen Fortschritt, als FERDINAND ADOLF KEHRER, der 1871—1881 Ordinarius in Gießen gewesen war, im Jahre 1882 in Heidelberg dazu überging, die Eröffnung der Gebärmutter in das untere Uterinsegment zu verlegen, die Uteruswunde nicht mehr durchgreifend zu vernähen und eine exakte Deckung des Wundgebietes mit Bauchfell vorzunehmen. Durch diese entscheidende Änderung der Operationstechnik wurde der Übergang von Infektionserregern aus der Gebärmutter in die Bauchhöhle ganz erheblich eingedämmt, so daß es gelang, die mütterliche Mortalität der Schnittentbindung schon zu Ende des 19. Jhs. auf nahezu 4% zu senken. Heute ist diese Gefährdung dank der Hilfsmittel der modernen Chirurgie, bei nur noch unwesentlich veränderter Operationstechnik, in einer entsprechend ausgestatteten Klinik auf unter 1% abgesunken, so daß die Schnittentbindung zu einer weitgehend ungefährlichen Operation geworden ist. Diese Tatsache gestattet ihre Anwendung in stärkerem Maße zur Rettung des gefährdeten Kindes in dem Sinn, wie ihn mein Lehrer H. MARTIUS schon in den zwanziger Jahren mit dem Begriff der „prophylaktischen Schnittentbindung“ geprägt hat. Dabei läßt sich die Gefährdung für die Mutter nur selten individuell beurteilen, sie ergibt sich beinahe nur nach statistischen Gesichtspunkten. Es ist somit einer stets neuen Gewissensentscheidung des Geburtshelfers überlassen, ob er der Mutter diese Gefährdung im Interesse des Kindes zumuten soll.

Die heutige Geburtshilfe ist somit, vor allem im Interesse des Kindes, gekennzeichnet durch die Vermeidung größerer operativer Eingriffe für die Entbindung, die durch die verstärkte Anwendung der Schnittentbindung erreicht werden kann. Eine weitere Verbesserung der Ergebnisse läßt sich nur erzielen, wenn prophylaktischen Gesichtspunkten noch mehr Beachtung geschenkt wird, als es bisher der Fall war. Dazu gehört in erster Linie, nicht Mutter und Kind jeweils gesondert zu betrachten, wie es bei der Erforschung physiologischer und pathologischer Zustände lange Zeit hindurch der Fall war, sondern beide Organismen als eine Einheit zu beurteilen, die ihren besonderen Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist, die sich grundlegend von denen des Einzelindividuums unterscheiden.

Daß durch die Früherfassung krankhafter Zustände in der Schwangerschaft die geburtshilfliche Leistung entscheidend verbessert

werden kann, ist heute eindeutig bewiesen. Diese Früherfassung ist eine organisatorische Aufgabe, ihr parallel läuft die Erkenntnis, daß einer schwangeren Frau die gleiche Betreuung wie einer Kranken gebührt. Alle Erkrankungen, zu denen eine Schwangerschaft hinzutritt, wie Diabetes, Herzfehler, Nierenerkrankungen, Anämie, Tuberkulose, haben auch eine Rückwirkung auf die Entwicklung des Kindes. Durch rechtzeitige Behandlung kann die Phase einer drohenden Gefahr für Mutter oder Kind oder für beide entweder vermieden oder in ein Stadium hinausgeschoben werden, in dem das Kind die Lebensfähigkeit erlangt hat. Für die Geburtshilfe ergibt sich daraus die Verpflichtung, klassische, der Geburtshilfe eigentümliche Gesichtspunkte in den Rahmen einer umfassenden Gesundheitsbetreuung eingehen zu lassen.

Erhebliche Schwierigkeiten erkenntnistheoretischer, zum Teil aber auch therapeutischer Art bereitet eine durch die fortgeschrittene Schwangerschaft selbst hervorgerufene Erkrankung, die mangels der Einreihungsmöglichkeit in eine andere Krankheitsgruppe am besten als Spätgestose bezeichnet wird und deren schwerste Form die Eklampsie — im Volksmund als „Nierenkrämpfe“ bezeichnet — darstellt. Die Spätgestose kommt nur beim Menschen vor, so daß ihrer Erforschung durch das Tierexperiment erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Für ihre Entwicklung dürfte eine utero-plazentare Mangel durchblutung eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es ist auch tierexperimentell erwiesen, daß durch Drosselung der Blutzufuhr zu der schwangeren Gebärmutter ein Arteriolen spasmus ausgelöst wird, der zu dem Teilsymptom der Hypertonie führt. Der Mechanismus ist ähnlich vorstellbar wie die Entstehung vasopressorischer Stoffe in der Niere bei eingeschränkter Blutzufuhr nach dem GOLDBLATT-Phänomen. Die Ursache für die bei der Spätgestose erhöhte Kapillardurchlässigkeit sowie für die gesteigerte Wasserbindungsfähigkeit der interstitiellen Grundsubstanz, die ihrerseits wahrscheinlich auf einer Natriumretention beruht, sind vorläufig unbekannt. Durch die Mangel durchblutung der Gebärmutter und regressive Veränderungen in der Plazenta sind die Kinder bei Spätgestose bedroht. Ein Erfolg der Bemühungen um Früherkennung und damit rechtzeitige Behandlung dieser Komplikation liegt zweifelsohne vor, auch die Möglichkeiten einer symptomatischen Behandlung sind in den letzten Jahren wesentlich verbessert worden. Es bestehen jedoch immer noch Unklarheiten in wichtigen klinischen Gesichtspunkten. So bedarf es bezüglich der Spätgestose noch eingehender Untersuchungen; auch die Frage, ob eine Spätgestose, die sich einem präexistenten Nieren- oder Gefäßschaden aufpropft, zu einer Verschlimmerung der Grundkrankheit und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen führen könnte, ist noch ungeklärt. Die Erforschung dieser Problematik ist schwierig und kann nur Aufgabe der klinischen Forschung sein, die damit ihre Bedeutung für eines der wichtigsten Probleme der heutigen Geburtshilfe ersichtlich macht.

Die Bedeutung der Schnittentbindung als prophylaktische Maß-

nahme läßt sich gerade am Beispiel der Spätgestose sehr eindrucksvoll aufzeigen. Hier führen vor allem die jedem therapeutischen Bemühen trotzen Formen, die sehr häufig auf der Grundlage eines präexistenten Gefäß- oder Nierenschadens entstehen, zum intrauterinen Absterben des Kindes. Am Material meiner Klinik ließ sich der Beweis dafür erbringen, daß diese Kinder durch eine vorzeitige Schnittentbindung gerettet werden können (KEPP und OEHLERT). Ähnliche Überlegungen gelten auch für bestimmte Fälle einer Blutgruppenunverträglichkeit der Eltern. Untersuchungen an meiner Klinik (WEILAND), deren Ergebnisse mit denen amerikanischer und englischer Kliniker übereinstimmen, haben mich veranlaßt, die Schwangerschaft, gegebenenfalls auch durch Schnittentbindung, vorzeitig zu beenden, wenn auf Grund der Vorgeschichte und des serologischen Befundes das Absterben des Kindes befürchtet werden muß. Es gibt allerdings noch keine völlig ungefährliche, Mutter und Kind nicht belastende Methode, in diesen Fällen die Gefährdung des kindlichen Lebens mit Sicherheit zu ermitteln. Die unmittelbare Untersuchung des Fruchtwassers (BEVIS, HOFFBAUER, KUBLI u. a.), das durch unter Umständen wiederholte transabdominale Amnionpunktion gewonnen werden muß, ist nicht unproblematisch, da diese Maßnahme in ihrer derzeitigen Form nicht als völlig ungefährlich bezeichnet werden kann. Möglicherweise wird eine Methode, die zur Zeit in meiner Klinik in größerem Umfang erprobt wird (OEHLERT und MICHEL), ohne Belastungen oder Gefahren ähnliche Aussagen erlauben, wie sie bisher nur durch die Überprüfung des Fruchtwassers möglich waren. Es handelt sich dabei um Leber-Clearance-Untersuchungen mit Hilfe einer Bilirubinbelastung, die auf Überlegungen meines Fakultätskollegen H. DOST beruhen.

Wird die Prognose für das Kind gleichzeitig mit der für die Mutter bei der rechtzeitigen Erkennung und Behandlung von Beeinträchtigungen oder Erkrankungen des mütterlichen Organismus verbessert, so verbleiben eine Reihe von Gefährdungsmöglichkeiten für das Kind, deren Ursache in Störungen der intrauterinen Lebens- und Wachstumsbedingungen zu suchen ist. Die Überwindung dieser Störungen stößt auf recht erhebliche Schwierigkeiten. Heute steht außer Frage, daß der Plazenta, die früher lediglich als unwichtiges Nebenprodukt der Schwangerschaft angesehen wurde, eine zentrale Bedeutung für das Gedeihen des Kindes zukommt. Bei normaler Funktion der Plazenta ist der Sauerstoffbedarf des heranwachsenden Kindes, der etwa dem eines Erwachsenen im Ruhezustand entspricht, voll gedeckt. Die frühere Vorstellung eines chronischen Sauerstoffmangels der fötalen Gewebe, als „Mount Everest-Situation *in utero*“ gekennzeichnet, läßt sich auf Grund tierexperimenteller Untersuchungen und Beobachtungen unter und nach der Geburt nicht aufrechterhalten. Voraussetzung ist allerdings eine ausreichende Versorgung mit mütterlichem Blut, also eine gut funktionierende utero-plazentare Zirkulation. Sicherlich ist die frühere Vorstellung, daß die Kreisläufe von Mutter und Kind in der Plazenta zwei getrennte und völlig

selbständige Systeme darstellen, unzutreffend, wenn man die Funktion betrachtet. Über die Steuerungsvorgänge, die das Zusammenspiel der beiden Kreislaufsysteme regeln, ist jedoch noch nichts Sicheres bekannt. Bezüglich des Stoffaustausches zwischen Mutter und Kind wurde der Plazenta lange Zeit hindurch die Rolle eines einfachen Molekülsiebes zugesprochen, während heute geklärt ist, daß von einer Barrierenfunktion der Plazenta in Abhängigkeit von der Molekülgröße allein keine Rede sein kann, der Stoffaustausch vielmehr selektiv und nahezu unabhängig vom Molekulargewicht erfolgt. So ist es auch ohne weiteres möglich, daß kindliche Blutzellen die Plazenta passieren, wodurch die Genese des *Morbus haemolyticus neonatorum* erklärbar wird. Gesetzmäßigkeiten dieses Transfers, der nur ein Beispiel für die Unrichtigkeit früherer Anschauungen bildet, sind an meiner Klinik (OEHLERT und MICHEL) eingehend untersucht worden. Wie weit neben passiven Übertragungsmechanismen auch solche aktiver Natur eine Rolle spielen können, ließ sich jedoch noch nicht ausreichend klären.

Ein Gebiet, auf dem zahlreiche Einzelfeststellungen vorhanden sind, ohne daß jedoch bis jetzt die Wirkungs- und Steuerungsmechanismen im einzelnen geklärt werden konnten, ist die hormonale Funktion der Plazenta. Die hormonale Überproduktion der Plazenta gegenüber dem Hormonhaushalt außerhalb der Schwangerschaft läßt Rückschlüsse auf die Sicherung der Ruhigstellung der graviden Gebärmutter zu und vielleicht auch auf eine günstige Beeinflussung der Entwicklung der Frucht, nachdem sowohl für Oestrogene als auch für Progesteron ein foeto-plazentarer Kreislauf nachgewiesen wurde (THOMSEN, ZANDER). Die Bedeutung des Progesterons für die Erhaltung der Schwangerschaft ist seit langer Zeit bekannt, der Funktionsmechanismus allerdings auch noch nicht eindeutig geklärt. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, daß das Progesteron placentaren Ursprungs auf das unmittelbar benachbarte Myometrium des Uterus eine lokale Erregungsblockierung ausübt (CSAPO und Mitarbeiter). Gleichzeitig ist nach neueren Untersuchungen (SEMM und BERNHARDT) anzunehmen, daß durch das Progesteron die Bildung von Oxytocinase gefördert wird, bei der es sich um das einzige bisher bekannte Ferment mit wehenhemmender Wirkung handelt. Jedenfalls sind wir heute zu der Annahme berechtigt, daß der Geburtseintritt nicht als Folge einer Aktivierung der Uterusmuskulatur, sondern als das Ergebnis des Wegfalles einer Hemmungswirkung auf die Uteruskontraktion anzusehen ist. Tatsächlich nimmt die Uterusaktivität im Verlauf der zweiten Schwangerschaftshälfte allmählich zu; der manchmal nur schleppend einsetzende Geburtsbeginn ist ein Hinweis auf Störungsmechanismen, denen dieser Vorgang unterliegt.

Die genauere Kenntnis der geburtsauslösenden Faktoren ist deswegen von so hervorragender Bedeutung, weil ein großer Teil der perinatalen kindlichen Mortalität auf einem zu frühen Zeitpunkt der Geburt beruht. In meiner Klinik ist die Frühgeburtenhäufigkeit von 11% für 62% der perinatalen Mortalität verantwortlich. Wenn auch

soziale Faktoren für das Eintreten von Frühgeburten eine erhebliche Rolle spielen, so weist doch das Vorkommen von habituellen Frühgeburten ohne vorzeitiges oder mit vorzeitigem Absterben der Frucht darauf hin, daß schwere Störungen der Schwangerschaftsphysiologie vorliegen müssen, über deren Natur wir heute noch im unklaren sind.

Ein Gesichtspunkt kann jedoch heute als gesichert gelten, daß nämlich die Plazenta wie jedes andere Organ sehr differenzierte Phasen der Entwicklung, Reifung und Alterung durchläuft und daß, wie erst kürzlich systematische Untersuchungen (BECKER) gezeigt haben, die Synchronie der Entwicklung von Frucht und Plazenta mit der Erhaltung des heranreifenden Lebens eng gekoppelt ist, während sich jede Asynchronie deletär auswirkt. Vom klinischen Standpunkt her gilt für vorzeitige Alterungserscheinungen an der Plazenta der Begriff der Plazentainsuffizienz (CLIFFORD). Lange Zeit war man bestrebt, diese Veränderungen morphologisch zu deuten, heute wissen wir, daß sie vorwiegend funktionell bedingt sind. Das Auftreten einer Plazentainsuffizienz ist zu erwarten bei der schon erwähnten Spätgestose, bei der über das physiologische Maß hinaus verlängerten Tragzeit, aber auch bei den sogenannten „alten“ erstgebärenden Frauen und bei Schwangerschaften Mehrgebärender im fortgeschrittenen Alter (G. MARTIUS). Durch eine Plazentainsuffizienz oder auch aus anderen Ursachen kann die Sauerstoffversorgung des Kindes eingeschränkt oder sogar plötzlich unterbrochen werden. Dadurch gerät das Kind in eine Notsituation, die früher lediglich unter dem Gesichtspunkt der Lebensgefahr betrachtet wurde. Die postpartal beobachteten Schädigungen des Kindes, die sich von der schweren zerebralen Kinderlähmung bis zu leichten Intelligenzdefekten erstrecken (PENFIELD u. a.), wurden seinerzeit vorwiegend dem Geburtstrauma zur Last gelegt, besonders wenn wegen der Hypoxie eine entbindende Operation vorgenommen worden war. Heute wissen wir, daß bei an sich größerer Anoxietoleranz als beim Erwachsenen das Gehirn des Kindes nach Leber und Herz zu den am empfindlichsten auf Sauerstoffmangel reagierenden Organen gehört und daß die beobachteten Folgen weniger geburtstraumatischer als vielmehr hypoxischer Natur sein können (HUFFMANN, ENGEL, HÜTER u. a.).

Gasstoffwechselstörungen sind aber heute auch die häufigste perinatale Todesursache. Bei akuten Sauerstoffmangelzuständen, wie sie relativ selten etwa bei einem Nabelschnurvorfall oder bei einer vorzeitigen Lösung der Plazenta auftreten, bildet sich rasch ein Schockzustand heraus, der durch Bradykardie, irreguläre Herztätigkeit und Blutdruckabfall gekennzeichnet ist und dem das Kind erliegt. Häufiger ist jedoch der chronische, allmählich zunehmende Sauerstoffmangel. Er zwingt den kindlichen Organismus dazu, seinen Energiebedarf auch mit Hilfe der anaeroben Glykolyse zu decken, wodurch es zu einem weitgehenden, manchmal vollständigen Verbrauch der Glykogenreserven vor allem in der Leber und im Myokard kommt. Die Folge ist eine zunehmende metabolische Azidose. Diese Kinder

sind zusätzlichen Beanspruchungen nicht mehr gewachsen und erliegen oft einem sich sekundär ausbildenden schweren Schockzustand. Kommen sie lebend zur Welt, so stellt ihre Behandlung eine schwierige, noch keineswegs befriedigend gelöste therapeutische Aufgabe dar. Die oft extreme intrazelluläre Azidose führt zu einem Versagen zahlreicher enzymatischer Prozesse, wodurch die Utilisation des mit der Beatmung wieder zugeführten Sauerstoffes verhindert wird. Die Besserung der respiratorischen und metabolischen Azidose sowie die Beeinflussung des Stoffwechsels sind heute zum zentralen Problem der Hypoxiebehandlung geworden.

Unabhängig davon, ob die Hypoxie des Kindes kreislauf- oder gasstoffwechselfähig bedingt ist, stellt sich somit die Aufgabe, einen Sauerstoffmangelzustand so rechtzeitig zu erkennen, daß dem Eintreten irreparabler Schädigungen durch die Entbindung zuvorgekommen werden kann. Einen klinischen Hinweis auf die drohende Plazentainsuffizienz bietet die Verringerung der Fruchtwassermenge, wobei es sich um eine rein empirische Erkenntnis handelt. Es ist noch völlig ungeklärt, aus welchen Gründen der Wasseraustausch zwischen Mutter und Fötus stündlich etwa 3,5 Liter ausmacht. Auch für die Tatsache, daß der Fötus täglich 8 und mehr Liter Fruchtwasser trinkt (R. ULM), gibt es noch keine Erklärung. Im übrigen stehen für die Diagnose einer drohenden Plazentainsuffizienz eine Reihe von Untersuchungsmethoden zur Verfügung, von denen dem Abfall der Oestrogenproduktion in der Plazenta die größte klinische Bedeutung zukommt (WÜRTERLE u. a.).

Für die geburtshilfliche Praxis stellt sich die Aufgabe einer möglichst einfachen, aber sicheren Methode zur Früherkennung hypoxischer Störungen des Kindes. Seit über einem Jahrhundert erfolgt die Beurteilung des Kindes während der Schwangerschaft und unter der Geburt durch die Herztonkontrolle. Gasstoffwechselstörungen geringen Grades führen zu einer Beschleunigung der kindlichen Herz-tätigkeit mit Ansteigen des Blutdruckes. Eine stärkere Beeinträchtigung verursacht durch Vaguserregung eine Verlangsamung der Herzschlagfolge. Eine absolute Korrelation zwischen der Frequenz der kindlichen Herztöne und einer Gefährdung des Kindes besteht jedoch nicht, da auch jede andere Vagusreizung, z. B. durch Druck auf den kindlichen Kopf während der Wehe, eine Verlangsamung der kindlichen Herz-tätigkeit hervorruft. Die Aussichten, eine sich anbahnende Störung zu erkennen, scheinen günstiger zu sein, wenn die kontinuierlich registrierte Herzfrequenz, etwa in Form der phonokardiographischen Übertragung, zur Beurteilung herangezogen wird. Dabei sind besonders aufschlußreich Frequenzänderungen, die während der Wehe beobachtet werden (HORN). Da diese zum Teil medikamentös beeinflusst werden können, deuten sich Möglichkeiten an, bestimmte Partialfunktionen der Plazenta gesondert zu erfassen.

Es fehlt nicht an Bemühungen, das kindliche Elektrokardiogramm zur Kontrolle der kindlichen Herz-tätigkeit zu verwenden, nachdem schon 1906 der elektrokardiographische Nachweis der föta-

len Herztätigkeit gelungen war (CREMER). Es ergaben sich jedoch trotz eines erheblichen technischen Aufwandes Schwierigkeiten infolge von Überlagerungen durch die mütterliche Herzstromkurve und durch Muskelpotentiale. Erst in der jüngsten Zeit zeichnen sich Möglichkeiten ab, mit Hilfe einer bipolaren Ableitung, bei der eine Elektrode allerdings unmittelbar am Kind angelegt werden muß, zu brauchbaren Ergebnissen zu gelangen. Soweit die bisher vorliegenden Kenntnisse eine Aussage gestatten, gelingt es jedoch nicht ohne weiteres, aus dem fötalen Elektrokardiogramm eine sich anbahnende Störung zu erkennen.

Nachdem SCHWARZ im Jahre 1858 den Abgang von mekoniumhaltigem Fruchtwasser als Anzeichen einer Schädigung des Kindes beschrieben hatte, wurde diesem System die ihm gebührende Beachtung geschenkt. In den letzten Jahren ist die Beurteilung des Fruchtwassers durch Betrachtung bei noch erhaltener Fruchtblase mit Hilfe der Amnioskopie angegeben worden (SALING). Diese ungefährliche, schon weitgehend in die klinische Geburtshilfe übernommene Methode ermöglicht wertvolle Rückschlüsse.

Gleichfalls in jüngster Zeit ist ein Verfahren ausgearbeitet worden, das es gestattet, eine Blutgasanalyse bei dem noch nicht geborenen Kind vorzunehmen (SALING). Mit Hilfe moderner Mikromethoden ist es möglich, Kapillarblut des Kindes, das durch eine winzige Hautpunktion gewonnen wird, auf seinen Säure-Basengehalt sowie den Sauerstoff- und Kohlensäurepartialdruck zu untersuchen. Auf diese Weise kann innerhalb weniger Minuten eine Beurteilung des Ausmaßes einer vermuteten Azidose herbeigeführt werden. Diese Methode ist absolut ungefährlich, sie läßt sich jedoch erst anwenden, wenn die Fruchthüllen nicht mehr intakt sind. Umfangreichere Erfahrungen mit ihr sind noch nicht vorhanden, so daß sich eine Aussage über das Ausmaß ihrer zukünftigen Bedeutung noch nicht machen läßt. Die Entwicklung der Zukunft wird auch erst darüber entscheiden, in welcher Weise die genannten diagnostischen Möglichkeiten ausgebaut und gegeneinander abgegrenzt werden können.

Seit von einer wissenschaftlich begründeten Geburtshilfe gesprochen werden kann, war es stets das Bestreben der Geburtshelfer, neben den Interessen der Mutter auch die des Kindes zu wahren. Die hierfür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sind einem steten Wandel unterworfen. Zur Zeit ist eine Phase der Entwicklung erreicht, die es gestattet, die Vorsorge für das Kind noch weit mehr in den Vordergrund zu stellen, als dies bisher möglich war. Den Sinn meiner Ausführungen sehe ich darin, skizzenhaft dargelegt zu haben, daß weitere Fortschritte der Geburtshilfe kaum mehr auf dem operativen Gebiet zu erwarten sind, das allerdings als unabdingbares Rüstzeug erhalten bleiben muß. Durch wissenschaftliche Erkenntnisse, deren Ursprünge vorwiegend in anderen Fachgebieten, die eingangs erwähnt wurden — Physiologie, Pathophysiologie, Physiologische Chemie — zu suchen sind, hat sich die Geburtshilfe der Inneren Medizin so sehr genähert wie nie zuvor. Das ursprünglich

lediglich nach rauhen, im Mechanischen begründeten Gesichtspunkten orientierte Gebiet der Geburtshilfe ist heute bestrebt, seinen Beitrag zu den Problemen der Physiologie und Pathophysiologie zu leisten, die seinen Besonderheiten vornehmlich naheliegen. Die Hoffnung ist berechtigt, daß beim Verfolgen dieses Weges unser heutiger Wunsch immer mehr in Erfüllung gehen wird: die Geburt nicht nur lebender, sondern auch gesunder Kinder.

Zur gegenwärtigen Lage der Justus Liebig-Universität

In der langen, wechselvollen Geschichte der Gießener Universität *) mag es schon oft Momente gegeben haben, in denen sich eine Zeitwende abzuzeichnen schien, und erst die spätere objektive Beurteilung gestattete es zu entscheiden, ob diese Annahme nicht nur auf einem durch die Überbewertung der momentanen Verhältnisse provozierten Trugschluß beruhte. Mit dieser Einschränkung möchte ich der Annahme Ausdruck geben, daß jetzt der Zeitpunkt für den Beginn eines neuen Abschnittes erreicht sein dürfte, den des planmäßigen, nach rationalen Gesichtspunkten erfolgenden Ausbaus der wissenschaftlichen Hochschulen. Ihr Entwicklungsrückstand datiert nicht erst seit dem letzten Krieg, seine Ursprünge lassen sich bis in die zwanziger Jahre zurückverfolgen. Immerhin waren die wissenschaftlichen Hochschulen in der damaligen Zeit sowohl nach ihrer Struktur als auch nach ihrer Ausrüstung imstande, die allmählich auftretenden Unzulänglichkeiten noch nicht offensichtlich werden zu lassen. Nach Kriegsende setzte der Wiederaufbau gegenüber dem der Wirtschaft deutlich verspätet ein, und für eine planmäßige Investitionspolitik zeigten sich zunächst nur gewisse Anhaltspunkte. In Anbetracht des immer mehr zutage tretenden Entwicklungsrückstandes bedeuteten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Ausgestaltung der wissenschaftlichen Hochschulen von 1960 einen entscheidenden Schritt für die stufenweise Überwindung der aufgetretenen Notstände. Auf Grund dieser Empfehlungen wurden von seiten des Bundes und der Länder ganz erhebliche Aufwendungen gemacht, die naturgemäß im Personal- und Sachetat viel eher wirksam werden konnten, als es auf dem Bausektor der Fall war. Die sprunghafte Vermehrung der Lehrstühle auf Grund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates führte in einigen Disziplinen, deren Pflege aus mancherlei Gründen nicht in dem erforderlichen Maße hatte erfolgen können, zu ernsthaften Schwierigkeiten in der Besetzung. Das schnelle Ansteigen der Studentenzahlen brachte das Problem des Massenstudiums mit sich, für das die Neugründungen wissenschaftlicher Hochschulen zur Zeit noch keine Entlastung bedeuten können. Die steigenden materiellen Aufwendungen für die wissenschaftlichen Hochschulen, bei gleichzeitiger erheblicher Verlängerung der Studienzeiten in einigen Disziplinen, beunruhigen die Öffentlichkeit.

Der daraus entstehende Ruf nach einer Hochschulreform erschöpft sich nur leider nicht selten in der Erwartung, die wissenschaftlichen Hochschulen müßten mit den vielfachen Erscheinungen auch eines äußeren Notstandes sozusagen nur aus eigener Kraft fertig werden. Allerdings haben es die wissenschaftlichen Hochschulen in der Ver-

*) Ansprache des Rektors am 1. Juli 1966.

gangenheit zu sehr versäumt, in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche Veränderungen, d. h. Reformen, sich dauernd in ihnen abspielen. Jede Hochschulreform wird ihren Rahmen aber immer nur in einer vernünftigen Kooperation zwischen wissenschaftlicher Hochschule und staatlichen Instanzen finden können.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 eröffneten auch den wissenschaftlichen Hochschulen, in denen bis dahin Pläne für eine erforderliche bauliche Ausgestaltung noch nicht entwickelt waren, die Möglichkeit für entsprechende Planungen. Diese, in Anbetracht der vorgeschriebenen Instanzenwege nur langsam heranreifend, vollzogen sich in der Atmosphäre einer wirtschaftlichen Prosperität, deren Aussichten praktisch unbegrenzt zu sein schienen. Der gewaltige Nachholbedarf führte zu Vorstellungen über erforderliche Bauvolumina, die allzu stark durch ein entsprechendes Wunschdenken beeinflußt waren. So ist es z. B. zu erklären, daß der Baubedarf der hessischen wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970 — nach ihren Vorstellungen — die Summe von 4,3 Milliarden DM erreichen würde. Die Höhe der für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel konfrontiert solche Vorstellungen mit der Wirklichkeit. Daß sich Ähnliches auch auf dem Personalsektor abspielt, sei nur beiläufig erwähnt.

Die Justus Liebig-Universität wird von diesen Tatsachen besonders betroffen. Dieses erklärt sich aus ihrer Entwicklung seit dem Ende des letzten Krieges. Die Gießener Universität war die einzige deutsche wissenschaftliche Hochschule, die nach vernichtenden Kriegsschäden zunächst nicht wieder eröffnet wurde. Sie verdankt ihr Wiedererstehen als Justus Liebig-Hochschule im Jahre 1950 vor allem der Lücke, die durch das Fehlen der hiesigen Landwirtschaftlichen und Veterinärmedizinischen Fakultät in den Verband dieser Fakultäten in der Bundesrepublik gerissen war, und der Standhaftigkeit von Kollegen, die über das Kriegsende und seine Folgen hinaus auf anscheinend verlorenem Posten mit dankenswerter Energie und mit unerschütterlicher Hoffnung ausharrten. Der Universitätsstatus wurde anläßlich der 350-Jahr-Feier der alten Ludwigs-Universität wieder hergestellt, der weitere Weg war durch die Begründung der Philosophischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gekennzeichnet. Damit ist eine Ausgewogenheit der Universität als Hohe Schule erreicht, die jeden beglücken muß, der den schwierigen Weg der Gießener Universität nach dem letzten Krieg zu verfolgen Gelegenheit hatte. Gleichzeitig macht sich jedoch der spät begonnene Wiederaufbau und der nur allmählich zunehmende weitere Ausbau der Universität Gießen bis in die Gegenwart hinein bemerkbar und hat zu Problemen geführt, die eine schwere Belastung darstellen für die Anstrengungen, auf dem Wege der Studienreform fortzuschreiten. Was es für den Forschungs- und Lehrbetrieb bedeutet, wenn unsere beiden jüngsten Fakultäten in zahlreichen, über das ganze Stadtgebiet verstreuten Gebäuden und alten Woh-

nungen untergebracht werden mußten, die sich zum Teil nur sehr unvollkommen für den Universitätsbetrieb eignen, vermag vielleicht nur derjenige voll zu ermessen, der sich als Student oder Dozent täglich mit diesen Verhältnissen konfrontiert sieht und oftmals ein Übermaß an Zeit und Kraft einsetzen muß, wenn er seinen Aufgaben und Pflichten genügen will. Mag dieser Hinweis auf unsere beiden jüngsten Fakultäten genügen und auf die Verhältnisse in anderen Fakultäten nicht weiter eingegangen werden, es könnte sonst der Eindruck entstehen, als ob die Universität an ihrem Festtag nichts anderes als eine Liste von Klagen vorzubringen habe.

Dies ist keineswegs der Fall. Dankbar sind die Fortschritte anzuerkennen, die gerade in den letzten Jahren beim Ausbau der Universität erzielt wurden und die aus den nüchternen Zahlen des Haushalts mit genügender Klarheit hervorgehen. Allein aus dem Bauhaushalt — und für diese Unterrichtung bin ich dem Herrn Hessischen Finanzminister dankbar — werden für Grunderwerb, Bauten und Geräteausstattung der Justus Liebig-Universität von 1948 bis 1966 rund 300 Mill. DM ausgegeben sein. Während die Jahres-Ist-Ausgaben 1961 nur rund 16,1 Mill. DM betragen, werden sie 1966 rund 60 Mill. DM ausmachen. Die Mittel sind trotz der Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums gegenüber dem Jahre 1965 um rund 15 Mill. DM erhöht worden. In der Summe von 60 Mill. DM für das Jahr 1966 sind rund 24 Mill. DM Bundesmittel enthalten; die Universität Gießen ist damit in diesem Haushaltsjahr eine der am höchsten mit Bundesmitteln dotierten wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik. Sichtbaren Ausdruck finden diese Zahlen nicht nur in den fertiggestellten Bauvorhaben, sondern auch in den Objekten, die sich noch im Bau befinden, von denen ich hier das Physikalische Institut, den Hörsaal der Chemischen Institute, das Strahlenzentrum, die neue Küche der Universitätskliniken, die Zentralwaschanstalt, die Gebäude für die Abteilung für Erziehungswissenschaften und die Neubauten für das Institut für Leibesübungen erwähnen möchte. Diese großen Leistungen werden von der Universität dankbar gewürdigt.

Diese Dankbarkeit wird nicht dadurch geschmälert, daß in letzter Zeit mit steigender Sorge die fast völlige Stagnation der Bauvorhaben der Gießener Universität festgestellt werden muß. Es wäre vordergründig, wenn hierfür nur die finanzielle Situation verantwortlich gemacht werden wollte. Auch die Grundstücksfragen für die Universität sind längst noch nicht alle geklärt, und die Unsicherheit, die mit der gerichtlichen Ungültigkeitserklärung der Bauleitpläne von 1960 in die städtische Planung hineingetragen worden ist, überschattet naturgemäß auch die Planungen für die Universität. Daß dadurch der Erwerb der erforderlichen Grundstücksflächen ungemein erschwert worden ist, führt gelegentlich zu zusätzlichen Spannungen. Ich möchte hier an den Bürgersinn aller Einwohner der Stadt appellieren, die sich mit gerechtem Stolz als „Universitätsstadt Gießen“ bezeichnet.

Neben diesen Schwierigkeiten ist für die weitere bauliche Entwicklung der Universität allerdings die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel entscheidend. Es soll hier nicht verhehlt werden, wie schmerzlich es für die Universität ist, daß auch nach Aufstockung der Bundesmittel für den Hochschulausbau um über 70 Mill. DM auf insgesamt 428 Mill. DM noch immer die Kinderklinik, das Chemische Institutsgebäude, das Mehrzweckinstitut der Veterinärmedizinischen Fakultät und das Human-Anatomische Institut ihren Platz auf der Negativliste des Wissenschaftsrates behalten haben. Zwar ist zu hoffen, daß das Land Hessen ungeachtet dieser Tatsache bereit sein wird, noch in diesem Jahr den Bau der Kinderklinik freizugeben. Gleichwohl wird aber die Universität, besonders in Anbetracht ihrer verspäteten Neuentwicklung, durch die Zurückstellung der anderen Maßnahmen hart betroffen. Dabei ist keineswegs zu verkennen, daß die finanziellen Möglichkeiten des Landes allein nicht ausreichen, um bei der Größe der Bauobjekte in allen Fällen ausreichende Anfangsbauraten bereitzustellen, daß der Baubeginn für neue Maßnahmen vielmehr auch davon abhängt, ob es dem Bund möglich ist, in Zukunft höhere Mittel beizusteuern. Die Erhöhung der ursprünglich für das laufende Haushaltsjahr vorgesehenen Bundesmittel und die Übernahme von Bindungsermächtigungen durch den Bund für das nächste Haushaltsjahr sind ein Beweis dafür, mit welchem Verantwortungsbewußtsein die hierfür zuständigen Stellen bemüht sind, den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen nach besten Kräften zu fördern.

Es kann nicht Aufgabe der Universität sein, zu der Frage Stellung zu nehmen, in welcher Weise die Finanzierung von Hochschulbauten durch Land und Bund gemeinsam vorzunehmen ist. Allerdings darf auch nicht verhehlt werden, daß die Staatsbauämter durch die sehr späte Verabschiedung des Bundeshaushaltsplanes in eine schwierige Situation gedrängt werden. Finanzielle Dispositionen lassen sich nur treffen, wenn frühzeitig klar ist, was an Mitteln zur Verfügung steht. Der Finanzbedarf für die bauliche Entwicklung der Hochschulen ist erheblich, wofür gerade die Justus Liebig-Universität ein augenfälliges Beispiel bietet. Die Erwartungen der wissenschaftlichen Hochschulen können jedoch nur in den Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit von Bund und Ländern eingeordnet werden. Die Hochschulen müssen daher den dringenden Wunsch äußern, das Ausmaß der zu erwartenden Mittelbereitstellung rechtzeitig übersehen zu können, um auch ihre Überlegungen darauf abzustellen. Alle Unklarheiten oder Spätdispositionen tragen die Gefahr der Unwirtschaftlichkeit in sich, die gerade dann, wenn die finanziellen Möglichkeiten deutlich begrenzt sind, vermieden werden sollte. Voraussetzung dafür dürfte allerdings eine langfristige Finanzplanung sein, wie sie z. B. der Große Hessenplan vorsieht. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Planung nur erfolgen kann, wenn sich Bund und Land als die Gebenden darüber verständigen. Ebenso selbstverständlich ist, daß die wissenschaftlichen Hochschulen das ihrige dazu beizutragen haben, um eine solche langfristige Finanzplanung zu

ermöglichen. Die Justus Liebig-Universität glaubt, ihre reale Einschätzung der Lage dadurch zu dokumentieren, daß sie selbst eine Dringlichkeitsfolge der erforderlichen Baumaßnahmen aufgestellt hat, die zumindest einen Beitrag für eine solche Finanzplanung bedeuten kann. WILHELM VON HUMBOLDT hat sich einmal über die Hochschullehrer seiner Frau gegenüber wie folgt geäußert:

„Mit wie vielen Schwierigkeiten ich bei dem allen zu kämpfen habe, wie die Gelehrten — die unbändigste und am schwersten zu befriedigende Menschenklasse — mit ihren sich ewig durchkreuzenden Interessen, ihrer Eifersucht, ihrem Neid, ihrer Lust zu regieren, ihren einseitigen Ansichten, wo jeder meint, daß nur sein Fach Unterstützung und Beförderung verdiene, mich umlagern, wie dann noch jetzt Unannehmlichkeiten und Zänkereien mit anderen Kollegen und Menschen hinzukommen, davon hast Du, teures Kind, keinen Begriff.“

Die Tatsache, daß der Senat der Gießener Universität eine für die Universität verbindliche Prioritätenliste der Baumaßnahmen aufgestellt hat, sehe ich als einen Beweis dafür an, daß sich auch auf diesem Gebiet eine nicht unerhebliche Reform abgespielt hat.

Die Befriedigung des Nachholbedarfes an Lehrstühlen kann auch nicht völlig unabhängig von der baulichen Entwicklung einer wissenschaftlichen Hochschule gesehen werden. Wenn neu geschaffene Lehrstühle nicht prompt besetzt werden können, so liegt dieses — jedenfalls in der Universität Gießen — fast ausschließlich daran, daß deren Unterbringung einfach nicht realisiert werden kann. Daß andererseits die Beantragung von neuen Lehrstühlen in der Hoffnung auf eine günstige bauliche Entwicklung erfolgte, ist die Folge der bisherigen Unübersehbarkeit auf diesem Gebiet. Es ist wohl verständlich, daß die weitere Vermehrung von Lehrstühlen nur bis zu einem Optimum geführt werden sollte, das aber von einer Reihe von Faktoren und nicht nur von einem, etwa der Höhe der Studentenzahl, abhängt. Die Gießener Universität muß mit Besorgnis der Situation entgegensehen, die durch die zu erwartende Einschränkung der Neuschaffung von Lehrstühlen besonders für die Philosophische, die Naturwissenschaftliche sowie für die neuerrichtete Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät entsteht. Die letztgenannte Fakultät wird ihre Aufgaben und ihr Studienreformprogramm nur erfüllen können, wenn ihr voller Bedarf an Lehrstühlen entsprechend dem raschen Aufbau der Studiengänge realisiert wird.

Dies sind einige der Sorgen und Nöte der Gießener Universität zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes. Ebenso wie die anderen wissenschaftlichen Hochschulen Hessens begrüßt es auch die Gießener Universität, daß mit dem Hochschulgesetz eine einheitliche Rechtsbasis für alle wissenschaftlichen Hochschulen des Landes geschaffen wurde. Sie dankt den Mitgliedern des Hessischen Landtags für das Verständnis bei den gemeinsamen Beratungen. Erfreulicherweise ist es gelungen, einen erheblichen Teil der Bestimmungen des Regierungsentwurfes, die auf den Widerstand der wissenschaftlichen Hochschulen stoßen mußten, in einem befriedigenden Sinne zu regeln. Es wäre dem

Gesetz sicher nicht abträglich gewesen, wenn die Beratungen noch weiter fortgeführt worden wären. Vielleicht hätte sich dann der Aufbau der Einheitsverwaltung doch in einer wirklich modernen, richtungsweisenden Form gestalten lassen. Den wissenschaftlichen Hochschulen ist genügend Spielraum gegeben, die Satzungen ihren besonderen Verhältnissen entsprechend zu gestalten. Es ist zu hoffen, daß die erhebliche Beteiligung der Studentenschaft an der Selbstverwaltung der Universität, die z. B. auch die Vertretung im Verwaltungsrat und das Wahlrecht in den Fakultäten und im Senat beinhaltet, das Interesse der Studentenschaft an ihrer Universität beleben wird. Die mehrfach im Zusammenhang mit dem Hessischen Hochschulgesetz geäußerte Ansicht, durch das Gesetz werde nun den Universitäten der Weg zu ihrer Reform eröffnet, dürfte allerdings kaum den wahren Kern treffen. Außer den ersten Bestrebungen hierzu, die von der Gießener Universität unter Beweis gestellt werden, gehört zu einer echten Reform schon mehr, womit ich z. B. auf den ersten Teil meiner Ausführungen verweisen möchte. Die Eingliederung der früheren Hochschulen für Erziehung in die Universitäten Frankfurt und Gießen als Abteilungen für Erziehungswissenschaften erfolgte gegen den Willen aller vier hessischen wissenschaftlichen Hochschulen. Durch das Hessische Hochschulgesetz wird den Abteilungen für Erziehungswissenschaften im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung die gleiche Stellung zuerkannt wie den Fakultäten, allerdings ohne das Recht der Promotion und Habilitation. Dadurch haben die Abteilungen für Erziehungswissenschaften ihre frühere, für die Wahrung ihrer besonderen Belange doch recht zweckmäßige Stellung verloren. Die ablehnende Stellungnahme der hessischen wissenschaftlichen Hochschulen beruhte auf der Ansicht, daß damit ein Schritt getan würde, für den die Voraussetzungen einfach noch nicht gegeben seien. Vor allem ist durch die Bestimmungen des Hessischen Hochschulgesetzes ein Weg für die zukünftige Entwicklung festgelegt, der die Möglichkeit besserer Lösungen, die durchaus denkbar wären, verbaut. Ist die völlige Integration der früheren Hochschulen für Erziehung in die Universitäten auch gegen deren ausdrückliche Warnung erfolgt, so wird die nunmehr geschaffene Gemeinschaft nicht nur für die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften Sorge zu tragen haben. Sie sollte darauf bedacht sein, dem Willen des Gesetzgebers in der Weise nachzukommen, daß sie daraus das Beste für die Universität einschließlich der Abteilung für Erziehungswissenschaften herausholt.

Nach wie vor ist es die Aufgabe der Universität, der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen. Die Umstrukturierung, die es ihr ermöglichen soll, ihren Aufgaben in einer veränderten Welt mit größtmöglicher Effektivität nachzukommen, ist ein gemeinsames Anliegen von Staat und Hochschule. Möge die Teilnahme von zwei kompetenten Ministern an unserer Jahresfeier als ein Symbol dafür angesehen werden dürfen, daß diese Aufgabe gemeinsam gelöst werden wird.

Staat, Wissenschaft und Wirtschaft

Magnifizenz, hochansehnliche Festversammlung! *)

Lassen Sie mich mit einem Wort des Dankes für die freundliche Begrüßung und die Einladung, bei Ihrer Jahresfeier den Festvortrag zu halten, beginnen. Ich bin dieser Einladung sehr gern gefolgt, zu einer Zeit, in der wichtige Entscheidungen in unserer deutschen Wissenschafts- und Hochschulpolitik vorbereitet und diskutiert werden müssen, Entscheidungen, zu denen auch Sie, Magnifizenz, in Ihren Ausführungen kurz Stellung genommen haben. Wenn wir von der deutschen Wissenschaftspolitik sprechen, bedarf dieser Begriff im Grunde einer Erläuterung. Ich habe in den bisherigen Monaten meiner Amtsführung gespürt, daß es eine schwierige Aufgabe ist, einem Ausländer zu verdeutlichen, wie die Entscheidungen der Wissenschaftspolitik bei uns zustande kommen, ihm klarzumachen, welche komplexe Vielfalt wirkender Kräfte und Zusammenhänge es hier gibt.

Wir gehen in unseren Vorstellungen über die Wissenschaftspolitik von einer starken Betonung der Selbstverantwortung der Wissenschaft aus, aus einer alten Tradition, aber auch auf dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen eines totalitären Systems und seiner negativen Wirkungen. Dieser Gedanke der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung ist verankert in den Satzungen und Verfassungen unserer Hochschulen ebenso wie in denen der großen wissenschaftlichen Organisationen: der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und anderer. Ihm entspricht die Erkenntnis, daß die Freiheit der Forschung konstitutiv ist, daß auch die sachliche Autorität der Wissenschaftler in der Auswahl der Themen, in der Bezeichnung der Schwerpunkte, der daraus folgenden Investitionsentscheidungen und anderen Wirkungen unentbehrlich ist und grundlegend sein muß. Die staatliche Funktion in der Wissenschaftspolitik liegt nach unserem Grundgesetz sehr stark bei den elf Ländern, vor allem als den Trägern der wissenschaftlichen Hochschulen, aber auch vieler anderer wissenschaftlicher Einrichtungen außerhalb der Universitäten.

Wir haben jedoch seit den ausgehenden 50er Jahren eine zunehmende Mitwirkung und Mitverantwortung des Bundes in einer ganzen Reihe von Bereichen zu verzeichnen. Diese Mitwirkung des Bundes begann 1955 mit dem Beginn der Atomforschung und Atomtechnik in Deutschland. Er hat 1962 mit der Weltraumforschung einen weiteren wesentlichen Bereich der neuen Großforschung und Technik federführend übernommen. Wir haben seit den ausgehenden 50er

*) Festvortrag anlässlich der Jahresfeier der Justus Liebig-Universität am 1. Juli 1966.

Jahren auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulförderung, vor allem durch das grundlegende Bund-Länder-Abkommen über den Wissenschaftsrat von 1957, eine Zusammenarbeit im Bereich der großen Forschungsorganisationen. Wir haben die wachsende Wirkung von Aufgaben der Ressortforschung des Bundes, besonders der Verteidigungsforschung, auf die Wissenschaft und die technische Entwicklung, vor allem auch im Zusammenhang zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, der heute mein Thema ist.

Schließlich können wir aber den großen Beitrag der Wirtschaft selbst für die Wissenschaftspolitik und die technische Entwicklung in unserem Lande nicht übersehen, ein Beitrag, der heute finanziell auf etwa 3,5 Milliarden Mark im Jahr veranschlagt werden muß. Angesichts dieser Vielfalt wirkender Kräfte, selbstverantwortlicher oder verantwortlicher Instanzen, sind koordinierende Gremien unentbehrlich geworden. Das wichtigste von ihnen ist der Deutsche Wissenschaftsrat, dazu kommen weitere, in der Öffentlichkeit weniger beachtet, aber von ebenfalls großer Bedeutung, wie die Deutsche Atomkommission, die Deutsche Kommission für Weltraumforschung und andere mehr. Ihre Aufgabe ist es, im Zusammenwirken von Repräsentanten des Staates, der Wissenschaft und auch der Wirtschaft zu einer Abstimmung der verschiedenen Überlegungen, zu übergreifenden Programmen, zur Bezeichnung von Schwerpunkten zu kommen. Die Grenze ihrer Wirksamkeit liegt freilich darin, daß sie bei unseren verfassungsmäßigen Gegebenheiten und Verantwortlichkeiten formal nur Empfehlungen geben können, daß also die Bereitschaft sowohl der staatlichen Organe als auch der Institutionen der Wissenschaft, die Empfehlungen zu übernehmen oder jedenfalls weitgehend zu berücksichtigen, unentbehrlich ist, wenn wir zu einer abgestimmten, übergreifenden Wissenschaftspolitik kommen wollen.

Ich glaube, daß wir auch in den weiteren wissenschaftspolitischen Entscheidungen und Überlegungen von dem Respekt vor unserer Verfassung ausgehen müssen. Sie schreibt einerseits die bundesstaatliche Ordnung vor, und andererseits postuliert sie den Grundsatz der Freiheit der Forschung und der Wissenschaft. Aber wir können doch nicht übersehen, daß sich in der stürmischen Entwicklung von Wissenschaft und Technik selbst neue Sachprobleme stellen, daß sie neue Diskussionen notwendig machen, manchmal auch zu kontroversen Diskussionen führen. Wir spüren gerade in dem Grenzbereich zwischen Wissenschaft, Technik und Wirtschaft deutlich, wie in verschiedenen Gebieten eine übergreifende Projektforschung in den Vordergrund tritt, die völlig neue organisatorische, methodische und finanzielle Fragen aufwirft: in den großen Aufgaben der Kernforschung, etwa der Reaktorentwicklung, ebenso wie jetzt in Bereichen der Weltraumforschung, der Entwicklung großer Instrumente, großer Raketen, Satelliten und anderer Einrichtungen mehr. Diese Großvorhaben machen eine systematische Kooperation zwischen der Wissenschaft, dem Staat und der Industrie in einer Zusammenfassung

der Kräfte mit einer gemeinsamen Zielsetzung notwendig. Und diese Aufgaben erfordern nun auch in anderen, damit zusammenhängenden Bereichen der Forschung und Entwicklung übergreifende Kooperation, die klare Auswahl von Schwerpunkten — auch im Bereich der Hochschulen — bei Großgeräten, wie etwa bei den Beschleunigern im nationalen und internationalen Bereich. In diesen Sektoren der Großforschung, der modernen naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung wird unsere Wissenschaftspolitik zudem immer stärker durch internationale Verflechtung bestimmt. Wir haben eine Entscheidung, eine sehr schwierige Entscheidung, wie die, an der Weltraumforschung überhaupt teilzunehmen, nur auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen, intereuropäischer Organisationen, treffen können, weil die Aufgaben der Weltraumforschung nicht einmal mehr im nationalen Rahmen, von einer nationalen Wissenschaftspolitik her, lösbar sind.

In den Überlegungen über die Probleme und Aufgaben deutscher Wissenschaftspolitik stellt sich immer drängender die Frage nach dem internationalen Stand der deutschen Forschung. Wenn wir sie kurz betrachten und bewerten wollen, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß trotz des äußeren Wiederaufbaus unseres Landes und auch unserer Forschungseinrichtungen und Forschungszentren die tiefgreifenden negativen Wirkungen der Vergangenheit noch keineswegs überwunden sind. Im Grunde waren ja die fast 30 Jahre, die Jahre von 1928 bis 1955, eine Zeit schwerer Hemmnisse und Belastungen. Beginnend mit der Weltwirtschaftskrise verstärkten sie sich durch die Gleichschaltung in der Zeit des Nationalsozialismus, die Vertreibung von über 2000 Hochschullehrern aus ihrem Beruf, die Zerstörungen des Krieges, die schweren Menschenverluste, die wir besonders schmerzlich spüren, die Belastungen und Hemmnisse auch der Nachkriegszeit, etwa in dem bis 1955 bestehenden Verbot, wichtige neue Forschungseinrichtungen überhaupt in Angriff zu nehmen.

Auf diesem Hintergrund ist erst seit der Mitte der 50er Jahre wieder eine deutsche Wissenschaftspolitik im eigentlichen Sinne möglich gewesen, trotz aller großen und bedeutsamen vorherigen Bemühungen in der Zeit des Wiederaufbaus zur Beseitigung der dringenden Kriegsschäden — vor allem von den Ländern geleistet —, trotz erster Bemühungen zu einer übergreifenden Zusammenarbeit, etwa in der Arbeit der Kultusministerkonferenz oder in dem Königsteiner Abkommen von 1949. Erst 1955 fielen mit dem Besatzungsstatut die politischen Schranken, die uns bis dahin z. B. den Zugang zur Kernforschung unmöglich machten. Erst in der Mitte der 50er Jahre waren mit einem gewissen Stand des Wiederaufbaus und der zurückgewonnenen Wirtschaftskraft die finanziellen Voraussetzungen für eine großzügigere Förderung des Bildungswesens und der Wissenschaft gegeben, und erst damals eröffneten sich uns auch wieder stärker die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und des internationalen Vergleichs.

Wenn wir nun diese letzten zehn Jahre betrachten, dann kommen wir einerseits zu dem Ergebnis, daß wir große Fortschritte und große Leistungen zu verzeichnen haben, aber wir können andererseits auch nicht übersehen, daß wir dennoch im internationalen Vergleich, gemessen an unserer Wirtschaftskraft und den sachlichen Notwendigkeiten, einen beträchtlichen Rückstand haben.

Die Fortschritte sind unübersehbar, ich möchte nur zwei Zahlen nennen: Im Jahre 1955 haben in der Bundesrepublik Staat und Wirtschaft gemeinsam 1,9 Milliarden DM für Wissenschaft und Forschung aufgewendet, 1% des damaligen Sozialprodukts; im Jahre 1965 betrug die entsprechende Ziffer 9,1 Milliarden DM, 2,1% des mittlerweile beträchtlich gestiegenen Sozialprodukts. Diese beiden Zahlen vermitteln grob das Bild einer durchaus steil ansteigenden Kurve, und schon sie widerlegen ausgesprochen negative Pauschalurteile von der Wissenschaftskatastrophe oder dem völligen Versagen des Staates. Eine genauere Analyse macht deutlich, daß der jetzige Stand im internationalen Vergleich noch keineswegs ausreicht: Wir erkennen bei einer vertieften Betrachtung sehr klar, daß die großen westlichen Industrienationen, vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch andere, gerade in den Jahren 1940 bis 1955, die für uns Rückschritt oder doch Stagnation bedeuteten, ihren entscheidenden Weg nach vorn gegangen sind, daß sie in dieser Zeit die entscheidenden Fortschritte erzielt haben, die sich heute in so starker, manchmal bedrückender Weise geltend machen. Zudem haben sie von einem wesentlich günstigeren und höheren Ausgangsniveau 1955 eine weitere starke Steigerung durchgeführt, die sich in Amerika auf heute fast 4% des Bruttosozialprodukts, in England auf über 3%, in anderen kleinen Ländern auf ebenfalls vergleichsweise hohe Werte in den Leistungen für Wissenschaft und Forschung beläuft. Deshalb haben wir im Forschungsbericht I der Bundesregierung als eine Art Zielvorstellung für Staat und Wirtschaft konzipiert, daß wir bestrebt sein müssen, in einem Weiterzeichnen, in einem Weiterführen dieser Entwicklung 1970 in der Bundesrepublik ebenfalls zu einer Leistung für Wissenschaft und Forschung zu kommen, die 3% unseres Bruttosozialprodukts entspricht.

Wie ist ein solches Ziel zu realisieren, oder wie ist, allgemeiner gesprochen — methodisch gesprochen, überhaupt eine Zielvorstellung im Bereich der Wissenschaftsförderung bei uns zu erreichen? Nicht durch Entscheidungen einer Instanz angesichts der eingangs geschilderten Voraussetzungen und Gegebenheiten, sondern lediglich durch eine Art koordinierter Aktion der verschiedenen selbstverantwortlichen Instanzen! Wir haben, um eine aufschlußreiche Zahl zu nennen, 1965 einen Anteil der Wirtschaft an den genannten reichlich 9 Milliarden DM von etwa 3,5 Milliarden DM. Interessanterweise ist auch eine überdurchschnittliche Steigerung der Leistungen der Wirtschaft für Wissenschaft und Forschung in den eigenen Betrieben seit 1955 zu verzeichnen, die klar macht, wie sehr die Gegebenheiten des verschärften Konkurrenzkampfes, des verschärften Wettbewerbes,

des technischen Fortschrittes von der Sache her, auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, diese starke Steigerung notwendig machen. Von den verbleibenden über 5 Milliarden DM öffentlicher Mittel haben die elf Länder etwa 60% aufgebracht, der Bund knapp 40%. Ich habe in der letzten Kulturdebatte des Bundestages gesagt, daß wir uns hier in einem konstruktiven Wettbewerb fühlen und befinden und hoffen, in einigen Jahren die Parität zwischen Ländern und Bund zu erreichen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist eine übergreifende Planung und Programmierung notwendig, aber wir müssen allerdings auch deutlich die Grenzen, die sich hier bieten und stellen, sehen und würdigen. Die Grenzen für eine langfristige, übergreifende Planung und Programmierung der Wissenschaftsförderung liegen zunächst einmal in der Wissenschaft selbst. In den Gesprächen mit den Vertretern der Selbstverwaltungsorgane wird uns immer wieder gesagt und mit Nachdruck gesagt, daß eine Festlegung der Prioritäten in ihrem Bereich im allgemeinen nur für drei bis fünf Jahre möglich sei. Herr Professor BUTENANDT, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, hat uns ein instruktives Beispiel aus seinem Bereich berichtet. Die Max-Planck-Gesellschaft hat in den 50er Jahren noch unter Professor OTTO HAHN versucht, durch eine Analyse ihrer verantwortlichen Institutsleiter vorherzusagen oder vorherzuschätzen, wo denn in den einzelnen Disziplinen in den nächsten drei bis fünf Jahren wesentliche Ergebnisse zu erwarten seien, die zu großen Investitionen führen würden; und er berichtete, daß man nach vier bis fünf Jahren die Schubladen geöffnet hatte und feststellen mußte, daß alle wesentlichen Forschungsergebnisse, die große Investitionsentscheidungen notwendig machten, etwa in der Plasmaphysik, etwa in der extraterrestischen Forschung, wenige Jahre zuvor noch nicht erkennbar waren.

Dieses Charakteristikum wissenschaftlicher Forschung, die auch mit den modernen, verfeinerten und verbesserten Methoden, etwa der Großforschung und Projektforschung, in ihren Ergebnissen letzten Endes unvorhersehbar bleibt, setzt der notwendigen Planung und Programmierung gewisse Grenzen. So werden wir — zunehmend anknüpfend schon an Entscheidungen und Erfahrungen der letzten Jahre — zu einer mittelfristigen Programmierung kommen können und kommen müssen, die in sich aber genügend flexibel und elastisch bleiben muß, neue Tatbestände aufzunehmen, die im Grunde einer jährlichen Überprüfung und Fortschreibung bedarf.

Wir haben solche mittelfristigen Programme etwa in den grundlegenden, hier schon von Magnifizenz KEPP gewürdigten Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1960, in dem deutschen Atomprogramm, in dem Memorandum für Weltraumforschung, in den eigenen Planungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft, die ebenfalls aus den hier genannten Gründen einen Zeitraum von vier Jahren nicht überschreiten, in dem Königsteiner-Abkommen der Länder und anderen Einrichtungen mehr.

Die Neufassung und Weiterentwicklung dieser Programme ist ein dynamischer Prozeß wie die Entwicklung der Wissenschaft selbst.

Ich sagte, daß wir die Leistungen im internationalen Bereich noch zu verbessern haben. Dabei ist der Versuch eines Leistungsvergleichs außerordentlich schwierig, der Stand unserer Forschung im internationalen Vergleich unterschiedlich. Wir haben das besonders instruktive Memorandum der Deutschen Forschungsgemeinschaft über Stand und Rückstand der deutschen Forschung in den Naturwissenschaften und im Bereich der Technik aus dem Jahre 1964, das jedem besonders Interessierten nur empfohlen werden kann und in dem gesagt wird, daß wir in den klassischen Disziplinen unseren hohen Stand behauptet oder wiedergewonnen haben, dagegen in den neuen Bereichen der Forschung zum Teil einen beträchtlichen Rückstand, aber doch schon hohe Einzelleistungen in Einzelfächern aufweisen, daß wir auch vor allem in den Formen der interdisziplinären Zusammenarbeit einen gewissen Rückstand haben, daß das Gesamtbild aber doch nicht entmutigend ist, wenn es gelingt, in den Finanzentscheidungen für die Wissenschaft und innerhalb der Wissenschaft die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Allerdings müssen wir bei diesen notwendigen und verdienstvollen statistischen Vergleichen uns darüber im klaren sein, daß alle statistischen Daten, die uns die Bildungsökonomie und die Wissenschaftsstatistik bieten, im Grunde die Frage der Nutzung der Mittel, d. h. der optimalen Verwendung der Mittel und des Ertrages, offen lassen. Dieser Tatbestand rückt auch in der internationalen Diskussion mehr und mehr in den Vordergrund. Wir haben dazu vor wenigen Wochen von einem der führenden russischen Wissenschaftler, Professor KAPITZA, sehr bemerkenswerte Darlegungen gehört, der diesen Sachverhalt — in der Diskussion des Ostblocks eine absolut neue Feststellung — in den Vordergrund rückte und dabei zu einer gar nicht sehr optimistischen Beurteilung der Organisationsformen seines eigenen Landes kam. Deshalb sind neben diesen bedeutsamen und drängenden Finanzfragen die Fragen der Organisation unserer wissenschaftlichen Einrichtungen und ihrer Struktur, die Fragen der rationellen Verwendung der Mittel und damit auch die Themen der öffentlichen Haushalts- und Bewirtschaftungsvorschriften Themen von äußerster Bedeutung, die wir in die Wissenschaftsdiskussion einzubeziehen haben.

Die Hochschulen sind — wir haben auch darüber einige wichtige Ausführungen von Magnifizenz KEPP gehört — in einem inneren Wandel begriffen. Dazu gehört die Entwicklung der Parallelllehrstühle ebenso wie die Diskussion über das Departmentsystem, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften, die methodischen Fragen der besseren Nutzung großer Institute und hoher Investitionen, die Frage der überregionalen Schwerpunktbildung, die Stellung des Nachwuchses und des Mittelbaus, die Probleme der Habilitationsordnungen, Fragen, die nach meiner Überzeugung noch an Bedeutung gewinnen werden, weil die Personalfrage, die Menschenfrage,

wahrscheinlich im Bereich der Wissenschaftspolitik und der Bildungspolitik in wenigen Jahren ein noch größeres Problem sein wird als die wichtigen Finanzfragen. Damit verbunden sind auch die Themen der Besoldung der Wissenschaftler und die jetzt durch das Gutachten des Wissenschaftsrats erneut in den Vordergrund gerückten Themen der Studienreform.

Wir haben viele nachhaltige Bemühungen der Hochschulen und des Staates um eine sinnvolle Entwicklung zu verzeichnen: in den neuen Hochschulgesetzen — sie sind hier für das Land Hessen gewürdigt und behandelt worden —, in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Studienreform, die die Bundesregierung nicht nur verbal unterstützt, sondern denen sie im Wissenschaftsrat zugestimmt hat, in der Diskussion über die Besoldungsfragen, wo wir — wie ich glaube — im Bereich der Hochschullehrerbesoldung spürbare Verbesserungen erzielt haben, wo wir uns nun aber auch mit Nachdruck den Fragen des Mittelbaus, der Stellung der Wissenschaftler außerhalb der Hochschulen in den großen Forschungszentren, in den kleineren Instituten außerhalb der Hochschulen zuwenden müssen. Aber ich bin mir darüber im klaren, daß neben diesen sehr bedeutsamen Organisationsfragen, den methodischen Fragen der Struktur unserer Forschung und unserer Einrichtungen in der Diskussion mit dem Staat das Thema der öffentlichen Finanzleistungen immer wieder im Vordergrund stehen muß.

Wir haben in den letzten Monaten eine sehr bewegte Debatte über die Fragen der wissenschaftlichen Hochschulen und ihre Finanzierung gehabt. Es hat manche kritische und polemische Debatten in diesem Zusammenhang gegeben, in der Öffentlichkeit, im Bundestag, Kritik an der Bundesregierung, Kritik auch an den Ländern; und ich glaube, daß es in unserer Demokratie notwendig ist, daß wir in bestimmten Perioden, in denen sachliche Schwierigkeiten entstehen, in einem kritischen Austausch der Meinungen den Sachverhalt klären. Freilich gibt es dann auch einen Punkt, in dem die Kritik oder besser: die bloße Kritik enden sollte und wir uns nach einer Analyse und Bestandsaufnahme der Frage zuwenden müssen, wie wir mit den Schwierigkeiten fertig werden und in die Zukunft gewandt neue Lösungen finden können.

Wenn man die Schwierigkeiten, in denen wir in diesem Jahr standen oder noch stehen, klar verstehen will, muß man zunächst deutlich sehen, daß sich die Größenordnungen, um die es in der Hochschulfinanzierung geht, völlig verändert haben.

Die grundlegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 1960, die ja auch schon mit Recht in ihrer Bedeutung gewürdigt wurden, haben für die deutschen Universitäten, die wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt in einem Vier- bis Fünfjahresplan Investitionen von 2,6 Milliarden DM vorgeschlagen. Das ist damals von der Wissenschaft, in der Öffentlichkeit mit Recht als ein entscheidender Fortschritt, als ein Durchbruch nach vorn gewürdigt worden. Heute im Jahre 1966 sehen wir uns, wenn wir die dringendsten Pla-

nungen der einzelnen Universitäten und der elf Länder addieren, Planungen für die nächsten vier bis fünf Jahre in der Größenordnung von 10 bis 12 Milliarden DM gegenüber, ohne die Berücksichtigung der Neugründungen und ihrer finanziellen Erfordernisse.

Wir sind also nicht nur in einem quantitativen, sondern fast in einem qualitativen Sinne in eine völlig neue Dimension gekommen, und wir brauchen neue Lösungen und neue Vereinbarungen, um mit dieser Aufgabe fertig zu werden. Das Bund-Länder-Abkommen von 1964, das Ende dieses Jahres ausläuft, ist eben noch von den Zahlen von 1960 ausgegangen, die sich in den letzten Jahren dann radikal veränderten, und wer den Text des Abkommens sieht und sein Schlußprotokoll liest, der wird sehr klar erkennen, daß dieses Abkommen, so wie es damals verfaßt und verabschiedet wurde, keine ausreichende vertragliche Grundlage für die Bewältigung dieser großen Aufgaben bietet, auch nicht in den Leistungen, zu denen sich die Bundesregierung damals ausdrücklich verpflichtet hat.

Eine zweite grundlegende Schwierigkeit, in der wir stehen — und auch sie ist angedeutet worden —, ist das Fehlen eines neuen Generalbauplanes. Der erste Generalbauplan, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1960, ist im wesentlichen vollzogen, er ist zum Teil durch neue abgeschlossene Bauten und Planungen überholt. An die Stelle dieses ersten Generalbauplans sind dann großzügige Einzelplanungen der einzelnen Universitäten und Länder in einer dynamischen Entwicklung, in einem gewissen Wettbewerb, getreten. Aber diese Einzelplanungen sind bis heute nicht wieder in einem gesamten Generalbauplan zusammengefaßt worden, und dies erschwert zweifellos auch für die Bundesregierung die Möglichkeit klarer langfristiger Dispositionen bei ständig sich ändernden Anforderungen und Größenordnungen.

Die Folgerungen, die wir daraus für die Zukunft ziehen, möchte ich mit wenigen Sätzen umreißen. Wir sind uns — ich darf das mit großer Befriedigung feststellen — in der Bundesregierung und den Regierungen der Länder darin einig, daß wir ein neues Verwaltungsabkommen in Fortsetzung und Neufassung des jetzt auslaufenden brauchen, daß wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen weiterführen wollen, unabhängig von allen aktuellen Erwägungen und Auseinandersetzungen über Fragen der Finanzverfassung, der Steueranteile und anderer möglicher kontroverser Punkte mehr.

Der Bundeskanzler hat in den letzten Tagen dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz die Vorschläge der Bundesregierung für dieses neue Abkommen übersandt. Diese Vorschläge gehen aus von einer dreijährigen Festlegung der Bundesleistungen. Sie entsprechen in diesem Punkt der mit Recht von den Hochschulen erhobenen Forderung, über ein Jahr hinweg disponieren zu können, weil man langfristige große Investitionsvorhaben, die vier, fünf, sechs Jahre dauern, nicht, mit der Ungewißheit jährlicher Mittelzuweisung belastet, wirtschaftlich durchführen kann.

Diese Vorschläge gehen zweitens aus von einer beträchtlichen Steigerung der Bundesmittel, und zwar von 427 Millionen DM, die jetzt in diesem Jahr zur Verfügung stehen, in jährlichen Steigerungsraten von 100 Millionen bis 730 Millionen DM im Jahre 1969. Sie beanspruchen nicht — im Gegensatz zu manchen Befürchtungen — eine administrative Kompetenz des Bundes im Bereich der Hochschulen, die auch durch die Verfassung nicht gegeben ist, aber sie wünschen doch eine klare Definition des Verfahrens, eine Verstärkung der Kooperation im Wissenschaftsrat. Darum werden wir in den bevorstehenden Verhandlungen die Frage aufwerfen, ob auch die Länder sich in der Lage sehen, für zwei oder drei Jahre ihre Leistungen ebenfalls festzulegen, weil damit erst die Gesamtheit der Finanzierung gesichert ist. Auf jeden Fall gehen wir davon aus, daß die Länder ihre höheren Leistungen, die über denen des Bundes liegen, mindestens im gleichen Umfang aufrechterhalten, weil sonst eine Steigerung der Bundesleistung ja im Ergebnis nicht voll zum Zuge käme.

Die Vergabe der Bundes- und der Landesmittel soll sich an dem neuen Generalbauplan des Wissenschaftsrats orientieren und dann in Jahresempfehlungen vollzogen werden. Und schließlich wissen wir uns mit den Ländern und den Vertretern der Wissenschaft im Wissenschaftsrat darin einig, daß wir auch die Bemühungen um neue und wirtschaftliche Methoden des Hochschulbaus verstärken müssen, um zu einer optimalen Nutzung dieser gewaltigen, von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel zu kommen. Ich glaube, daß die hier mit wenigen Strichen gezeichneten Überlegungen eine gute und solide Grundlage für den zügigen, ja für einen wesentlich verstärkten Ausbau unserer wissenschaftlichen Hochschulen bilden können, wenn Bund und Länder zu den erforderlichen Vereinbarungen im Herbst dieses Jahres kommen.

Ich darf mit großer Befriedigung sagen, daß in einem ersten Gespräch mit der Konferenz der Kultusminister unter dem Vorsitz meines Kollegen Professor SCHÜRTE und in einem eingehenden Gespräch mit den Präsidenten der wissenschaftlichen Organisationen sich in den Grundzügen dieser Beurteilung volle Übereinstimmung ergab, vorbehaltlich selbstverständlich der Einzelfragen, die noch erörtert werden müssen.

Das Bild für 1966 ist, und auch das ist in den Ausführungen von Magnifenz KEPP geschildert worden, jetzt etwas besser, als es zunächst erschien. Aus Bundesmitteln sind für den Ausbau der Universität Gießen seit 1958 insgesamt 47 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden, davon 1965 ein Betrag von 13 Millionen DM. Wir kommen mit den jetzt vorgesehenen Leistungen für 1966 auf den genannten Betrag von etwa 24 Millionen DM, also auf eine Steigerung um 11 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr, d. h. auf einen Jahresbetrag, der immerhin 50% dessen ausmacht, was in acht Jahren vorher geleistet wurde. Ich glaube, daß damit und unter Berücksichtigung der großen Leistungen des Landes für seine Universität

die Chance besteht, die Ausbauplanungen der nächsten Jahre, die in eindringlicher Weise hier geschildert worden sind, zu finanzieren, wenn die anderen administrativen Probleme ebenfalls gelöst werden können.

Ich glaube, daß wir auch in den Bereichen der Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, durch die Neufassung des Verwaltungsabkommens die bestehende gute Zusammenarbeit fortsetzen und verstärken werden, eine Zusammenarbeit, die in den letzten Jahren reibungslos und mit sehr befriedigenden Ergebnissen erfolgt ist.

Das zweite große Programm der Wissenschaftspolitik des Bundes ist das deutsche Atomprogramm, ein Bereich, in dem die Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft noch intensiver ist, vor allem in der Einbeziehung der Wirtschaft, als es der Sache nach im Bereich der Hochschule möglich ist. Dieses Programm begann 1955, damals mit einem durch die politischen Umstände zum Teil beträchtlichen Forschungsrückstand belastet, damals zum Teil auch mit pessimistischen Äußerungen begleitet, daß wir nicht mehr in der Lage seien, den großen Forschungsvorsprung anderer Länder aufzuholen, Urteile, die wir heute auch im neuen Bereich der Weltraumforschung hören. Ich darf sagen, daß — vorbehaltlich der Kritik an Einzelentscheidungen und Einzelmaßnahmen — die fachlich interessierte Öffentlichkeit, daß Wissenschaft, Wirtschaft und Staat heute das Atomprogramm insgesamt als einen Erfolg betrachten. Dieser Erfolg ist allerdings erleichtert worden durch den hohen wissenschaftlichen Stand, den wir in Deutschland im Bereich der Physik traditionell hatten und auch durch die Kriegs- und Nachkriegszeit hindurch im wesentlichen bewahren konnten, und dadurch, daß wir in der Reaktorbauindustrie ungewöhnlich leistungsfähige Partner im Bereich der Wirtschaft hatten, vor allem in den großen Betrieben der Elektroindustrie und der Chemie.

Die Federführung in diesem Atomprogramm liegt, wie es auch der Verfassungsänderung von 1957 entspricht, bei der Bundesregierung. Aber auch auf diesem Sektor ist die Zusammenarbeit mit den Ländern notwendig und unentbehrlich gewesen, weil die Länder als Träger der wissenschaftlichen Hochschulen damit auch wesentliche Zentren für Forschung und Lehre im Bereich der Physik, der Atomforschung sind und weil sie auch neben dem Bund im Bereich der Großforschung außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen eine starke Initiative entfaltet haben.

Heute, im Jahre 1966, stehen wir auch in der Bundesrepublik an der Schwelle der vollen wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie. Wir bauen drei Demonstrationskraftwerke mit einer Leistung von zusammen 750 Megawatt in Lingen, Obrigheim und Gundremmingen, die in den nächsten zwei Jahren fertiggestellt sein werden und die mit einer gewissen Staatshilfe schon ein großes Maß an Wirtschaftlichkeit gewonnen haben; hinzu tritt jetzt das Kernkraftwerk

Niederaichbach in Bayern. Wir stehen heute an dem Punkt, an dem die großen deutschen Energieversorgungsunternehmen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Rentabilität ohne Staatshilfe erwägen, selbständig Aufträge für den Bau von Kernkraftwerken, großen Reaktoren für die Energiegewinnung zu erteilen, und wir hoffen, daß ohne psychologische Störung durch die augenblicklichen EnergieDebatten diese Aufträge jetzt auch vergeben werden. Diese moderne Energie — und das muß man bei aller Würdigung der aktuellen Sorgen und Schwierigkeiten des Bergbaus klar erkennen — ist für uns volkswirtschaftlich ein Schlüssel für den Wettbewerb von morgen. Wir müssen deshalb auch in allen Entscheidungen wirtschafts- und energiepolitischer Art uns den vollen, ungehinderten Zugang zu dieser Energiequelle, die nach 1970 in Europa und Deutschland einen sprunghaften Anteil am Zuwachs haben wird, erhalten.

Die erprobten Reaktoren, um die es jetzt geht, bedeuten schon einen Übergang zur Wirtschaftlichkeit, aber daneben ist die Entwicklung der Reaktoren der Zukunft, der sogenannten Konverter und schnellen Brüter, in den westlichen Industrieländern, aber auch in der Bundesrepublik, im vollen Gange. In den beiden Zentren — in Karlsruhe, wo auf der Uranbasis die schnellen Brüter entwickelt werden, und in Jülich, wo eine Thoriumentwicklung erfolgt — bauen wir Reaktoren, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu einer einschneidenden Senkung der Strompreise führen können und die dann eben die volkswirtschaftlichen Grundlagen für den internationalen Wettbewerb im industriellen und gewerblichen Sektor insgesamt maßgebend beeinflussen.

Wenn auch zur Zeit die Schwerpunktbildung in der Vergabe öffentlicher Mittel und das nachdrückliche Bemühen, die kerntechnische Entwicklung zunehmend durch Industrie und Wirtschaft übernehmen zu lassen, in den Vordergrund tritt, so stellen sich daneben doch auch im Bereich der Grundlagenforschung neue, wichtige Aufgaben. Wir haben verschiedene Zentren für die Aufgaben der Plasmaphysik geschaffen, in Garching ebenso wie in Jülich, wir stehen vor wichtigen und schwierigen Entscheidungen im Bereich der Hochenergiephysik, der großen Beschleuniger. Ein wichtiges deutsches Zentrum ist mit der DESY in Hamburg geschaffen worden. Wir wirkten maßgebend, mit einer erfreulich wachsenden deutschen Beteiligung, an der CERN in Genf mit, wie ich bei meinem jüngsten Besuch dort festgestellt habe. Wir werden in den nächsten Jahren in Grenoble zusammen mit Frankreich einen Höchstflußreaktor bauen, und wir stehen vor den großen und schwierigen Fragen, bei den rapide steigenden Kostenanforderungen die Prioritäten festzulegen, etwa im Hinblick auf das große CERN-Projekt, für Westeuropa einen 300-GEV-Beschleuniger zu bauen, der allein in den Investitionskosten fast 2 Milliarden DM erfordern würde. Dazu kommt die notwendige engere Verbindung der Atomforschung mit Bereichen der Lebenswissenschaften, der Biologie und Medizin, in den staatlichen Disposi-

tionen ebenso wie in den Empfehlungen der Deutschen Atomkommission.

Der dritte große Wirkungsbereich des Bundes ist die Weltraumforschung, 1962 begonnen, noch in einem frühen Stadium, belastet dadurch, daß hier Wissenschaft und Industrie durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen besonders getroffen waren.

Ich sagte schon, daß wir Weltraumforschung nur unter dem Vorzeichen internationaler Zusammenarbeit, europäischer Zusammenarbeit, betreiben, und zwar in Größenordnungen von jetzt etwa 250 Millionen DM im Jahr. Demgegenüber geben die Vereinigten Staaten fast 5 Milliarden Dollar im Jahr aus, über 1 Milliarde Dollar allein für die Raketenentwicklung. Dies macht klar, wie schwierig für uns und für Europa die Aufgabe ist, Bereiche zu finden, in denen eigene Entwicklungen sinnvoll sind und Chancen haben. Wir glauben aber, daß bei den großen Anwendungsmöglichkeiten der Weltraumforschung — nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im kommerziellen Bereich, in dem sich abzeichnenden System weltweiter Nachrichtenverbindungen, Fernseh- und Fernmeldesatelliten, in den bedeutenden Ergebnissen auch für andere Zweige der Wissenschaft und Technik, der Elektronik ebenso wie der Werkstoffe, der Biologie und Medizin — Europa nicht darauf verzichten kann, in einer überlegten Form, unter klarer Auswahl von Schwerpunkten sich an diesem ganz neuen, jungen und zukunftssträchtigen Wissenschaftszweig zu beteiligen. Wir glauben, daß es im Grunde ein gewisses Armutszeugnis für Europa wäre, wenn wir uns darauf beschränkten, die traditionellen Güter, Kühlschränke und Autos, Güter der Konsumindustrie, der Investitionsgüterindustrie zu produzieren und trotz unserer großen volkswirtschaftlichen und technologischen Möglichkeiten einen solchen neuen, am Anfang seiner Entwicklung stehenden Wissenschaftszweig Amerika und der Sowjetunion überließen.

Außerdem stehen wir — ich möchte sie zum Schluß nur stichwortartig nennen — vor ganz neuen Aufgaben: die großen Probleme der Ozeanographie, der Molekularbiologie, von der manche meinen, daß sie für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts eine ähnliche Bedeutung gewinnen könnte wie die Physik in der ersten Hälfte, Aufgaben der Radioastronomie, die drängenden Probleme der Datenverarbeitung, der Elektronik, bei der Europa ebenfalls in Gefahr ist, völlig den Anschluß zu verlieren und eigene Entwicklungen nicht mehr zu vollziehen, Aufgaben, die Bund und Länder sowie die wissenschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen und Hochschulen nur gemeinsam meistern können, weitgehend auch nur in einer engen Verbindung und Kooperation mit der Wirtschaft.

Es kommt mehr und mehr in politischen Debatten zum Ausdruck, und es wird mehr und mehr im öffentlichen Bewußtsein deutlich, daß im Grunde alle Lebensprobleme, alle gesellschaftlichen Bezüge unserer Zeit und unsere Zivilisation dem Gesetz der Verwissenschaftlichung unterliegen.

Die geistige Bewältigung und Erfassung der Zusammenhänge mit

den Methoden der Fachwissenschaft ist zunehmend unentbehrlich, um die Probleme unserer Zeit, einer immer differenzierter werden- den Zivilisation, zu lösen, und hier sind neben den großen Aufgaben der Naturwissenschaften und Technik auch die bleibenden und neuen Aufgaben der Geisteswissenschaften.

Gerade in einem Volke, in einem Lande, das so schwere Umbrüche und Katastrophen in seiner jüngsten Vergangenheit erlebt hat, dürfen wir, vielleicht durch den Wohlstand etwas eingeschläfert und bequem geworden, die Grundlagen unseres Staates, seiner Verfassungsordnung, der Rechtsordnung der menschlichen Beziehungen und gesellschaftlichen Probleme nicht als selbstverständlich hinnehmen. Wir müssen deutlich erkennen, daß sie in den Spannungen, in denen wir gerade in Deutschland, in einem geteilten Lande, leben, in der unvermindert bestehenden geistigen und politischen Herausforderung durch das totalitäre System des Kommunismus immer wieder der prinzipiellen Klärung, der Besinnung, des kritischen, aber auch konstruktiven Durchdenkens bedürfen. Deshalb sollten wir nicht den Fehler machen, angesichts der Faszination durch die Naturwissenschaften und Technik, der wir bis zu einem gewissen Grade alle — auch als Laien — unterliegen, und angesichts der Tatsache, daß sich hier von der Finanzierung, von der Organisation her die großen Probleme stellen, die Geisteswissenschaften in ihrer Bedeutung, in ihrem Range, in ihren sachlichen Notwendigkeiten zu unterschätzen.

Wir üben und entwickeln unsere Wissenschaftspolitik zunehmend in internationaler Zusammenarbeit, weil die Größenordnungen es erfordern. Ich nannte das Beispiel des CERN-Beschleunigers, ein Großgerät mit den dazugehörigen Forschungsstätten, das, wenn wir es in Europa bauen, etwa zwei Milliarden DM kosten wird. Man kann als Beispiel die Weltraumforschung nennen und andere Probleme, sogar aus dem Bereich der Grundlagenforschung. Diese Entwicklung drängt von der Sache her zunehmend in internationale Kooperationen. Aber wir üben diese internationale Zusammenarbeit nicht in starren Formen aus. Wir haben in EURATOM z. B. sechs Mitgliedsländer, in CERN zehn, in der ESRO, der Forschungsorganisation auf dem Gebiet der Weltraumforschung, zehn, in der ELDO sechs plus Australien, in der ESO, der Organisation für die Erforschung der südlichen Hemisphären, neun, daneben viele zweiseitige Formen der Kooperation, nach unserer Grundüberzeugung auch über den Atlantik hinweg, also vor allem mit den Vereinigten Staaten.

Ich glaube auch nicht, daß es richtig wäre — einige tendieren in dieser Richtung — zu internationalen Gründungen allein um des Prinzips der Internationalität willen zu kommen. Wir gehen davon aus, daß auch nationale Einrichtungen der Wissenschaft sich über die Grenzen hinweg öffnen, daß das Wesen der Wissenschaft *per se* Internationalität ist, und ich glaube, das Bild unserer deutschen Hochschulen bestätigt uns dies. Aber wir werden dennoch eine weitere stürmische Entwicklung der internationalen Gründungen er-

leben, weil vor allem die Großforschung über die Grenzen hinweg zu neuen Formen drängt. Ob wir zu einer Systematisierung dieser internationalen Organisationen und Kooperationsformen kommen müssen, ist eine zur Zeit vielerörterte Frage, auch im Zusammenhang mit der Fusion der europäischen Gemeinschaft und ihrer neuen Gestalt. Ich möchte den Versuch einer Zusammenfassung der verschiedenen internationalen wissenschaftlichen Organisationen in einem Rahmen nur zurückhaltend beurteilen, weil wir niemanden bei einem solchen Versuch ausschließen dürfen, sondern uns die Teilnahme und Mitwirkung jener Staaten, etwa Österreichs, Schwedens oder der Schweiz, in Europa erhalten wollen, die aus allgemeinen politischen Gründen nicht größeren Zusammenschlüssen beitreten können. Wir bekennen uns auch — es gibt auch bei uns dafür mehr Ansätze, als man im allgemeinen weiß — zu den möglichen Formen internationaler wissenschaftlicher Kooperation über den Eisernen Vorhang hinweg.

Ich komme zum Schluß und möchte folgendes sagen: Die Entscheidungen über Wissenschaftsförderung durch den Staat fallen zunächst im Gesamtzusammenhang der Innen- und Finanzpolitik. Uns ist nicht mit einem Wettbewerb an Wohlwollenserklärungen für die Wissenschaft gedient, wenn nicht im Mut zur Auswahl von Prioritäten und daher auch zum Setzen von Posterioritäten sich diese Bereitschaft manifestiert.

Sicher ist es zu begrüßen, daß in der öffentlichen Meinung — auch gerade in den deutschen Parlamenten — der Rang und die Bedeutung der Wissenschaft zunehmend erkannt wird. Aber zu wirklich befriedigenden Ergebnissen werden wir nur dann kommen, wenn dies in der Gesamtheit der Finanzentscheidungen und nicht nur in den Fachdebatten über die Wissenschaft seinen Ausdruck findet.

Wir haben erfreulicherweise in den letzten Jahren sowohl bei den Ländern als auch beim Bund überdurchschnittliche Steigerungsraten in den staatlichen Aufwendungen für die Wissenschaft — im Haushalt des Bundesforschungsministers in diesem Jahr von etwa 30% —, aber wir werden diese Entwicklung in einer Zeit, in der die Finanzierungsmöglichkeiten schwieriger geworden sind, in der die Haushaltsspannungen und -probleme größer werden, noch einige Jahre fortsetzen müssen, um den notwendigen internationalen Standard zu erreichen. Hinzu tritt die Notwendigkeit, auch in der Wissenschaft selbst zu Prioritäten zu kommen. Das wird auch die Diskussion über den neuen Generalbauplan des Wissenschaftsrats wesentlich mitbestimmen. Wir sehen im Bereich der großen naturwissenschaftlichen Investitionen, etwa auf dem Gebiet der Beschleuniger, deutlich, daß wir nicht mehr in jeder Universität alles tun können. Dazu kommen die drängenden Forderungen neuer Disziplinen, die die Prioritätsentscheidungen innerhalb der Wissenschaft so unerhört wichtig, allerdings auch schwierig machen. Und drittens gilt für die staatliche Ordnung, daß wir, Bund und Länder gemeinsam, am Prinzip des Bundesstaates, unserer föderativen Verfassung, fest-

halten, daß wir in ihrem Rahmen die Probleme lösen müssen. Das schließt die Fortentwicklung von Aufgaben und Formen der Kooperation nicht aus. Es geht eigentlich darum, daß wir sie ohne Prestigedenken sachgerecht fortentwickeln.

Wir haben in dem Gutachten der Finanzkommission, im sogenannten Tröger-Gutachten, einige wichtige Anhaltspunkte hierfür: etwa in dem Vorschlag, der auch in ersten Reaktionen von den Ministerpräsidenten der Länder bejaht wird, daß der Bund eine noch verstärkte Verantwortung für die Großforschung übernimmt, aber auch in der dort aufgeworfenen Frage, ob wir die durch Verwaltungsabkommen praktizierte Zusammenarbeit in der Hochschulfinanzierung nicht noch fester institutionalisieren sollen. Die Finanzkommission hat zu diesem Zwecke bekanntlich eine Verfassungsergänzung vorgeschlagen, in der diese Zusammenarbeit bei den einmaligen Ausgaben der Hochschulen durch die Verfassung bekräftigt und geregelt werden soll. Ich nenne dies als ein Beispiel für andere, in dem deutlich wird, daß gerade unabhängige Kommissionen und Voten — hier eine von Bund und Ländern gemeinsam eingesetzte Gruppe von hohem Rang — sich dafür aussprechen, daß wir für eine sachgerechte Fortentwicklung und Diskussion dieser Frage Sorge zu tragen haben.

Ich glaube, daß wir in Deutschland in der Entwicklung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft eine in manchem schwierige, aber trotz mancher Spannungen des Tages insgesamt doch erfolgreiche Strecke Wegs zurückgelegt haben. Ich erinnere mich an meine ersten Jahre im Deutschen Bundestag nach 1957, in denen es selbst bei uns im Parlament zweifelhaft war — und Entscheidungen, wie etwa das berühmte Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts haben diese Zweifel bekräftigt —, ob wir überhaupt Aufgaben in der Wissenschaftsförderung und Wissenschaftspolitik von einem richtigen Verständnis unserer Verfassung her besäßen. Wir haben am Anfang der 60er Jahre manche schwierige Auseinandersetzung darüber gehabt, etwa im sogenannten Steuerstreit von 1962. Wenn man an diese noch nicht sehr lange zurückliegende Zeit denkt, muß man anerkennen und würdigen, daß die Bereitschaft zur sachlichen Kooperation in den letzten Jahren gewachsen ist, daß sich neue Formen in Verwaltungsabkommen, in gemeinsamen Beratungsgremien, in einem intensiveren Kontakt herausgebildet haben, mit denen wir — wie ich hoffe — die großen Aufgaben der Zukunft lösen werden. Wir haben, auch in einem intensiveren Maße als zuvor, die Verbindung zwischen dem Staat und den Repräsentanten der Wissenschaft und Wirtschaft in den genannten Organen verstärken und pflegen können.

Ich glaube, daß das Bild der deutschen Wissenschaftspolitik im Jahre 1966 durch manche Schwierigkeiten, manche Rückschläge, manche Sorgen, aber auch durch Fortschritte bestimmt wird, die bei einem tatkräftigen Bemühen aller Verantwortlichen uns Hoffnung für die Zukunft geben können.

Zur Stabilität demokratischer Institutionen in der Bundesrepublik

In den 17 Jahren seit ihrer Errichtung hat die Bundesrepublik keine Krisen erlebt *), die die Position einer Machtelite oder die materielle Wohlfahrt und die persönliche Sicherheit der Vielen ernstlich gefährdet hätten. Weder kam es zu wirtschaftlichen Rezessionen mit der beträchtlichen Arbeitslosigkeit, die in den Vereinigten Staaten seit Kriegsende wiederholt aufgetreten ist, noch gab es heftige industrielle Konflikte. Auch bürgerkriegsähnliche Kämpfe wie die zwischen Anhängern und Gegnern der Negeremanzipation in den USA blieben uns erspart. Desgleichen akute militärische Bedrohungen und Niederlagen von der Art der französischen in Indochina und Algerien. Während die Regierungsschicht der DDR sich erst des offenen Aufstands und dann des Protests durch Abwanderung erwehren mußte, hat keine größere Gruppe die Legitimität der hiesigen Herrschaftsgruppen in Frage gestellt. Zu keinem Zeitpunkt also wurde das bestehende Gesellschafts- und Staatssystem erschüttert, weder durch äußere Krisen noch durch innere Opposition. Das bedeutet, daß auch die demokratischen Institutionen nicht ernstlich belastet worden sind. Bisher haben sie die Bewährungsprobe nicht bestanden, weil die Bewährungsprobe noch nicht gekommen ist. Was aber wird mit ihnen geschehen, wenn eines Tages auch bei uns Krisen der angedeuteten oder anderer Art die gewohnte Balance stören? — Ich glaube nicht, daß irgendeine Wissenschaft darauf zuverlässige Antworten geben kann. Weder das theoretische noch das empirische Rüstzeug der im weitesten Sinn politischen Disziplinen reicht aus, um alle für die Zukunft der Demokratie maßgeblichen nationalen und internationalen Entwicklungen zu antizipieren. Obendrein entzieht sich das in politischen Reaktionen enthaltene Moment individueller und kollektiver Spontaneität der vorausdenkenden Kalkulation. Sind Prognosen ausgeschlossen, brauchen wir uns freilich nicht jede Spekulation über den Grad der Krisenfestigkeit unserer politischen Verfassung zu verbieten. Ich will zu dieser Problematik — der Krisenfestigkeit oder Stabilität des bestehenden politischen Systems — einige Hypothesen formulieren; sie beziehen sich auf das subjektive Verhältnis zur Demokratie.

Konjunkturrückschläge, militärische Verwicklungen und außenpolitische Niederlagen sind nicht an sich schon lebensgefährlich für die demokratische Verfassung. Sie werden es erst, wenn die politische Urteilsfähigkeit und das demokratische Engagement gering entwickelt und die Bürger daher für autoritäre Lösungsvorschläge

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 19. Juli 1966.

anfällig sind. Solange sich Machteliten und viele Beherrschte nicht oder nur oberflächlich mit der Demokratie identifizieren, solange ist diese instabil. Die Gefahr bleibt dann akut, daß mächtige Minderheiten zur Krisenüberwindung antidemokratische Programme anbieten und daß breite Schichten sich dafür mobilisieren lassen. Umgekehrt besteht gute Aussicht, daß äußere Krisen oder wirtschaftliche Erschütterungen nicht auch zu Krisen der politischen Einrichtungen werden, wenn die Demokratie im Bewußtsein der Bürger fest verankert ist. Wo die Menschen sie als ihre eigene Sache begreifen, da ist sie wirklich stabil. Wie verhält es sich mit dieser Stabilität in der Bundesrepublik? Wie zuverlässig ist hier das demokratische Engagement?

Ginge es bei der politischen Urteilsbildung mit rationalen Dingen zu, so wäre die Erwartung berechtigt, die Westdeutschen hätten sich dank der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und durch die Beobachtung des Autoritarismus in der DDR ein für allemal zu soliden Demokraten entwickelt, mißtrauisch gegen jede Macht, wachsam auch gegenüber den nicht durch Wahl legitimierten Herrschern, aufmerksame Beobachter der Politik und stets bereit, Verstöße gegen die demokratischen Prinzipien durch Protestaktionen zu ahnden. Gerade weil sie schon einmal schrecklich betrogen worden sind, müßten sie — so könnte man folgern — aus der Erkenntnis des eigenen Versagens die informierte und handlungsbereite Entschiedenheit gewinnen, sich nicht wieder überrumpeln zu lassen und die Demokratie um jeden Preis zu verteidigen — gegen Feinde im Inneren nicht anders als nach außen. Diese Haltung, nach Maßgabe des Kollektivinteresses die einzig rationale, ist jedoch ganz atypisch. Statt politischer Vernunft überwiegen Indifferenz und Ahnungslosigkeit gegenüber der Politik, vage und daher unzuverlässige Zustimmung zu den bestehenden Formen politischer Demokratie und Abneigung gegen politisches Handeln. Das zeigt jede empirische Untersuchung über das politische Bewußtsein. Ich will die wichtigsten Befunde daraus wiedergeben. Dabei beschränke ich mich auf Ergebnisse über den Grad des politischen Interesses, den Stand der Kenntnisse über Politik und die Einstellung zur Demokratie¹⁾.

¹⁾ Die im folgenden verarbeiteten Materialien sind entnommen aus: HABERMAS, FRIEDEBURG, OEHLER, WELTZ, *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*, Neuwied 1961; MANFRED TESCHNER, *Politische Bildung an höheren Schulen*, in: *Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum sechzigsten Geburtstag*, im Auftrag d. Instituts f. Sozialforschung hrsg. v. MAX HORKHEIMER, Frankfurt/M. 1963; WOLFGANG HARTENSTEIN u. GÜNTER SCHUBERT, *Mitlaufen oder Mitbestimmen. Untersuchungen zum demokratischen Bewußtsein und zur politischen Tradition*, Veröffentlichungen d. Instituts f. angewandte Sozialwissenschaft Bad Godesberg, Bd. 2, Frankfurt/M. 1961; *Frau und Öffentlichkeit, ifas report*, hrsg. v. Institut f. angewandte Sozialwissenschaft Bad Godesberg, Frankfurt/M. 1965; *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947—1955*, hrsg. v. ELISABETH NOELLE u. ERICH PETER NEUMANN, 2. durchges. Aufl. Allensbach am Bodensee 1956; dieselben, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957*, Allensbach 1957; dieselben, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958—1964*, Allensbach u. Bonn 1965; GERHARD SCHMIDTCHEN, *Die*

Das Interesse an Politik, eine notwendige, wenn auch keine zureichende Bedingung demokratischen Engagements, ist gering. Nach ihren eigenen Angaben beschäftigen sich Erwachsene und Jugendliche nicht oder wenig mit den öffentlichen Geschehnissen, nur ein Drittel der Gesamtheit erklärt sich für interessiert, ein Drittel für ganz indifferent, das dazwischen liegende Drittel für lau. Diese Gleichgültigkeit läßt bereits vermuten, daß die Mehrheit auch nur unzulängliche Kenntnisse über politische Institutionen und aktuelle Ereignisse besitzt und damit die zweite Bedingung zuverlässigen demokratischen Bewußtseins ebenfalls nicht erfüllt. Mindestens zwei Drittel beherrschen nicht einmal das kleine Einmaleins der Politik. Weder können sie genau angeben, welche Parteien die Bundesregierung bilden, noch wissen sie, welche im Bundestag vertreten sind. Das wirft Licht auf die Bedeutung der hohen Wahlbeteiligung. Diese kann nicht Ausdruck demokratischer Reife sein, wenn viele Wähler die Konsequenzen ihres Votums kaum notieren. Auch mit der Arbeit des Parlaments, das doch der Idee nach in ihrem Auftrag handelt, sind die meisten nicht vertraut. Etwa 60 Prozent halten es für möglich, daß die Regierung auch unter der bestehenden Verfassung selber Gesetze macht, und nur wenige haben zutreffende Vorstellungen von den Aufgaben des Bundestags. Noch dürftiger sind die Kenntnisse über das politische Tagesgeschehen. Stellvertretend für viele gleichlautende Befunde zitiere ich die einer Untersuchung, die im Sommer 1957 mit einer repräsentativen Auswahl Frankfurter Studenten durchgeführt worden ist²⁾. Zum Zeitpunkt der Erhebung standen drei Themen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion: Konjunkturpolitik, Sozialreform mit dem Plan einer dynamischen Rente und Hochschulreform. Über Konjunkturpolitik und dynamische Rente konnten ungefähr je ein Drittel, über Hochschulreform nur ein Viertel der Studierenden richtige Angaben machen. — Nach den Ergebnissen anderer Studien liegt der Rekord an Ahnungslosigkeit bei den Frauen, also bei der Mehrheit der Wähler³⁾. Als die Suezkrise die Gemüter erhitzte, wußten 47% nicht, wo der Suezkanal

befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik, Freiburg 1959; ERICH PETER NEUMANN u. ELISABETH NOELLE, *Antworten. Politik im Kräftefeld der öffentlichen Meinung*, Allensbach 1954; RUDOLF RAASCH, *Zeitgeschichte und Nationalbewußtsein. Forschungsergebnisse zu Fragen der politischen und allgemeinen Erziehung*, Forschungsbericht aus dem Deutschen Institut f. Internationale Pädagogische Forschung, Berlin u. Neuwied 1964; zwei bisher nicht veröffentlichte repräsentative Erhebungen d. Instituts f. Sozialforschung Frankfurt/M. über Reaktionen der Bevölkerung auf die „Spiegelaffäre“ und den Metallarbeiter-Streik in Baden-Württemberg; HANNAH VOGT, *Was interessiert die Frauen an der Politik?* Rundfunkmanuskript, Hessischer Rundfunk, Frauenfunk, Sendung vom 11. 9. 1965; KATJA BERKEMEYER, *Mädchen, junge Frauen und die Politik*, Rundfunkmanuskript, Hessischer Rundfunk, Frauenfunk, Sendung vom 4. 9. 1965.

Die Kategorien der Darstellung entnehme ich einem Referat, das MANFRED TESCHNER in einer von ihm und mir gemeinsam abgehaltenen Übung in Frankfurt/M. (Wintersemester 1964/65) vorgetragen hat.

²⁾ HABERMAS et al., *Student und Politik*, a. a. O., S. 65.

³⁾ VOGT, *Was interessiert die Frauen an der Politik?* a. a. O.

liegt: als die Gründung der Montanunion und des Europarates Tagsgespräch waren, hatten über 60% nichts davon gehört. Die Beispiele genügen, um zu illustrieren, was durch zahlreiche Erhebungen erhärtet ist, daß nämlich die Mehrheit aller Schichten nicht über das Wissen verfügt, das nötig wäre, um Sinn und Prozeß der Demokratie zu verstehen.

Während die meisten Westdeutschen der Politik gleichgültig und ignorant gegenüberstehen, wenden sie sich doch nicht gegen die Demokratie. Charakteristisch scheint eher die oberflächliche Bejahung. Nicht nur stimmen etwa 95% für die demokratischen Parteien. Vielmehr bekunden sie auch in Umfragen vage Sympathien mit dem gegenwärtigen politischen System. Die Mehrheit sagt, wir brauchten ein Parlament. Drei Viertel glauben, das Land fahre besser, wenn es mehrere Parteien hat. Knapp die Hälfte will die Befugnisse der Regierung selbst in Krisenzeiten so weit wie möglich beschränken. Mißtrauen gegenüber Machthabern verrät auch die Bevorzugung einer Kollegialregierung. 60% stimmen ihr zu, 20% äußern keine Meinung, ein Fünftel bevorzugt den Führerstaat. Wahrscheinlich will jedoch der größere Teil auch dieses Kreises nicht die Beseitigung der Demokratie. TESCHNER hat darauf aufmerksam gemacht, daß viele Personen eher aus Hilflosigkeit als aus Überzeugung autoritär reagieren. Sie sind politisch völlig inkompetent und halten sich deshalb an die scheinbar einfacheren Kategorien.

Umfrageergebnisse vermitteln gewiß nur eine unvollkommene Vorstellung von politischen Einstellungen. Um diese differenzierter zu bestimmen, sind weitere Untersuchungen, namentlich auch solche über schichtspezifische Unterschiede, nötig. Nichts berechtigt freilich zu der Annahme, sie würden die bisherigen Befunde widerlegen. Diese zeigen ganz klar, daß viele Menschen sich nicht mit der Demokratie identifizieren. Wohl fehlen die aktiven Antidemokraten: das ist ein Moment der Überlegenheit Westdeutschlands über die Weimarer Republik. Es fehlen aber auch die militanten Demokraten. Nur kleine Minderheiten sind nach ihrer eigenen Aussage bereit, das Grundgesetz zu verteidigen. Die Mehrheit lehnt jede über die Stimmabgabe hinausgehende Aktivität ab. Im ganzen überwiegt die Neigung, sich herauszuhalten. Damit bestätigt sich das Urteil von ADORNO: „Soviel wird man sagen können, daß das System politischer Demokratie zwar in Deutschland als das akzeptiert wird, was in Amerika a working proposition heißt, als ein Funktionierendes, das bis jetzt Prosperität gestattete oder gar förderte. Aber Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, daß sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen. Sie wird als ein System unter anderen empfunden, so wie wenn man auf einer Musterkarte die Wahl hätte zwischen Kommunismus, Demokratie, Faschismus, Monarchie, nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit. Sie wird eingeschätzt nach dem Erfolg oder Mißerfolg, an dem dann

auch die einzelnen Interessen partizipieren, aber nicht als Einheit des eigenen Interesses mit dem Gesamtinteresse ...“⁴⁾.

Wenn die Masse der Beherrschten zu wenig aufgeklärt ist, um immun zu sein gegen totalitäre Verheißungen, gewinnen die Verhaltensbereitschaften der gesellschaftlichen Führungsgruppen zusätzliche Bedeutung. Stärker als in einem politisch kompetenten Volk hängen die Überlebenschancen der demokratischen Einrichtungen dann vom Verhalten der Machteliten ab. Regierung und Parlament, die Ministerialbürokratien, die Oligarchien der Parteien und der großen Interessenorganisationen, die maßgeblichen Gremien von Polizei und Militär sowie die Entscheidungsgruppen in den Medien der Massenkommunikation, schließlich die Justiz und die Hochschulen befinden dann über den Bestand der Demokratie. Wo sie den Gegnern der Verfassung die materiellen und die moralischen Hilfen verweigern, setzen sich jene auch in Notsituationen nicht durch. Umgekehrt haben autoritäre Organisationen leichtes Spiel, wenn sie die stärksten Machteliten für sich gewinnen. Dann ist das Schicksal der Demokratie schon beim Ausbruch einer Krise besiegelt.

Über die politischen Einstellungen der westdeutschen Führungsgruppen liegen keine größeren Erhebungen vor. Sofern wir nicht überhaupt darauf verzichten wollen, ihr politisches Bewußtsein zu analysieren, sind wir daher auf die „klassischen“ (das heißt auch: die zumindest partiell überholten) Verfahren der Soziologie, auf die Ableitung der Denk- und Verhaltensweisen von der sozialen Lage, angewiesen. Die soziale Lage definiert sich hier durch die spezifischen Traditionen, die soziale Herkunft und die positionsbedingten Interessen. Der Schluß von diesen Gegebenheiten, so viele Fehlerquellen er enthält, erlaubt wenigstens hypothetische Aussagen über das Bewußtsein. Dabei ist entscheidend, welche Vorstellung von Demokratie die soziale Lage nahelegt, ob sie für den konsequenten oder eher für einen elitär-autoritären Demokratiebegriff wirbt. Der konsequente Demokratiebegriff macht Ernst mit dem Prinzip der Volkssouveränität; er zielt auf politische Gleichheit, Mündigkeit und Selbstbestimmung der Vielen. Gemäß diesem Begriff meint Demokratie, in den Worten von HABERMAS, daß „mündige Bürger unter den Bedingungen einer politisch fungierenden Öffentlichkeit, durch einsichtige Delegation ihres Willens und durch wirksame Kontrolle seiner Ausführung die Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens selber in die Hand nehmen“⁵⁾. Nur wer dieses Konzept adoptiert, dürfte auch in Krisensituationen wirklich gefeit sein gegen die Anfechtungen autoritärer Programme. Mögen die Verteidiger anderer, konservativer Auffassungen von Demokratie jede Form des Totalitarismus ebenfalls nachdrücklich befehlen, enthält ihr Denken doch keine Garantie gegen Kompromisse mit autoritären Plänen für die Überwindung ernsterer Konflikte. — Ich will versuchen, die soziale Lage von zwei Führungs-

⁴⁾ THEODOR W. ADORNO, *Eingriffe*, Edition Suhrkamp 10, Frankfurt/M. 1963, S. 130.

⁵⁾ HABERMAS, Einleitung zu *Student und Politik*, a. a. O., S. 16.

gruppen, der Ministerialbürokratie des Bundes und der Leiter großer Unternehmungen, im Hinblick auf ihren wahrscheinlichen Einfluß auf die politische Mentalität zu analysieren.

Wie alle anderen westdeutschen Herrschaftsgruppen mit Ausnahme der Oligarchien von Gewerkschaften und SPD hat die hohe Verwaltungsbürokratie keine demokratische Standestradi-tion. Im Gegenteil: die meisten Beamten betätigten sich statt als Verteidiger als Totengräber der ersten deutschen Demokratie. Sie folgten damit einer Tradition der Parteinahme für ein autoritäres bürgerliches System, die schon vor dem Ersten Weltkrieg fest verwurzelt und durch die Beseitigung der Monarchie nicht erschüttert worden war. So alt diese Überlieferungen sind, besitzen sie jedoch keine autonome, noch die heutigen Einstellungen und das heutige Verhalten determinierende Gewalt. Wahrscheinlich ist, daß mit der Katastrophe von 1945 ihr Bann zerbrach. Obwohl ein hoher Prozentsatz der obersten Beamten schon unterm Nationalsozialismus die gleichen oder ähnliche Stellen innehatte, akzeptieren sie den neuen politischen und gesellschaftlichen *status quo* und sind insofern loyaler als ihre Vorgänger in der Weimarer Republik. Diese Loyalität, fraglos ein Fortschritt, involviert jedoch nicht ohne weiteres Loyalität auch gegenüber dem konsequenten Prinzip der Demokratie. Solche Loyalität dürfte selten sein, weil ja die Bejahung des neuen Zustands häufiger Anpassung an veränderte Umstände als Ergebnis eines Aufbegehrens gegen den Totalitarismus war. Da die Ministerialbürokratie überdies eine hohe soziale Kontinuität aufweist und da die Berufsrollen ebenfalls zu elitären Einstellungen verführen, hat die Standestradi-tion ihren Einfluß wahrscheinlich doch nicht ganz verloren. In der Kombination mit anderen, gleich zu schildernden Momenten behält sie weiterhin Bedeutung als eine die entscheidene demokratische Identifikation versperrende Kraft.

Bis auf eine sehr kleine Minderheit (5%) entstammen die Mitglieder der Verwaltungselite des Bundes den Schichten⁶⁾, die in Deutschland seit dem Kaiserreich mehr Gegner als Befürworter einer demokratischen Verfassung stellten, dem Kleinbürgertum und der Oberschicht. Nahezu die Hälfte wuchs bereits in Beamtenfamilien auf. Ohne die politischen Haltungen ein für allemal festzulegen, begünstigt diese Kontinuität die Ausbildung konservativer und das heißt in Deutschland regelmäßig nichtdemokratischer politischer Mentalitäten. Ähnliche Verhaltensprägungen gehen von den Berufsrollen aus. Die hierarchische Struktur der Bürokratie, die Normierung der Dienstbeziehungen zwischen den Amtsinhabern sowie zwischen Amtsinhabern und Außenseitern, die Bindung der Dienstentscheidungen an mehr oder minder starre Regeln, schließlich die Ab-

⁶⁾ WOLFGANG ZAPF, *Die Verwalter der Macht. Materialien zum Sozialprofil der höheren Beamtenschaft*, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, bearb. u. hrsg. v. W. ZAPF, München 1965; vgl. auch W. ZAPF, *Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919—1961*, München 1965.

hängigkeit der Karriere von der Befolgung der Vorschriften, alle diese für das Funktionieren bürokratischer Verwaltung unentbehrlichen Reglementierungen nähren das Ordnungsdenken, die Regeltreue, die Bejahung einer hierarchischen Verfassung auch der außerbürokratischen Welt. Wenn es überhaupt eine Rückwirkung der Berufsstruktur auf die Persönlichkeitsstruktur und einen Einfluß der Persönlichkeitsstruktur auf die politische Einstellung gibt, dann erzeugt die Bürokratie häufiger Illiberalität als Bejahung des demokratischen Prinzips. Das ist in der Bundesrepublik um so eher anzunehmen, als hier die typische Ausbildung, das Jurastudium, die konservative Tendenz weiter verstärkt. DAHRENDORF hat eine Ursache dafür herausgearbeitet: „Das Recht ist der Inbegriff der in einer Gesellschaft geltenden, also herrschenden Normen, die Inkarnation des Status quo. Wer es, in welcher Position auch immer, verwaltet, ist daher an den Status quo der sozialen und politischen Verhältnisse gekettet. Ein gewisser Konservatismus ist also nicht Idiosynkrasie, gar Schuld der Juristen, sondern notwendiger Teil ihrer Rolle in der Gesellschaft ... eine Rolle, in der Kritik weniger gilt als Loyalität, Originalität weniger als Traditionsbewußtsein, Phantasie weniger als Kenntnis des geltenden Rechtssystems“⁷⁾. Kommt hinzu, daß die personelle Besetzung juristischer Lehrstühle in Deutschland mindestens bis nach dem Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich noch weiter dazu beigetragen hat, die der Studienmaterie immanenten konservativen Suggestionen zu intensivieren.

In der sozialen Situation der hohen Verwaltungsbeamten kumulieren sich demnach die Momente, die Parteinahme für den konsequenten Demokratiebegriff wenig wahrscheinlich machen: die Herkunft aus Mittel- und Oberschicht, die Erziehung in Beamtenfamilien, Ausbildung, Berufsrolle, antidemokratische Standestradiation. Wohl wäre es falsch, diese Umstände als Zwänge zu interpretieren, die unwiderstehlich bestimmte politische Haltungen erzeugen. Ebenso leichtfertig ist es jedoch, sie zu ignorieren. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Jahre bestätigen ihre Bedeutung mehr, als daß sie sie widerlegen — ich erinnere nur an die sogenannten Affären: die Besetzung der Spiegel-Redaktion, die Abhöraffaire, die angeblichen Schubladengesetze im Innenministerium, oder an ein Beispiel aus den Gießener Erfahrungen dieser Wochen: die Unterstützung einer rechtsradikalen Studentenzeitschrift durch große Annoncen der Bundespost. Solange solche Aktionen bei der hohen Bürokratie nicht auf geschlossenen Widerstand stoßen, besteht die Vermutung zu Recht, daß die sozialen Einflüsse, denen sie unterliegt, keine festere Bindung an die Demokratie bewirken als die, die für die Mehrheit der Bevölkerung charakteristisch ist.

Über die politischen Tendenzen in den wirtschaftlichen Machteliten liegen widersprüchliche Thesen vor. Sie reichen von der An-

⁷⁾ RALF DAHRENDORF, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 267.

nahme, kontrollierende Eigentümer und kontrollierende Angestellte großer Unternehmen seien ebenso wie ihre Wortführer in den Verbänden grundsätzlich unversöhnliche Gegner der politischen Demokratie, bis zu der Vermutung, sie bildeten eine zuverlässige Macht, auch in Krisen imstande und bereit, autoritären Ansinnen zu widerstehen. Letztlich kann diese Kontroverse nur durch empirische Bewußtseinsstudien entschieden werden. Solche Untersuchungen sind rar. Das ist ein Sachverhalt, der selber der Erklärung bedarf. Ob er daraus resultiert, daß Unternehmensleiter alle Publizität scheuen, die nicht von ihnen gesteuert wird, ob er zurückgeht auf ein genuines Versagen der Soziologen oder ob auf die Aura der Manager, die den Plan einer Untersuchung unterdrückt, noch ehe er gedacht wird, das Resultat ist das gleiche: Mangel an Daten über die subjektiven politischen Dispositionen. Das zwingt uns, ebenso zu verfahren wie bei der Überlegung über die Ministerialbürokratie, nämlich das Bewußtsein von der sozialen Lage zu deduzieren.

Wie die Herkunftsmuster der hohen Beamten spiegeln die der wirtschaftlichen Kontrollgruppen die traditionalistischen Züge der westdeutschen Gesellschaft: die überwiegende Mehrheit stammt aus der Ober- und der Mittelschicht, hat höhere Schulen, danach Universitäten und Technische Hochschulen besucht, die Karriere bereits in der Wirtschaft begonnen und die Spitzenstellung erst in vorgerückten Jahren erreicht⁸⁾. Durchgehend haben wir es demnach mit Personen zu tun, die von früh an unter den Einfluß nicht-demokratischer Denkweisen gerieten, im Elternhaus und in den Schulen. Schwerlich hat die Ausbildung diese Einflüsse neutralisiert. Die meisten haben Fächer studiert, die entweder wie die Jurisprudenz konservative Einstellungen begünstigen oder wie Naturwissenschaften und technische Disziplinen vor der Entwicklung der Atombombe wenig Anstöße zu politischer Reflexion gaben oder — der Fall der Wirtschaftswissenschaften — aufgeklärte politische Kritik bestenfalls geduldet haben. Da die deutschen Hochschulen und Universitäten zumindest in der Studienzeit der heute Arrivierten keine Heimstätten demokratischen Geistes gewesen sind, ist kaum anzunehmen, sie hätten aus den Abkömmlingen autoritär gesinnter Elternhäuser und den Absolventen autoritärer Lernschulen typischerweise passionierte Demokraten gemacht. Überdies sind die wirtschaftlichen Machteliten bei uns im Gegensatz zu denen der angelsächsischen Demokratien nicht durch liberale Traditionen gebunden. Hinter ihnen liegt eine Vergangenheit, die schon lange vor Hitler autoritär gewesen ist. Davon haben sie sich wie die hohe Beamtenschaft nicht durch freie Einsicht, sondern unterm Druck der gewandelten Verhältnisse gelöst.

⁸⁾ Die Angaben stammen aus einer noch unveröffentlichten Untersuchung, die 1964/65 von KARL W. BOETTIGER und mir in dreizehn Großunternehmen der Bundesrepublik durchgeführt worden ist. Sie stimmen im wesentlichen überein mit den Ergebnissen von W. ZAPF, *Die deutschen Manager. Sozialprofil und Karriereweg*, in: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, a. a. O.

Die Herkunft aus traditionell gegendemokratischen Schichten und die antidemokratische Vergangenheit des Berufskollektivs hätten vielleicht geringe Bedeutung, würden ihre Wirkungen nicht durch die spezifischen Interessen unterstützt, die sich aus den Positionen an der Spitze großer Unternehmungen ergeben. Die Inhaber dieser Positionen sind hoch dotiert, genießen hohes Prestige und haben faktisch keine Instanz über sich, die sie zur Rechenschaft zwingen oder bindende Anweisungen geben kann. Keine Gruppe innerhalb oder außerhalb des Unternehmens hat ein verbrieftes Recht, die Entscheidungen in den obersten Rängen direkt zu beeinflussen. Das gilt mit geringen Einschränkungen auch für die Mitbestimmungsunternehmen der Montanindustrie. Wie alle andern sind sie autoritär verfaßt. Sie unterliegen nicht den Kontrollen von unten und von außen, die im Handlungsbereich der Staatsgewalt wenigstens *de jure* vorgesehen sind, und bilden insofern Fremdkörper in der Demokratie. Da den Leitern dieser Gebilde fraglos daran liegt, sowohl die gegenwärtige Unabhängigkeit als auch die übrigen Privilegien zu bewahren, müssen sie jeden Anspruch abwehren, der ihre Verfügungsfreiheit limitiert. Ihr wohlverstandenes Interesse gebietet generell Widerstand gegen die demokratischen Prinzipien der öffentlichen Aufsicht und des Mitspracherechts jener, die von ihren Entscheidungen betroffen sind; Widerstand auch gegen eine Übertragung der in die demokratischen Verfassungen eingegangenen Doktrin, daß der bloße Erfolg — hier der Markterfolg — nicht genügt, um Machtausübung zu legitimieren. Welches Verhalten immer das an die Position geknüpfte Interesse im einzelnen vorzeichnen mag, Engagement an den konsequenten Demokratiebegriff suggeriert es nicht. Damit bleibt auch hier nur der Schluß, daß die wirtschaftlichen Machteliten so wenig zuverlässige Hüter der demokratischen Verfassung sind wie die meisten Nicht-Privilegierten und die Ministerialbürokratie im Bund.

Um ein vollständigeres Bild vom politischen Bewußtsein in der Bundesrepublik zu gewinnen, müßten wir sämtliche Herrschaftsgruppen untersuchen. Dafür reicht jedoch die Zeit nicht aus, und obendrein mangelt es an Vorarbeiten. Statt die Darstellung fortzusetzen, will ich die Frage aufnehmen, wie sich denn der geringe Grad demokratischen Engagements erklärt. Dabei beschränke ich mich auf die Beherrschten und gehe auf die Führungsgruppen nicht mehr ein.

Die Schwäche der Bindung an die Demokratie mag zunächst den Erwartungen nicht entsprechen, weil ja objektiv das eigene Interesse von jedem, vor allem vom sog. einfachen Bürger entschiedene Parteinahme für sie verlangt. Nur unter einer demokratischen politischen Ordnung hat er die Chance, das zu erreichen, worin er sein Glück erblickt, die ungestörte Privatexistenz, Freizeit ohne Weisungen von Regierung oder Partei, eigenmächtige Verfügung über das freie Geld. Dieser privatistische Glücksbegriff scheint in der Diktatur nicht oder nur sehr schwer realisierbar. Das hängt zusammen mit

Tendenzen, die, wie FRANZ NEUMANN herausgearbeitet hat, allen nicht-demokratischen Systemen in industriellen Gesellschaften innewohnen⁹⁾. In der entwickelten Industriegesellschaft kann sich eine autoritäre Regierung nicht damit begnügen, lediglich die traditionellen Machtmittel, Armee, Polizei, Bürokratie und Justiz, zu monopolisieren. Sie ist darüber hinaus gezwungen, auch die Produktionseinheiten, die Medien der Massenkommunikation, Bildung und Erziehung sowie die sog. Freizeitbeschäftigungen der Menschen direkt oder mittelbar in ihre Regie zu nehmen. Das ergibt sich aus dem doppelten Erfordernis, sowohl die Unterstützung der Massen zu gewinnen und zu halten als auch die Entstehung von Widerstandszentren zu verhindern. Beides bedingt die totale Politisierung der Gesellschaft. Sie besteht auch dort, wo die monopolistische Herrschaftsclique schließlich auf die Anwendung von physischem Terror verzichten und den funktionalen Eliten ein gewisses Maß an Verfügungsspielraum, den isolierten Individuen ein Minimum an Privatheit gewähren kann. Grundsätzlich werden diese Chancen, wenn überhaupt, so nur auf Abruf konzediert und können vergleichsweise leicht wieder zurückgezogen werden.

Das objektive persönliche Interesse, das jedem Einzelnen nachdrückliche und informierte Zustimmung zur Demokratie gebietet, die Erfahrung mit der nationalsozialistischen Herrschaft und der drastische Abschreckungsunterricht, den die benachbarte kommunistische Diktatur erteilt, haben — das zeigten die Befragungsergebnisse — in den Vielen keine rationale politische Haltung erzeugt. Diese Bilanz nötigt zu dem Schluß, daß die Wirkungen jener Erfahrungen und Beobachtungen von anderen Einflüssen neutralisiert worden sind. Welche Einflüsse die in Erfahrung und Interesse angelegten Möglichkeiten der Ausbildung eines demokratischen Bewußtseins unterdrücken, ist systematisch kaum untersucht. Deshalb beschränke ich mich auf zwei Momente, die sich aus der Struktur von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik ergeben: auf die Wirkungen, die ausgehen von der oligarchischen Organisation des politischen Gemeinwesens und von der autoritären Verfassung der Arbeitswelt. Beide stehen der Entfaltung demokratischen Engagements als kaum überwindbare Hindernisse im Weg.

Obwohl nun schon länger Bürger einer Demokratie als irgendeine vorangegangene Generation in Deutschland, haben die meisten Menschen in der Bundesrepublik doch kaum direkte Erfahrungen mit ihr. Die große Mehrheit erlebt Demokratie nur mittelbar als Schutz der Privatexistenz gegen die totale Politisierung und nicht als eine Ordnung, deren Subjekte sie sind. Sie erfahren Demokratie als Herrschaft von Oligarchien, die der Bürger in niedriger sozialer Stellung nicht zu beeinflussen vermag. Wohl legt die Majorität fest, wer schließlich die Gesetze machen kann; im übrigen aber bleiben

⁹⁾ FRANZ NEUMANN, *Notes on the Theory of Dictatorship*, in: NEUMANN, *The Democratic and the Authoritarian State. Essays in Political and Legal Theory*, hrsg. v. HERBERT MARCUSE, Glencoe, Illinois (Free Press) 1957.

Legislatur und Verwaltung ihrer Mitwirkung entzogen. Diese Ohnmacht des Souveräns folgt ebenso wie aus dem allgemeinen Prinzip der Repräsentation aus den besonderen Vorkehrungen des Grundgesetzes, die dem Volk rechtlich keine Handhaben lassen, „seinen Willen unmittelbar im Hinblick auf eine bestimmte Sache verbindlich auszudrücken“¹⁰⁾. Indes fehlen nicht nur die Chancen direkter Teilhabe, auch die Möglichkeiten indirekter Einflußnahme durch Beteiligung an der Willensbildung der Parteien sind gering. Faktisch sind die Parteien heute eher oligarchisch als demokratisch organisiert¹¹⁾. Statt von unten nach oben und unter Beteiligung aller Mitglieder und Funktionäre wird ihr Wille überwiegend von der mehr oder minder breiten Schicht der Berufspolitiker formuliert. Diese schon vor dem Ersten Weltkrieg beobachtete Oligarchisierung hat weniger mit der Anmaßung einzelner Personen als mit sachlichen Zwängen zu tun. Die Professionalität der Politik und die Bürokratisierung der Parteiapparate, die unerläßliche zentrale Steuerung der Wahlkämpfe und die Notwendigkeit, mit anderen politischen Zentralen zu kooperieren, die Finanzierung aus der Staatskasse — alles das hat die Macht der obersten Gremien außerordentlich erhöht. Einfache Mitglieder und lokale Funktionäre spielen demgegenüber kaum eine Rolle. Sie reagieren zumeist mit Resignation, Schweigen, Inaktivität. Wenn aber schon das Gros der Parteiangehörigen in den Parteien kaum noch unmittelbare Erfahrungen mit Demokratie gewinnen kann, wieviel weniger die Masse der Außenstehenden. Die Parteien und wohl auch andere quasipolitische Großverbände haben aufgehört, Schulen und Übungsstätten zu sein, in denen viele Einzelne Gelegenheit erhalten, durch lebendige Erfahrung Verständnis für Sinn und Prozeß der Demokratie zu erwerben und diese schließlich zu erkennen als das, was sie ist: Angelegenheit aller Bürger.

Noch schlechter als in der Sphäre der Politik sind die Mitwirkungs-chancen dort, wo viele Menschen durch tägliche Praxis am ehesten die sachliche Zuständigkeit für die Beteiligung an den sie tangierenden Beschlüssen erwerben, in der Arbeitswelt. Während die Staatsgewalt wenigstens der Idee nach im Auftrag und unter Kontrolle der Beherrschten handelt, ist das Prinzip der Volkssouveränität in der Arbeits-sphäre nicht einmal formell akzeptiert. Nach wie vor gibt es hier — wie gerade wieder OTTO KIRCHHEIMER dargestellt hat¹²⁾ — faktisch und formell zwei Lager, die anweisenden und die ausführenden Klassen. Nicht nur haben die ausführenden so gut wie keinen

¹⁰⁾ HABERMAS, Einleitung zu *Student und Politik*, a. a. O., S. 46.

¹¹⁾ Belege in: ULRICH LOHMAR, *Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1963; dort auch weitere Literatur. Vgl. auch WOLFGANG ABENDROTH, *Innerparteiliche und Innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie*, in: ABENDROTH, *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1965.

¹²⁾ OTTO KIRCHHEIMER, *Private Man and Society*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. LXXXI, März 1966, Nr. 1.

Einfluß auf die Anweisungen, denen sie gehorchen. Sie arbeiten zudem unter technischen und organisatorischen Bedingungen, die kaum Gelegenheit für eigene Initiative lassen. Wenn überhaupt, ist persönliche Aktivität bloß möglich als Konkurrenz um kleine Vergünstigungen am Arbeitsplatz. Solche Konkurrenz verstärkt noch den Druck zur Fügsamkeit und unterminiert die Solidarität. Wenn aber die Arbeit wesentlich fremdbestimmte Arbeit ist, wenn sie keine Möglichkeit zu verantwortlicher Mitbestimmung innerhalb des Gesamtverbandes bietet und wenn sie kaum umfassendere Solidaritäten schafft, wenn sie — in anderen Worten — keinerlei Erfahrung mit praktischer Demokratie, sondern das Erlebnis von Ohnmacht und Abhängigkeit vermittelt, kann sie auch jenes Selbstbewußtsein nicht erzeugen, das eine unentbehrliche Voraussetzung für die Identifikation mit den Prinzipien einer demokratischen Verfassung ist. Anstelle von Bürgersinn bringt sie die bittere oder resignative oder fügsame Selbstdeutung als Objekt hervor. Dazu nur eine Illustration¹³⁾. Ungelernte und angelernte junge Arbeiterinnen, einige unter ihnen Absolventinnen von Zwergschulen und daher unfähig, ihre Vorstellungen zu verbalisieren, wurden kürzlich gebeten, ihre Sicht der Arbeitswelt in Bildern wiederzugeben. Jede erhielt einen Paken illustrierter Zeitschriften, aus denen sie die ihnen geeignet scheinenden Fotos ausschneiden und zu einer Darstellung „ihres“ Unternehmens zusammenkleben sollten. Ein Mädchen montierte folgendes Bild, dessen Grundzüge bei anderen wiederkehrten: oben bei den Wolken eine große Uhr, der Gott, der alles bestimmt; darunter ein Schreibtisch, hinter ihm ein Mann, dessen Gesicht durchgestrichen war, der unbekannte ferne Chef; darunter drei Schreibtische, die Befehlszentralen; unter ihnen das Vorzimmer der allmächtigen Sekretärin; dann ein großer Abstand; ganz unten am Rand schließlich lauter Füße, die Arbeiter und Arbeiterinnen. — Das ist ein vielleicht extremes, gewiß aber nicht unrealistisches Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse in den Unternehmen, die den meisten Beschäftigten keine Chance bieten, sich mit Recht als verantwortliche Bürger zu begreifen.

Weder in der Politik noch in der Sphäre der Arbeit bestehen also für die Vielen reale Möglichkeiten, durch Erfahrung Verständnis für demokratische Vorgänge zu gewinnen. Weil die Demokratie für sie nicht Bestandteil erlebter Praxis ist, können sie sie auch nicht als eigene Sache begreifen. Demokratie bleibt fremd und abstrakt; sinnlos scheint daher, sich mit ihr zu identifizieren.

Kommt hinzu, daß die Bedingungen, unter denen die meisten leben, nur wenig Anstöße enthalten, sich die von der Erfahrungswelt verweigerten politischen Kenntnisse theoretisch zu erwerben. Wie die Chancen politischer Beteiligung sind auch die durch die Lebensumstände selber gesetzten Herausforderungen gering, sich

¹³⁾ Nach der mündlichen Information einer Mitarbeiterin der Industriegewerkschaft Chemie.

zum Sachverständigen zu bilden, der vom Parkett die Vorgänge auf der Bühne teilnehmend verfolgt. Solche Zuschaueridentifikation wird kaum provoziert. Das folgt aus Tendenzen, die allen zeitgenössischen Massendemokratien und allen marktwirtschaftlichen Systemen der Gegenwart immanent sind: der Komplexität demokratischer Prozesse, der Undurchschaubarkeit von Herrschaft als Verwaltung, der durch die Wirtschaftsordnung angesonnenen einseitigen Konzentration auf den Konsum. Ich kann diese entpolitisierenden Einflüsse jetzt nicht mehr verfolgen. Sicher ist jedoch, daß sie ebenfalls für die Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie verantwortlich sind.

Wenn es stimmt, daß die heutigen Formen der Organisation von Wirtschaft und Staat den Vielen die Identifikation mit der Demokratie als Identifikation mit ihrem eigenen Interesse in doppelter Weise versperren: sowohl durch die Verweigerung entsprechender Erfahrungen als auch durch die Abwesenheit von Herausforderungen zur Ausbildung eines informierten Zuschauerengagements; wenn also die politischen Einstellungen und die Weisen des politischen Verhaltens selbst etwas Bedingtes, Funktionen des Gesellschafts-systems sind, dann folgt, daß wir nicht genötigt sind, vor dem Gebenen zu kapitulieren und die verbreitete Indifferenz als prinzipiell unüberwindbar hinzunehmen. Weder die autoritäre Verfassung der Unternehmen und Behörden noch die oligarchische Struktur der Parteien und anderer Massenverbände, weder der niedrige Stand des Abstraktionsvermögens der großen Mehrheit noch ihre Unaufgeklärtheit gegenüber der Politik sind unveränderliche Größen. Theoretisch bieten sich daher mindestens zwei Wege zur Sicherung der Demokratie durch Herstellung eines rationalen politischen Bewußtseins an, eine Demokratisierung der Herrschaftsverhältnisse in Unternehmen und sonstigen Arbeitseinheiten und die Intensivierung der allgemeinen sowie der speziell politischen Bildung. Während über die Notwendigkeit einer Verbesserung politischer Bildung weithin Übereinstimmung besteht, ist der erste Weg nicht nur umstritten, sondern auch kaum diskutiert. Demokratisierung der Arbeitssphäre bedeutet sowohl, daß die Beschäftigten aller Ränge eines Unternehmens (oder einer Behörde) an den sie tangierenden Beschlüssen beteiligt, daß also die bestehenden Formen der Mitbestimmung radikal ausgeweitet werden, als auch die Institutionalisierung von Mitsprache- und Kontrollrechten solcher Gruppen, die dem Unternehmen nicht als Beschäftigte, wohl aber als indirekt Betroffene zugehören: Konsumenten, Gemeinden, Gewerkschaften, Kapitaleigentümer, die Staatsgewalt. Solche Beteiligung würde die Chance lebendiger Erfahrung mit Demokratie verbessern; sie könnte die Neigung zur Selbstinformation stimulieren und schließlich auch das politische Interesse der Außenstehenden entzünden, insoweit sie größere Öffentlichkeit der innerbetrieblichen Vorgänge und dadurch eine regere öffentliche Diskussion zwischen Gruppen mit divergierenden Interessen verbürgt.

Wir waren ausgegangen von der Frage, wie sicher die demokratischen Einrichtungen im Bewußtsein der Menschen verankert, wie krisenfest sie sind. Als vorläufiges Resultat ergibt sich, daß die Gefahrenzone noch nicht durchschritten ist. Nach wie vor ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß viele Herrschende und viele Beherrschte in einer Krise antidemokratisch reagieren, die demokratischen Institutionen zumindest nicht nachdrücklich verteidigen werden. Dies Ergebnis impliziert freilich keine Prognose für die Zukunft der zweiten deutschen Demokratie. Niemand vermag zu sagen, ob es den aktiven demokratischen Minderheiten schließlich nicht doch gelingen wird, die gleichgültigen Mehrheiten auf ihre Seite zu ziehen; niemand kann die Einflüsse von außen antizipieren, die in einer kritischen Situation ebenfalls die Willensbildung bestimmen. Letztlich hängt das Schicksal der westdeutschen Demokratie nicht allein von den Westdeutschen selber ab. Maßgebend sind auch die Entwicklungen in den anderen Demokratien. Dort sind ähnliche strukturelle Kräfte am Werk wie die, die hierzulande die Ausbildung eines demokratischen Bewußtseins erschweren. Während sie jedoch in Deutschland auf dem Boden einer nicht-demokratischen Geschichte gedeihen, stoßen sie zum mindesten in den angelsächsischen Staaten auf den Widerstand einer langen und von Herrschenden und Beherrschten gleichermaßen akzeptierten demokratischen Tradition. Solche Traditionen müssen sich hier erst noch bilden. Solange das nicht geschehen ist, ist klar, daß kein Anlaß zu optimistischer Beruhigung besteht.

Veröffentlichung und Dokumentation in der naturwissenschaftlichen Forschung

Es ist ein offenes Geheimnis *) und bedarf keines besonderen zahlenmäßigen Beweises, daß wir in der Praxis der naturwissenschaftlichen Forschung die stets weiter ansteigende Flut von Veröffentlichungen nicht mehr bewältigen können. 1965 sollen insgesamt 900 500 wissenschaftliche Publikationen erschienen sein, davon z. B. 27% (= ∞ 245 000) aus dem Fachgebiet der Chemie **). Mit der Zahl der in der Forschung tätigen Personen steigt die Zahl der gewonnenen Versuchsergebnisse unablässig an, und wenn diese allgemein nutzbar gemacht werden sollen, so müssen sie auch veröffentlicht werden. Die Zahl der Zeitschriften, die sich der Aufgabe unterziehen, experimentelle Originalberichte zu veröffentlichen, steigt mit der Zahl der erarbeitenden Ergebnisse zwar an, reicht jedoch nicht aus, um alle tatsächlich erarbeiteten Ergebnisse aufzunehmen. Die Herausgeber und Redakteure der Zeitschriften sehen sich gezwungen, eingereichte Arbeiten auf ein zulässiges Minimum kürzen zu lassen. Dennoch ist es dem einzelnen, experimentell arbeitenden Wissenschaftler nicht mehr möglich, alle Zeitschriften seines Fachgebietes zu lesen, und zwar

1. weil die Institute nicht mehr in der Lage sind, alle Zeitschriften, die ihr Fachgebiet betreffen, laufend zu halten (zu geringe Dotation sowie räumliche und personelle Ausstattung der Bibliotheken),
2. weil die zum Lesen von Publikationen zur Verfügung stehende Zeit, die in einem angemessenen Verhältnis zur Zeit der experimentiellen Tätigkeit und zur Gesamtarbeitszeit stehen muß, eine begrenzte ist und angesichts der steigenden Zahl von Publikationen auf die Dauer nicht ausreichen kann (Konstanz der menschlichen Kapazität bei wachsenden Volumen des zu Bewältigenden).

Die unmittelbare Folge davon ist, daß der Zwang entsteht, sich auf immer enger spezialisierte Fachgebiete zu beschränken. Aber auch hier kann nicht unbegrenzt weiter spezialisiert werden, weil eine bestimmte Breite des Gesichtskreises erforderlich ist, um ein Fruchtbarwerden von Erkenntnissen der Randgebiete zu ermöglichen, aus denen in immer stärkerem Maß die echten Fortschritte der Spezialgebiete erwachsen. Eine gewisse Breite der Orientierung über alle naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete muß als Voraussetzung für fruchtbare Arbeit auch auf dem engsten Spezialgebiet

*) Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „Pflanzenernährung“ v. 14. März 1966.

***) Wenn jeder Ordinarius täglich 1 Arbeit ausreichend studieren kann, so wären bei exakter Arbeitsteilung bei etwa 245 Arbeitstagen gegenwärtig 1000 Ordinarien nötig, um das Fachgebiet Chemie in seiner Gesamtheit laufend verfolgen zu können.

gewährleistet sein. Daneben aber muß eine möglichst vollständige Kenntnis der das Spezialgebiet betreffenden Arbeiten und Ergebnisse erwerbbar und laufend ergänzbar gemacht werden.

Dieser Forderung werden zwar die tatsächlich erscheinenden Veröffentlichungen einigermaßen gerecht. Eine große Zahl auf hohem wissenschaftlichem Niveau stehender Zeitschriften geben in zusammenfassenden Beiträgen zuständiger Fachleute gute, oft ausgezeichnete Informationen über Fortschritte und Wandlungen an Kenntnissen und Denkweisen in umfangreicheren naturwissenschaftlichen Disziplinen, und zahlreiche, gut organisierte Referatenblätter machen den Versuch, den Spezialisten auf die sein Interessengebiet berührenden Originalarbeiten aufmerksam zu machen, die in der leider völlig zersplitterten Weltliteratur erscheinen. Ihre Zersplitterung ist durch die politischen, sprachlichen, fachlichen, verlegerischen und persönlichen Tatsachen gegeben und muß wohl auf lange Sicht als unabänderlich hingenommen werden. Trotz bester Organisation ist bei diesen Zeitschriften keine tatsächliche Vollständigkeit erreichbar. Sie müssen ferner den Nachteil in Kauf nehmen, daß es geraume Zeit braucht, bis eine Neuerscheinung der Redaktion zur Kenntnis gelangt, ihr zur Verfügung steht, vom Referenten bearbeitet werden kann und schließlich in einer Ausgabe des Referatenblattes dem „Verbraucher“ tatsächlich zugänglich wird.

Der unter Punkt 1 gekennzeichnete Zustand bringt es mit sich, daß man einen großen Teil der ein bestimmtes Fachgebiet betreffenden Originalveröffentlichungen nicht in den Zeitschriften der einem Wissenschaftler zugänglichen Bibliotheken vorfindet, sondern diese erst auf umständlichen Wegen anfordern oder beschaffen muß, was meist Tage oder Wochen benötigt. Dies hat mit allen seinen Schwierigkeiten wiederum zur Folge, daß man sich häufig mit den Kurzreferaten der Referatenblätter begnügt, sofern sie überhaupt vorliegen und nicht, wie dies immer häufiger geschehen muß, sich allein auf die Wiedergabe der Titel der Arbeiten reduzieren.

Es ist nun keineswegs gleichgültig, ob eine Originalarbeit als solche ganz gelesen wird, ob man sich nur der vom Autor gegebenen Zusammenfassung bedient, nur eines von einem Referenten verfaßten Referates oder gar nur des Titels der Arbeit allein. Mit fortschreitender Reduktion von der Gesamtdarstellung auf den Titel wird nicht nur die Zahl der übertragbaren Informationen verkleinert, sondern auch eine qualitative Selektion der Informationen vorgenommen, die nach den Autoren oder Referenten wichtig erscheinenden Gesichtspunkten vorgeht, oft ohne zu berücksichtigen, daß dabei Informationen ausgeschieden werden, die unter andersartigen Aspekten besondere Bedeutung besitzen könnten. Mag man auch einem Referenten einen vielleicht breiteren Überblick zugestehen als dem spezialisierten Autor, so kann er doch, bei der Fülle der möglichen Gesichtspunkte, unmöglich allen gerecht werden oder selbst beurteilen, wo welche Ergebnisse der Arbeit von besonderer Wichtigkeit werden könnten.

So stehen wir heute vor der Tatsache, daß die ständig wachsende Summe an erarbeiteten naturwissenschaftlichen Ergebnissen in einem immer stärker reduzierten Zustand dem einzelnen Wissenschaftler zur Kenntnis gebracht wird: die tatsächliche Summe des erarbeitenden Materials geht dabei — in ihrer Wirkung bei der Informationsübertragung auf die Gesamtheit der übrigen Wissenschaftler — zum großen Teil verloren. Sie kommt wegen der Mängel bei der Informationsübertragung nicht mehr an jenen Stellen an, an denen sie bei der weiteren Entwicklung der Forschung fruchtbar werden könnte, sie kommt vor allem nicht mehr vollständig an.

In etwa dem gleichen Maß also, in dem wir die Zahl der in experimenteller und gedanklicher Arbeit gewonnenen Informationen (durch Erhöhung der eingesetzten personellen und sachlichen Mittel) steigern, müssen wir den Ausnutzungsgrad der erarbeiteten Informationen mindern, wodurch einer Förderung der wissenschaftlichen Produktion durch Erreichen eines Optimalwertes eine Grenze der Wirtschaftlichkeit gesetzt wird.

Selbstverständlich ist diese Entwicklung, der wir uns nicht zu entziehen vermögen, nicht unbemerkt geblieben, und es sind Mittel und Wege gesucht worden, die gestatten können, dieser unliebsamen Hindernisse in der stürmischen Weiterentwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung — wir dürfen auch sagen: unserer sich stets mehr verwissenschaftlichenden Technik, Zivilisation und Kultur — Herr zu werden bzw. sie auf ein erträgliches Maß einzuschränken.

Eines der unmittelbar sich anbietenden Mittel besteht darin,

1. umfangreiche Versuchsergebnisse nicht mehr in extenso zu publizieren, sondern nur noch einige repräsentative Ergebnisse als Beispiele zu bringen;
2. Versuchsergebnisse zu einem bestimmten Problem nicht mehr im Rahmen einer allgemeinen Behandlung des Problems erst dann zu veröffentlichen, wenn eine Abrundung des Gesamtproblems erreicht oder sichtbar geworden ist, sondern einzelne Publikationen über Teilfragen des Gesamtproblems durchzuführen;
3. diese Publikationen möglichst auf eine einzige Fragestellung zu beschränken.

Während man früher (besonders in biologischen Wissensbezirken) umfangreiches experimentelles Material umfassende Arbeiten unter mitunter recht allgemein gehaltenen Titeln veröffentlichte, die kaum etwas Konkretes über die behandelten Fragestellungen, geschweige denn etwas über die erzielten Ergebnisse oder gewonnenen Kenntnisse aussagten, ist man heute gezwungen, Fragestellung und erhaltene Antwort möglichst schon im Titel ersichtlich zu machen, damit die Arbeit auch bei Anwendung reiner Titelbibliographien den richtigen Benutzern zugeführt werden kann bzw. zugeführt wird. Der Titel einer Veröffentlichung muß demnach gegenwärtig so gewählt werden, daß die Publikation bibliographisch richtig eingeordnet wird und dem Benutzer Fragestellung und Ergebnis verrät, ohne

daß er hierzu eines Referates bedürfte. Dies ist nur möglich unter der Voraussetzung, daß die Fragestellung bzw. der von einer Publikation behandelte Gegenstand sich auf den in einem Titel formulierbaren Umfang beschränkt, d. h., daß umfangreichere Arbeiten zweckmäßig in mehrere kleinere Publikationen aufgeteilt werden. Dies ist ebenso sehr beobachtbare Tatsache als auch Forderung für die künftige Entwicklung auf dem Gebiete des naturwissenschaftlichen Publikationswesens.

Wenn diese bereits im Gange befindliche Entwicklung weiter-schreitet, werden sich in steigendem Maß einige Unzulänglichkeiten bemerkbar machen, die mit ihr zwangsläufig verbunden sind. Es werden aber auch Maßnahmen erwogen und eingeführt werden müssen, die die Beseitigung solcher Mängel gewährleisten. Die Aufgliederung der Masse des im Zuge der Bearbeitung eines größeren Problems gewonnenen Materials auf mehrere kleinere Publikationen macht es unmöglich, in jeder dieser Publikationen die gesamte vorhergehende Literatur anzuführen. Man wird sich darauf beschränken müssen, nur unmittelbar und in bezug auf die eben behandelte Frage wichtige Veröffentlichungen zu nennen, die nur einen relativ kleinen Prozentsatz der vorhandenen Publikationen ausmachen und — dies ist von entscheidender Bedeutung — keinen Überblick über die historische Entwicklung des betreffenden Arbeitsgebietes und der vorgetragenen Gedankengänge mehr geben können. Diese Notwendigkeit, unvollständig zu bleiben, eliminiert die früher einem Wissenschaftler auferlegte Pflicht, in der Entwicklung eines Fachgebietes bewandert zu sein, die Namen der Autoren zu kennen, welche entscheidende Entwicklungen in Gang gebracht oder wichtige Beobachtungen erstmals gemacht haben. Sie werden damit automatisch der Pflicht enthoben, Prioritäten in der wissenschaftlichen Entwicklung zu beachten, sie werden aber auch beim Studium der Einzelpublikationen nicht mehr auf solche hingewiesen, sondern müßten sie sich erst selbst aus der Literatur mühsam sammeln und nachkonstruieren. Daß niemand mehr Lust und Zeit hat, dies zu tun, versteht sich von selbst. Ich möchte auf die psychologisch übersehbaren Folgen dieses Umstandes bzw. auf seine Rückwirkungen auf die Produktionsfreudigkeit von Wissenschaftlern nicht näher eingehen und nur bemerken, daß sie bestimmt keine förderlichen sein können. Zugleich werden die Autoren von Kurzpublikationen aber auch der Pflicht enthoben, Vollständigkeit im Hinblick auf die Breite der Weltliteratur aller Sprachen anzustreben, wenn auch nur in bezug auf den engsten fachlichen und zeitlichen Ausschnitt aus der Entwicklung des Gesamtproblems, auf den sich die betreffende Publikation erstreckt. Wenn eine solche Verpflichtung des Autors auch mit Recht gefordert werden kann, so wird sie von diesem doch meist nicht erfüllt, weil es eines weitaus besser funktionierenden Dokumentationssystems bedürfen würde, als wir es heute besitzen, wenn er dieser Verpflichtung tatsächlich nachkommen wollte. Es liegt jedoch sehr nahe, die genannte Verpflichtung als gar nicht mehr vor-

handen zu betrachten, wenn das Prinzip der Vollständigkeit der Literaturhinweise ohnehin nicht mehr als generelle Forderung aufrechterhalten werden kann. Wir sehen deshalb, daß Publikationen im englisch-amerikanischen Sprachgebiet fast ausschließlich Zitate von Arbeiten aus eben diesem Sprachgebiet bringen, während in russischen Arbeiten vorwiegend die russischen Autoren zitiert werden, und Ähnliches könnte für Frankreich, Japan und andere Gebiete gesagt werden. Die Verhältnisse liegen daher gegenwärtig so, daß wissenschaftliche Leistungen durch ihre Veröffentlichung zwar „allgemein zugänglich“, damit aber noch nicht allen Interessierten bekannt gemacht werden. Es ist weitgehend vom Ort der Publikation abhängig und auch von der Sprache, in welcher die Publikation erfolgt, ob und welche Wissenschaftler von ihr Kenntnis nehmen; und es ist zudem allein von der Aktualität der Fragestellung bei anderen Forschern abhängig, ob eine wissenschaftliche Leistung „ankommt“ (d. h. in der weiteren Arbeit anderer Autoren Berücksichtigung findet) oder nicht und mit der Masse aller Publikationen in der Registratur verschwindet, deren stets wachsende Unzulänglichkeit wir uns nunmehr vor Augen führen wollen. (Es wäre zwar vorher noch von den psychologischen Auswirkungen der eben geschilderten Tatbestände auf die Wissenschaftler, besonders auch auf die jungen unter ihnen, einzugehen und auf die Ungerechtigkeit in der Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen von Autoren großer und kleiner Sprachgebiete, die durch sie geschaffen wird und nicht leistungssteigernd wirken kann, doch würde dies hier zu weit führen, so daß ich darauf verzichten möchte.)

Die steigende Zahl an Einzelpublikationen macht deren Übersichtlichkeit als Gesamtmasse nicht besser, sondern erschwert deren Bewältigung durch das Gedächtnis nicht unerheblich. Es haben sich daher seit langem schon die Wissenschaftler gezwungen gesehen, Gedächtnishilfen einzuführen, die eine Bewältigung der Fülle der Literatur ihres Fachgebietes ermöglichen bzw. erleichtern sollen. Früher war es möglich und vielfach üblich, Sonderdrucke, die man erhielt, und Excerpte, die man sich selbst anfertigte, zu sammeln und nach zweckmäßig erscheinenden Kriterien zu ordnen. Früher war es möglich, auf diese Weise auch die weiter zurückliegende Literatur zu erfassen. Schon die nächste Generation der Wissenschaftler hatte mit der Erfassung der weiter zurückliegenden Literatur Schwierigkeiten. Nur wenige von ihnen konnten auf den Sammlungen und Karteien ihrer Vorgänger aufbauend sie weiterführen. Die Vermehrung der Zahl der Forscher und Institute und der Zerstörungen durch die Kriege stellten die meisten vor die Aufgabe, erneut von vorne anzufangen. Die exponentiell anwachsende Summe der „zurückliegenden“ Arbeiten machte ihre nachträgliche Erfassung immer schwieriger, sie ist gegenwärtig auch für einen umfangreichen und nur der Literaturerfassung gewidmeten Apparat kaum mehr zu bewältigen, keinesfalls ohne Kosten, die nicht mehr zumutbar erscheinen. Die persönlichen Karteien einzelner Forscher bleiben somit auf Notizen jener

Arbeiten beschränkt, die in ihre Hände gelangt sind oder von denen sie Kenntnis erhalten haben, und stellen eine recht subjektive Auswahl aus der Fülle des tatsächlich vorhandenen dar,

1. im Hinblick auf die Gesichtspunkte der Auswahl, die von der jeweiligen und sich im Verlauf eines Forscherlebens oft ändernden Arbeits- und Denkrichtung bestimmt wird, und
2. im Hinblick auf die mehr oder weniger zufällige Auswahl der zugänglichen Zeitschriften und der zugesandten Informationen (Sonderdrucke usw.).

Von einer systematischen Erfassung der erscheinenden Literatur durch einen bestimmten Forscher kann gegenwärtig auch auf engeren Fachgebieten kaum noch die Rede sein, auch dann nicht, wenn Lochkartensysteme das Wiederauffinden einzelner Informationen erleichtern. Ein Forscher kann es sich nicht leisten, einen immer größer werdenden Anteil seiner Zeit dafür aufzuwenden, die einströmende Literatur zu erfassen und seiner persönlichen oder seiner Institutskartei einzuverleiben, ohne gewärtigen zu müssen, daß er entweder in Kürze dieser Aufgabe nicht mehr gerecht werden kann oder aber keine Zeit mehr übrig hat, um seine eigene wissenschaftliche Forschungstätigkeit auszuüben.

Es entsteht somit die Notwendigkeit, die Bewältigung der Literatur in steigendem Ausmaß besonders dafür eingerichteten Stellen zu überlassen. Damit kann dem Forscher nicht die Kenntnisnahme der Literatur, wohl aber deren Registrierung und karteimäßige Erfassung erspart werden, was eine sehr fühlbare Entlastung für ihn bedeutet. Was aber ein Forscher, der seinen eigenen Gedankengängen folgt, einer Publikation an Informationen entnimmt und in welchen Zusammenhang er sie stellt, das kann niemals durch eine andere, mit der Registratur der Literatur befaßte Person erraten, excerpiert und auf dem Karteiblatt vermerkt werden, es sei denn, daß dies zufällig mit dem schematisch erfassbaren Hauptinhalt der Arbeit übereinstimmt. Die Erfassung einer Arbeit durch eine besondere Literaturbearbeitungsstelle wird daher niemals für den Forscher jene Gedächtnishilfe sein können, die er eigentlich brauchen würde, sondern jeweils nur einen unvollkommenen Ersatz dafür bieten.

Immerhin wird dieser Ersatz besser sein als keiner, und er wird unumgänglich notwendig sein, wenn wir nicht rettungslos vor einer rationellen Benutzung der Weltliteratur kapitulieren wollen. Das mit jedem Tag fortschreitende, explosive Wachstum des in der naturwissenschaftlichen Weltliteratur aufgespeicherten Informationsmaterials über experimentelle Befunde und deren gedankliche Verarbeitung stellt uns vor die Notwendigkeit, es zu ordnen und wiederauffindbar zu machen, wenn es nicht unausgenutzt in toten Registraturen liegenbleiben oder unregistriert in Vergessenheit geraten soll.

Wir stehen heute, wenn wir den Berg der Literatur betrachten, wie vor einem sich kegelförmig anhäufenden Schlackenberg einer Industrieanlage, dessen Oberfläche dauernd neu beschüttet und dessen älterer Kern dadurch immer unzugänglicher wird.

Die außerordentlich hohen Kosten, die gegenwärtig zur Erlangung naturwissenschaftlicher Informationen aufgewendet werden müssen, verbieten es schon aus rein wirtschaftlichen Überlegungen, diese Informationen nach ihrer Gewinnung nicht in einer auch für die Zukunft ausnutzbaren, d. h. rationell wirksamen Form zu konservieren und für jeden Bedarfsfall zugänglich zu erhalten. Die Wirtschaftlichkeit der hohen Aufwendungen für naturwissenschaftliche Forschung, die der Forscher im Sinne der Aufrechterhaltung seiner technisch-wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit innerhalb der Weltwirtschaft leisten muß, ist im höchsten Grade mitbestimmend von dem Maß der Rationalisierung der Ausnutzung der vorhandenen und neu einfließenden Literatur.

Daß zu einer solchen Rationalisierung Investitionen erforderlich sind und auch laufende Kosten aufgebracht werden müssen, darf nicht abschrecken und daran hindern, daß das Problem in seiner ganzen, vor allem auch wirtschaftlichen Tragweite erkannt und gelöst werden muß. Hierzu ist es freilich erforderlich, daß zunächst von seiten der Forscher selbst ein Weg gewiesen wird, auf welchem eine optimale Ausnutzung des Informationsberges der Weltliteratur möglich gemacht und erreicht werden kann.

Es kann nicht von mir verlangt werden, daß ich hier in kurzer Form einen Lösungsvorschlag unterbreite, dafür liegt auch meinerseits keine direkte fachliche Zuständigkeit vor. Ich möchte aber doch mit einigen Gedanken andeuten, in welcher Richtung ich Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft sehe; denn ich bin überzeugt, daß die meisten gegenwärtigen Versuche, das Problem zu lösen, methodisch noch tief unter jedem Niveau liegen, das dem unserer Technik und Naturwissenschaft tatsächlich entspricht.

Wir stehen heute im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung. Sie allein ist in der Lage, die Datenverarbeitungskapazität unseres Gehirns wirksam, nämlich um mehrere Größenordnungen, zu erweitern. Zweifellos liegt hier die Zukunft auch der Literaturverarbeitung, deren Leistungsfähigkeit jedoch nicht nur von der technischen Entwicklung der Datenverarbeitungsanlagen, sondern viel mehr noch von der Art und Weise abhängig sein wird, in welcher die wissenschaftlichen Informationen diesen Anlagen eingespeichert bzw. zur Verfügung gestellt werden. Hierüber muß vor allem der Benutzer der Anlage, das heißt der Forscher, der auf sie zurückgreifen will, entscheiden, denn er wird an die Anlage seine Fragen richten; und ob seine Fragen nach seinen Wünschen beantwortet werden bzw. beantwortet werden können, hängt allein von der Art der Einspeicherung der Originalinformationen ab. Der Forscher muß sich also darüber klar sein, was er von der Anlage verlangen muß, in welcher Weise sie ihm optimale Hilfe gewähren kann.

Die Hilfe, die ein Forscher von einer Literaturbearbeitungsstelle verlangt, bezieht sich auf die Lieferung einer Anzahl von Informationen. Die Art dieser Informationen ist teilweise abhängig vom

Fachgebiet, teilweise jedoch unabhängig davon und bei allen Fachgebieten gleich.

Die von allen Fachgebieten in gleicher Weise gewünschten Informationsarten sind etwa durch die folgenden Fragen charakterisiert:

Welche Publikationen liegen vor zum Gegenstand oder zur Fragestellung X?

von welchen Autoren (Namen und Vornamen)?

an welchen Instituten (Orten)?

veröffentlicht zu welchen Zeiten (Jahr)?

veröffentlicht in welchen Zeitschriften (Band, Seitenzahlen)?

Würde die Datenverarbeitungsanlage eine Liste liefern, welche die genannten Informationen enthält, so müßte der Autor die genannten Literaturstellen aufsuchen und lesen. Soll ihm diese Arbeit insofern erleichtert werden, als ihm durch ein Referat kurz gesagt werden kann, was die Publikation enthält, so stellt der Autor etwa folgende Fragen:

Welche Untersuchungsergebnisse wurden erhalten?

an welchen Objekten?

bei welchen Beobachtungsverfahren, Versuchsanstellungen?

unter Einwirkung welcher Faktoren?

mit welchem Untersuchungsverfahren?

welche Schlußfolgerungen wurden von den Autoren gezogen?

Es ist daher erforderlich, daß die erfragten Angaben auch in die Anlage eingespeichert werden. Viele der in den derzeit üblichen Referatenorganen enthaltenen Referate enthalten zwar die durch die erste Fragenreihe charakterisierten Angaben, nicht aber oder nur unvollständig jene, die in der zweiten Fragenreihe charakterisiert sind.

Um eine genaue Auskunft über die Untersuchungsergebnisse und Schlußfolgerungen geben zu können, müßte die Datenverarbeitungsanlage von jeder Publikation eingespeichert erhalten:

Beispiele der typischen Ergebnisse der Arbeit, möglichst in Zahlenangaben, aufgeschlüsselt nach einzelnen Versuchsanstellungen, Beobachtungsverfahren, einwirkenden Faktoren und Untersuchungsverfahren sowie die autoreneigene Formulierung der Schlußfolgerungen.

Referenten können diese Daten den Originalarbeiten nur selten mühelos entnehmen, weil die Autoren ihre Formulierungen nicht den Erfordernissen der Datenverarbeitungsanlage angepaßt haben.

Bei Schaffung und Verwendung einer Literaturverarbeitungsanlage müßten somit die Autoren veranlaßt werden, ihre Ergebnisse und Schlußfolgerungen von vornherein einspeicherunfähig zu formulieren. Jeder Autor müßte mit den Voraussetzungen des Einspeicherungsverfahrens bereits im Laufe seiner wissenschaftlichen Grundausbildung vertraut gemacht werden, und es dürfte keine

Publikation von irgendeiner Redaktion entgegengenommen werden, für deren Inhalt nicht bereits vom Autor eine Einspeicherungskarte mitgeliefert worden ist.

Aufgrund einer solchen Informationsspeicherung wäre die Verarbeitungsanlage fähig, unter entsprechenden technischen Voraussetzungen über das zu einer bestimmten Fragestellung vorliegende experimentelle Material unmittelbar Auskunft zu geben und alle Schlußfolgerungen zu liefern, die bisher von allen Autoren zu der Fragestellung aus ihren Untersuchungen gezogen worden sind. Die Anlage könnte also eine sehr brauchbare Übersicht über den Stand des Wissens über einen bestimmten Gegenstand, eine bestimmte Fragestellung und die dabei angewandten Methoden geben, und ihre Hilfeleistung bei der Forschung könnte nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie würde den Zeitaufwand bei der Bewältigung von Problemen bedeutend vermindern und mithelfen, unter Ausnutzung aller bisher bekannten Daten zu einer rationelleren Gestaltung weiterer experimenteller Vorhaben zu führen, als dies bisher möglich war.

Wenn schon gegenwärtig manche Zeitschriften jedem Beitrag eine ihn charakterisierende Ziffer der noch nicht optimal brauchbaren Dezimalklassifikation beifügen, so könnte wohl erreicht werden, daß dies etwa nach einem verbesserten System alle Zeitschriften tun; und es wäre denkbar, daß die Redaktionen bestimmter Zeitschriften sich entschließen könnten, ihrem Aufgabengebiet entsprechend nur und ausschließlich Beiträge ganz bestimmter, ziffernmäßig zu begrenzender Klassifikation aufzunehmen. Es wäre dann möglich, ein Verzeichnis der in der Welt zur Verfügung stehenden Zeitschriften bzw. Publikationsorgane zu schaffen, das nach diesen Klassifikationsziffern geordnet wäre. Wenn dann ein Autor eine beabsichtigte Veröffentlichung nach dieser Ziffer charakterisieren würde, könnte er an Hand des Verzeichnisses sofort feststellen, welche Publikationsorgane dafür in Frage kommen. Eine solche Liste könnte einer Datenverarbeitungsanlage eingespeichert werden. Würde nun der Autor an Hand der Lochkarte seiner beabsichtigten Publikation der Datenverarbeitungsanlage den Auftrag erteilen, diejenige Zeitschrift zu nennen, in der die angeschnittene Fragestellung am häufigsten berührt worden ist, so könnte die Maschine die Aussage machen, in welcher Zeitschrift die beabsichtigte Arbeit einzureichen wäre, um mit größter Sicherheit „anzukommen“, d. h. um zu maximaler praktischer Wirkung zu gelangen. Die Datenverarbeitungsanlage würde damit auch helfen, den rationellen Einsatz seiner Arbeitsergebnisse innerhalb der Gesamtforschung zu ermitteln und zu ermöglichen.

Man könnte im Hinblick auf das bisher Gesagte auch noch einen Schritt weitergehen: verlangt man nämlich vom Autor jeder Publikation eine Einspeicherungskarte, die die wesentlichen Daten seiner Versuche enthält und auch die Schlußfolgerungen, die der Autor aus ihnen zieht, so besteht die Möglichkeit, daß auch nicht „publikationswürdige“ Versuchsergebnisse, beispielsweise solche, die eine Nach-

arbeitung bereits bekannter Ergebnisse darstellen, eingespeichert werden. Das heißt, daß in die Anlage auch Versuchsergebnisse aufgenommen werden könnten, vollständig mit den Autorenangaben versehen, die nicht durch eine Publikation in Zeitschriften veröffentlicht werden. Hierdurch würden auch bestätigende oder widersprechende Ergebnisse bekannt, die bisher leider sehr häufig nicht publiziert und daher auch nicht bekannt werden, trotzdem aber eine wichtige Rolle in der Weiterentwicklung unseres Wissens spielen können. Die Möglichkeit der Einspeicherung ohne Publikation könnte unter Umständen sogar auf Ideen und Versuchsvorhaben ausgedehnt werden, die bestimmte Forscher aus irgendwelchen Gründen nicht selbst verwirklichen können. Unter Wahrung der Prioritäten für geistiges Eigentum würden so auch nichtrealisierte Vorhaben unverlierbar und für die künftige Entwicklung wirksam gemacht werden können.

Es wird hier deutlich, daß eine solche Datenverarbeitung auch jederzeit eine vollständige Geschichte der Entwicklung eines fachlichen Teilgebietes in Form von einzelnen Informationen liefern könnte, wobei mit größter Objektivität alle beteiligten Autoren in der historischen Folge ihrer Beiträge und abschätzbar in der Bedeutung ihrer Beiträge angeführt werden würden, so daß hier in idealer Weise auch die Prioritätsverhältnisse jederzeit klargelegt werden könnten. Die Datenverarbeitungsanlage würde es somit ermöglichen, auf objektive und weitaus gerechtere Weise als bisher die Anteile einzelner Autoren an der Weiterentwicklung eines Wissenschaftsgebietes abzuschätzen und zu bewerten.

Selbstverständlich würde durch eine Datenverarbeitungsanlage kein genereller Verzicht auf wissenschaftliche Zeitschriften begründet. Aufgabe der Zeitschriften würde und müßte es vor allem bleiben, unter Berufung auf das in den elektronischen Anlagen gespeicherte Tatsachenmaterial Schlußfolgerungen, Gedankengänge, Hypothesen, Theorien und zusammenhängende Darstellungen einzelner Fachgebiete bzw. Teilgebiete zu bringen. Sie könnten bei eingeschränkter Zahl und einem auf ein brauchbares Maß reduziertem Umfang zu einer weitaus intensiveren Beschäftigung von interessierten Forschern mit den sie berührenden — oft nicht einmal unmittelbar erkannten — Problemen verhelfen, als dies bisher möglich ist. Es würde hiermit eine Trennung erfolgen zwischen der Registrierung bzw. Speicherung von erarbeitetem Tatsachenmaterial einerseits und der auf Basis seiner Auswertung geführten Diskussion über die Aufstellung geeigneter Hypothesen und weiterführender gedanklicher Konstruktionen andererseits. Letzteres müßte den Zeitschriften vorbehalten bleiben.

Es kann hier nicht der Ort sein, diese skizzenhaften Gedankengänge im einzelnen auszuarbeiten oder gar näher auf die Möglichkeiten der Organisation und der Finanzierung von Literaturverarbeitungszentren einzugehen. Gegenwärtig scheinen mir die technischen Grundlagen schon in greifbarer Nähe zu sein, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Leider hinken die wirtschaftlichen

und vor allem die politischen Voraussetzungen hier — wie überall — beträchtlich nach.

Angesichts der aufgezeigten Zukunftsmöglichkeiten und der gegenwärtig schon zu stellenden Anforderungen müssen wir zugeben, daß die Methoden der Literaturverarbeitung, selbst wenn wir uns der schönsten Stricknadellockarten bedienen, gegenwärtig noch mittelalterliche sind und daß eine dem sonstigen Stand unserer Technik entsprechende Automatisierung auch der Literaturverarbeitung dringendstes Gebot der Stunde ist. Jedes Jahr, das ohne sie vergeht, steigert den Berg an Literatur, die einmal nachträglich noch verarbeitet werden muß oder aber zum großen Teil verloren geht, mehr und mehr. Es ist angesichts des riesigen Kapitals, das heute in die Gewinnung von Informationen investiert werden muß, wirtschaftlich sinnlos und unverantwortbar, die gewonnenen Informationen so weitgehend brach liegen zu lassen, wie das heute noch notgedrungen geschieht.

Zur psychologischen Bedeutung von Normen

Einleitung

Nur wenige Begriffe*) spielen in so zahlreichen Lebensbereichen und Wissenschaften eine Rolle und werden zugleich in so unterschiedlicher Bedeutung benutzt wie der Begriff der „Norm“ und die mit ihm zusammenhängenden „normal“, „abnorm“, „normativ“, „genormt“ oder ähnliche. Darin liegt ein Grund für die Unergiebigkeit mancher Diskussion, nicht nur zwischen Vertretern verschiedener Disziplinen, sondern zuweilen auch im gleichen Fach.

Ich möchte zunächst diese Vielfalt der Normbegriffe und zwei Versuche ihrer Ordnung im psychologisch-medizinischen Bereich skizzieren. Anschließend soll auf die psychologische Bedeutung von Normen näher eingegangen werden, und zwar in dreierlei Hinsicht: auf ihre Bedeutung als Bezugssysteme, auf ihre Wirksamkeit als Verhaltensdeterminanten und auf die Variabilität von Normen. Dabei soll es nicht um den Versuch gehen, das Wesen von Normen oder der Norm zu ergründen, etwa um zu einem wahren Begriff der Norm vorzustoßen oder eine Substanz auf ihre Attribute oder Bestandteile hin zu analysieren. Vielmehr soll dargestellt werden, welche unterschiedlichen Sachverhalte man heute mit dieser Vokabel bezeichnet, was ihnen gemeinsam ist und welche Bedeutung sie für das Verhalten von Menschen haben.

Die Vielfalt der Normbegriffe

Schon der lateinische Ursprung des Begriffes, *norma*, hat verschiedene Bedeutungsnuancen: Winkelmaß, Maßstab, Regel, Richtschnur oder Vorschrift.

In den normativen Disziplinen der Philosophie, der Ethik, Ästhetik und Logik, meint Norm in erster Linie eine Regel, die Geltung beansprucht. Auch WUNDT¹⁾ bezeichnete zu seiner Zeit Norm noch als Regel, die sich an das innere oder äußere Handeln des Menschen wendet, indem sie aussagt, was das Handeln erstreben oder vermeiden soll. In der Rechtswissenschaft haben Rechtsnormen als Verhaltensmaximen zur Ordnung des Zusammenlebens von Menschen eine zentrale Bedeutung. Volks- und Wirtschaftswissenschaften arbeiten teilweise mit Idealnorbegriffen, teilweise mit Realnormen.

In der Mathematik bezeichnet man mit normal besonders ausgezeichnete Gegenstände und Formen, z. B. in der Geometrie die Senk-

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 22. 2. 1966.

¹⁾ W. WUNDT, *Zur Psychologie und Ethik*, Leipzig 1911.

rechte als Vorzugslage einmaliger Art oder in der Statistik die „Normalverteilung“ genannte, GAUSSsche Häufigkeitsverteilung. In der Biologie gilt als normal eine um den Durchschnitt liegende, die Mehrzahl der Fälle umfassende Variationsbreite von Merkmalen oder Individuen. Die technischen Normenausschüsse befassen sich mit der Normierung von Maßen und Produkten zur Vereinheitlichung von Gegenständen und Vorgehensweisen durch Reduzierung einer unzweckmäßigen Vielfalt auf einfache, leichter kommunizierbare und ein rationelles Vorgehen fördernde Sachverhalte. In den Arbeitswissenschaften benutzt man Anforderungsnormen, etwa bei der Aufstellung von Produktionszielen, in Lohnfestsetzungen, bei der Feststellung der Berufseignung u. a. m.

In der Medizin haben sich im Zusammenhang mit dem Krankheitsbegriff, aber auch in Fragen der Zurechnungsfähigkeit, besonders Psychiatrie und Psychopathologie eingehend mit Normproblemen befaßt. Sie befinden sich — vom Gegenstand wie vom Bearbeitungsstadium her — in einer ähnlichen Lage wie die Psychologie und müssen sich sowohl mit wertfreien statistischen Realnormen als auch mit wertgebundenen Idealnormen auseinandersetzen und beide berücksichtigen. In Soziologie und Sozialpsychologie versteht man unter Norm entweder jegliche sozial sanktionierte Verhaltensweise oder das soziale Verhalten, welches genügend häufig ist, um ohne Kritik und ohne besondere Beachtung akzeptiert zu werden, oder einen Standard, nach dem Verhalten in und von Gruppen beurteilt wird.

Weitere Varianten aus anderen Disziplinen ließen sich ergänzen. Man sieht: Der Normbegriff ist noch nicht genormt, mit allen Konsequenzen, den permanenten Kommunikationsschwierigkeiten, aber auch den Impulsen, die von dieser Problematik als einer ungelösten Aufgabe ausgehen.

Auch in der Psychologie gibt es keine einheitliche Verwendung des Normbegriffes. In einem Wörterbuch wird Norm ausschließlich als Bezugsrahmen definiert; in einem anderen finden sich mehr als zwanzig verschiedene Bedeutungen von Norm, normal und ihren Composita. Im wesentlichen geht es dabei um folgende Bedeutungsunterschiede.

„Norm“ wird in Anspruch genommen für: 1. einen einzelnen Meßwert oder einen um den Durchschnitt liegenden Bereich von Meßwerten, die das gewöhnliche Verhalten von Merkmalsträgern oder die häufigsten Ausprägungsgrade von Merkmalen (quantitativ) kennzeichnen, 2. die übliche Qualität von Gegebenheiten, 3. einen Standard, und zwar in zweierlei Bedeutung, entweder als ein relativ überdauerndes Bezugssystem, auf das sich Urteile beziehen, oder das Erwartete, Geforderte, im Sinne von Zielsetzungen und Wertungen, und 4. das in Übereinstimmung mit einem Entwurf oder Plan Funktionierende und in diesem Sinne biologisch Typische.

Mit „normal“ bezeichnet man in der Psychologie folgende Sachverhalte: 1. das mit einer Norm Übereinstimmende, 2. das allgemein

Regelhafte, welches nicht durch spezielle Bedingungen verursacht oder beeinflußt wird, 3. dasjenige, was einen anzustrebenden Standard ausmacht, 4. die charakteristische Eigenart der GAUSSschen Häufigkeitsverteilung, und 5. zuweilen auch dasjenige, was psychometrisch von anderem unabhängig ist (etwa in der orthogonalen Konstellation einer geometrischen Darstellung von Faktoren).

HOFSTÄTTER²⁾ hebt in einer zusammenfassenden Ordnung dieser Vielfalt drei psychologische Normbegriffe heraus: die statistische, die ideale und die funktionale Norm. Gemeinsam ist ihnen, daß Norm stets ein Bezugssystem meint, mit dem ein Einzelfall verglichen wird.

Bei der statistischen Norm wird normal mit großer Vorkommenshäufigkeit, etwa mit dem Mittelbereich der Ausprägungsgrade eines Merkmals, identifiziert. Hier besteht zwischen normal und abnorm nur ein quantitativer Unterschied. Die Grenzen des Normalbereiches werden durch Konvention festgelegt und sind insofern fließend. Wenn bestimmte Verhaltensweisen, wie z. B. neurotische Störungen, so häufig vorkommen, wie das weit gefaßte Neurosebegriffe implizieren, kann Neurose — statistisch gesehen — etwas durchaus Normales sein. Nicht nur sehr niedrige, auch sehr hohe Intelligenzen sind, gemessen an der statistischen Norm, abnorm, da beide nur sehr selten vorkommen.

Die ideale Norm bezeichnet einen Zustand der Vollkommenheit, den zu erreichen erstrebenswert ist. Die Größe der Abweichung eines Einzelfalles von der Idealnorm mag sich quantitativ ausdrücken lassen; HOFSTÄTTER meint aber, im Prinzip sei sie qualitativer Art. In sozialen Systemen aller Art und Größe bestehen solche idealen Normen, die der Verhaltenssteuerung und dem Zusammenhalt der Systeme dienen. Ihre Wirksamkeit wird in Häufigkeitsverteilungen sichtbar, welche von der Normalverteilung abweichen und andere Formen, z. B. die einer J-Kurve, annehmen können. Schulnoten tendieren zuweilen zu solchen Verteilungsformen, mehr noch die Anzeigen der Stechuhren in Betrieben, welche die Pünktlichkeit des Arbeitsbeginns der Mitarbeiter registrieren.

Nach der funktionalen Norm *sensu* HOFSTÄTTER gilt als normal der einem Einzelwesen hinsichtlich seiner Zielsetzungen und Leistungen gemäße Zustand. Was damit gemeint ist, macht er an folgendem Beispiel deutlich: Feiertagsarbeit ist nach der Idealnorn untersagt und nach der statistischen Norm selten, also in beiderlei Hinsicht abnorm. Bestimmten Persönlichkeiten kann es aber durchaus gemäß sein, daß sie sonntags gern, erfolgreich und ohne Schädigung ihrer körperlichen und psychischen Gesundheit arbeiten. Unter dem funktionalen Normbegriff ist für sie Feiertagsarbeit durchaus normal (womit die potentielle Normalität der Nicht-Konformisten, die dem von der statistischen Norm ausgehenden Anpassungssog widerstehen, ebenso gerettet wäre wie die aller Sterblichen, die gemessen an Idealnornen stets abnorm bleiben werden).

²⁾ P. R. HOFSTÄTTER, *Psychologie*, Frankfurt/Main 1957.

Nur am Rande erwähnt HOFSTÄTTER einen vierten Normbegriff, die subjektive Norm, die der statistischen verwandt sei. Gemeint ist ein auch als Adaptationsniveau bezeichnetes Bezugssystem, auf das wir noch zurückkommen werden. — Im wesentlichen handelt es sich bei HOFSTÄTTER um eine Klassifikation der Normbegriffe. Deren Zusammenhänge untereinander werden noch nicht systematisch behandelt und nur in einigen Punkten angedeutet. Etwa: Abweichungen von der statistischen und von der idealen Norm pflegen häufig proportional zu sein. Die Häufigkeit von Straftaten korreliert so z. B. hoch mit der allgemeinen Abscheu vor ihnen und mit der Schwere ihrer Bestrafung. Oder: Zwischen der Wirksamkeit der Verhaltenssteuerung durch ideale Normen und der Häufigkeit normgerechten Verhaltens besteht ein Interdependenzverhältnis. Daher kann die Publizität abnormer Verhaltensweisen (als normative Kraft des Faktischen) auf Kosten der Gültigkeit der entsprechenden Idealnomen gehen. So kann z. B. die Veröffentlichung des Kinsey-Reports zur Relativierung sexueller Tabus beitragen.

Ein Versuch, durch begriffliche und phänomenologische Analyse zu einer systematischen Ordnung der psychologisch und psychopathologisch relevanten Normbegriffe zu gelangen, stammt von dem Psychiater MÜLLER-SUUR³⁾. In seinem differenzierten Normbegriff bezieht er die Begriffsvarianten aufeinander und auf einen gemeinsamen Verankerungspunkt, das Individuum. Aufgrund sprachkritischer Analysen unterscheidet er vier verschiedene Arten des wissenschaftlichen Normbegriffes: 1. die Seinsnorm, welche auf das feststehende Erkennbare zielt und im wesentlichen das umfaßt, was andere mit Realnorm bezeichnet haben; 2. die Werdensnorm, welche auf das sich Entwickelnde, Künftige zielt; hier geht u. a. die Idealnomen ein; 3. die Kollektivnorm, der ein Vergleich einer Menge gleichartiger Eigenschaften verschiedener Individuen zugrunde liegt; hier hat die statistische Norm ihren Platz; 4. die Individualnorm, der ein Vergleich einer Menge gleichartiger Eigenschaften eines Individuums zu verschiedenen Zeitpunkten zugrunde liegt; hier besteht eine gewisse Beziehung zu HOFSTÄTTERS funktionaler Norm; aber die beiden sind ebensowenig identisch, wie die oben zu den drei anderen Normbegriffen MÜLLER-SUURS genannten anderen Normbegriffe. Die dritte und vierte Bedeutung ist nach MÜLLER-SUUR jeweils durch die erste und zweite zu differenzieren, d. h., eine kollektive Seinsnorm, eine kollektive Werdensnorm, eine individuelle Seinsnorm und eine individuelle Werdensnorm sind zu unterscheiden. — Zu einer genaueren Darstellung der Beziehungen dieser und weiterer Varianten des Normbegriffes untereinander und ihrer Verankerung im Verhalten des Individuums, die MÜLLER-SUUR ausführlich diskutiert, ist hier kein Raum. Diese — zunächst begriffliche — Lösung der Normproblematik erscheint es wert, mehr als bisher auf ihre psychologische Relevanz und ihre praktische Anwendbarkeit geprüft zu werden.

³⁾ H. MÜLLER-SUUR, *Das psychisch Abnorme*, Göttingen 1950.

Sucht man nach einer umgreifenden Gemeinsamkeit der verschiedenen Varianten des Normbegriffes, schält sich die von HOFSTÄTTER bereits hervorgehobene heraus, die auch bei MÜLLER-SUUR implizit gegeben ist. Die wohl umfassendste wissenschaftliche Definition der Norm ist: Bezugssystem. Unter diesem Dach haben die verschiedensten Konkretisierungen und Spezialisierungen des Normbegriffes, wertgebundene wie wertfreie, Platz. Infolge ihres hohen Allgemeinheit- und Abstraktionsgrades ist diese Definition zwar umfassend, zugleich ist ihr Gehalt an konkreten Informationen aber gering. Die psychologische Bedeutung der Norm als Bezugssystem ist daher näher zu explizieren.

Norm als Bezugssystem

Ich will versuchen, die damit gemeinten Sachverhalte und zugleich einiges ihnen Gemeinsame, Norm als Bezugssystem Kennzeichnende, zu skizzieren. Fragt man zu drei simultan sichtbaren Gegenständen, einem weißen, einem mittelgrauen und einem schwarzen, welcher hell sei, wird die Antwort stets den weißen bezeichnen. Das gilt unter den verschiedensten Beleuchtungsbedingungen, vom Sonnenlicht bis zum schwachen Mondlicht. In der Urteilsbildung werden die drei Gegenstände miteinander verglichen und auf ein gemeinsames Bezugssystem, hier ihre relative Helligkeit, bezogen. Tauscht man den weißen Gegenstand gegen einen dunkelgrauen aus, wird der mittelgraue Gegenstand als hell bezeichnet. Die Veränderung des Bezugssystems führt zu einem anderen Urteil. Man kann aber auch ganz andere Bezugssysteme ins Spiel bringen und z. B. die Helligkeit der Gegenstände mit einer Skala der Grautöne (von weiß bis schwarz) vergleichen und danach einschätzen lassen. Hier wird das Urteil in Abhängigkeit von der jeweiligen Beleuchtung wiederum anders ausfallen. In der Psychophysik arbeitet man analog dazu seit langem mit verschiedenen Methoden. Dem Vergleich mit einem konstanten Bezugssystem (unserer Graureihe) entspricht etwa die Konstanzmethode, dem Vergleich mit den relativen Helligkeiten der Gegenstände andere Methoden.

Ein Beispiel für eine andere Art von Bezugssystemen wird von HELSON⁴⁾ berichtet. In den amerikanischen Wahlen von 1956 wurde ein republikanischer Präsident und ein in seiner Mehrheit demokratischer Kongreß gewählt. Zwei Amerikaner beurteilten dieses Wahlergebnis gleichlautend als Ausdruck der Reife der Wähler. Der eine der beiden war Republikaner, der andere Demokrat. Ihre gleichlautenden Urteile meinten ganz verschiedene Seiten des Wahlergebnisses, weil der eine es auf seine republikanische, der andere auf seine demokratische Überzeugung bezogen hatte. — Eine wiederum andere Art von Bezugssystemen wird in folgendem angedeutet. Ein Förster, welcher Bäume zum Holzeinschlag kennzeichnet, wird sie

⁴⁾ H. HELSON, *Adaptation-level theory*, New York 1964.

nicht in dem Bezugssystem beurteilen, welches ein Fotograf ins Spiel bringt, der auf Naturaufnahmen aus ist, und auch nicht in dem Bezugssystem eines Kindes, das Verstecken spielen will.

Schon in diesen simplen Beispielen, die sich beliebig vermehren und auf so gut wie alle Verhaltensbereiche ausdehnen ließen, zeigt sich folgendes: 1. Alle Urteile über einen Sachverhalt sind insofern relativ, als sie auf ein Bezugssystem, eine Norm, rekurrieren, womit der Sachverhalt verglichen und woran er gemessen wird. 2. Der gleiche Sachverhalt kann auf verschiedene Normen bezogen werden. 3. Ein Urteil ist nur dann unmißverständlich kommunizierbar, es läßt sich nur dann auf seine Richtigkeit prüfen, wenn das dabei aktualisierte Bezugssystem bekannt ist. (Dasselbe Haus kann für eine zweiköpfige Familie groß, für eine siebenköpfige dagegen klein sein.)

In einem vielzitierten Experiment hat SHERIF⁵⁾ die Bildung von Bezugssystemen näher untersucht. Ich gebe zunächst nur seinen ersten Teil wieder (auf die weiteren werden wir noch zurückkommen). SHERIF benutzte das schon früher bekannte autokinetische Phänomen, bei dem in einem gänzlich verdunkelten Raum ein kleiner intensitätsschwacher Lichtpunkt bewegt erscheint, obwohl er objektiv still steht. Er ließ den Punkt etwa 100mal aufleuchten und seine Probanden zunächst in Einzelversuchen nach jeder Darbietung die Größe der subjektiv wahrgenommenen Bewegung schätzen. Was sich dabei ergab, war hochinteressant. Sehr bald bildete sich bei jedem Probanden ein relativ enger Bereich heraus, in dem dann alle seine Schätzungen lagen. Er war von Proband zu Proband verschieden und lag bei dem einen zwischen 1 und 3 Zoll, bei anderen zwischen 9 und 11 Zoll. SHERIF interpretierte das so: Jeder Proband entwickelte ein eigenes Bezugssystem, eine individuelle Norm, worauf er dann alle weiteren Schätzungen bezog.

Dieses in seinen Ergebnissen inzwischen vielfach bestätigte Experiment läßt zusammen mit anderen, die ich hier nicht referieren kann, einige allgemeine Folgerungen und Hypothesen zu:

1. Bei der Bildung von Normen handelt es sich um ein Elementargeschehen, bei dem offenbar Spontanitätskomponenten eine wesentliche Rolle spielen. Der Mensch bildet sogar dort Normen aus, wo keine objektive Reizgrundlage zur Differenzierung besteht. Ohne daß sie sich dessen bewußt wurden, haben die Probanden SHERIFs jeder für sich und mit anderem Ergebnis ein unbestimmt fluktuierendes Erlebnis normiert. Reizkonstellation, Umgebungsbedingungen und Aufgabe geben einem spontanen Impuls zur Normbildung nur konkrete Richtung und Form.

2. Normbildung als Elementargeschehen ist offenbar nicht notwendig sozial bezogen, wird nicht nur durch den Druck von Gruppen induziert, läßt sich nicht nur auf das Miteinander von Individuen und die Notwendigkeit ihrer Kommunikation zurückführen. Soziale

⁵⁾ M. SHERIF, *A study of some social factors in perception*. In: *Archives psychology*, No. 187, 1935.

Normen, auf die später noch einzugehen ist, sind nur ein — in seiner Verhaltensrelevanz allerdings sehr bedeutsamer — Spezialfall einer allgemeineren Tendenz zur Normbildung im Individuum. Das allgemeine Grundgeschehen ist die Bildung individueller Normen.

3. Die Ausbildung von Normen dient offenbar einer Ordnung der Phänomene, die zur Bewältigung der Lebensanforderungen unerlässlich ist. HOFSTÄTTER⁶⁾ drückt das wie folgt aus: Selbst in der Illusion (den autokinetischen Phänomenen) herrscht eine gewisse Ordnung. Der Punkt benimmt sich (nach Bildung eines Bezugssystems) sozusagen in verlässlicher Weise. Damit ist die Situation einigermaßen bewältigt.

Bildung und Aktualisierung von Bezugssystemen sind keine Prozesse, die erst mit der rationalen Durchdringung des Lebens ins Spiel kommen. Sie vollziehen sich bereits auf ganz elementaren Stufen, z. B. in der Gegenstandsbildung. Aus der Völkerkunde wissen wir, daß es Kulturen gibt, in denen die Gegenstände ganz anders voneinander abgegrenzt werden als bei uns. Weitere Beispiele ließen sich ergänzen, welche die Vielfalt der Bezugssysteme demonstrieren. Ihre Bildung ist offenbar ein Geschehen, welches sich auf allen Stufen und in allen Bereichen des Verhaltens vollzieht, im reflexartigen Reagieren, in der Wahrnehmung, im Denken, im sozialen Verhalten, in Gefühlsreaktionen, in der Motivation, oder wie man die Bereiche sonst einteilen mag.

Die Einführung einheitlicher Maße, die Benutzung von Normen bei der Auswertung von Beobachtungsdaten, die Setzung von Richtwerten und kritischen Grenzen bei der Unterscheidung von normalem und abnormem Verhalten usw., all das ist nur eine bewußte, mehr oder minder systematische Fortführung eines Elementargeschehens, welches in vielerlei Gestalt (beim Einzelmenschen wie in Gruppen) auch bereits unbewußt und quasi automatisch vor sich geht. In seiner bewußten, rational gesteuerten und ausgeweiteten Fortsetzung gewinnen wir jedoch folgendes: Es wird durchschaubar, kontrollierbar und der bewußt gezielten Modifizierung zugänglich gemacht. Manche Polemiken gegen Normen als Symbole einer „technisierten Welt“ oder als Tabus, welche die Freiheit des Individuums einschränken u. a. m., verkennen, daß Normen zunächst einmal nur instrumentalen, der Ordnung und Orientierung dienenden Charakter haben und in diesem Sinne wertfrei sein können. Sie übersehen, daß in der bewußten Schaffung und Benutzung von Normen als Bezugssystemen nichts geschieht, was der menschlichen Natur zuwider läuft, und auch nichts, was seine über die Natur im engeren Sinne hinausgehenden Möglichkeiten prinzipiell beschneiden müßte.

Normen als Verhaltensdeterminanten

Damit wollen wir zum zweiten Aspekt der psychologischen Bedeutung von Normen, ihrer Funktion als Verhaltensdeterminanten,

⁶⁾ P. R. HOFSTÄTTER, *Gruppendynamik*, Hamburg 1957.

übergehen. Bei ihrer Erörterung klammere ich die Wertproblematik in ihrer historischen Fassung aus. Unter Normen als Verhaltensdeterminanten werden hier theoretische Konstrukte verstanden, welche den Charakter von Bezugssystemen haben und — darüber hinaus — als intervenierende Variable geeignet sind, bestimmte Verhaltensweisen zu erklären oder zu ihrer Erklärung beizutragen.

Zur Verdeutlichung des damit Gemeinten seien auch hier zunächst einige Beispiele angeführt. Schon der oben beschriebene erste Teil von SHERIFs Experimenten kann als ein erstes dienen. Die bei der Schätzung der Lichtpunktbewegungen gebildeten individuellen Normen lassen sich als Verhaltensdeterminanten interpretieren, die alle weiteren Schätzungen in der Weise bestimmen, daß sie diese auf einen relativ engen Bereich begrenzen. Deutlicher noch wurde das im zweiten Teil der Experimente; SHERIF ließ hier die Schätzungen nicht mehr in Einzel-, sondern in Gruppenversuchen vornehmen. Einige Gruppen bestanden aus Probanden, welche noch keinerlei Erfahrungen mit dem autokinetischen Phänomen hatten. Nur diese Gruppen sollen uns zunächst interessieren. Jedes Gruppenmitglied hörte vor seiner eigenen Schätzung die laut ausgesprochenen der übrigen. Dabei ergab sich, daß die Schätzungen in jeder Gruppe sehr rasch konvergierten, und zwar nicht wie in den Einzelversuchen in unterschiedlichen individuellen Normen der Gruppenmitglieder, sondern in einer allen gemeinsamen Gruppennorm. Diese Gruppennorm fungierte als Regel für richtiges Verhalten, determinierte alle Schätzungen aller Gruppenmitglieder und ließ interindividuelle Unterschiede gänzlich zurücktreten. Unbeschadet der objektiven Falschheit dieser Verhaltensregel (der Lichtpunkt bewegte sich ja faktisch überhaupt nicht) wurde hier das subjektive Erleben der Gruppe in eine Ordnung gebracht, einer Norm untergeordnet, der sich alle Mitglieder verpflichtet fühlten und die so als Verhaltensdeterminante wirksam wurde.

Ein anderes Beispiel sei dem Arbeitsleben entnommen. Seine Relevanz für die Forschung wurde von ROETHLISBERGER und DICKSON⁷⁾ in den bekannten HAWTHORNE-Untersuchungen aufgewiesen. In vielen Arbeitsgruppen tendieren die Gruppenmitglieder — trotz ihrer interindividuellen Unterschiede in Fähigkeiten und Fertigkeiten — dazu, etwa gleich viel zu produzieren. Hier wird eine Gruppennorm wirksam, die einen für alle verbindlichen Leistungsstandard festlegt. Um Beachtung dieser Norm zu erzwingen, übt die Gruppe oft einen starken Druck aus und greift dabei zuweilen zu recht drastischen Sanktionsmaßnahmen. Der Streber, der mehr produziert, als die Norm vorschreibt, wird gebremst, der weniger als die Norm Leistende angetrieben. Solche Gruppennormen stimmen oft keineswegs mit den Anforderungsnormen der Betriebsleitung überein. Sie erweisen sich aber allen äußeren Beeinflussungsversuchen gegenüber als außerordentlich zäh und widerstandsfähig.

⁷⁾ F. J. ROETHLISBERGER and W. J. DICKSON, *Management and the worker*, Cambridge, Mass. 1939.

In zahlreichen Arbeiten wurde die Wirksamkeit von Gruppennormen näher untersucht. Ich weise nur auf die von ASCH⁸⁾ hin. Er ließ u. a. die Länge von senkrechten Linien in Gruppenversuchen vergleichen. Eine Linie diente als Standard, von drei daneben gezeigten — eine ebensolang wie die Standardlinie, zwei von deutlich abweichender Länge — war anzugeben, welche die Standardlänge habe. Nur ein Proband in jeder Gruppe nahm unwissentlich am Experiment teil. Alle übrigen machten instruktionsgemäß bei bestimmten Darbietungen gemeinsam falsche Angaben und bezeichneten eine Linie als gleich lang, die es objektiv nicht war. Dabei zeigte sich, daß die Probanden, welche in der Minorität unwissentlich mitwirkten, in den kritischen Versuchen ca. 37% Fehler machten, und zwar stets in Richtung der falschen Angaben der Gruppenmajorität. In diesen Experimentalgruppen schlug also die Tendenz zur Konformität massiv durch. In Kontrollgruppen, wo die Angaben nicht laut ausgesprochen, sondern nur schriftlich fixiert wurden, trat bei den gleichen Aufgaben so gut wie kein Fehler auf.

Gruppennormen bilden sich keineswegs nur für das Leistungsverhalten der Mitglieder heraus. Auch andere Bereiche, Einstellungen, Ansichten, Kontaktformen usw., werden wesentlich durch solche Normen mitbestimmt. Fast immer bildet dabei ein „goldener Mittelweg“ die Norm. Alle Abweichungen, seien sie positiv oder negativ, werden von der Gruppe abgelehnt, gelten als „übertrieben“ oder „exzentrisch“. Im Zusammenhang mit der Differenzierung der verschiedenen Funktionen, die Gruppenmitglieder innehaben, bilden sich ferner Normen aus, die an verschiedene Rollen gebunden sind. Auch diese Erwartungsnormen, Regeln für das Verhalten von Inhabern bestimmter Positionen, üben eine starke Determinationswirkung aus.

Die Forschung hat gezeigt, daß Entstehung und Determinationskraft solcher Normen exakten empirischen Untersuchungen durchaus zugänglich sind und daß man hier keineswegs auf Spekulationen angewiesen ist. Kompliziert wird die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet allerdings u. a. durch folgende Umstände: Jedes Individuum gehört zahlreichen verschiedenen Gruppen an, der Familie, dem Freundeskreis, dem Betrieb, einer Weltanschauungsgemeinschaft, vielleicht einer Partei usw., die jede ihre eigenen, zuweilen stark voneinander abweichenden Verhaltensnormen haben. Die Identifizierung des Individuums mit diesen verschiedenen Gruppen und ihren Normen kann wechseln, ja sie muß dies sogar tun, schon im Verlauf eines Tages, zuweilen in noch kürzeren Zeiträumen. Und es ist nicht immer leicht, eindeutig festzustellen, welche Bezugsgruppe mit ihren Normen in bestimmten Situationen verhaltensbestimmend wird. Zum anderen sind alle Normen ständigen Veränderungen unterworfen, worauf wir noch zurückkommen werden.

Man kann die Determinationswirkung von sozialen Normen in

⁸⁾ S. E. ASCH, *Social psychology*, Englewood Cliffs, N. Y., 1952.

umfassenderen entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhängen sehen. Von hier aus dürfte ihre allgemeine Bedeutsamkeit auch am ehesten erkennbar sein. Tierisches Verhalten wird durch ererbte Mechanismen, Instinkte, gesteuert, welche auf lebenswichtige Umweltreize und -konstellationen selektiv ansprechen und zugleich automatisch die angemessene Reaktion auslösen. Bei höheren Tieren tritt in zunehmendem Maße Lernfähigkeit, d. h. die Verwertung von Erfahrungen bei der Verhaltenssteuerung, hinzu. Aber auch bei ihnen dominieren noch die von der Verhaltensforschung als Schemata bezeichneten Verhaltensdeterminanten. In diesen Schemata bilden Information über die Umwelt und Auslösung adäquater Reaktionen noch weitgehend eine untrennbare dynamische Einheit.

An ihre Stelle treten beim Menschen Normen, traditionell festgelegte, gebrauchsfertige Verhaltensmuster für alle Lebensbereiche und Situationen, welche die Gesellschaft für ihre Mitglieder bereithält und welche sie diesen aktiv anerzieht, d. h. bis heute noch weitgehend aufzwingt. Diese Verhaltensmuster enthalten, worauf u. a. TOPITSCH⁹⁾ hingewiesen hat, nicht nur ein bestimmtes Weltbild, sondern zugleich eine unabsehbare Menge von Vorentscheidungen. Solche Steuerungssysteme entlasten das Individuum von zahlreichen Überlegungen und Unsicherheiten, betten es ein in eine vorgeordnete Welt, die Geborgenheit bietet, bewahren es vor Auseinandersetzungen, welchen es, auf sich allein gestellt, kaum gewachsen wäre. — Sie implizieren aber zugleich die Gefahr, daß das Individuum dem Konformitätsdruck erliegt und an die Stelle der allmächtigen Determinationskraft der Instinkte und Schemata die alles regelnde Determination des normativen Steuerungssystems der Gesellschaft tritt, in die das Individuum hineingeboren wird.

Warum liegt darin überhaupt eine Gefahr? Daß man hier eine solche sehen, daß auch ein nicht-konformistisches Verhalten erstrebenswert sein kann, verweist auf die Wirksamkeit von Ideal-Normen, die ihre Wurzeln nicht in den Ansprüchen der Gesellschaft und deren Normen haben können. Psychologisch kann man sie als instrumentelle Wertorientierungen ansehen, ohne sie damit auf diesen psychologischen Aspekt reduzieren zu müssen. Sie näher zu diskutieren ist hier kein Raum. Jedenfalls muß man offenbar auch mit der Wirksamkeit solcher über die Gesellschaft hinausweisender Normen rechnen.

Die entscheidende Möglichkeit, dem Konformitätsdruck zu widerstehen, liegt in der wachsenden Autonomie unseres Denkens. Mit seiner Hilfe ist das Individuum wenigstens partiell in der Lage, sich von dem unmittelbar zwingenden Geltungsanspruch eines traditionellen Steuerungssystems zu distanzieren und damit unabhängiger zu machen. Die damit verbundene Relativierung solcher Steuerungssysteme nimmt diesen nichts von ihrem Informations- und Orientie-

⁹⁾ E. TOPITSCH, *Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung*, in: E. TOPITSCH (Hrsg.), *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln 1965.

rungswert, schränkt aber ihren absoluten Geltungsanspruch und ihr automatisches Funktionieren als Verhaltensdeterminanten ein und macht sie als Instrumente verfügbar. Auch die tabuierten traditionellen Normen erweisen sich dem kritischen Denken als zeit- und kulturbedingte Erscheinungen und verlieren die magische Kraft absoluter, ewig geltender Gesetze.

Das hindert offenbar nicht, daß sich in Institutionen, deren selbst-erklärte Aufgabe es ist, das kritische Denken weiter zu entwickeln, häufig eine ebenso eigenartige wie psychologisch interessante Symbiose von revolutionär-relativierenden mit konservativen, einer „Entzauberung“ widerstrebenden Kräften findet. „Schon eine distanzierte, zu Annahme oder Ablehnung“ (von traditionellen Normen) „gleichermaßen bereite Haltung, wie sie der experimentierenden Informationssuche entspricht, gilt“ (den konservativen Kräften) „als bedenklich, ja als zersetzende Skepsis. Diese Abwehrhaltung ist dadurch erklärlich, daß die“ (normative) „Verhaltenssteuerung am wirksamsten ist, wenn alternative Möglichkeiten gar nicht zu Bewußtsein kommen, geschweige denn so ernstlich diskutiert werden, wie dies bei alternativen wissenschaftlichen Hypothesen der Fall ist“ (TOPITSCH). — Damit sind wir aber bereits bei dem dritten Aspekt, unter dem die psychologische Bedeutung von Normen hier betrachtet werden soll, ihrer Variabilität.

Die Variabilität von Normen

Normen entstehen, verändern sich und vergehen. Manche sind recht kurzlebig. Viele, einst wirkungsvolle Verhaltensregeln des Reichsfreiherrn von Knigge, ja auch schon unserer Bonner Zeitgenossin Frau Pappritz gelten heute vielfach nur noch als illustre Relikte vergangener Gesellschaftsformen. Der normative Kurswert introvertierten Verhaltens schwankt zeitabhängig; gegenwärtig zeigt er eine fallende Tendenz. Das Eigenschaftsbündel, welches noch vor wenigen Jahrzehnten einen „tugendhaften Menschen“ kennzeichnete, ist in weiten Kreisen der heute heranwachsenden Generation der Lächerlichkeit anheimgefallen. Was heute die psychologische Funktion dieser Norm übernommen hat, ist durch andere Eigenschaftsprofile gekennzeichnet.

Blickt man noch weiter zurück und vergleicht: Ganze Weltbilder, die als umfassende Bezugs- und Steuerungssysteme das Leben ihrer Zeit prägten, sind nur noch in der Geistesgeschichte, soweit deren relativ eng begrenzte Reichweite geht, konserviert, haben aber keinen handlungswirksamen Aufforderungs- und Verbindlichkeitscharakter mehr. Das gilt ebenso für Bezugssysteme wie die Vorstellungen vom Kosmos, etwa das ptolemäische Weltbild, wie für die meisten früheren Leitbilder menschlicher Gesellschaften. Mögen auch Teile des einen oder anderen oder — etwa im Humanismus — gar wesentliche Züge eines solchen Leitbildes heute noch wirksam sein, die meisten haben keine normative Geltung mehr. Wir wissen, daß auch unsere gegenwärtigen Normen dereinst als überlebt gelten werden. Wir

sträuben uns zuweilen gegen diese Erkenntnis, weil selbstverständlich erscheinende Ordnungen dadurch in Frage gestellt werden und an die Stelle von Geborgenheit und Sicherheit Zweifel, Krisen und der Zwang zur eigenen Entscheidung treten. Aber diese Entwicklung läßt sich nicht aufhalten.

Veränderungen von Normen lassen sich in allen Lebensbereichen verfolgen. Besonders augenfällig sind sie z. B. in der Kunst, wo die normativen Zielsetzungen sich in ständiger Bewegung befinden. Von Erreichung zu Erreichung schieben sich solche Ziele im Sinne einer Steigerung immer weiter hinaus, bis sie an Wendepunkten anderen Zielen Platz machen. So wirkte, um ein von VON ALLESCH¹⁰⁾ zitiertes Beispiel zu wählen, in der Gotik das Ziel, die massive Schwere und Undurchdringlichkeit der Raumwände aufzulockern und sie transparent zu machen. Das begann mit einer Vergrößerung der romanischen Fenster und wurde immer weiter getrieben, bis schließlich in Beauvais nur noch ein Pfeilergerüst mit Fenstern dastand, welches so fragil gebaut war, daß der Chor einstürzte. Hier kulminierte die Konkretisierung dieser Gestaltungsnorm. Ihre weitere Steigerung scheiterte an physischen Grenzen. An solchen Wendepunkten, ausgelöst durch Grenzerlebnisse, Sättigung oder anderes, ändert sich das Gestaltungsziel und weicht neuen, anderen Normen.

In der Beobachtung solcher Normänderungen sind wir nicht auf historische Betrachtungen allein angewiesen. Sie lassen sich auch experimentell untersuchen und dabei in ihrem Bedingungsgefüge genauer erfassen. — Schon in einem weiteren Teil der mehrfach zitierten Experimente SHERIFs wurde das demonstriert. Er betraf Probandengruppen, die wir bisher noch nicht erwähnt haben. Ihre Mitglieder hatten zunächst in Einzelversuchen ihre individuellen, voneinander abweichenden Normen bei der Schätzung des autokinetischen Phänomens gebildet. Nun wurden sie in der Gruppensituation erneut aufgefordert, die Größe der Punktbewegung laut zu schätzen. Die Ergebnisse: Zu Beginn richteten sich die Schätzungen auch im Gruppenversuch nach den individuellen Normen der Gruppenmitglieder, konvergierten dann aber bald auch in diesen Gruppen alle in einer gemeinsamen Gruppennorm. Deren Herausbildung dauerte zwar etwas länger als bei den Probandengruppen, deren Mitglieder zuvor keine individuellen Normen gebildet hatten, abgesehen von dieser zeitlichen Differenz war aber das Endergebnis in beiden Arten von Gruppen das gleiche. Auch die vorher scheinbar fest etablierten individuellen Normen wurden im Sinne der Gruppennorm verändert.

Diese und zahlreiche weitere Untersuchungen, die u. a. von HARE¹¹⁾ referiert werden, zeigten, daß es im wesentlichen vier Bedingungen sind, unter denen die Konformitätstendenz besonders wirksam wird: wenn das Beurteilungsobjekt mehrdeutig ist, wenn

¹⁰⁾ J. VON ALLESCH, Vorlesungen: *Psychologie der Kindheit*, Göttingen 1951 (unveröffentlichte Mitschrift).

¹¹⁾ A. P. HARE, *Handbook of small group research*, New York 1962.

das Urteil öffentlich ausgesprochen werden muß, wenn die Majorität der Gruppe groß ist und wenn die Gruppe entweder sehr lose oder besonders freundschaftlich verbunden ist.

Bei der Bedeutung der Normänderungsprozesse ist es verständlich, daß man sie in den verschiedensten Bereichen, unter den verschiedensten Aspekten und mit verschiedenen Methoden untersucht hat. Dabei ging es sowohl um die Erhellung der Aktualgenese von individuellen und von Gruppennormen als auch um die Bedingungen ihrer Variabilität. Auch die Onto- und Phylogenese dieser Vorgänge versuchte man zu erfassen. Entsprechend vielfältig sind die dazu entwickelten Hypothesen und Theorien. So hat z. B. die Tiefenpsychologie bestimmte, im Sinne einer konkreten operationalen Fassung bislang aber noch recht vage gebliebene Vorstellungen von der Normbildung und -anpassung entwickelt. Nach ihr vollziehen sich diese Prozesse in der Auseinandersetzung zwischen den libidinösen Grundbedürfnissen, den Hindernissen der Realität und den Instanzen des Ich und des Überich, wobei dem letzteren als Repräsentanten der gesellschaftlichen Normen eine besondere Bedeutung zukommen soll. Andere Theorien soziologischer, sozialpsychologischer oder entwicklungspsychologischer Herkunft versuchen, die gleichen Prozesse mit anderen theoretischen Begriffen zu erfassen. FESTINGERS¹²⁾ Theorie der kognitiven Dissonanz ist eine von ihnen.

Ich möchte hier — abschließend — nur einen dieser theoretischen Entwürfe etwas näher in den Blickpunkt rücken: HELSONS¹³⁾ Theorie des Adaptationsniveaus (*adaptation-level theory*). Ihr möglicher Geltungsbereich ist so umfangreich, daß sie besonders interessant erscheint. Ihr Anspruch, die wesentlichen Prozesse der Normbildung und -veränderung zu erklären, wurde zwar bisher erst auf Teilgebieten verifiziert; die Phänomene, deren Erklärung sie beansprucht, und die konkurrierenden Theorien, mit denen sie sich auseinandersetzen muß, sind aber auch so zahlreich und so verschiedenartig, daß es Jahrzehnte dauern dürfte, bis man ihren tatsächlichen Geltungsbereich abgesteckt haben wird.

Der Theorie des Adaptationsniveaus liegen folgende Hauptpostulate zugrunde (zu denen hier einige Kommentare ergänzt werden): 1. Alles Verhalten bezieht sich auf und konzentriert sich um ein Adaptationsniveau des Organismus, welches man auch als interne Norm bezeichnen kann. Analog zur physiologischen Homeostasis gibt es eine Homeostasis des Verhaltens. — 2. Dieses Adaptationsniveau ist eine Funktion der Interaktion aller gegenwärtigen und vergangenen inneren und äußeren Einwirkungen auf den Organismus unter Einschluß seiner eigenen Impulse und Bedürfnisse, die hier als innere Einwirkungen angesehen werden. — 3. Das Adaptationsniveau ergibt sich als geometrisches Mittel aller dieser Einwirkungen, wobei verschiedenen Klassen von Einwirkungen unterschiedliche Gewichtskoeffizienten zukommen können. — 4. In ihrer Bezugnahme

¹²⁾ C. FESTINGER, *A theory of cognitive dissonance*, Stanford, Calif. 1957.

¹³⁾ H. HELSON, *Adaptation-level theory*, New York 1964.

auf ein Adaptationsniveau bzw. eine so definierte Norm zeigen sich alle Arten von Verhaltensweisen bipolar. Das Normniveau repräsentiert die 0-Funktion. Reize oberhalb dieses Niveaus rufen entgegengesetzte Reaktionen hervor wie Reize unterhalb des Normniveaus. Reize auf dem Adaptationsniveau führen zu neutralen Reaktionen. (So werden z. B. alle, eine bestimmte Einstellung eines Individuums betreffenden indifferenten Behauptungen neutral, alle davon abweichenden, je nach Richtung der Abweichung, positiv oder negativ beantwortet.) — 5. In der Reaktion auf einen Reiz manifestiert sich ein positiver oder ein negativer Gradient der Norm. Die Intensität einer Reaktion ist eine Funktion der Steilheit dieses Gradienten bzw. der Distanz des Reizes vom Adaptationsniveau. — 6. Das Adaptationsniveau ist ständigen Veränderungen unterworfen, die sich aus den genannten Einwirkungen und aus der Rückwirkung (*feed-back*), der Reaktionen des Organismus ergeben. — 7. Auch in Gruppen besteht für bestimmte Klassen von Verhaltensweisen ein Adaptationsniveau, eine Gruppennorm, deren Bildung und Veränderung analog zu den Bedingungsregeln individueller Normen vor sich geht. (Dazu konnte man z. B. zeigen, daß die in SHERIFs Versuchen gebildeten Gruppennormen ziemlich genau dem geometrischen Mittel der vorher bestehenden individuellen Normen der Gruppenmitglieder entsprachen.)

Wesentliche Grundgedanken dieser Theorie sind nicht neu. Ihr Fortschritt liegt vor allem darin, daß sie viele Sachverhalte, die bisher unter verschiedenen Aspekten gesehen und bearbeitet wurden, unter einheitlichen Erklärungsgesichtspunkten zusammenfaßt und daß sie eine Ableitung empirisch prüfbarer Hypothesen gestattet, weil ihre Komponenten im Prinzip operational faßbar und bei geeigneter Messung und Skalierung auch quantifizierbar sind. — Besonders interessant und konsequenzreich ist, daß hier nicht mehr ein absoluter 0-Punkt des Verhaltens postuliert und — wie z. B. in der klassischen Psychophysik — von einem solchen ausgegangen wird. An seine Stelle tritt ein gleitender, sich ständig verändernder Bezugspunkt: das jeweilige Adaptations- bzw. Normniveau. Seine konkrete Lage ist variabel, seine psychologische Funktion und die Regeln seiner Bildung und Veränderung sind jedoch konstant. Damit sind im Prinzip wesentliche Voraussetzungen für einen großen Geltungsbereich dieser Theorie gegeben. HELSON und andere konnten so auch bereits zeigen, daß sich in vielen Bereichen (der Psychophysik, der Wahrnehmung, im emotionalen Reagieren, im Urteilen, im sozialen Verhalten, im ästhetischen Erleben, ja auch in der Persönlichkeitsentwicklung) Belege für die Generalisierbarkeit der Theorie des Adaptationsniveaus aufweisen lassen.

Im übrigen finden sich nicht nur bei HELSON, sondern vor allem in der sozialpsychologischen Forschung sowohl zahlreiche Feststellungen über die Dynamik von Normveränderungen und deren Bedingungen als auch eine Fülle von Anregungen und Hypothesen zu ihrer weiteren Erforschung. Es wäre sicher interessant, wenn dabei

künftig nicht nur normändernde Umweltbedingungen ins Auge gefaßt würden, sondern auch aus der Spontaneität des Individuums kommende Faktoren, etwa das generelle Streben nach Veränderung, welches in den meisten theoretischen Entwürfen in diesem Bereich bislang keinen rechten Platz hatte oder nur als ein *deus ex machina* fungierte.

Zusammenfassung

Zur psychologischen Bedeutung von Normen wurden zunächst die Vielfalt der Normbegriffe und zwei von HOFSTÄTTER und MÜLLER-SUUR stammende Versuche ihrer Ordnung skizziert. Bildung von und Bezugnahme auf Normen zeigt sich als ein Elementargeschehen, welches sich in allen Verhaltensbereichen, vom physiologischen und emotionalen Reagieren bis zum bewußten Denken und Urteilen vollzieht. Es geht offenbar auf einen allgemeinen Spontanimpuls zurück, der von den jeweiligen Lebensbedingungen konkret ausgeformt wird. Die Grundform dieses Geschehens ist eine Bildung individueller Normen, die auch ohne Bezugnahme auf und ohne den Druck von Gruppen erfolgen kann. Die Bildung von Gruppennormen ist ein, in seiner Verhaltensrelevanz allerdings hoch bedeutsamer, Spezialfall dieses Elementargeschehens.

Man kann zwei psychologische Hauptbedeutungen von Normen unterscheiden: 1. ihre Funktion als Bezugssysteme im Sinne von Informationsinstrumenten im Dienste der lebensnotwendigen Ordnung der Phänomene bei der Orientierung des Individuums in der Welt und 2. ihre Funktion als Verhaltensregeln mit determinierender und motivierender Wirksamkeit.

Unter psychologischem Aspekt zeigen sich Normen als variable, zeitgebundene Produkte bestimmter Entwicklungsstufen oder Gesellschaftsformen. Sie lassen sich nicht nur spekulativ erschließen, sondern (mindestens partiell) auch empirisch identifizieren und in ihrem Bedingungsgefüge transparent machen.

Für die weitere Forschung erscheinen drei Problemkreise von besonderem Interesse: 1. die Trennung der informativ-orientierenden Funktion der Normen von ihrer unmittelbaren emotional-motivationalen Wirksamkeit als Verhaltensdeterminanten, 2. die damit verbundene variable Aktualisierbarkeit und damit Verfügbarkeit verschiedener Normen in bezug auf den gleichen konkreten Sachverhalt (in ihr liegt auch die Möglichkeit, vergangene Normen einer nur musealen Existenz zu entreißen und neu zu aktualisieren, und auch die Chance, künftige Normentwicklungen gedanklich vorwegzunehmen und damit eine größere Fülle an menschlichen Möglichkeiten zu erschließen), 3. die theoretische Erfassung der Entstehungs- und Veränderungsbedingungen von Normen, wobei eine weitere Prüfung und Ausarbeitung von HELSONS Theorie des Adaptationsniveaus besonders interessant erscheint. Wünschenswert wäre dabei allerdings, auch die nicht sozial induzierten Normen, die Antagonisten konfor-

mistischer Leitbilder aus dem „Nischendasein“, das sie in der bisherigen Theorienbildung oft geführt haben, ans Tageslicht zu holen und — soweit möglich — systematisch einzubeziehen. Jeder Schritt in diesen drei Richtungen rückt Normen weiter in den Bereich der menschlichen Manipulierbarkeit, mit allen Möglichkeiten und Gefahren, die sich dabei eröffnen.

Zur Tradition der Motive in Walt Whitmans *Leaves of Grass*

In einem der letzten Gedichte Walt Whitmans *) findet sich das Bekenntnis:

Of many debts incalculable,
Haply our New World's chiefest debt is to old poems †).

Der Dichter erinnert an die ältesten Zeugnisse der Weltliteratur: *Old chants, Egyptian priests/... The Hindu epics, the Grecian, Chinese, Persian,/The Biblic books and prophets. .../The Iliad, Odyssey, plots, doings, wanderings of Eneas*. Er denkt an die griechischen Tragiker und an die Mythen und Dichter des Mittelalters. Nur ganz wenige Namen aus neuerer Zeit beschließen den Katalog der großen alten Gedichte: Den *old poems, Old chants* und *elder ballads* ist Amerika vor allem verschuldet, und es verlangt von seinem repräsentativen Dichter, die alten Gedichte anzunehmen:

Accept for me ... the elder ballads,
And name for me before thou goest each ancient poet.

Dieses späte Bekenntnis zur Tradition beschließt einen Motivstrang, der sich durch Whitmans ganzes Werk hindurchzieht. Whitman sieht im dichterischen Prozeß eine *Passage to India*, eine Wanderung zur Wiege des Menschengeschlechts und zu den alten Mythen.

Dennoch gehört diese Bindung an die älteste literarische Tradition nicht zum Klischee des Whitman-Bildes. Whitman ist für uns der Dichter der modernen amerikanischen Demokratie — so sah ihn THOMAS MANN, so will ihn RICHARD CHASE uns wieder sehen lehren ‡). Als Dichter der amerikanischen Demokratie ist er gleichzeitig der Dichter des modernen Menschen im Sinne von EMERSONS Forderung der geistigen und moralischen Autonomie der Persönlichkeit. Man hat darauf hingewiesen, daß dieser Individualismus bei Whitman mystische Züge annimmt; so teilt JAMES E. MILLER den *Song of Myself* in mystische Erfahrungsstufen ein †). Zu den wesentlichen, zumeist hervorgehobenen Zügen von Whitmans Bild gehört auch seine Beziehung auf philosophische Vorbilder, wie auf EMERSON und die amerikanischen Transzendentalisten oder auf CARLYLE und den deutschen Idealismus. Charakteristische Denkmuster dieser philosophischen Konzeptionen hat etwa ALFRED H. MARKS neuerdings in

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 15. Februar 1966.

†) *The Complete Poetry and Prose of Walt Whitman*, ed. M. COWLEY, Garden City 1948, Bd. 1, S. 460, *Old Chants*.

‡) G. W. ALLEN, *Walt Whitman Handbook*, Chicago 1946, S. 521 f.; RICHARD CHASE, *The Democratic Vista*, New York 1958, S. 104—115.

§) J. E. MILLER, *A Critical Guide to Leaves of Grass*, Chicago 1957, S. 6—35.

einer überzeugenden Studie an triadischen Strukturen bei Whitman nachgewiesen⁴⁾. Nicht zuletzt interessiert man sich immer wieder für den Menschen Whitman, für den Poseur, der EMERSONS Ideal des amerikanischen Dichters an sich verwirklichen wollte. Freilich hat die neuere Kritik auch den Künstler Whitman herausgestellt: etwa in seiner lyrischen Behandlung einer Sprache, die er noch als ungeschliffenes Instrument vorfand. Man würde bei diesen Fragen vor allem an MATTHIESSEN oder ASSELINEAU denken⁵⁾.

In MATTHIESSENS Deutung der amerikanischen Renaissance des 19. Jhs. findet sich nun auch ein Hinweis auf die mythisierenden und somit auch mythologischen Tendenzen EMERSONS und THOREAUS⁶⁾. Whitman wird jedoch an dieser Stelle nur kurz erwähnt, und die Frage nach einer möglichen Verbindung zwischen der mythisierten gegenwärtigen Wirklichkeit und der im weitesten Sinne literarischen Tradition der *old poems* wird nicht gestellt. Gerade diese Frage aber ergibt sich aus dem eingangs zitierten Bekenntnis: Wie fügt sich dieses Bekenntnis ein in das Bild des Dichters der amerikanischen Demokratie oder des Mystikers Whitman und des großen Initiators der amerikanischen Lyrik, von dem EZRA POUND, der ihn haßt und liebt, sagt: *His crudity is an exceeding great stench*⁷⁾. Whitmans Zeilen

Of many debts incalculable,
Haply our New World's chiefest debt is to old poems.

wirken fast wie archaisierende Verse, die POUND in eigener Sache geschrieben haben könnte. — Bei POUND selbst lesen wir:

I... can only be a strife for a renaissance in America of all the lost or temporarily mislaid beauty, truth, valor, glory of Greece, Italy, England and all the rest of it⁸⁾.

Bei POUND fällt es nicht schwer, die alten Mythen wiederzufinden, in denen der scheinbar vergangenheitslosen neuen Welt eine kulturelle Vergangenheit gewonnen werden soll. Wie verhält es sich aber bei Whitman? Läßt er es bei der bloßen Behauptung bewenden, daß das neue Amerika den alten Gedichten vor allem verschuldet sei? Gibt es bei ihm überhaupt eine *acceptance* der alten Gedichte und Mythen außer in einigen Titel- und Namenkatalogen?

Die formalen Mittel, die für POUND charakteristisch sind — um noch einmal vom Gegensatz her zu argumentieren —, fehlen bei Whitman: Das archaisierende Mittel des Zitats spielt bei ihm keine Rolle. Man lese nur einmal GAY W. ALLENS Studie über *Biblical*

4) A. H. MARKS, *Whitman's Triadic Imagery*, in: *American Literature* (AL) 23, 1952, S. 99—126.

5) F. O. MATTHIESSEN, *American Renaissance*, New York 1941, S. 517, *Only a Language Experiment*; R. ASSELINEAU, *Whitman's Style, From Mysticism to Art*, in: *Whitman. A Collection of Critical Essays*, ed. R. H. PEARCE, Englewood Cliffs, N. J. 1962, S. 89—106.

6) MATTHIESSEN, op. cit., S. 626, *The Need for Mythology*.

7) Zitiert nach R. H. PEARCE, op. cit., S. 8.

8) Ibid., S. 9.

*Echoes in Whitmans Works*⁹⁾, um zu sehen, wie dürftig bei dieser Lieblingsquelle Whitmans die Ausbeute ist, wenn man nach direkten Übernahmen sucht. Es gibt bei ihm auch keine direkten historischen oder mythologischen Vergleiche. Fragt man aber nach Spuren eines allgemein mythologischen Wortschatzes, so erlebt man noch die zusätzliche Enttäuschung, daß Whitman den Geschmack des Lesers beleidigt, wenn er ein Geschehen oder eine Landschaft mythologisch belebt, wie etwa im *Song of the Redwood-Tree*, wo ein Chor von Dryaden den Todesgesang des alten Baumes begleitet:

I heard the mighty tree its death-chant chanting . . .
As the wood-spirits came from their haunts of a thousand years . . .¹⁰⁾.

Dieses Zitat wäre wertvoll, wenn Whitmans Beziehung zu W. SCOTT oder TENNYSON zur Frage stände. An die *Old Chants*, die alten Gedichte, denen doch nach Whitman die neue Welt vor allem verpflichtet ist, erinnert diese intellektuell anthropomorphisierende Sprache nicht einmal von ferne. Solche unmittelbare Wiederbelebung der Antike gelingt ihm nicht, wie sie etwa später ELIOT gelingen wird, wenn er SPENSERS *Prothalamion* zitiert:

. . . The nymphs are departed . . .¹¹⁾.

Dieses SPENSER-Zitat bringt uns auf die Renaissance-Dichter, für die, obwohl sie ein unmittelbares Verhältnis zur antiken Mythologie hatten und OVIDS *Metamorphosen* buchstäblich auswendig kannten, die feinsten Mittel der Beziehung auf die alten Mythen weder das Zitat noch der direkte mythologische Vergleich in allen seinen Formen waren, die die moderne Dichtung in archaisierender oder ironisierender Absicht gern gebraucht. Freilich hatte auch der mythologische und historische Bildungsprunk in der Renaissance seinen schmückenden Wert, aber die wahre Kunst sah man doch mehr und mehr in der Verbergung der Kunst: Die Anspielung, in der der Name verschwiegen wird, wurde gegenüber dem direkten Vergleich bevorzugt. So stellt etwa SHAKESPEARE im 7. Sonett den Weg der Sonne durch den Vergleich mit einer fürstlichen Triumphfahrt dar, und der Leser erkennt den mythologischen Ursprung des assoziationsreichen Bildes, auch ohne daß der Name Phöbus fällt. Whitman kannte OVIDS *Metamorphosen* nicht, wie SHAKESPEARE sie kannte. Aber wir haben sein Wort dafür, daß ihm die alten Gedichte als *Our new world's chiefest debt* galten.

Wenn nun auch der Quellennachweis, wie sich am Beispiel der Bibelzitate zeigte, in Whitmans Fall nicht zum Ziel führt, so ist doch der methodische Weg der Toposforschung gangbar. Hier haben wir nach indirekten Verbindungen zur literarischen Tradition zu fragen, nach Anspielungen, in denen das typische Motiv in charakteristischer Variation erkennbar bleibt.

⁹⁾ AL 6, 1934, S. 302—315.

¹⁰⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 205.

¹¹⁾ T. S. ELIOT, *Collected Poems 1909—1962*, London 1963, S. 70, *The Waste Land, The Fire Sermon*.

In den *Leaves of Grass* gibt es eine Stelle, an der die Beziehung zur Tradition einmal deutlich an die Oberfläche tritt. Eine der typischen Eingangsfloskeln bei Whitman gehört zu den vertrautesten Topoi der alten Dichtung. Der Lyriker Whitman setzt sie ganz offenbar ein, um sein Werk von vornherein als *the American Epic* zu charakterisieren:

Come said the Muse,
Sing me a song no poet yet has chanted ...¹²⁾

oder:

Come Muse ... O Universal Muse ...¹³⁾.

Der Musenanruf bedeutet eine stilistische Realisierung der *Passage to India*, des Abstiegs in die kulturelle Vergangenheit. Wenigstens zwei Stufen dieses Weges waren Whitman bestimmt vertraut: Die Musenanrufe am Anfang der *Ilias* und *Odyssee* und MILTONS typologische Verquickung des Musenanrufs mit einer Invokation des Heiligen Geistes am Anfang von *Paradise Lost*. In diese Tradition reiht sich der Dichter des *American Epic* durch den Musenanruf ein. Er integriert aber den alten Topos seinem neuen Gedicht durch eine dem Verhältnis von archaisch und modern entsprechende ironische Wendung:

Come Muse migrate from Greece and Ionia ...¹⁴⁾.

Die Muse soll die alte Welt verlassen, ihre Bindung an die alten Romanzen aufgeben, deren Schwanengesang TENNYSON ein für alle Male gesungen habe. Noch einmal wird in langen Katalogen die alte Welt als bisherige Heimat der Muse dargestellt, aber der Dichter ruft nun die Muse in die neue Welt hinüber, und es könnte scheinen, als wolle er sie ganz für die historische Gestaltung seines neuen Landes (das für ihn die neue Welt ist) gewinnen: ... *the present and the real*¹⁵⁾.

Die scheinbare ironische Spannung zwischen dem Anruf an die Muse und der Mimesis der modernen Welt wird jedoch wieder ausgeglichen: Dem Dichter gebührt es, die alte Welt anzunehmen, die Muse um ihren Beistand zu bitten. Sie aber wird in der neuen Welt die gleichen Menschen finden, und die alten Gedichte sollen dort verborgen weiterleben:

... the ... former themes,
Hidden and cover'd by to-day's, foundation of to-day's¹⁶⁾.

Diese Verse geben eine Antwort auf die Frage, wie der Dichter seine Verpflichtung gegenüber den *Old Chants* erfüllt: Die alten Themen wirken als Grundlage, verborgen und verdeckt von den neuen.

Reflektierende Äußerungen Whitmans helfen uns, diesen Begriff

¹²⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 221, *Song of the Universal*, I.

¹³⁾ Ibid., S. 196, *Song of the Exposition*, 2, 9 und passim.

¹⁴⁾ Ibid., S. 197, *Song of the Exposition*, 2.

¹⁵⁾ Ibid., S. 201, *Song of the Exposition*, 7.

¹⁶⁾ Ibid., S. 197, *Song of the Exposition*, 3.

der dichterischen Verbergung in den *Leaves of Grass* zu präzisieren. In *A Thought on Shakespeare* gewinnen wir Aufschluß über die Verwandlung der traditionellen Motive: Der Dichter greift das alte Bild so auf, wie er es vorfindet, nicht aus der Verhüllung durch mit der Zeit entstandene Deutungen befreit, sondern gerade mit dieser Aura von Assoziationen:

... a mountain-high growth of associations, the layers of successive ages¹⁷⁾.

Gerade die größte Dichtung hat diese Kraft, immer neue Assoziationen zu erwecken, während das historisch Gebundene an ihr vergeht. In diesem Sinne ist die alte Dichtung für Whitman *the garnerage of the past*, der Erntespeicher der Vergangenheit. Der Dichter akzeptiert den Typus bereits mit seiner ganzen Aura von Assoziationen und gibt ihn wiederum verändert weiter: *improved and ... expanded*¹⁸⁾.

Zum Ideal des Assoziationsreichtums kommt die indirekte Darbietungsweise, Whitmans charakteristische Interpretation des *celare artem*:

The best poetic utterance... can merely hint, or remind, often very indirectly, or at distant removes ...¹⁹⁾.

Der Dichter deutet an, erinnert, verfährt indirekt, stellt weitläufige Beziehungen her. Er will die alten Bilder mit ihren Assoziationen aufnehmen und verwandeln und so die alten Themen als verborgene Grundlage seines Gedichts bewahren.

Im Lichte dieser Äußerungen erscheint die Frage nach der Tradition der Motive in den *Leaves of Grass* als Frage nach den alten Themen (... *the ... former themes*) und nach der Weise ihrer Verbergung und Bewahrung (*Hidden and cover'd by to-day's, foundation of to-day's*). Wir greifen noch einmal den Musenanruf auf, der an einen für Whitman zentralen motivischen und thematischen Komplex heranführt, nämlich an das Dichterproblem. Der Dichter ruft die Muse in seine neue Welt hinüber, und er stellt sich selber dar, wie er das Lob dieser neuen Welt singt:

As in a waking vision,
E'en while I chant I see it rise, I scan and prophesy outside and in,
Its manifold ensemble²⁰⁾.

Der Dichter erscheint in der vertrauten Gestalt des Inspirierten, des Propheten, der das Äußere und das Innere der Dinge beherrscht und verkündet und der das Vielfältige als Ganzes erfaßt, und er erscheint als der Sänger, der die neue Welt vor seinen Augen entstehen sieht, indem er singt:

As in a waking vision,
E'en while I chant I see it rise...

¹⁷⁾ Op. cit., Bd. 2, S. 407, *A Thought on Shakespeare*.

¹⁸⁾ Ibid.

¹⁹⁾ Ibid., S. 408.

²⁰⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 199, *Song of the Exposition*, 5.

Whitman hat sich ebenso als den Schöpfer wie als den Sänger angesprochen. In der dichterischen Vision fallen hier das Lied und die Schöpfung zusammen. Das ist eine Konzeption, die uns ebenso vertraut ist wie die der christlichen Muse. Es ist die typologische Vorstellung des göttlichen Orpheus, aus der lediglich der Name ausgespart wird.

Nach seinem eigenen Zeugnis besteht für Whitman der Wert der Dichtung in ihrem historisch gewachsenen Assoziationsreichtum. Sein Bild des amerikanischen Sängers, vor dessen Augen die Welt entsteht, während er singt, erinnert als typische Situation an Amphions Lied und den Bau Thebens und an die christlich-typologische Vorstellung des göttlichen Orpheus, wie er sich etwa als Welterschöpfer und Welterlöser bei CALDERON findet: Der göttliche Orpheus ist Sänger und Welterschöpfer, die Welt entsteht, indem er singt; er ist aber auch der Erlöser, der nach dem Fall der menschlichen Natur mit der Leier statt des Kreuzes die Leidensstationen durchschreitet, den Strom des Vergessens überquert und ins Reich der Schatten eindringt. In dieser einen Gestalt sind alle Rollen vereint, die auch Whitman in sich darstellen will. Er sieht sich als: *maker of poems*²¹⁾, als *creator*²²⁾, als *true son of God*²³⁾ oder als Zugelassenen im Reich der Schlafenden, im Schattenreich²⁴⁾.

Die Vorstellung des Sängers, der die Welt entstehen sieht, indem er singt, entspricht dem in christlicher Tradition verwandelten Orpheus-Mythos. Wir gehen diesem Grundmuster, diesem *pattern*, nach, da alle wesentlichen Züge von Whitmans Dichterbegriff darin vereinigt sind.

Im *Song of Myself* stellt er sich durch die begriffliche Etikettierung seines Werks als des ursprünglichen Gedichts in der Pose des ersten Sängers dar:

I speak the password primeval ...²⁵⁾

oder:

Stop this day and night with me and you shall possess the origin
of all poems ...²⁶⁾.

Die für den Ursprung aller Gedichte charakteristische Mimesis besteht darin, daß der Dichter die Sprache der Natur versteht und überträgt.

Die Natur gibt dem Dichter im Augenblick der Initiation ihr Geheimnis preis. Er versteht ihre Stimme und übersetzt sie in seine Sprache. Diese *Übersetzung* besteht nun bei Whitman nicht in einer Aufschlüsselung der Geheimnisse, sondern in der Mimesis des Gehörten. In *Out of the Cradle Endlessly Rocking* bildet der Bericht

²¹⁾ Ibid., S. 175, *Song to the Answerer*, 2.

²²⁾ Ibid., S. 102, *Song of Myself*, 41.

²³⁾ Ibid., S. 365, *Passage to India*, 5.

²⁴⁾ Ibid., S. 372 ff., *The Sleepers*.

²⁵⁾ Ibid., S. 82, *Song of Myself*, 24.

²⁶⁾ Ibid., S. 63, *Song of Myself*, 2.

über das für die dichterische Berufung entscheidende Kindheits-erlebnis den Rahmen des Gedichtes. In diesen Rahmen ist die Übersetzung des Vogelliedes eingefügt, das den Kern dieser Erinnerung bildet. Durch klangsymbolische Mittel, die zugleich klar und differenziert wirken, wird das Vogellied mit seinen hellen und dunklen Tönen und mit dem Pathos seiner immer wiederholten Fragen und Klagen wiedergegeben²⁷⁾. Das Grundmuster einer Übersetzung der Naturstimmen wird hier dramatisch realisiert²⁸⁾. Wie der Sprecher der *Leaves of Grass* sich immer wieder als *translator* bezeichnet, so ist auch die dramatisch-dialogische Darbietungsweise ein wiederkehrendes Kunstmittel.

Das Motiv der Kommunikation mit der Natur erinnert nun wiederum an den Orpheusmythos, und zwar sowohl an die Ordnung stiftende Macht des Orpheusliedes, das von der unbeseelten und unbelebten Natur gehört wird, als auch an das Eingehen des von den Mänaden zerrissenen Orpheus in die Natur: Er hat ihr nicht nur Gehör, sondern auch Stimme verliehen. Der Dichter aber vermag das in der Natur forttönende Orpheuslied zu verstehen und zu übersetzen. Er ist *ein Mund der Natur*, um es in RILKES Worten zu sagen.

Dem Hören der Naturstimmen entspricht als Motiv das Lesen im Buch der Natur:

I find letters from God dropt in the street, and every one is signed
by God's name . . .²⁹⁾.

Das Gras, das Einfachste und Allgemeinste, was die Natur hervorbringt, ist für Whitman:

. . . a uniform hieroglyphic . . .³⁰⁾.

Der Dichter, der im Augenblick der Initiation den Schlüssel zu den Chiffren der Natur erhalten hat, liest ihre Zeichen, wie er ihre Stimmen hört. Die Vorstellung des Sängers, der die Hieroglyphen der Natur, Gottes Schriftzeichen in der Natur, liest — erinnert nun wiederum an Orpheus bei OVID, wie er, umringt von den Tieren des Waldes, das Lied von der Metamorphose des Hyacinth singt. In diesem Liede läßt er Apollo sagen: *Flosque novus scripto gemitus imitabere nostros*, und er liest und deutet die Zeichen, die Apollo auf die Blätter der Blume geschrieben hat:

. . . et AI AI
Flos habet inscriptum, funestaque littera dicta est³¹⁾.

Wie beim Musenanruf und bei der Vorstellung des göttlichen Orpheus handelt es sich um einen ungewöhnlich traditionsreichen und überdies im Ausdruck deutlich zutage tretenden Topos. *Hiero-*

²⁷⁾ Ibid., S. 237 ff.

²⁸⁾ J. E. MILLER, *Walt Whitman (TUSAS 20)*, New Haven, Conn., 1962, S. 96, hat auf die Bedeutung dramatischer Strukturen bei Whitman hingewiesen.

²⁹⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 112, *Song of Myself*, 48.

³⁰⁾ Ibid., S. 66, *Song of Myself*, 6.

³¹⁾ PUBLIUS OVIDIUS NASO, *Metamorphosen*, hrsg. u. übersetzt v. H. BREITENBACH, 2. Aufl., Zürich 1964, Buch X, S. 206 u. 215 f.

glyphe ist einmal im biblischen Sinne Metapher für das rätselhafte, aber alles Studiums würdige Naturzeichen; zum anderen ist der Ausdruck *Terminus technicus* in der Emblemliteratur. Hier bezeichnet er ein Bild ohne Worte, das ohne den erklärenden Spruch Rätselcharakter hat, das also gleichsam eine direkte Nachbildung des rätselhaften Naturdinges, der Chiffre im Buch der Natur ist. Beide Bedeutungen sind für Whitman wesentlich: Es geht ihm darum, die Hieroglyphen der Natur zu lesen, und seine Mimesis hat selbst wieder hieroglyphischen Charakter, ist Bild ohne Erklärung.

Wieder liegt hier der Bezug zum spanischen Barock besonders nahe. CURTIUS hat darauf hingewiesen, daß bei CALDERON die Metaphern Chiffreschrift und Hieroglyphik eine bedeutende Rolle spielen³²⁾. Eine andere für Whitman in Frage kommende Quelle ist hier die metaphysische Lyrik des 17. Jhs. in England, vor allem aber die Bibel selbst mit dem Lob der kleinen Dinge der Natur, aus denen sich nach den Worten des Predigers Salomo Weisheit lernen läßt.

Wenn wir den psychologischen und ästhetischen Voraussetzungen von Whitmans Mimesis, seiner Übersetzung der Natur, nachgehen, so stoßen wir nun wieder auf einen Topos, der in Rhetorik und Poetik von jeher zur Entwicklung des Dichterbegriffs gedient hat: Es ist der Topos des Schauspieler-Dichters.

Whitman stellt den Sprecher seiner Gedichte immer wieder dar, wie er sich mit der ganzen umgebenden Welt, mit Menschen, Tieren und Pflanzen identifiziert. Diese erotische Zuwendung, ja die Identifikation mit allen Wesen und Dingen, die D. H. LAWRENCE tadelt, weil er nur ihren psychologisch-gehaltlichen Aspekt beachtet³³⁾, wird von Whitman häufig ausdrücklich durch das Bühnengleichnis dargestellt und so durch den Ausdruck schon ganz deutlich mit der ästhetischen Sphäre verbunden:

I ... lived the same life with the rest, ...
Play'd the part ...
The same old role ...³⁴⁾.

Der Topos kann auch indirekt aus dem Vorgang einer schauspielerischen Verwandlung zutage treten.

... my face yellow and wrinkled instead of the old woman's, ...³⁵⁾.

Wir wissen von Whitmans Beschäftigung mit ernsthafter rhetorischer Literatur seiner Zeit, die er teilweise ohne Angabe des Fundorts kopierte, so daß er lange Zeit als Verfasser dieser Notizen galt³⁶⁾. Auf diesem Wege kam er mit den Quellen der antiken Rhe-

³²⁾ E. R. CURTIUS, *Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter*, 5. Aufl., Bern 1965, S. 351 f.

³³⁾ Whitman, ed. PEARCE, S. 11—23.

³⁴⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 170, *Crossing Brooklyn Ferry*, 6.

³⁵⁾ Ibid., S. 374, *The Sleepers*, 2.

³⁶⁾ Cf. W. L. FINKEL, *Walt Whitman's Manuscript Notes on Oratory*, in: *AL* 22, 1950, S. 29—53.

torik in Berührung. Hier fand er Regeln für die Natürlichkeit der Rednerpose. Dies Problem hatte ihn schon als jungen Journalisten beschäftigt; wir wissen, wie sich sein Interesse daran steigerte, nachdem er begonnen hatte, in sich den amerikanischen Dichter par excellence zu sehen; wir wissen, wie wichtig ihm seine Rolle, sein Kostüm, sein Auftreten waren. Man hat immer wieder auf dieses Posieren Whitmans wie andererseits auch auf seine erotische Identifikation mit Menschen und Dingen hingewiesen. Wir ordnen diese biographisch-psychologischen Befunde dem formalen Aspekt des Dichterproblems unter, auf den Whitmans rhetorische Studien ja direkt verweisen: Schauspielerische Identifikation mit dem darzustellenden Gegenstand ist von jeher als Aufgabe des Dichters gesehen worden. Der Poseur Whitman nimmt nur auf seine übertriebene Weise diese traditionelle Haltung ein, und er will als Schauspieler-Dichter genau das erreichen, was auch CICERO dem Orator vorschreibt, wenn er ihm den Schauspieler zum Vorbild setzt:

I permit to speak . . .
Nature without check with original energy³⁷⁾.

Whitman gebraucht hier den Terminus technicus der Rhetorik *energy*: Die Energieia, die lebendige Mimesis, wird erreicht durch das ideale Schauspielertum des Dichters, durch seine Fähigkeit zur geistigen Identifikation. Diese Identifikation erfährt nun bei Whitman dadurch eine besondere Nuancierung, daß sie vor allem das andere Geschlecht betrifft:

I am the poet of the woman the same as the man . . .³⁸⁾.

Unter dem Aspekt des Topos vom Schauspieler-Dichter hört diese Vereinigung der Geschlechter in einer Person auf, nur psychologisches Symptom zu sein: Der *American poet*, der zugleich Sänger und Schöpfer der neuen Welt ist, zugleich *poet* und *prophet*, nimmt die Züge einer Teiresias-Gestalt an. Die Identifikation mit beiden Geschlechtern, die er wieder in seiner Schauspielerpose potenziert darstellt, befähigt ihn zu umfassender Einsicht, zur Energieia in der Darstellung der männlichen wie der weiblichen Natur. Für Whitman symbolisiert der Teiresias-Typus die äußerste dichterische Kapazität³⁹⁾.

An dieser Stelle wechseln wir einmal die Perspektive, wir blicken literarhistorisch voraus anstatt zurück: In der Gestalt des Teiresias wird in der modernen Lyrik, bei ELIOT, wieder der repräsentativ

³⁷⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 62, *Song of Myself*, 21.

³⁸⁾ Ibid., S. 79, *Song of Myself*, 21.

³⁹⁾ Ibid., S. 3 ff., Intr., M. COWLEY, *The Poet and the Mask*. MALCOLM COWLEY sieht in Whitman drei völlig unterschiedliche Gestalten: den kleinen Journalisten, der mit 35 Jahren aufhörte zu existieren, den Poseur Whitman und schließlich den wirklichen Dichter, den die Öffentlichkeit nicht kannte. Jeder dieser Gestalten widmet er eine besondere Fragestellung, und für den Dichter der Calamus-Gedichte bemüht er noch außerdem die Psychoanalyse. Dies Verfahren erscheint als unangemessen, wenn man den Typus des Schauspieler-Dichters in Betracht zieht.

erlebende Mensch gesehen. Wo aber der Optimist Whitman vor den Augen des Sängers einen Kosmos entstehen sah, erscheint für ELIOT das wüste Land als ein Haufen zerbrochener Bilder. Der Teiresias-Typus, der für Whitman die stärkste dichterische Energie darstellte, kehrt beim ELIOT der zwanziger Jahre wieder als Symbol der Sterilität.

Wir haben das Phänomen der Identifikation bei Whitman bisher unter dem Aspekt der dichterischen Gestaltung betrachtet. Wir werden sehen, in welchem Maße Whitman seine unterschiedlichen Rollen dichterisch integrierte, wenn sich nun zeigt, wie der Aspekt der literarischen Gestaltung mit dem gehaltlichen verbunden ist. In einer der Kriegsszenen aus dem *Song of Myself* gewinnt die schauspielerische Verwandlung altruistische Züge, der Dichter erscheint als Erlöser:

In at the conquer'd doors they crowd! I am possess'd!
Embody all presences outlaw'd or suff'ring,
See myself in prison shaped like another man,
And feel the dull unintermitted pain⁴⁰).

Zum Darstellen (*I embody ... see myself ... shaped like another man*) kommt das Mitgefühl (*... feel the pain*) und schließlich, in der deutlichen Anspielung, die Erinnerung an das stellvertretende Leiden Christi:

That I could forget ...
... my own crucifixion and bloody crowning⁴¹).

Der Kunstaspekt der Identifikation verschmilzt mit dem gehaltlichen von Whitmans Altruismus. Der *poet-prophet* sieht in sich die Verkörperung des Christus-Typus, er erlebt sich in der Rolle eines Erweckers der Toten und nennt sich *creator*⁴²). An dieser Stelle, wo der Dichter zur zentralen Figur eines Mythos von Tod und Wiedergeburt wird, münden unsere Überlegungen wieder in die Grundvorstellung vom göttlichen Orpheus ein.

Whitman hat uns das Wort „Tod“ als Chiffre der dichterischen Initiation genannt. Das Dichterproblem ist für Whitman mit dem Thema des Todes aufs engste verbunden. Wir haben gehört, daß er sich als Erwecker der Toten sieht. Wir betrachten auch diese Vorstellung zunächst wieder unter dem Aspekt der dichterischen Gestaltung: Erweckung der Toten heißt für Whitman auch Wiederbelebung der versunkenen Mythen:

Magnifying and applying come I ...
Lithographing Kronos, Zeus his son, and Hercules his grandson, ...
Accepting the rough deific sketches to fill out better in myself,
bestowing them freely on each man and woman I see ...⁴³).

Whitman schreibt also in seiner modernen Mimesis gleichsam eine Typologie ohne Namen. In diesem Sinne nennt er sich *creator*.

⁴⁰) Ibid., S. 98, *Song of Myself*, 37.

⁴¹) Ibid., S. 99, *Song of Myself*, 38.

⁴²) Ibid., S. 102, *Song of Myself*, 41.

⁴³) Ibid., S. 101, *Song of Myself*, 41.

Immer wieder stellt er es als eine seiner wesentlichen Funktionen dar, das Vergessene aus der Erinnerung zu heben, es zum Leben zu erwecken: Durch eine Kindheitserinnerung wird sich der Dichter seiner ursprünglichen dichterischen Initiation bewußt. Und da man nun weiß, daß für Whitman das einweihende Wort, Tod, vom Meer her tönte, daß Meer und Land bei ihm Symbole für Tod und Leben sind⁴⁴⁾, so gewinnt das Bild der Überfahrt die mythologischen Assoziationen der Überfahrt über den Strom des Vergessens, den Lethestrom. Wir sehen zwar im Gedicht *Crossing Brooklyn Ferry* das moderne Manhattan, aber das anschauliche Bild der Brooklyn-Fähre gewinnt mythische Dimensionen: Die Fähre erhält ihren alten mythologischen Sinn, wenn sie zum Symbol der Heimfahrt für zukünftige Generationen wird, zu denen der Dichter noch spricht. Er selbst hat die Überfahrt über den Lethe-Strom in beiden Richtungen oft vollzogen, wie er die *Passage to India*, den Weg in die Vergangenheit vollzieht:

The Past — the dark unfathom'd retrospect!
The teeming gulf — the sleepers and the shadows!⁴⁵⁾.

Er stellt sich in einem Prokreationsgleichnis dar, wie er aus den Schatten neues Leben erweckt⁴⁶⁾. Im Gedicht *The Sleepers* wird das Eindringen in das Reich der Schlafenden und der Schatten in einer symbolischen Situation erlebt, die an diesen Aspekt des Orpheus-Mythos erinnert: Das Mädchen verliert seinen Geliebten und folgt der Nacht auf deren Wege zum Schattenufer. In einer seiner proterischen Verwandlungen wird der Erlebende zur Eurydike oder zur Proserpina des Mythos:

I am she who adorn'd herself ...
... receive me darkness,
Receive me and my lover too, he will not let me go without him.
...
Darkness, you are gentler than my lover ...
I follow, I fade away⁴⁷⁾.

Was hier durch die Figurenkonstellation und durch die symbolische Handlung ausgedrückt ist, hören wir später noch einmal, wieder dialogisch dramatisiert, als Bekenntnis des Sprechenden:

O night ... I ... love you⁴⁸⁾.

Wieder sind die Gestalten, die der Dichter verkörpert, im Typus des göttlichen Orpheus integriert: Im Christus-Gleichnis erscheint er als Erwecker der Toten, in der Beziehung auf den Orpheus-Mythos stellt er sich dar, wie er den Strom des Vergessens überquert. Die Nacht, die er liebt, das Schattenreich, ist ein Ort der Verwandlung und der Wiedergeburt. Die Schlafenden, die lebten und starben,

⁴⁴⁾ J. E. MILLER, *Walt Whitman (TUSAS 20)*, New Haven, Conn., 1962, S. 117 bis 121.

⁴⁵⁾ Op. cit., Bd. 1, S. 362, *Passage to India*, 1.

⁴⁶⁾ Ibid., S. 102, *Song of Myself*, 41.

⁴⁷⁾ Ibid., S. 373 f., *The Sleepers*, 1.

⁴⁸⁾ Ibid., S. 379, *The Sleepers*, 8.

kehren aus der Nacht verwandelt wieder, und sogar die unbelebte Materie ist in diesen Verwandlungsprozeß einbezogen:

... the soggy clods shall become lovers and lamps ...⁴⁹⁾.

Zur Darstellung dieser Metamorphose dient nun wieder ein überaus vertrauter Topos: Das Reich der Schatten wird zum Garten, aus dem die Seele kommt und in den sie wieder zurückkehrt:

It comes from its embower'd garden ...
... the new born emerging from gates,
and the dying emerging from gates ...⁵⁰⁾.

Eine Kreisbewegung mündet immer wieder in diesem Garten mit seinen beiden Toren:

To the garden the world anew ascending ...
The revolving cycles in their wide sweep having brought me again ...⁵¹⁾.

Dieses Zitat stammt aus dem Anfang des Zyklus *Children of Adam*, und freilich erinnert die Vorstellung des Gartens, aus dem die Seele kommt, an den Paradiesgarten: *Down from the gardens of Asia descending ... Adam and Eve appear ...*⁵²⁾, aber die zyklische Bewegung erinnert auch an zeitlich nähere Vorbilder. Wir denken dabei an SPENSERS *Gardin of Adonis* im III. Buch der *Faerie Queene*, an den Garten mit den beiden Toren, von dem alles Leben seinen Ausgang nimmt und in den es zurückkehrt, um wieder, mit neuer Gestalt begabt, aus ihm hervorzugehen. Die Verbindung zu SPENSER liegt durch EMERSON sehr nahe, der SPENSER als Kronzeugen für die neuplatonische Emanationslehre zitiert⁵³⁾. Mit dieser gehaltlichen Deutung geht übrigens die neueste SPENSER-Kritik wieder konform, die auf den Nachweis einer differenzierten philosophischen Konzeption bei SPENSER verzichtet und sich für die Interpretation des *Gardin of Adonis* mit dem popularisierten Neuplatonismus der Elisabethaner begnügt, den SPENSER im Vorwort zu GOLDINGS OVID-Übersetzung vorfinden konnte⁵⁴⁾.

Nur diese Quellen dürfen wir für Whitman als gesichert ansehen. Wir dürfen uns aber im Anschluß daran erinnern, daß gerade die Konzeption des *Gardin of Adonis* Parallelen aufweist zur orphischen Tradition innerhalb des Florentiner Neuplatonismus und daß FICINO selbst den Namen des zweiten Orpheus trug⁵⁵⁾.

Whitmans *embower'd garden*, der an den biblischen Bericht vom Paradiesgarten, an SPENSERS *Gardin of Adonis* und dessen Quellen

⁴⁹⁾ Ibid., S. 88, *Song of Myself*, 30.

⁵⁰⁾ Ibid., S. 378, *The Sleepers*, 7.

⁵¹⁾ Ibid., S. 114, *To the Garden the World*.

⁵²⁾ Ibid., S. 364, *Passage to India*, 5.

⁵³⁾ Zitiert nach G. W. ALLEN, op. cit., S. 452.

⁵⁴⁾ *The Works of Edmund Spenser. A Variorum Edition*, ed. E. GREENLAW, C. G. OSGOOD, E. M. PADELFOURD, 8 vols., Baltimore 1932—47, Bd. III, S. 340 ff.

⁵⁵⁾ Cf. GUSTAV FREDEN, *Orpheus and the Goddess of Nature*, Stockholm 1958. Vgl. auch ESTHER SHEPHARD, *Possible Sources of Some of Whitman's Ideas and Symbols in Hermes Merc. Trismegistus and Other Works*, in: *MLQ* 14, 1953, S. 60—81.

zurückerrinnert, weist nun wieder voraus auf das Gartensymbol beim späten ELIOT. Hier ist eine gemeinsame Beziehung auf SPENSER denkbar. Auch in *Burnt Norton* ist der Garten wie bei SPENSER von Kindern belebt, und hier wie dort ist das Bild des Gartens mit dem Thema der zyklischen Bewegung verbunden: *the turning world*⁵⁶).

An Whitmans Gartensymbol ist bisher noch eine Nuance unbeachtet geblieben. Das Symbol der Wiedergeburt verweist nicht nur auf das Spiel der Formen in SPENSERS Sinne, wo immer von neuem die Materie durch Beseelung gestaltet wird, oder in EMERSONS Sinne, wo dieser Emanation des Geistes eine Evolution der Materie entgegenkommt, sondern bei Whitman verwandelt sich das Bild des Gartens in die Vorstellung vom Weinberg aus dem christlichen Gleichnis. Die Wiedergeburt gewinnt über die philosophischen Assoziationen hinaus religiöse Bedeutung:

The sleepers that lived and died wait, the far advanced are to go on in their turns, and the far behind are to come on in their turns . . .⁵⁷).

Die Wartenden kommen zu unterschiedlichen Zeiten am Ort ihrer Bestimmung an, wie die Arbeiter im Weinberg, aber auf sie alle wartet der vollkommene Ausgleich: *the wrong'd is made right*⁵⁸). Dieser Ausdruck erinnert an die im Lukasevangelium zitierte alttestamentliche Verheißung:

. . . was krumm ist, soll richtig werden . . . ,

wie der ganze Passus an die Verheißungen der Offenbarung erinnert:

The sweatings and fevers stop . . .

The call of the slave is made one with the master's call . . .

The felon steps forth from the prison . . .

. . .

They pass the invigoration of the night and the chemistry of the night and awake⁵⁹).

In der Darstellung von Tod und Wiedergeburt gehört also zum Gartensymbol als Assoziation das Gleichnis vom Weinberg; das Spiel der Verwandlungen mündet in der Erlösung.

Fassen wir zusammen: Der Topos des Musenanrufs wies uns hin auf das mythologisch-typologische Grundmuster des göttlichen Orpheus und damit auf das Zentrum von Whitmans Werk, nämlich das Dichterproblem. Die grundlegende Funktion des Mythos zeigte sich darin, daß in ihm alle — oft für disparat gehaltenen — Facetten an der Gestalt des *American poet* integriert sind. Die Hauptmotive des Mythos entsprechen genau den wesentlichen Motiven und Themen in Whitmans Werk. Wie im Orpheus-Mythos steht bei Whitman der Sänger im Mittelpunkt, der die Welt erschafft, indem er sie dichterisch gestaltet. Hier wie dort geht es um eine Überwindung des Todes durch den Sänger, der als göttlicher Orpheus die Züge einer

⁵⁶) T. S. ELIOT, op. cit., S. 191, *Burnt Norton*.

⁵⁷) Op. cit., Bd. 1, S. 378, *The Sleepers*, 7.

⁵⁸) Ibid., S. 379, *The Sleepers*, 8.

⁵⁹) Ibid.

Erlösergestalt annimmt: Die Schauspielverwandlung des Künstlers wird zum stellvertretenden Leiden.

Diese Integration der Motive ließ sich nun bis in die Einzelheiten verfolgen: die symbolischen Situationen der Überfahrt, des Eintritts ins Reich der Schlafenden und Schatten, der Vereinigung mit der Nacht, des Sprechens mit Tieren und Pflanzen und des Lesens im Buch der Natur sind für Whitman zentral.

Da wir ein solches Maß von Entsprechungen unter den Motiven und von Integration der Motive in einem einzigen mythologischen Komplex vorfanden, dieser Komplex sich aber wiederum mit dem für Whitman zentralen Dichterproblem deckte, konzentrierten wir unsere Überlegungen auf dieses Gebiet, zumal sich hier auch zeigen ließ, wie konkrete literarische Quellen und rhetorische Topoi bei Whitman verarbeitet werden: Die Bibel, SPENSERS *Gardin of Adonis*, der Typus des göttlichen Orpheus, die Topoi vom Buch der Natur und vom Schauspieler-Dichter.

Die Darstellungsmittel, durch die diese mythologischen, literarischen und rhetorischen Beziehungen realisiert werden, sind nun nicht das Zitat oder der direkte Vergleich. Nur ganz wenige Relikte der alten Dichtung treten bei Whitman in dieser Weise an die Oberfläche. Wir erhalten aber durchaus konkrete Hinweise für die Deutung der Motive: Sie können etwa in begrifflichen Formulierungen (wie *origin of all poems*) oder in Termini technici (wie *hieroglyph*) bestehen. Ebenso knapp kann durch den Zusatz eines Abstraktums die Mimesis der Gegenwart metaphorische Bedeutung gewinnen (die Brooklyn-Fähre wird so zum Fährboot über den Lethe-Strom). Ein Prädikat des Orpheus, wie das der Kommunikation mit der Natur, erhält leitmotivische Funktion, während der mythologische Name verschwiegen wird. Eine solche versteckte Anspielung wirkt dann selbst hieroglyphisch, chiffrehaft. Die Schlüssel zu den Chiffren sind der überlieferte Mythos und der Topos (im Falle des Dichter-Übersetzers der Topos vom Buch der Natur). Die Vorstellung des Sängers als des Übersetzers von Naturstimmen und -zeichen kann auch durch rein sprachliche Ausdrucksmittel realisiert werden, wie etwa durch die Klangsymbolik des übersetzten Vogelliedes. Anstelle des knappen Verweises durch einen Begriff, einen metaphorischen Ausdruck oder eine Anspielung werden aber auch größere mythologische oder literarische Komplexe bewahrt: Whitman fügt ein symbolisches *pattern* wie das des *Gardin of Adonis* der eigenen Konzeption ein, er variiert eine typische Situation wie die des göttlichen Orpheus als des Welterschöpfers, oder er dramatisiert eine typische Konstellation wie die der Eurydike, die sich von Orpheus abwendet, um ins Schattenreich zu gehen.

Am Beispiel des Dichterproblems hat sich gezeigt, welchen Dienst bei der Interpretation der *Leaves of Grass* die Beziehung auf den Mythos und auf traditionsreiche Motive leistet. Wir erkennen dadurch die Urtümlichkeit der Bildersprache, die Integration der Einzelvorstellungen und deren Assoziationsreichtum. Whitman bewahrt

die alten Bilder nicht in einem Mosaik aus Bildungsreminiszenzen, nicht als *a heap of broken images*, wie POUND und ELIOT das tun sollten. Er erfüllt gegenüber der dichterischen Tradition wirklich das Ideal des *ars est celare artem*, zu dem er sich selber bekennt. Der Mythos und die Topoi der alten Dichtung wirken bei ihm in symbolischer Unmittelbarkeit als verborgene Grundlage in der Darstellung der neuen Welt.

Zur Laokoon-Gruppe und ihren Künstlern

Die klassische Archäologie*), auf dem Schnittpunkt zwischen der Altertumswissenschaft einerseits und der Kunstgeschichte andererseits angesiedelt, hat methodisch und materiell an diesen beiden Wissenschaften ebenso Anteil wie an der Ur- und Frühgeschichte. Aber nur in seltenen Fällen läßt sich eine saubere Übereinstimmung herstellen zwischen dem, was die Nachbarwissenschaften anbieten, und dem, was der Archäologe aus seinen eigenen Quellen, der materiellen Hinterlassenschaft der griechisch-römischen Antike, beisteuern kann. Gelingt eine solche Kombination, dann ist das Ergebnis oft dennoch in seinen Einzelheiten wie in der Gesamtbeurteilung umstritten. Von einem solchen Fall soll heute hier die Rede sein.

Das vielleicht populärste Beispiel einer nahezu vollständigen Kongruenz zwischen literarischer Quelle und archäologischem Fundobjekt ist jene Gruppe, die am 14. 1. 1506 mitten im antiken Rom bei Untersuchungen in einem Weinberg am Mons Oppius zutage kam: der Laokoon. Sofort nach der Entdeckung der Gruppe, die auf dem Stich des Marco Dente noch ohne die späteren Ergänzungen zu sehen ist, haben die Gebildeten der Zeit, an ihrer Spitze Giuliano da San Gallo und Michelangelo, die Verbindung zwischen dem eben gefundenen Kunstwerk und einer Notiz in der kunstgeschichtlichen Partie der Naturgeschichte des älteren Plinius (36, 37) hergestellt. Dieser legt in einer zwischen 69 und 79 geschriebenen Passage dar, wie hinderlich eine Mehrzahl von an einem einzigen Werk mitschaffenden Künstlern dem Ruhm des einzelnen unter ihnen sei. Als Beispiel nennt er den „Laokoon, der sich im Haus des Imperators Titus befindet, ein Werk, das allen anderen der Malerei und Plastik vorzuziehen ist. Aus einem einzigen Steinblock schufen ihn und seine Kinder und die bewunderungswürdigen Windungen der Schlangen nach Ratsbeschluß die hervorragenden rhodischen Künstler Hagesander, Polydoros und Athanadoros“. Zu diesem Zitat ein paar Bemerkungen. Ob der Fundort zum Palast des Titus gehört hat, ist nicht ganz sicher; er lag jedoch mindestens in großer Nähe der Kaiserpaläste und des einstigen „Goldenen Hauses“ des Nero. Falsch ist die Behauptung des Plinius, die Gruppe bestehe aus einem einzigen Block Marmor. Neue Untersuchungen haben gezeigt, daß sieben oder acht Stücke griechischen Marmors schon antik zur Gruppe zusammengesetzt wurden; dazu kommt der Hauptteil des Altars, auf dem Laokoon sitzt, aus italischem Marmor (Carrara-Marmor). Letzteres zeigt, daß die Gruppe entweder nicht vor der Zeit des Kaisers Augustus in Italien gearbeitet wurde oder bei der Aufstellung in Rom

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 1. Februar 1966. Von den zur Unterstützung der Ausführungen gezeigten Lichtbildern sind hier nur vier wiedergegeben.

Stückung mit eigens gefertigten Teilen erfuhr. Was die Bemerkung heißen soll, die Künstler hätten „nach Ratsbeschluß“, *de consilii sententia*, gearbeitet, ist bis heute unklar. Trotz allem kann an der Identität der von Plinius genannten Gruppe mit dem 1506 gefundenen Werk kein Zweifel bestehen. Und in einem Punkte hat der römische Ritter über fast zwei Jahrtausende bis zum heutigen Tage Recht behalten: Kaum einer der vielen Kunstfreunde, die den Laokoon zu kennen meinen, erinnert sich der Namen seiner drei Bildhauer. Da wir die Anteile der genannten Rhodier Hagesander, Athanadoros und Polydoros nicht zu scheiden vermögen, sind die Künstler nicht zu Individualitäten geworden.

Ruhm und Popularität haben dem Ansehen der Gruppe in neuerer Zeit vornehmlich geschadet. Mit vielen anderen bedeutenden Werken teilt der Laokoon das Schicksal, so bekannt zu sein, daß er kaum mehr genau angesehen wird. Denk- und Anschauungsklischees vergangener Zeiten stehen seiner Würdigung auch heute im Wege. Als die Gruppe bald nach ihrer Entdeckung auf der Grundlage einer Studie Baccio Bandinellis durch Montorsoli, einen Mitarbeiter Michelangelos, ergänzt wurde, schuf steile Wiederherstellung der rechten Arme von Vater und jüngerem Sohn jene Gruppe, deren Aufbau in einem einseitig verschobenen ungleichseitigen Dreieck über einem liegenden Rechteck für viele Generationen die Vorstellung von der antiken Laokoon-Plastik bestimmt hat. In dieser Gestalt hat sie bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts im Vatikan gestanden, hat sie leidenschaftliche Bewunderung und ebenso leidenschaftliche Gegnerschaft erfahren, hat sie die für uns in LESSINGS Laokoon-Studie gipfelnden kunsttheoretischen Schriften angeregt, hat sie eine so weltweite Wirkung entfaltet, daß man sich auch dann nicht zu einer Korrektur entschloß, als man 1905 die Elemente dafür in die Hand bekam. Erst seit 1957 und bis 1960 geschah, was als Grundlage aller Arbeit selbstverständlich sein sollte, die Entfernung aller überflüssigen und falschen Ergänzungen. Mit der alten Restauration der beiden rechten Arme von Vater und Sohn ist nicht nur die prachtvoll manieristische Übersteigerung der Komposition nach der einen Seite weggefallen, auch das Kräftespiel im Körper des Laokoon bietet sich neuem Verständnis dar (Abb. 1). Schon Michelangelo hatte vorgeschlagen, Laokoons rechten Arm in seinem Ellbogengelenk zu beugen, den Unterarm stärker zum Kopf zurückzuführen. Aber seine Idee, der die ausgeführte Ergänzung dann nicht folgte, gedieh nicht über eine skizzenhafte Ausführung in Marmor hinaus. Als 1905 der Hauptteil des originalen Armes erkannt wurde, erwies sich, daß der große Plastiker mit seiner mehr klassischen als manieristischen Lösung Recht gehabt hatte. Wir müssen unsere Vorstellung vom Aufbau der Gruppe entscheidend ändern. In der Hauptsache wird die Wiederherstellung, die im römischen Museo dei Gessi durchgeführt wurde, Zustimmung finden. Nur über die Haltung des rechten Armes des jüngeren Sohnes und der rechten Hand seines älteren Bruders kann man im einzelnen noch verschiedener Meinung sein.

Ein weiterer Punkt ist bedeutsam. Mit der notwendigen Ergänzung des einst wohl metallenen Kranzes auf dem Haupte des Laokoon, die in den Hauptzügen als Gesichtspunkt angesehen werden darf, haben sich die Proportionen im Gipfelpunkt der gesamten Komposition geändert, hat sich das Gewicht der Gegenrichtung des Laokoonkopfes gegen die Achse seines Oberkörpers entscheidend verstärkt. Vor dem neu gewonnenen Aufbau muß die kunstgeschichtliche Stellung des Werkes überprüft werden, wobei wir uns des Mangels bewußt bleiben, den das Fehlen der einst vorhandenen, in Gewändern und Schlangenleibern, Haaren, Kranz, Augen und Lippen recht lebhaft zu denkenden Bemalung darstellt.

In der Diskussion auch nur der letzten drei Jahrzehnte schwankt der Ansatz der Gruppe um zwei bis drei Jahrhunderte — ein erstaunliches Phänomen, wenn man sich all die Mühe vor Augen hält, die seit Jahrhunderten auf diese Frage verwandt worden ist. Einigkeit herrscht nur darüber, daß das Werk nicht vor dem Hellenismus, nicht wesentlich vor dem Altar von Pergamon, der seinerseits dem früheren 2. Jh. v. Chr. angehört, entstanden sein kann. Aber ob im 2. oder im 1. Jh. v. Chr. oder erst im 1. Jh. n. Chr., das ist umstritten.

Eine überaus geistreiche Kombination hatte die Namen der drei Künstler, die auf Rhodos nicht eben selten sind, als diejenigen gewählter Priester auf einer rhodischen Inschrift wiedererkannt, hatte danach einen Stammbaum rekonstruiert und den Laokoon entsprechend in der letzten Hälfte des letzten vorchristlichen Jahrhunderts angesetzt. Neufunde des Jahres 1957 haben diese Kombination zerstört, denn hier wurden die Vatersnamen der drei Bildhauer erstmals urkundlich faßbar und damit die Unhaltbarkeit des rekonstruierten Stammbaums erweisbar.

In einer seit alters als „Tiberiusgrotte“ bekannten Höhle zwischen Gaeta und Terracina an der Westküste Italiens, nahe der Stadt Sperlonga, kamen damals zahlreiche Bruchstücke z. T. weit überlebensgroßer Skulpturen zutage, die sich nach anfänglich irrigen Deutungsversuchen als eine Art „Odyssee in Marmor“ herausstellten. Eine mitgeführte Inschrift in mäßigen lateinischen Versen spricht von einer Stiftung eines Faustinus, über dessen Identität mit jenem Faustinus, den Martialis im ausgehenden 1. Jh. n. Chr. nennt, keine Sicherheit besteht. Der Text, dessen naiv-unreflektierter Vergleich zwischen Dichtung und Plastik LESSINGS ganzen Spott herausgefordert hätte, sagt aus, daß Vergil, könnte er noch einmal der Umwelt zurückgegeben werden und könnte er die Werke hier sehen, selber zugeben müßte, daß Dichtung nie so lebendig wie diese Skulpturen die Blendung des Polyphem, die Wildheit der Skylla auf ihrem Felsen, den Untergang des Schiffshecks (das Schiff des Odysseus ist natürlich gemeint) im Strudel darstellen könne. Ein gewaltiger Anspruch, der uns aus diesen Zeilen entgegenklingt. Die vorbildlich schnelle Veröffentlichung der Funde durch G. IACOPI und die dazu gemachten Vorschläge von H. P. L'ORANGE und B. ANDREAE ver-

schaffen uns die Möglichkeit, eine Vorstellung von diesen Skulpturen zu gewinnen und sie an dem Tenor der Inschrift zu messen.

Vor und in einer ausgedehnten Grotte, von der aus zwei weit geöffnete Nebengrotten zugänglich sind, hat Faustinus eine gewaltige und aufwendige Anlage von Wasserbecken herstellen lassen, die durch das Meer gespeist werden. Im runden hinteren Becken erkennen wir eine große Basis. Auf ihr hatte einst die Skyllagruppe Platz. Erhalten ist ferner ein Schiff — oder genauer und mit dem Text der Inschrift: ein Schiffsheck (denn mehr war es nie) — und zwar so gut, daß die Ergänzungen als sicher bezeichnet werden können. Es handelt sich um den rückwärtigen Teil eines schnellen Ruder- oder Segelschiffs rhodischen Typs, dessen Steven sich höher emporschwang als die erhaltenen Reste es zeigen. Der Steuerkasten mit dem darinsteckenden Ruder ist sorgfältig und mit liebevoll nachgezeichneten technischen Details wiedergegeben. Hingestreckt auf dem Schiff liegt, wie eben von dem herabgestürzten Mastbaum erschlagen, ein bärtiger Mann, dessen ausdrucksvoller Kopf eine erste Anschauung von der künstlerischen Qualität dieser Skulpturen vermitteln mag. Unmittelbar beim Steuerkasten findet sich die Inschrifttafel, die die Künstlersignatur enthält. Der Text lautet, in Übersetzung: „Athanasios, des Hagesandros Sohn, und Hagesandros, des Paionios Sohn, und Polydoros, des Polydoros Sohn, aus Rhodos, haben (es) geschaffen.“ Es sind die drei Künstler der Laokoongruppe, denen wir hier wiederbegegnen; aus ihrer Werkstatt stammen, dem Stil nach zu urteilen, auch die übrigen in der Faustinus-Inschrift genannten Arbeiten.

Da ist zunächst die Skylla-Gruppe. Ein großer Teil der zu ihr gehörigen Bruchstücke bleibt ohne präzise erkennbaren Zusammenhang untereinander. Seit der klassischen Zeit wird Skylla meist so dargestellt, daß ein unbekleideter weiblicher Oberkörper etwa in Hüfthöhe von einem Gürtel umgeben ist, unterhalb dessen er sich in gewaltigen Fischschwänzen fortsetzt; aus dem Gürtel aber kommen Vorderkörper von Tieren, meist Hunden — denn Homer sagt von der Skylla, sie belle —, aber auch von Löwen, Wölfen usw. hervor. Ist Skylla mit den Gefährten des Odysseus Bildthema, so hat in der Regel jeder dieser Tierköpfe einen Gefährten des Odysseus gepackt; außerdem können noch die Fischschwänze am Kampf mit den aus dem Schiff geraubten Gefährten beteiligt sein. In Sperlonga fehlt der Oberkörper der Skylla, aber man erkennt unter den Fragmenten die Fischleiber und die Ruderer des Odysseus im Kampf mit den Tierköpfen. In einem besonders eindrucksvollen Fragment wird der vergebliche Versuch des Griechen, den schon zubeißenden Kopf des Untiers abzuwehren, in seiner Zwecklosigkeit durch den ziel- und haltlos nach oben fahrenden rechten Arm unterstrichen, aber erst wer nahe herantritt, kann den prachtvollen Naturalismus erfassen, mit dem hier Tierkopf und Fischleib charakterisiert sind. Wieder überzeugt die Qualität der handwerklich-künstlerischen Arbeit im einzelnen, während sich die Komposition im ganzen noch nicht be-

urteilen läßt. Aber schon hier drängt sich der Verdacht auf, daß die von der Inschrift so gerühmte Lebendigkeit der Darstellung in erster Linie im Naturalismus des Details, in einer ganz von der Oberfläche her gesehenen „Richtigkeit“ oder „Stimmigkeit“ der Szene sich zu erkennen gibt, in einer Art des Sehens also, die die Phänomene von der Außenseite, von der Haut her, nicht vom Wesenskern zu erfassen trachtet. Wir werden auf diese Frage noch zurückzukommen haben.

Aus der Odyssee wird Ihnen die greuliche Geschichte von der Blendung des einäugigen Unholds und Riesen Polyphem durch Odysseus und seine ausgewählten Gefährten in Erinnerung sein. Der trunken gemachte und auf seinem Lager ruhende Sproß des Poseidon wird mit Hilfe eines zugespitzten und am vorderen Ende glühend gemachten Ölbaumknüttels seines Auges beraubt. Odysseus steht vorn am Rundholz und dreht es, wie er ausführlich beschreibt, im zischenden Auge des Menschenfressers. Ein Relief in Catania stellt diese Szene dar. Die Gruppe in Sperlonga muß etwa so wie auf dem Relief komponiert gewesen sein, was zuerst und unabhängig voneinander B. ANDREAE und G. SÄFLUND erkannt haben. Von dem Unhold sind wesentlich das eine Bein und die beiden Hände erhalten; die anderen Bruchstücke sind hier ohne Bedeutung. Nach den erhaltenen Fragmenten maß der liegende Polyphem etwa 6 m in der Länge; neben den etwa lebensgroßen Gestalten um ihn herum muß diese Riesenhaftigkeit doppelt stark gewirkt haben. Das Bein, das man sich entsprechend dem Relief flach ausgestreckt denken muß — das untere Auflager ist erhalten —, zeigt mächtig gewölbte Muskeln, ein virtuos durchgeführtes Spiel von Lichtern und Halbschatten auf seiner Oberfläche; die Wiedergabe von Behaarung in einem dicken Büschel auf dem Spann kennzeichnet es vorzüglich als das eines Wilden, eines Unmenschen. Die beiden Hände, im Museum fälschlich neben einem zur Skylla gehörigen Tierkörper montiert, sind leer und kraftlos, wie es dem Relief entspricht; ihm ähnlich werden sie einst herabgehungen haben. Von den zu dieser Szene gehörigen Gefährten des Odysseus stammen die bei weitem am besten erhaltenen Teile des ganzen Fundes. In des einen rechter Hand ist noch das Ende des Rundholzes zu sehen, mit dem Polyphem geblendet wird (Abb. 2). In mächtiger Ausfallstellung nach vorn, den Oberkörper in der Anstrengung des Schiebens und Stoßens und Drehens stark durchgebogen, so steht er vor uns; das Auf und Ab der in der Anstrengung schwellenden Muskeln ist fast schmerzhaft deutlich wiedergegeben. Dabei ist die Gestalt nahezu flächenhaft aufgebaut, die Bewegung von Armen, Beinen und Rumpf verläuft so, daß diese Gestalt nur von einem Blickpunkt aus wirklich erfaßt werden kann; sie ist, um es mit einem wenig schönen Wort der Fachsprache zu sagen, einansichtig gebaut. Einansichtig, wenn auch keineswegs so flächenhaft, ist auch die Gestalt eines mit entsetztem, zurückgewandtem Blick bergan davonstürmenden Mannes. Die stilistischen Charakteristika, die wir der zuvor betrachteten Figur entnehmen, passen weitgehend auch auf ihn. Drastik der Gesten, Deutlichkeit der Muskeldarstellung, Spiel

mit Lichtern und Halbschatten, ein ganz von der Oberfläche her bestimmter „Naturalismus“, liebevolle Ausmalung der seelischen Gestimmtheit, all das können wir auch hier beobachten.

In diesen Zusammenhang gehört vielleicht noch ein Jünglingskopf, dessen Ausdruckskraft für den modernen Betrachter durch die Verletzung der Oberfläche noch gesteigert erscheint. In der Vorderansicht ganz zu den fast „barock“ anmutenden Gestalten passend, die wir bislang betrachtet haben, bietet sein Hinterkopf dem ersten Blick eine gewisse Überraschung. Denn die Art, wie der Kopfumriß vor dem Übergang in den Nacken eingezogen ist, wie Locken in scheinbarer Unordnung sorgsam so komponiert sind, daß ein übersichtliches Bild gewahrt bleibt, wie die Schichtung der Haarlocken ein überschaubares und rationales Gefüge von Auf und Ab, von Hebung und Senkung, von Licht und Schatten erkennen läßt, das ist nicht mehr „barock“ (wenn dieser Ausdruck im Zusammenhang der antiken Kunstgeschichte überhaupt verwandt werden darf), das ist reiner Klassizismus. Von hier aus werden rückblickend manche Züge auch in den bereits betrachteten Gestalten verständlicher, vor allem die klare Überschaubarkeit etwa der Schiffsszene von einem Punkt aus, die zurückhaltende Räumlichkeit der Komposition, soweit wir sie zu fassen vermögen. In welchem Maße diese Bildhauer in allen Spielarten zu brillieren vermögen, die ihrem jeweiligen Zweck am besten angepaßt schienen, zeigen die letzten der hier zu betrachtenden Fragmente, der Kopf des an seinem Pilos, der spitzen Kopfbedeckung kenntlichen Odysseus (der wohl zur Polyphem-Gruppe gehört hat) und das Kultbild der Athena (Abb. 4), bei dem offen bleiben muß, ob es sich hier um das aus Troja geraubte Palladion oder um ein Schutzbild auf dem Schiff handelt. Der Gegensatz der bewußt muskulös gehaltenen Hand mit dem Unterarm einerseits zu dem bei aller Lieblichkeit der Gesichtszüge starr und altertümlich, eben klassizistisch wirkenden Götterbild andererseits ist gesucht, aber auch virtuos durchgeführt. Auch hier bewährt sich die Beobachtung, daß der sog. Naturalismus vor allem in der Detaildurchführung und in der Oberflächenbehandlung zu finden ist; die Seitenansicht der Gruppe mag es noch einmal bezeugen.

Nun aber der Kopf des Odysseus (Abb. 3). In den tiefliegenden Augen, der bewegten Stirn- und Brauenführung, in dem lebhaften, ja dramatischen Spiel der Haupt- und Barthaare, in der aufgelösetheit der Locken, in der ganz unklassischen Profilbildung des Kopfes stellt er sich zu den „barock“ wirkenden Teilen des Ganzen. Aber nicht darin liegt in unserem Zusammenhang seine Bedeutung, sondern in seiner unmittelbaren Nähe zum Laokoon. Bei Berücksichtigung des verschiedenen Themas, schmerzerfüllter, im Todeskampf ringender Priester hier, der listenreiche Held und Dulder dort, ist die Behandlung von Stirn und Wangen, Mund und Barthaaren hier wie dort erstaunlich ähnlich. Von der gleichartigen technischen Arbeit einmal abgesehen, ist vor allem die von der Oberfläche und nur von ihr ausgehende Bewegung, die Freude an den vielen scheinbar so

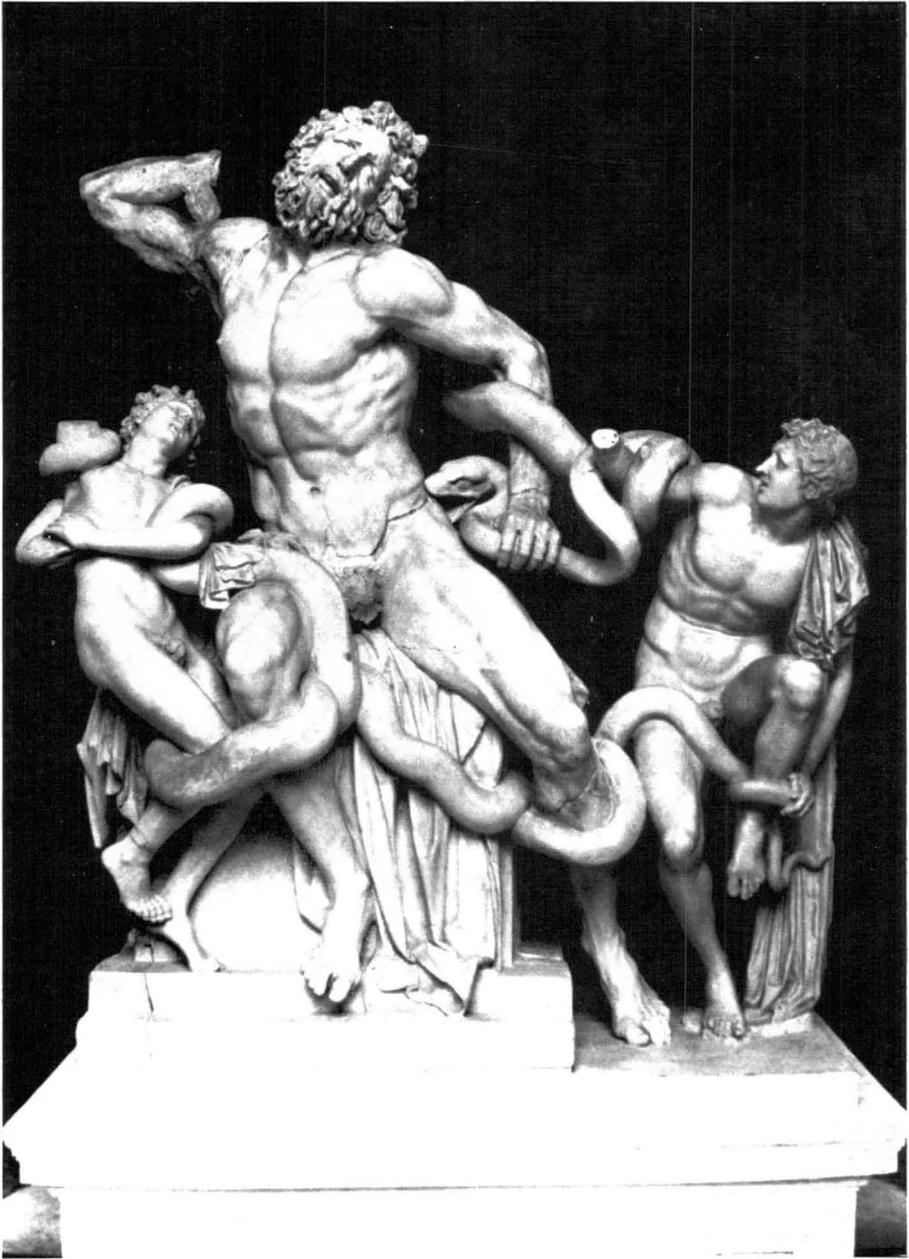


Abb. 1

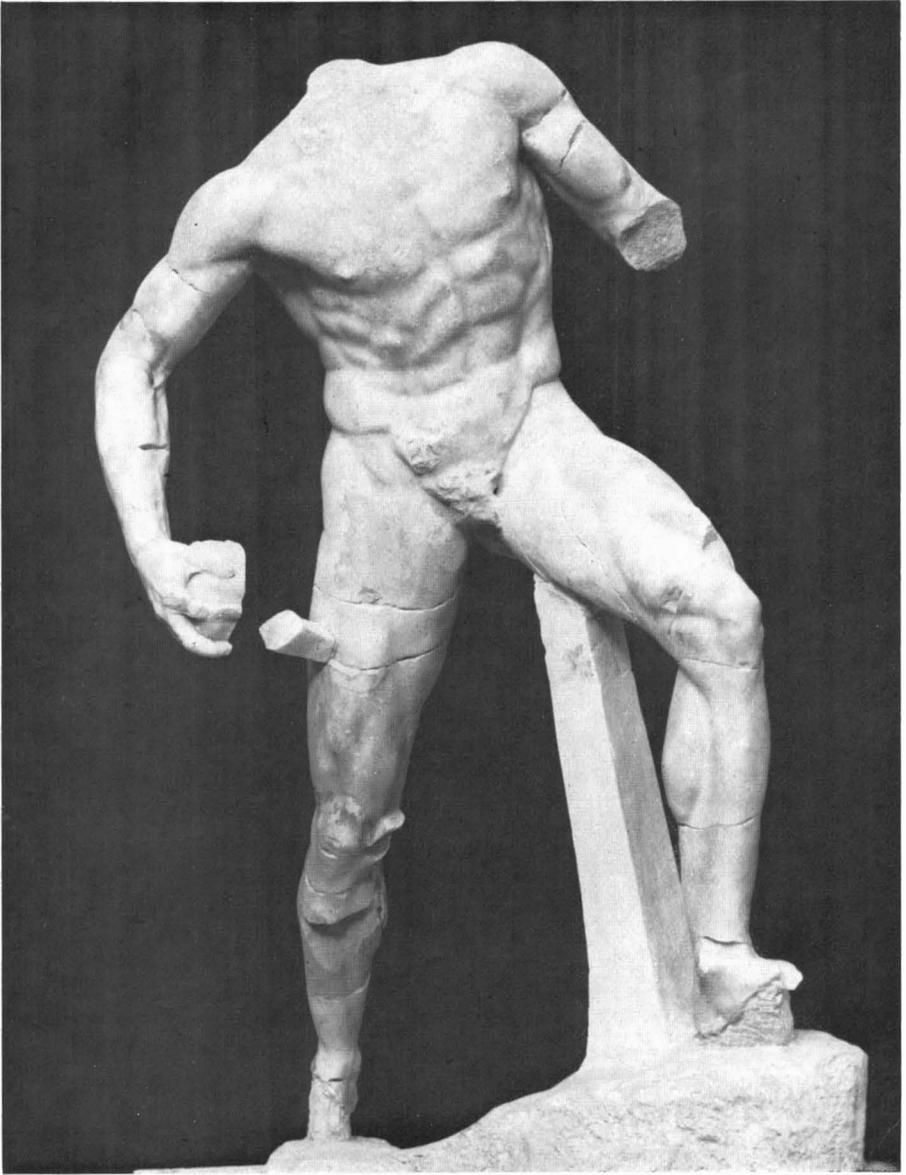


Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4

natürlichen, also naturalistischen Hebungen und Senkungen, Lichtern und Schatten vergleichbar. Wir brauchen nur einen Kopf vom Gigantenfries des Pergamonaltars daneben zu halten, um des — übrigens schon oft formulierten — Unterschieds inne zu werden, der spürbar wird, obwohl Laokoon und Odysseus ohne Zweifel auf Werke der Altarzeit zurückblicken: in Pergamon Zusammenfassung der Einzelformen — beachten wir etwa die Haarlocken —, Unterordnung der Bewegung in Stirn, Brauen, Augen und Wangen, auch im Mund, unter den Gesamteindruck, Bewegung und plastische Modellierung ganz von innen heraus gestaltet und empfunden, dagegen bei den Rhodiern Isolierung der Einzelform, Unterordnung der Bewegung nicht unter den Gesamteindruck, sondern unter die ausschließlich von der Oberfläche her bestimmte flache Modellierung, Erfindung und Charakterisierung von der Oberfläche her.

Diese Isolierung der Einzelform, ihre Einbindung in das flache Oberflächenspiel zeigen die Rhodier beim Laokoon ebenso wie etwa bei den Gefährten des Odysseus im Polyphemabenteuer. Die flächige Komposition verbindet die vatikanische Gruppe ebenfalls mit den Sperlonga-Funden; die heftige Bewegung in Verbindung mit mancherlei klassizistischen Einzelheiten, der Scheinnaturalismus im Detail, die künstlerische Schöpfung ganz von der Oberfläche her, all das muß zusammengesehen werden, wenn wir uns nun daran machen, den kunstgeschichtlichen Ort sowohl der Laokoongruppe wie der „Odyssee in Marmor“ zu bestimmen.

Da ist nun eines vorweg zu sagen. Wir sind in der Entscheidung nicht mehr ganz frei. Die Buchstaben der Signatur werden von Kennern der rhodischen Epigraphik in die augusteische oder die frühe Kaiserzeit gesetzt; sie können jedenfalls nicht voraugusteisch sein. Der Besitz der Laokoongruppe durch Titus macht auch die untere Grenze deutlich: es kommt also nur die Epoche zwischen Augustus und dem ausgehenden 1. Jh. n. Chr. in Betracht. Die Signatur zeigt, daß es sich bei dem Schiffsheck und dem zugehörigen Mann um ein Originalwerk handelt. Stiluntersuchungen machen deutlich, daß man in dieser Beziehung Schiff, Polyphemgruppe und Skylla nicht voneinander trennen kann; es handelt sich bei ihnen allen um Arbeiten der gleichen Werkstatt, wenn auch keineswegs nur einer Hand. Der Kopf des Odysseus und der des Laokoon gehören so eng zusammen, daß man sie nur als Erzeugnisse ein und derselben Werkstatt sehen kann, was man auch immer im einzelnen unter diesem Ausdruck in der Archäologensprache verstehen mag. Wir sind von der Art der Zusammenarbeit der drei namentlich genannten Künstler nicht unterrichtet, nur soviel scheint sicher, daß die gleiche Werkstatt auch Kopien nach bekannten Originalen hergestellt hat: in der Grotte bei Sperlonga tauchten z. B. Fragmente einer Kopie der sog. Pasquino-Gruppe auf, die zweifellos von den gleichen Künstlern hergestellt wurde, die auch den Polyphem geschaffen haben. Aber es ist sicher nicht ohne Bedeutung, daß die Faustinus-Inschrift nur die von uns für Originale gehaltenen Werke

erwähnt, die Kopie dagegen nicht, obwohl sie sich thematisch recht gut in den troischen Zusammenhang einfügt. Offenbar hat man zur Zeit der Abfassung der Inschrift recht genau gewußt, wie die einzelnen Arbeiten in der Grotte zu beurteilen waren.

Die Gruppen in der Grotte von Sperlonga müssen im Altertum eine gewisse Berühmtheit besessen haben, denn es gibt von ihnen, wie B. ANDREAE nachgewiesen hat, römische Kopien. Keine dieser Kopien ist, soweit sich das beurteilen läßt, älter als das 2. Jh. n. Chr., was mit den angegebenen Zeitgrenzen für die Entstehung dieser Skulpturen gut übereingeht. Keine von ihnen reicht in der Qualität der Arbeit, in der Nähe zu griechischer Arbeitsweise an die Funde aus der Grotte heran; auch von da aus erweisen sich diese als Originalarbeiten.

Zur zeitlichen Einordnung der Sperlonga-Funde und der Laokoon-Gruppe ist es nun vorläufig nicht möglich, nach altbewährter Methode von gesicherten Werken auszugehen, mit denen die einzuordnenden Skulpturen verglichen werden können. Der Laokoon war nicht ohne Grund in den letzten Jahrzehnten so umstritten: überzeugende stilistische Parallelen für ihn kennen wir nicht, seit RUDOLF HORN in den *Römischen Mitteilungen* von 1940 nachgewiesen hat, daß er grundlegend anders strukturiert ist als die hochhellenistischen Werke der Zeit des Altars von Pergamon, daß er unbedingt später entstanden sein muß. Eine Kombination mit hellenistischen Werken dieser Zeit scheidet ohnehin daran, daß Plinius — worauf B. ANDREAE hingewiesen hat — wohl nicht eine Plastik als außergewöhnlich vorzüglich preisen kann, wenn sie aus einem Zeitraum stammt, von dem der nämliche Plinius sagt, daß in ihm die Kunst erstorben war, um erst 156 v. Chr. wiederzuerwachen. Selbst einem gewiß recht oft flüchtigen Kompilator wie Plinius ist eine solche Inkonsequenz nicht zuzutrauen. Im späteren Hellenismus sind stilistische Parallelen zum Laokoon schwer zu finden, er stand da immer sehr isoliert. In der römischen Literatur wird in der Zeit Caesars und danach zwar lebhaft mit hellenistischen Vorbildern gearbeitet, wofür hier etwa Catull und die Hirtengedichte Vergils angeführt sein mögen, aber es handelt sich dabei gerade um die kleine Form, die man schätzt, während man den monumentalen Dichtungsgattungen ausweicht. In der uns bisher bekannten Plastik caesarischer und augusteischer Zeit aber scheint nirgends Platz für ein so monumentales Werk, das sich in seinen Formen stark an hochhellenistischem Gut orientiert. Denn an der Absicht der rhodischen Künstler, hochhellenistisches Pathos und die zugehörige Formensprache als Vorbild zu nehmen, besteht kein Zweifel.

Ob die Verse des Faustinus einen Datierungsanhalt geben können, muß von kompetenter philologischer Seite noch genau untersucht werden. Vorher kann an eine Identifikation dieses Faustinus mit dem von Martialis genannten großen Herrn und Verseschmied keine Folgerung angeschlossen werden, die uns hier weiterhelfen könnte. Immerhin wird man auch bei vorsichtiger Verwendung der Verse

sagen dürfen, daß die Formulierung, Vergil müsse, könne er noch einmal zum Leben erweckt werden, zugeben, die Künstler hier hätten ihre Aufgabe besser gelöst, als Dichtung es vermöchte, den Schluß sehr nahelegt, daß Vergil diese Werke nicht hat sehen können, weil es sie zu seiner Zeit noch nicht gab. Wir bekämen damit die mittel-agusteische Zeit als frühesten Termin für die Entstehung der rhodischen Skulpturen.

Nur selten ist bisher der Versuch gemacht worden, eine spätere Entstehung des Laokoon in Betracht zu ziehen. Eine Skulptur, die in der Antike (d. h. bei näherem Zusehen: bei Plinius) und in der Neuzeit so hoch geschätzt wurde, kann doch nicht — darüber herrschte weitgehende Einigkeit — aus einer Epoche stammen, die selbst heute noch vielen als eine Verfallszeit der Kunst gilt. Die wenigen, die eine Datierung in neronisch-flavische Zeit erwogen, haben jedenfalls nie den Versuch gemacht, diese Datierung ernstlich kunstgeschichtlich zu begründen.

Um es gleich zu sagen: Eine überzeugende Begründung dafür kann auch heute noch nicht gegeben werden; sie ist schon deshalb nicht möglich, weil wir eine zu geringe Kenntnis der neronisch-flavischen Kunst außerhalb der Staatsdenkmäler und der Porträts haben. Soviel kann jedoch gesagt werden, daß die charakteristische Art der plastischen Modellierung von der Oberfläche her, die Vorliebe für Halbschatten und lebhaft bewegte Einzelformen, das klassizistische Verhältnis zum hochhellenistischen „Barock“ ausgezeichnet in die Zeit Neros und der flavischen Kaiser passen. Die Übersteigerung des Pathos, der von außen her gestaltete Scheinnaturalismus, die ausführlich vorgetragene Darstellung des Leidens, der Qualen, des Entsetzens, neben denen die heroische Tat ganz in den Hintergrund tritt, scheint vorzüglich zu den Kennzeichen der neronisch-flavischen Epik zu passen, wie sie ERICH BURCK soeben eindrücklich dargelegt hat. Aber alle diese Überlegungen — das muß sofort zugestanden werden — können eine einzige überzeugende stilistische Parallele nicht ersetzen. Bis der an Funden noch immer so reiche Boden Italiens uns eine solche Parallele schenkt, die ihrerseits sicher datiert, also nicht erst auf dem Umweg stilistischer Reihenbildung eingeordnet sein müßte, ist unsere Aufgabe umgekehrt. Aus der neu erschlossenen Zeitstellung der Laokoongruppe und der Funde aus der Grotte bei Sperlonga haben wir zu lernen, was römische Kunst der frühen Kaiserzeit zu leisten imstande war. Denn auch derjenige, dessen ästhetisches Gefühl durch diese Werke nicht befriedigt wird, der diese spezifische Art von Manierismus, wenn wir diesen Ausdruck einmal verwenden dürfen, nicht schätzt, wird nicht daran vorbeikommen, daß wir es mit Werken von hoher Qualität zu tun haben. Ähnlich wie die Dramen Senecas, die Epen Lucans und des Statius hat die Laokoon-Gruppe ihre Hauptwirkung entfaltet, solange barokkes Pathos noch eine anerkannte Möglichkeit zeitgenössischen Ausdrucks war. In unserer nüchterner gewordenen Gegenwart müssen wir uns vielleicht darauf beschränken, den überraschenden Zuwachs

zur römischen Kunstgeschichte, die neuen Aspekte, die sich hier auf-tun, zu registrieren und zu verarbeiten. Auch das scheint mir ein beträchtlicher Gewinn und wird die Forschung noch lange beschäf-tigen.

Wesentliche Literatur:

- G. IACOPI, *L'antro di Tiberio a Sperlonga*, 1963.
H. P. L'ORANGE, *Kunst og Kultur* 47, 1964, S. 193 ff.
B. ANDREAE, *Römische Mitteilungen* 71, 1964, S. 238 ff.

Nachträglich erschienen und nicht mehr benützt:

- H. SICHTERMANN, *Gymnasium* 73, 1966, S. 220 ff.
P. KRARUP, *Analecta Instituti Danici* 3, 1965, S. 73 ff.

Fragen um Jan van Eyck

Der Yperner Altar Jan van Eycks (Abb. 3), sein Spätwerk, das 1441 bei seinem Tod unvollendet war, kam 1929 aus dem Besitz Helleputte in Kessel Lo nach Berlin in die Galerie Rochlitz. Die Mitteltafel mit der Madonna und dem Stifter wurde sorgfältig von Übermalungen gereinigt, und wir lernten sie in ihrem ursprünglichen künstlerischen Charakter kennen. Damals brachte die Zeitschrift *Pantheon* den Beitrag *Jan van Eycks Madonna von Ypern* von FRIEDRICH WINKLER (*Pantheon*, 1929, S. 490 ff.). Die Frage, die alle Beteiligten beschäftigte, war naturgemäß: Was hat Jan van Eyck an diesem Triptychon, gestiftet von Nicolaes van Maelbeke, Abt des Klosters Sankt Martin in Ypern, vor seinem Tod selbst ausgeführt? Haben wir es bei der Mitteltafel mit der Madonna und dem Stifter — in einer nach allen Seiten offenen Pfeilerhalle, die von einer großzügig angelegten Landschaft umzogen wird — mit einem Original Jan van Eycks zu tun, das neben Meisterwerken wie den Tafeln in Brügge, im Frankfurter Staedel und im Louvre bestehen kann? WINKLER war der Auffassung, daß die Mitteltafel — im Unterschied zu den Flügeln — beim Tod Jans weitgehend vollendet war. Zurückhaltender äußerte sich M. J. FRIEDLÄNDER (*Cicerone*, 1929, S. 432 ff.).

Anknüpfend an den Beitrag des Jahres 1929 brachte die Zeitschrift *Pantheon* im März/April-Heft 1966 eine Tafel nach einer Farbaufnahme der Madonna des Yperner Altars und einen kurzen, sachlichen Kommentar von LILI FRÖHLICH-BUME (S. 79 ff.). — Die Erben des Berliner Besitzers haben den Altar Ende der fünfziger Jahre verkauft. Er wird heute in Warwick Castle in England bewahrt.

Werke wie die „Madonna des Kanonikus van der Paele“ (1436, Brügge, Museum), die „Lucca Madonna“ (Frankfurt, Staedel), die „Madonna des Kanzlers Rolin“ (Paris, Louvre) und die Mitteltafel des Yperner Altars bezeugen die unaufhaltsame Entfaltung Jan van Eycks und sein Ringen um die letzten, die höchsten Möglichkeiten der Kunst seiner Zeit. Auch Bildnisse wie das des Goldschmiedes Jan de Leeuw (1436, Wien, Galerie) und das der Frau Jans (1439, Brügge, Museum) ergänzen überzeugend die Gruppe der Meisterwerke aus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Für das Schaffen Jan van Eycks in den Jahren 1439/40 werden jedoch zwei weitere Kompositionen in Anspruch genommen: Die „Madonna am Brunnen“ in der Antwerpener Galerie (19 × 12,2 cm, Abb. 1) und die „Madonna mit der hl. Barbara, der hl. Elisabeth und einem Kartäuser“ (47 × 61 cm, ehemals in der Sammlung Baron Rothschild in Paris, heute in der Sammlung Frick in New York, Abb. 2).

Die Tafel mit der „Madonna am Brunnen“ ist auf dem Original-

rahmen signiert und datiert: *Als ich kann — Johannes de Eyck me fecit, complevit anno 1439* (Abb. 9). — Vertrauen wir der Jahreszahl auf dem Rahmen der Tafel, die 1439 gelesen werden soll, dann wäre das Bild unmittelbar vor dem Yperner Altar, Jan van Eycks reifstem Werk, entstanden. Meine Zweifel habe ich bereits in dem 1937 erschienenen *Hubert van Eyck* geäußert und sie in einem Aufsatz (*Das Münster*, 1953, S. 137 ff.) begründet. Inzwischen haben sich durch den Umgang mit der Malerei Jan van Eycks eine Reihe weiterer Gesichtspunkte ergeben. Sie erlauben es, ein Werk wie die „Madonna am Brunnen“ in den rechten Zusammenhang zu stellen und einiges zur Klärung der künstlerischen Herkunft und der Entwicklung Jans beizutragen.

Die „Madonna am Brunnen“ ist zugleich eine „Madonna vor der Rasenbank“. Der Formensprache und der kompositionellen Anlage nach würden wir das Bild kaum um 1440, vielmehr um 1420 datieren. Bleiben wir im Bereich der altniederländischen Malerei, dann wäre an die „Madonna vor der Rasenbank“ des Meisters von Flémalle (Robert Campin) zu erinnern. Auch die „Madonna im Rosenhag“ von einem oberrheinischen Meister um 1420 (Solothurn, Museum) wäre zu erwähnen und anderes mehr. Wir werden jedoch sehen, daß sich im Vergleich zu diesen Bildern die Formauffassung Jans in wesentlichen Punkten gewandelt hat, obwohl die Anlage seines Bildes im Vergleich zur Madonna in Solothurn keineswegs als vorgeschritten bezeichnet werden kann. Zwar schafft der Metallständer des Brunnens, dessen Becken vom Bildrahmen überschritten wird und den Teppich hinter der Madonna streift, Abstand. Am Boden wiederholt sich die Rundung des Wasserbeckens am Rasen, der wie ein Teppich die um den Metallständer gelegten Platten überdeckt. Diese Platten sind so wenig in ihrem Materialcharakter gekennzeichnet wie die Steine der Rasenbank, — nichts von dem Glanz, den Jan in den dreißiger Jahren jedem Fliesenboden gab. Keine Fassung der Platten um den Brunnen, keine Trennung gegen den Rasen. An den Rasen mit den musizierenden Engeln der mittleren Zone des „Lebensbrunnens“ im Prado, einer Kopie nach Jan van Eyck, dürfen wir nicht denken und schon gar nicht an die architektonisch gefaßten Übergänge von der Pfeilerhalle zur Landschaft des Yperner Altars.

Der Pflanzenwuchs auf der Rasenbank ist ein dichtes Gestrüpp, kein gepflegter Hausgarten, wie wir ihn auf der Tafel mit der „Madonna des Kanzlers Rolin“ bewundern. Es sollte doch für Jan van Eyck um 1439 etwas Selbstverständliches gewesen sein, Ähnliches mit einer „Madonna von der Rasenbank“ zu verbinden. Dirk Bouts, Hans Memling, Dürer und Grünewald haben das Bildthema auch im Sinne ihrer jeweiligen Gestaltungsweise um- und ausgestaltet. — An das Gestrüpp der Pflanzen schließen nach oben unmittelbar die beiden Engel an, die den Teppich halten, der für die „Madonna am Brunnen“ Hintergrund und Standfläche ist. Der Teppich schließt

das Bild in voller Höhe gegen die Tiefe ab. Nur hinter den Engeln erscheint etwas vom Blau des Firmaments.

Jede noch so sachgemäße Analyse des Bildes wird jedoch auf Vorbehalte stoßen und mit Einwänden rechnen müssen, solange die Aussagen der Jahreszahl anerkannt werden. Sehen wir uns diese deshalb — frei von jeder Voreingenommenheit — etwas näher an und vergleichen sie mit den Jahreszahlen anderer Inschriften Jan van Eycks.

Im Verband der Jahreszahl auf dem Rahmen unseres Bildes in Antwerpen bleibt die Schleife der Vier mit Ansatz und Ende auf der Basislinie der Eins. Anders ist es jedoch bei der dritten und vierten Ziffer. Es gibt also kein Zusammenspiel zwischen der Vier und der angeblichen Drei, wie es die Jahreszahlen der anderen Inschriften Jans charakterisiert. Es gibt statt dessen nur harte Abweichungen. Vergleichen wir die Jahreszahl auf dem Rahmen der „Madonna des Kanonikus van der Paele“ (Abb. 10). Hier greift die Schleife der Vier mit dem Haken ihres Ansatzes über die Region der Eins hinaus bis zu dem Trennungspunkt auf mittlerer Höhe vor. In enger Berührung mit dem Dorn des Endes der Vier stehen der obere Bogen und der im Schwung ausladende, im Zusammenklang mit der Vier weit ausgreifende untere Bogen der Drei.

Anders als bei der Tafel in Brügge steht auf dem Rahmen des Wiener Bildnisses für die umlaufende Inschrift nur ein relativ schmaler äußerer Streifen zur Verfügung. Buchstaben und Ziffern sind deshalb weniger hoch. Sie entfalten sich in breiten Rundungen. Auch hier geht es um 1436, das Jahr der Entstehung des Bildnisses (Abb. 8), nicht um 1401, das Geburtsjahr des Dargestellten. Für die Ziffern stand in der Breite reichlich Spielraum zur Verfügung. Er wurde noch souveräner genutzt als zwei Jahre vorher mit der Inschrift auf der Rückwand des Innenraumes mit dem Ehepaar Arnolfini. Die Freude am Spiel der Linien und Kurven ist unverkennbar. Schräg unter dem rechten Basisdorn der Eins setzt die Schleife der Vier mit einem kräftigen Knoten an. Die auslaufende Schräge der Vier liegt mit ihrem Ende im unteren Bogen der Drei. Ende des oberen und Ansatz des unteren Bogens der Drei liegen in Höhe der Kreuzungsstelle der Schleife der Vier, also hoch über deren Ende, das in weitem, tiefem Bogen von der Drei umspielt wird. Es ist ein übermütiges, schwungvolles Spiel, das nach dem unteren Bogen der Drei mit der bauchigen Rundung der Sechs den gemäßen Ausklang erfährt. — Die Inschriften auf dem Rahmen der Tafeln in Brügge und des Bildnisses in Wien, die dem gleichen Jahr angehören, entsprechen sich und verfügen zugleich über ein eigenes, anspruchsvolles Gepräge.

Wenn wir die Inschrift der „Ince Hall Madonna“ (Melbourne, Galerie) beiseite lassen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß Jan van Eyck seit dem Bildnis des „Tymotheus“ mit der Steinbrüstung eine erstaunliche und bemerkenswerte Fähigkeit zur künstlerischen Ausgestaltung, Auswertung und fortschreitenden

Variation seiner Signaturen bewiesen hat. Das gilt in gleichem Maße auch für die so persönlich und betont einfach gehaltene Inschrift auf dem Rahmen des Bildnisses seiner Frau. In ihrer Einfachheit kann sie als vollendet bezeichnet werden. Sie ist mit ihren hohen Vorzügen kaum weniger beispielhaft als alle vorausgehenden. Gepräge und Zusammenspiel der Ziffern sind Ausdruck einer Reife, wie sie auch dem Bildnis eigen ist. Ende und Ansatzstelle der Bögen liegen bei der Drei in Höhe der sich kreuzenden Schleife der Vier. In der gleichen Höhenlage setzt der vordere Bogen der Neun an.

Es bedarf kaum des Vergleichs der Jahreszahl auf dem Rahmen der Antwerpener Tafel mit den ausgewogenen Inschriften Jan van Eycks aus den dreißiger Jahren, um festzustellen, daß die angebliche Drei des Antwerpener Bildes unter keinen Umständen als einheitliche Ziffer bezeichnet werden kann. Mir ist kein Versuch bekannt, sie als solche auszuweisen. Bei dem problematischen Charakter der Jahreszahl — der offen zutage liegt — ist es mit der Erklärung, sie sei in Ordnung, nicht getan. Welcher Inschrift Jans aus den dreißiger Jahren wir uns auch zuwenden, in allen Fällen haben wir bei dem unteren Bogen der Drei einen klaren, einheitlichen Linienzug, der mit dem Aufstrich der Vier wirksam korrespondiert. An dem gedrückten, stumpfen und formlosen unteren Gebilde der angeblichen Drei des Antwerpener Bildes kann die verbreiterte Bahn den Knick in ihrer Mitte kaum verbergen. Zu dem oberen, bis zur Basis der Vier reichenden Teil steht dieses untere Gebilde in einem Mißverhältnis, das jeden echten Zusammenhang aufhebt. — Die Null in eine Neun zu verwandeln, war wesentlich einfacher. Die Neun auf dem Rahmen des Bildnisses der Frau Jans zeigt uns, wie diese intakte Ziffer aussieht.

In seinem Buch *Hubert und Jan van Eyck* bezieht sich BEENKEN mit einer Fußnote (S. 74) auf meine Stellungnahme zur Jahreszahl auf dem Rahmen der „Madonna am Brunnen“. Er weist darauf hin, daß die Unterlängen der Ziffern uns auch in anderen Eyck-Bildern begegnen. Nun, davon war von Anfang an die Rede, nur fehlen sie der Jahreszahl auf dem Rahmen der Antwerpener Tafel in einem echten Sinne.

Ist die Jahreszahl der Inschrift auf dem Rahmen der „Madonna am Brunnen“ als problematisch, als verfälscht erkannt, dann können wir um so unbefangener an die Analyse des Bildes herangehen.

Zu seiner kompositionellen Anlage sagt M. J. FRIEDLÄNDER (*Allniederländische Malerei*, Bd. 1, S. 64): „Maria steht vor einem Brotkatstreifen, den zwei schwebende Engel halten, und auf diesem Stoffe, der vor einer üppig begrünten Rasenbank in der Mitte abwärts hängend, ihr einen Fußteppich auf dem Wiesenboden bietet. Die Symmetrie ist leicht aufgelockert zugunsten des links stehenden Brunnens...“

Wie verhält es sich nun mit diesem Teppich, der für unsere Madonna Hintergrund und Standfläche ist? — Die Art seiner Verwendung geht offenbar auf das 14. Jh. zurück. Erinnerung sei an zwei Bei-

spiele der böhmischen Malerei: Das Votivbild des Erzbischofs Johann Otto von Vlašim (MATEJCEK u. PEŠINA, *Gotische Malerei in Böhmen*, Tfl. 74 u. 75; Prag, Galerie) und an die thronende „Madonna mit Bartholomäus und Margarete“ (ebd., Tfl. 130 u. 132, Schloß Hluboka, um 1400). In beiden Fällen wird der Teppich — von zwei Engeln gehalten — für die thronende Madonna als Hintergrund, als Sitz- und als Standfläche benutzt.

In der italienischen Malerei des 14. und des frühen 15. Jhs. finden wir dafür zahlreiche Beispiele, wie z. B. die „Marienkrönung mit Heiligen“ von Jacopo di Cione (1373, Florenz, Akademie; BERENSON, *Italian Pictures, Florentine School*, Bd. 1, Abb. 231) und Lorenzo di Niccolo, „Marienkrönung“ (1402, Cortona, San Domenico; BERENSON, Abb. 393 u. 394). Die Art der Verwendung dieser ornamentalen Hintergründe in der Kunst des Mittelalters bis in die Zeit des weichen Stils, der eine Auflockerung und Verwandlung vollzieht, erklärt sich daraus, daß Figurengruppe und Hintergrund zwei Schichten bilden, für die es einen verräumlichenden Bezug im Sinne der Perspektive nicht gibt.

Das große „Carrand Diptychon“ (Florenz, Bargello) mit thronender Madonna, Engeln und Heiligen und einer Tafel mit Kreuzigung, ein Werk der französischen Malerei der Zeit um 1400, darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Die Tafeln haben einen reichen, vielteiligen architektonischen Rahmen, dessen gotisch-mittelalterliche Formen mit dem Thron der Madonna in die Bildkomposition hineingenommen werden. Das Ornament an Baldachin und Teppich ist nicht nur Hintergrund der Madonna, sondern auch der Heiligen, füllt die untere Hälfte des Bildfeldes in voller Breite und bezieht sogar die unteren Leisten des Rahmens in diese Ausgestaltung mit ein (MUSPER, *Gotische Malerei*, Abb. 225).

Jan van Eycks „Madonna am Brunnen“ hat, wie wir sehen, an dieser Gestaltungsweise noch Anteil. Wir können uns nicht damit begnügen festzustellen, daß für sie der Teppich Hintergrund und Standfläche ist. Wir fragen uns, wie es dazu kommt und was diese Maßnahme für die Anlage des Bildes bedeutet. — Im Rahmen der „Madonna mit dem Kartäuser“, der Mitteltafel des „Dresdener Triptychons“, der „Lucca Madonna“, der „Madonna des Kanonikus van der Paele“ wäre sie undenkbar. Eine ähnliche Verwendung wie auf der Antwerpener Tafel findet der Teppich auf Rogiers frühem Bild mit der „Madonna in der Nische“ (Wien, Galerie), der er als Hintergrund und Sitzfläche dient.

Kaum weniger aufschlußreich als die Art der Verwendung des Teppichs hinter Jan van Eycks „Madonna am Brunnen“ ist ihr farbiger und ornamentaler Charakter. Von einem tiefroten Grund heben sich die bewegten goldenen Zweige und Ranken ab. Als belebender Kontrast kommen in Schwarz die Silhouetten der Löwen und Vögel hinzu. Teppiche, Decken und Brokatgewänder mit rotem Grund, goldenen Ranken und stilisierten Blütenmotiven finden wir allenthalben in der Malerei des frühen 15. Jhs. Auf den Tafeln des

Wildunger Altars oder auch des Dortmunder Marienaltars von Konrad von Soest sind es sogar verwandte Motive wie auf dem Teppich der Tafel in Antwerpen. Verwiesen sei auf Muster und Farbe am Gewand des knienden Königs der Anbetung des Kindes vom Wildunger Altar: Ranken mit stilisierten Blütenmotiven und paarweise ihnen zugeordnete, pickende Vögel mit gespreizten Flügeln. Auch das Gewand Marias und die Decke ihres Lagers zeigen dieses im frühen 15. Jh. offenbar verbreitete und mit Vorliebe verwandte ornamentale Motiv. So finden wir es in der böhmischen Malerei fast übereinstimmend und zeichnerisch vollendet auf der Mitteltafel des Altars aus Raudnitz (Prag, Galerie; MATEJCEK u. PEŠINA, Tfl. 173 u. 174, Abb. 6) an Decke und Kissen des Lagers Marias. K. von Soest verwendet das Motiv auch auf der Mitteltafel des Wildunger Altars am Gewand des blinden Hauptmanns und auf den Tafeln des Museums in Münster an den Gewändern der Dorothea und der Ottilie. — Eine prächtige Variante gibt Meister Francke auf seinem Barbara-Altar (Helsinki, Museum) am Mantel des Marcianus (MARTENS, *Meister Francke*, Tfl. 18).

Auch diese ornamentalen Muster kannte die italienische Malerei des 14. Jhs. (Nardo di Cione, „Madonna“, Balmville und Christiani, „Johannes Evangelist“, „Pistoia“; BERENSON, Abb. 203 u. 325—327). Es versteht sich von selbst, daß die Farben wechseln und der Grund nicht immer rot ist, wie z. B. auf den Tafeln mit den thronenden Figuren des Genter Altars. Entscheidend bleibt die Art des struktiven Verhältnisses zwischen Grund und Ornament. Weder für das gotische Mittelalter noch für den weichen Stil gibt es in der Wiedergabe durch die Malerei jenes Verflechten der Formen und Farben im Sinne des dichten, stofflich greifbaren Gewebes, wie es Jan van Eyck beispielhaft mit dem Teppich des Baldachins der „Lucca Madonna“ oder auch an den Gewändern der singenden und musizierenden Engel links und rechts von den thronenden Figuren des Genter Altars, an dem prächtigen Brokatmantel des Donatus der Tafel in Brügge und an dem des Stifters auf der Mitteltafel des Yperner Altars verwirklicht hat.

So sehr uns die Wiederkehr ornamentaler Motive zur Veranschaulichung entwicklungsgeschichtlicher Zusammenhänge willkommene Dienste zu leisten vermag, es geht letztlich um die unwiederholbare künstlerische Struktur. Im Rahmen der Meisterwerke Jan van Eycks aus der Zeit von 1430—1440 wären Einzelheiten wie der Teppich auf der Antwerpener Tafel unvorstellbar. Um so mehr entsprechen ihm die Besspannungen hinter den thronenden Figuren Hubert van Eycks am Genter Altar. Hier ist es vor allem das in Anlage und Zeichnung vollendete ornamentale Motiv — Weinlaub, Trauben und Pelikan mit seinen Jungen — an der Besspannung hinter Christus (Abb. 7). Es ist das alte, aus der Antike übernommene Motiv, dem die frühchristliche Kunst den neuen symbolischen Gehalt gab und das im 13. Jh. in Formen wie dem Kapitell mit Weinlaub und

pickendem Vogel am Lettner der Marienkirche in Gelnhausen neu erstand.

Solche Einzelheiten sind in ihrer Struktur nicht auf eine spätere Entwicklungsstufe übertragbar. Oder sollen wir etwa annehmen, Jan van Eyck sei, nachdem er die Tafeln mit den singenden und musizierenden Engeln, die Tafeln in Brügge, Frankfurt und im Louvre geschaffen hatte, zu einer Formensprache zurückgekehrt, wie sie die „Madonna am Brunnen“ vertritt, und sie sei für ihn gleichsam das Vorspiel zur Mitteltafel des Yperner Altars geworden? Die formgeschichtlichen Aussagen der kleinen Tafel in Antwerpen sind eindeutig und unmißverständlich. Wir können uns ihnen um so weniger verschließen, als die Jahreszahl auf dem Rahmen in ihrem uneinheitlichen Charakter ein sehr fragwürdiges Zeugnis ist.

Eine wertvolle Ergänzung zu dem „Marientod“ des Raudnitzer Altars besitzen wir — was die ornamentalen Muster und Hintergründe angeht — in den Tafeln mit der „Verkündigung“ und der „Vermählung der hl. Katharina“ aus Kloster Heiligenkreuz (Wien, Galerie; DUPONT u. GNUDI, *Gotische Malerei, Skira*, S. 183). Die Maria der „Verkündigung“ und die der „Vermählung der hl. Katharina“ thronen vor einem flächenhaft geschlossenen, architektonisch gerahmten Feld mit goldenem Pflanzenornament auf leuchtendem Grund. Die Szenen beider Tafeln sind zudem verbunden durch eine halbhohe Wand, die gleichfalls durch einen ornamental ausgestalteten Teppich verkleidet ist. Die Tafeln aus Kloster Heiligenkreuz sind dem 14. Jh. in höherem Maße verpflichtet als der Raudnitzer Altar, in dem der weiche Stil zur vollen Entfaltung kommt.

Jan van Eycks „Madonna am Brunnen“ und der „weiche Stil“, auch er bleibt davon nicht unberührt, wie wir sehen. Aber zugleich meldet sich das Neue. Die gebrochenen Linien der Falten, die den Hüllen des Mantels an den Armen gelten, sollen wir sie als Hilflosigkeit oder als sorgloses Spiel des auf der Höhe seines Schaffens stehenden Meisters verstehen? — Es ist die Preisgabe des ausgewogenen Kurvenspiels des weichen Stils. Wir erleben das Wagnis, das Jan van Eyck auf sich nehmen mußte und das er wie kaum ein anderer bestehen sollte. Welch ein Weg von dieser Madonna zu der des Yperner Altars. Der Verwandlungsprozeß ist im Gang, aber er steht in seinen frühesten Stadien. Auch in der bildenden Kunst tritt das Neue nicht vollendet in Erscheinung. Es reift allein durch harte Arbeit. Der hohe, bleibende Wert von Werken wie der „Kreuzigung“ und dem „Jüngsten Gericht“ in New York, der „Madonna am Brunnen“, der „Madonna in der Kirche“ und von anderen liegt für uns gerade darin, daß sie uns das Werden des Neuen erleben lassen. Zur Überprüfung des Bildmaterials sei neben M. J. FRIEDLÄNDER, *Die altniederländische Malerei*, Bd. 1, auf L. BALDASS, *Jan van Eyck*, Phaidon Verlag, verwiesen.

Nehmen wir die „Madonna am Brunnen“ als Gewandfigur und vergleichen sie mit dem „Johannes Evangelist“ auf der Außenseite des Genter Altars (Abb. 5). Die Rechte des Evangelisten ist segnend

erhoben. Die Linke umfaßt den Fuß des Kelches. Die festgefügte Manteltasche umschließt als weite Hülle Unterarm und Handgelenk. Diese Manteltasche ist aus kräftigen, steifen Faltenwülsten gebildet, ein Gefüge, wie aus hartem Stein gehauen. Die Figuren des Täufers und des Evangelisten in ihren Nischen zwischen dem Stifter und seiner Frau sollen als Grisailen Skulpturen verkörpern. Die angestrebte Illusion gibt jedoch keine ausreichende Erklärung für das überbetonte Relief der Faltenysteme. Wir finden sie auch an den Figuren der Verkündigung in der oberen Zone der Außenseite und am roten Mantel des Christophorus auf dem äußeren rechten Flügel des Genter Altars. Die Manteltasche am linken Arm des Evangelisten, in der für die Hand viel Raum zu freier Bewegung bleibt, soll mit Hilfe der gebrochenen Faltenstege bereits am rechten Arm der „Madonna am Brunnen“ entstehen. Es bleibt jedoch bei einem ungeordneten Gefüge. Mit diesen zeichnerischen Mitteln läßt sich weder plastisch modellieren, noch umgreifen und vom Körper abheben. Folgen wir an der Gestalt des Evangelisten noch der hell belichteten Kante des Mantels von der rechten Schulter abwärts. In frei ausladenden Bögen umgreift sie den Kelch, folgt der Bewegung des rechten Armes, holt tief nach unten aus, um wieder anzusteigen, um sich schließlich dem Blick hinter der linken Hand zu entziehen. Mit bewundernswerter Sicherheit werden hier Form und Raum geschaffen. Es ist erstaunlich, wie souverän Jan van Eyck seine neuen Gestaltungsmittel hier bereits zu nutzen versteht. Bei der „Madonna am Brunnen“ (Abb. 4) bleibt es dagegen vorerst nur bei der schmalen, nach rechts ausgreifenden Schlaufe. Mit künstlerischer Freiheit eines erfahrenen Meisters hat das nichts zu tun, um so mehr jedoch mit den kühnen Vorstößen eines Erneuerers in ein noch nicht erkundetes Neuland. Eine Umkehrung des wahren, durch die Natur der Dinge vorgezeichneten Ablaufs, wie sie durch eine verfälschte Jahreszahl zustande kam, versperrt uns die Wege zur Klärung und Einsicht, die dringlich und unentbehrbar geworden sind. Wenn hier Einzelheiten der „Madonna am Brunnen“ mit den von Jan van Eyck ausgeführten Teilen des Genter Altars oder mit seinen Meisterwerken der dreißiger Jahre verglichen werden, dann soll die Antwerpener Tafel keineswegs als primitiv charakterisiert werden. Unsere Aufgabe kann nur sein, sie dort einzuordnen, wo sie hingehört, wo wir sie in ihren Eigentümlichkeiten verstehen und positiv beurteilen können. Sie ist ein echtes und bedeutsames Werk Jan van Eycks, ein Zeugnis für die im Werden begriffene, neuzeitliche Gestaltungsweise, das neben der „Madonna des Kanzlers Rolin“ und der Mitteltafel des Yperner Altars an Wert und an Umfang seiner künstlerischen Aussagen nur verlieren kann.

Fassen wir nochmals zusammen, was die „Madonna am Brunnen“ als Gewandfigur in ihrer entwicklungsgeschichtlichen Position charakterisiert. Sie bringt gegenüber dem Kurvenspiel des weichen Stils mit den gebrochenen Falten ihres Mantels — sei es über dem rechten Arm oder an den über dem Boden auf dem Teppich sich

ausbreitenden Stofflagen — etwas unvergleichbar Neues. Alles Neue — solange es im Werden begriffen ist und sich fortschreitend von den bewährten Gestaltungsmitteln der Vergangenheit löst — ist unausgeglichen. Die Falten am Mantel der „Madonna am Brunnen“ sind — wie das von dem nackten Körper des Kindes herabhängende weiße Tuch — unschön. Sie sind nicht in der Lage, klare, in sich gefestigte Teilgebilde zu schaffen.

Worauf aber diese noch hilflos erscheinende Gestaltungsweise gerichtet ist, das sehen wir z. B. an der Gestalt des Johannes Evangelist auf der Außenseite des Genter Altars. Die Faltsysteme an den beiden Johannes-Figuren sind wie die an den Figuren der Verkündigung noch steif und hart, aber sie gliedern mit Nachdruck und schaffen greifbare, im neuzeitlichen Sinne verräumlichende Gebilde. Der Weg ist mit der „Madonna am Brunnen“ wie mit der vielfigurigen „Kreuzigung“ in New York — vgl. vor allem die Gruppe der Trauernden im unteren Abschnitt der Komposition — beschritten. Die Preisgabe des Ererbten wird zum genialen Wagnis, das die weitere Entfaltung rechtfertigen und das Jan zum überragenden Meister neuzeitlicher Kunst überhaupt machen sollte.

Ist die Strukturanalyse das brauchbare Instrument einer wissenschaftlichen Disziplin, dann müssen wir sie in diesem Sinne zur Bewältigung der Probleme um die Kunst der Brüder van Eyck einsetzen. Mit Erwägungen allgemeiner Art kommen wir nicht zum Ziel. Kehren wir noch einmal zu dem Text von M. J. FRIEDLÄNDER zurück (*Altniederländische Malerei*, Bd. 1, S. 64): „Die zu voller Reife gediehene Malkunst Jan van Eycks ist in diesem kleinen und makellos erhaltenen Werk besonders gut zu studieren. Die Farbe, edelsteinartig und wie Emailguß, ist vorzugsweise hell auf dunkel gestrichelt und geperlt, so daß die Formen überall aufblitzen, die Blüten im Grase, die Randleinien des Gewandes, die Goldfäden des Brokats, die Lichter im Metall. Der statuarischen Ruhe der durch die geraden Falten gestrafften Figur wird durch goldenes Gefunkel festliche Lebendigkeit verliehen.“

Das sind zweifellos Sätze, die von echter Kennerschaft zeugen. Aber sie sind wahrscheinlich auf ein Frühwerk wie die „Madonna in der Kirche“ genauso anwendbar wie auf die „Madonna des Kanzlers Rolin“. Die kompositionelle Struktur, der entwicklungsgeschichtliche Charakter eines Werkes werden damit nicht berührt. Mit dieser Betrachtungsweise gewinnen wir keine Gesichtspunkte zur Unterscheidung eines frühen Werkes Jan van Eycks von seinen späteren, geschweige denn Merkmale zur zuverlässigen Trennung der Kunst Huberts von der seines jüngeren Bruders. Ich sage das unbeschadet meiner Anerkennung der hohen Verdienste M. J. FRIEDLÄNDERS. Starres Festhalten an überkommenen Auffassungen und Unzugänglichkeit allen Hinweisen gegenüber würden uns nicht voranbringen.

Die „Tafel mit der Madonna, der hl. Barbara, der hl. Elisabeth und einem Kartäuser“ (47 × 61 cm) vertritt im Vergleich zu der Tafel in Antwerpen eine neue Phase in der künstlerischen Entfaltung Jan

van Eycks. Mit diesem Werk nähern wir uns einer Formensprache, die für seinen Beitrag zum Genter Altar charakteristisch erscheint. Verwiesen sei vor allem auf die Verkündigung und die Johannes-Figuren der Außenseite, aber auch auf die Flügel der Anbetung des Lammes mit den Reitern und die mit den Einsiedlern und Eremiten. Jan geht jedoch mit diesen Teilen des Altars über den künstlerischen Charakter unserer Tafel noch hinaus.

Die „Madonna mit dem Kartäuser“ wird vielfach als Spätwerk bezeichnet und zeitlich mit dem Yperner Altar in Verbindung gebracht. BEENKEN war der Auffassung, daß die Komposition in der Anlage zwar ein Spätwerk Jans sei, daß sie aber „wahrscheinlich nach des Meisters Tod“ (S. 76) durch seine Schüler ausgeführt worden sei. Er sagt, das Bild sei „in der Ausführung namentlich der Köpfe doch so ausdruckslos eintönig, daß von Eigenhändigkeit nicht gesprochen werden könne“. Gewiß kann in dieser Hinsicht die Tafel der Sammlung Frick in New York neben den Spätwerken Jans nicht bestehen. Die Köpfe sind im Vergleich zu ihnen glatt, die Falten der Gewänder hart und unausgewogen.

Auch unsere Einordnung der Tafel, die aus dem Besitz der Familie Rothschild in Paris nach New York kam, bedarf der Begründung. JACQUES LASSAIGNE (*Die flämische Malerei*, Bd. 1) datiert das Bild „etwa 1425“ (S. 59). Er bezieht sich dabei auf Arbeiten von LEJEUNE, deren Ergebnisse ich leider nicht übernehmen kann. FRIEDLÄNDER, PANOFSKY und BALDASS, die in der „Madonna mit dem Kartäuser“ ein Spätwerk Jans sehen, können sich darauf berufen, daß mit ihr der Figurentyp vor uns steht, wie ihn Jan in letzter Vollendung mit der Madonna des Yperner Altars geschaffen hat. Die Zusammenhänge, die hier bestehen, dürfen nicht übersehen werden. Die Unterschiede zwischen den beiden Bildkompositionen sind jedoch kaum weniger wesentlich. Gewiß sollten wir nicht übersehen, was die Tafel von den Spätwerken trennt. Sie ist etwa ein Jahrzehnt vor ihnen entstanden. Der Stifter mit seinem kugelförmigen, wenig durchmodellierten Kopf, der etwas spröden, trockenen Zeichnung seines hellen Gewandes führt in die Nachbarschaft der knienden Märtyrer im Vordergrund der rechten Hälfte der Anbetung des Lammes. Die Barbara und die Elisabeth könnten Schwesternfiguren der Jungfrauen sein, durch die Jan den nicht ganz vollendeten Chor seines Bruders im oberen Abschnitt der Anbetung des Lammes ergänzt hat, während Hubert mit der Barbara, die den Turm, ihr Attribut, trägt, ein vollendetes Beispiel der weiblichen Gewandfigur des weichen Stils geschaffen hat.

Jan van Eyck stellt die Figurengruppe mit dem Kartäuser in eine offene Galerie mit breiten Säulenarkaden und gewinnt auf diesem Wege eine frühe Fassung seiner berühmten, dreigeteilten Bildkompositionen: Figurengruppe, anspruchsvolle Architektur und weite Landschaft, auf die uns die Arkaden den Blick frei geben. Für die Tafel der Sammlung Frick gibt es jedoch noch eine empfindliche Einschränkung, denn das mittlere Bogenfeld über der Sockelmauer

wird durch den Teppich des Baldachins geschlossen. Nach links schließt zudem an die verhängte Arkade das Attribut der hl. Barbara, der hier in die Landschaft versetzte Turm an. Er ist kein gotischer Münsterturm mehr, wie auf der Antwerpener Tafel mit der hl. Barbara. Er ist auch kein abweisender, geschlossener Block. Jan öffnet sein Hauptgeschoß durch drei Säulenarkaden und läßt uns einen Blick werfen in ein kleines Heiligtum mit der Bronzestatue des Kriegsgottes Mars. Die in der Bildmitte ausgeschaltete Landschaft wird auf die äußeren Abschnitte links und rechts verwiesen.

Hinter Elisabeth mit ihrem grauen Ordenskleid, dem schwarzen Mantel und der goldenen Krone in den Händen blicken wir auf den Fluß mit der Brücke und auf die von Mauern umzogene Stadt, Einzelheiten, die auf der Tafel im Louvre verändert und wesentlich entwickelter wiederkehren. Vor der Stadt zieht der Fluß nach rechts, und auf dem Uferstreifen hinter der Galerie sehen wir einen Planwagen bildeinwärts fahren.

Maria trägt ein rotes Kleid mit Hermelinbesatz am Ausschnitt, an den Ärmeln und am unteren Saum. Der Mantel ist tiefblau und hat goldverzierte Säume mit gefaßten Steinen an den Armen und am unteren Rand. Die Falten des Mantels werden zwar unterhalb des Kindes zusammengefaßt, aber ihre Stege behalten noch einen harten, linearen Charakter. Sie sind noch weit davon entfernt, sich wie die prächtigen Röhrenfalten am Mantel der Madonna des Yperner Altars zu runden. Ebenso wenig heben sich die tiefen Gehänge der gestuften Schüsselfalten heraus. Die Falten ordnen sich in großen Zügen. Das System ist da, jedoch nur als lineares Schema. Auf der Mitteltafel des Yperner Altars wird es sich um 1440 in prächtigen Teilformen aufgelockert und schmiegsam, für Auge und Hand einschmeichelnd entfalten. Am Mantel der „Madonna mit dem Kartäuser“ ist Ordnung in das Faltensystem des Mantels gebracht. Die Gewandfigur steht frei und beweglich im Raum. Aber die linearen Stege verwirklichen noch nicht, was die goldenen Säume mit ihren roten Steinen versprechen.

Vergleichen wir die Madonna der Sammlung Frick mit der „Madonna am Brunnen“, dann zeigen uns auch die Partien des Mantels an den Armen, wieviel inzwischen gewonnen wurde. Aber die Klärung und Verfestigung der Manteltaschen, wie wir sie bei dem Johannes Evangelist des Genter Altars wahrnehmen, ist auch hier noch nicht entfernt erreicht. Das sind Maßstäbe, wie sie uns die Formen Jan van Eycks selbst an die Hand geben. Es erübrigt sich, jede einzelne Figur in diesem Umfang zu analysieren. Die Gewänder der Figuren unserer Tafel überwuchern nicht mehr den Boden, sie saugen sich nicht mehr an ihm fest, sie setzen sich vielmehr betont ab. Die Standfläche der Madonna ist durch den ihr beigegebenen Teppich auf dem Fliesenboden umgrenzt. Diese Standfläche entspricht dem Baldachin und der mittleren Arkade. Auch der Fliesenboden und die Brüstungsmauer der Architektur werden durch rechteckige oder quadratische Felder gegliedert. Im Vergleich zur „Ma-

donna am Brunnen“ hat sich das Muster am Teppich des Baldachins von Grund auf gewandelt. Es hat einen neuen, großflächigen Charakter angenommen. Bei aller Mannigfaltigkeit der Motive dient jede Teilform der fortschreitenden, statuarischen Verselbständigung der Figuren und dem räumlichen Ausbau der Komposition.

Die verfälschte Jahreszahl auf dem Rahmen der „Madonna am Brunnen“ hat sie neben die Madonna des Yperner Altars (172 × 99 cm) gestellt, in der wir das künstlerische Testament Jan van Eycks sehen dürfen. LILI FRÖHLICH-BUME bezeichnet die „Madonna von Ypern“ als Höhepunkt und Vollendung im Schaffen Jan van Eycks (*Pantheon*, 1966, S. 79). Jedes der Meisterwerke Jans aus den dreißiger Jahren hat seine hohen und einmaligen künstlerischen Werte. Mit der Madonna des Yperner Altars hat sich für Jan etwas Außergewöhnliches erfüllt. Sie ist eine frei im Raum stehende weibliche Gewandfigur, ohne Rückhalt an Thron oder Baldachin. Sie steht vor dem rechten, vorderen Pfeiler der offenen Halle, von dem sie sich in Haltung und Bewegung wirksam absetzt. Zwar ist ihre Rückenkontur der Senkrechten des Pfeilers angeglichen. Sie lehnt sich jedoch nicht an. Von ihrer rechten, der Tiefe zugekehrten Seite kommt in ihren oberen Partien durch den Arm und die Hülle des Mantels eine nachhaltige Bewegung aus dem Raum heraus auf den Beschauer zu. Dennoch bleibt die Gestalt in ihrem weiten, hellroten Mantel an den Raum und an die ihn umziehende Landschaft gebunden, zumal die linke sichtbare Säule der hinteren Arkade ihr mit dem gleichen Rot des Mantels antwortet.

Die Madonna ist von der Seite gesehen und dem links vor ihr knienden Stifter, dem Abt Nicolaes van Maelbeke zugewandt. Abstufungen oder Schranken, wie sie ein Podest, ein Thron oder ein Betstuhl schaffen könnten, gibt es hier nicht mehr. Sie steht auf dem Fliesenboden, auf dem der Stifter kniet. Ihre Haltung ist nicht hieratisch, sondern sie ist in leichter körperlicher Bewegung, die sich dem nackten Kind mit seinen ausgreifenden Armen mitteilt und durch das Spruchband mit seinem an den Abtsstab sich einrollenden Bogen zu dem Stifter hinübergeführt wird.

Die vorgreifenden Arme Marias nehmen die Stoffmassen des Mantels nach vorn und werden in einer Reihe abgestufter, mächtiger Röhrenfalten von beiden Seiten her zusammengefaßt. Die stärkste Röhrenfalte, die wie ein umgekehrtes Füllhorn bis zum Boden reicht, öffnet sich breit und läßt den aus drei Bändern bestehenden, mit erlesenem Geschmack verzierten Saum sich über den Boden legen. Tiefe Schüsselfalten, deren Faltenstege von der linken Schulter her nach unten ziehen, gliedern und aktivieren gegen die Rückenkontur hin die Gestalt in ihrem Volumen und geben ihr den räumlichen Gehalt, wie ihn die Tiefe der Halle und die sie auf drei Seiten umfassende Landschaft erfordern. Dank ihrer Durchgliederung antwortet die Gestalt nicht nur dem einzelnen Pfeiler, sondern dem ganzen System der Arkaden. Auf dieser Stufe der Entfaltung der Formensprache des 15. Jhs. war eine ausgereifere, eine vollendetere,



Abb. 1

Jan van Eyck, Madonna am Brunnen. Antwerpen, Galerie.

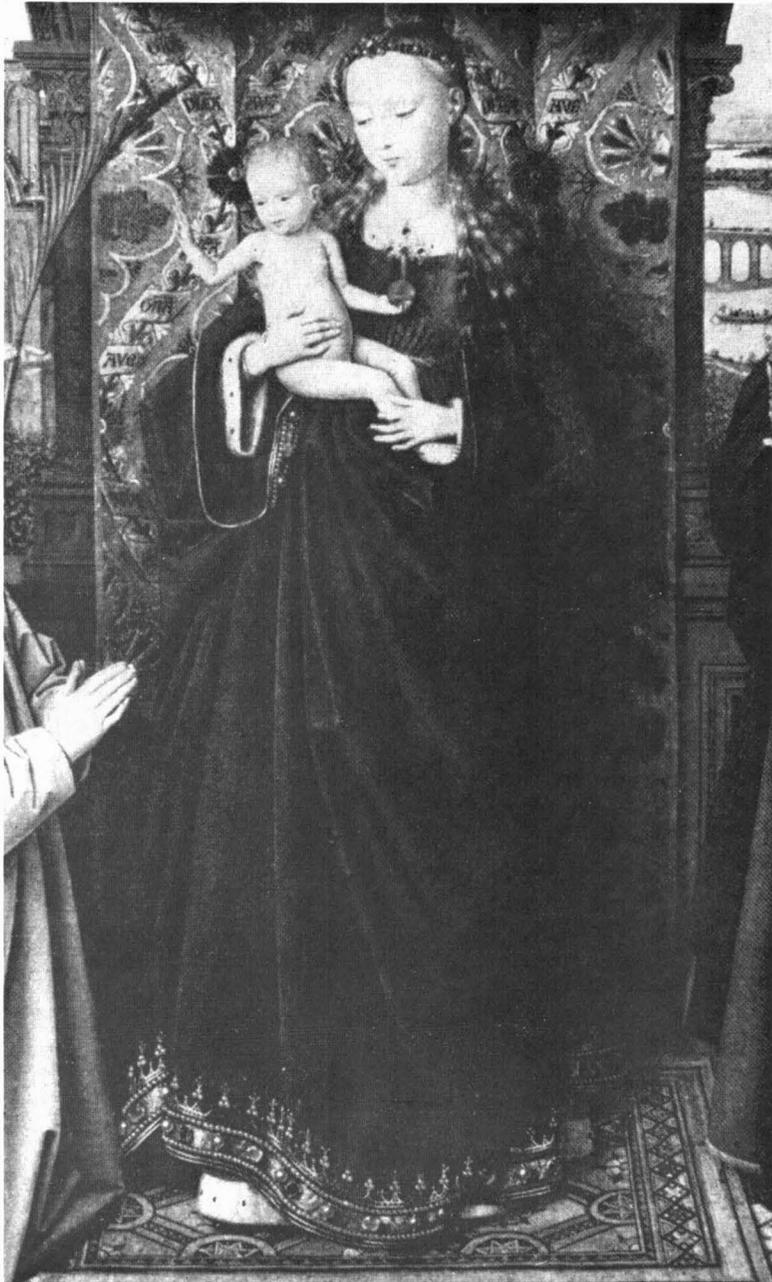


Abb. 2

Jan van Eyck, Madonna mit dem Kartäuser. New York,
Sammlung Frick.



Abb. 3

Jan van Eyck, Mitteltafel des Yperner Altars. Warwick Castle.



Abb. 4

Jan van Eyck, Madonna am Brunnen (Ausschnitt). Antwerpen, Galerie.



Abb. 5

Jan van Eyck, Johannes Evangelist (Ausschnitt); Außenseite
des Genter Altars.



Abb. 6
Mitteltafel des Raudnitzer Altars (Ausschnitt). Prag, Galerie.

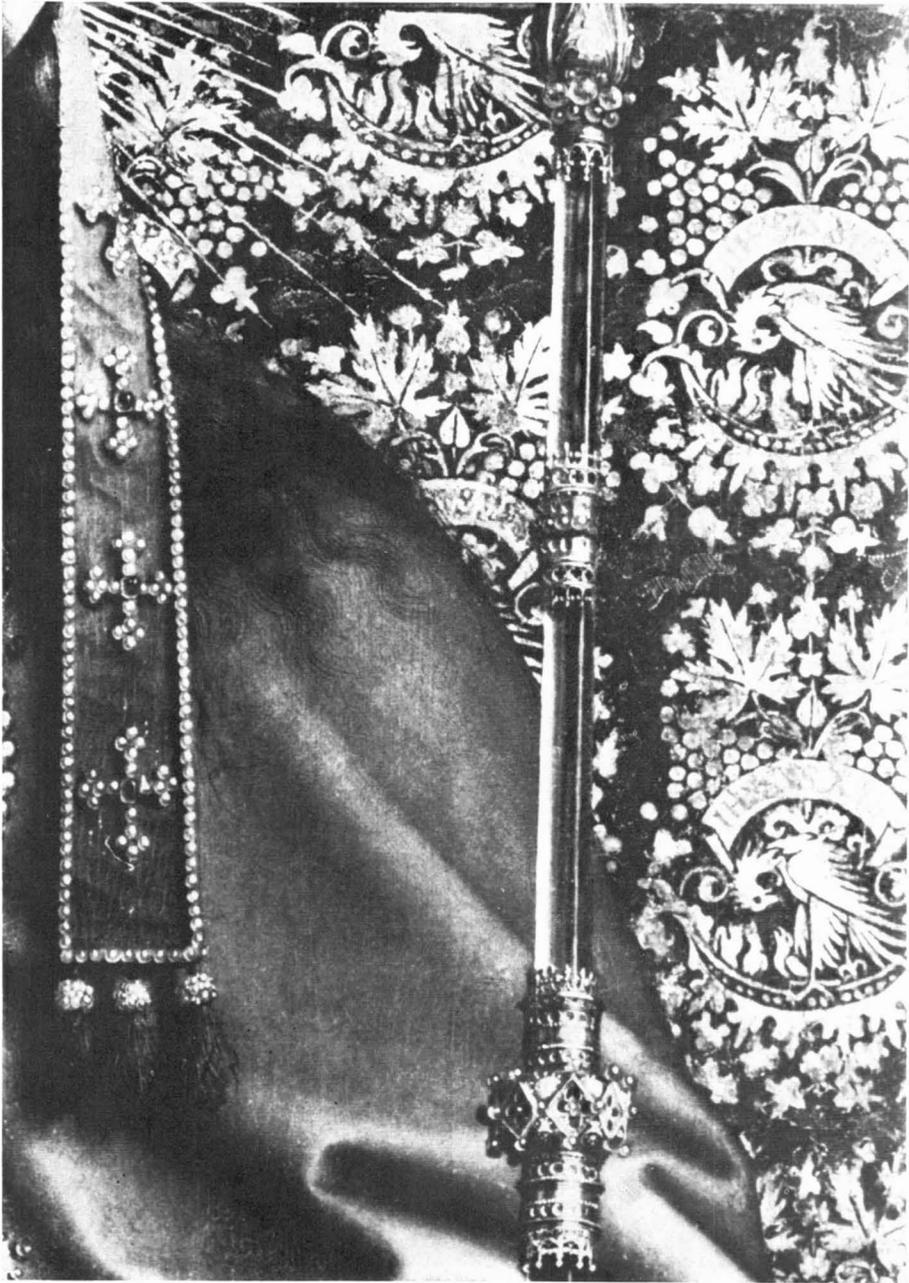


Abb. 7

Hubert van Eyck, Thronender Christus des Genter Altars (Ausschnitt).



Abb. 8
Jan van Eyck, Jan de Leeuw (Ausschnitt der Inschrift auf dem Rahmen).
Wien, Galerie.



Abb. 9
Jan van Eyck, Madonna am Brunnen (Ausschnitt der verfälschten Inschrift
auf dem Rahmen). Antwerpen.



Abb. 10
Jan van Eyck, Madonna des Kannonikus van der Paele (Ausschnitt der
Inschrift auf dem Rahmen). Brügge.

eine aktivere Durchgliederung der Gewandfigur kaum möglich. Gibt es um 1440 in der italienischen Malerei etwas Vergleichbares? Die Seitenansicht der Madonna ist bereits ein Teil dieser in großartigem Rhythmus sich entfaltenden Raumanlage.

Am 8. März 1437 wurde die Altartafel aus der Kapelle des Gherardo Barbadori in Santo Spirito, Florenz (Paris, Louvre; OERTEL, *Fra Filippo Lippi*, Tfl. 39), Fra Filippo Lippi in Auftrag gegeben. Hier geht es um die Madonna, um die Gruppen der Engel, die beiden knienden Heiligen und um den geschlossenen Rahmen der Architektur. Den Dreiklang von Figurengruppe, architektonischem Raum und Landschaft, wie ihn Jan van Eyck verstand, finden wir in der italienischen Malerei erst auf einer vorgeschrittenen Stufe bei Leonardo da Vinci.

Drei Bildkompositionen aus dem Schaffen Jan van Eycks — die „Madonna am Brunnen“ in Antwerpen, die „Madonna mit dem Kartäuser“ in New York, die Mitteltafel des Yperner Altars in Warwick Castle — können nicht sein Lebenswerk vertreten. Sie können uns einiges Wesentliche über die Stufen der künstlerischen Entwicklung Jans, über ihre Spannweite anschaulich werden lassen. Die zuverlässige Beurteilung und zeitliche Einordnung einzelner Werke kann uns helfen, das Gesamtbild zu klären, dem Anteil der beiden Brüder an dem künstlerischen Geschehen gerecht zu werden, das zu den bedeutsamsten Wandlungen in der Geschichte der bildenden Kunst und zu ihren Höhepunkten schlechthin gehört.

Adel, Land und Herrscher in Böhmen vom 10. bis 13. Jahrhundert

Das europäische Mittelalter wurde auf vielen Gebieten des Lebens von Zusammenspiel und Antagonismus des Königtums und des Adels geprägt *). So verschieden in Einzelheiten dieses Verhältnis auch gewesen sein mag, in seinen Grundzügen sind doch Gemeinsamkeiten erkennbar, die uns berechtigen, von einer gewissen Einheit zu sprechen, die das mittelalterliche Europa von anderen Kulturzonen abhebt.

In der Neuzeit haben sich dann, von der aufgeworfenen Frage her betrachtet, zwei Extremtypen gebildet. Der eine Pol wird sehr bald von dem absolutistischen Herrschaftsanspruch des Königtums, wie er sich etwa in Spanien herausgebildet hatte, gekennzeichnet, der zweite von der Adelherrschaft in Polen, die das Königtum zur machtlosen Repräsentanz herabdrückte. In Böhmen rangen zunächst beide Faktoren miteinander um die Macht, und dem Königtum gelang es im 18. Jh., eine absolutistische Herrschaft zu errichten, die sich allerdings überwiegend auf fremde Machtquellen stützte. Nach der Schlacht auf dem Weißen Berg (1620) wurde der alte Adel zum Großteil entmachtet, und die Habsburger schufen einen neuen böhmischen Adel, der auf sie angewiesen war.

Böhmen stellt also in der Neuzeit kaum ein besonders interessantes Objekt dar, an dem man das Verhältnis von Adel und Herrscher untersuchen könnte. Um so interessanter wird jedoch gerade das Beispiel Böhmens, wenn wir weiter ins Mittelalter zurückgehen und die mittelalterliche Geschichte Böhmens ins Auge fassen. Böhmen ist eines der ersten europäischen Länder, in denen sich im Mittelalter ein „institutioneller Flächenstaat“ herausgebildet hat und ganz besondere, von der Person des Königs praktisch unabhängige Formen der Institutionalisierung fanden. In Prag residierte seit dem 13. Jh.

*) Anm. d. Hrsg.: Der Text entspricht — von geringfügigen Änderungen abgesehen — dem Vortrag, den Herr Prof. Dr. F. GRAUS am 21. Januar 1966 in der Gießener Universität gehalten hat. Da es sich nach den zahlreichen kritischen Einzelstudien, die Herr Prof. GRAUS in den letzten Jahren zur Verfassungsgeschichte des europäischen Mittelalters vorgelegt hat, um den ersten großen Entwurf handelt, das Verhältnis von Adel, Land und Herrschaft, ein Zentralproblem der modernen historischen Mediävistik, für das mittelalterliche Böhmen von Grund auf neu zu durchleuchten, hat er sich liebenswürdigerweise meiner Bitte nicht verschlossen, seine Darlegungen zunächst in deutscher Sprache zu veröffentlichen, um sie auf diese Weise so rasch wie möglich der deutschen Forschung zugänglich zu machen. Für seine Zustimmung, diesen grundlegenden Vortrag in die *Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft* aufnehmen zu dürfen, sei ihm hier nochmals aufrichtig gedankt. Der Verf. hat, um den Charakter des Vortrags zu wahren, von Anmerkungen abgesehen und lediglich am Schluß seines Beitrags die wichtigsten bibliographischen Hinweise angefügt.

ein Landesgericht, und hier tagte ein Landtag als oberste Behörde des Landes. In der Hauptstadt Böhmens wurde auch die Landtafel geführt, in der alle Angaben über adligen Grundbesitz eingetragen wurden; die Aufnahme eines Besitzes in die Landtafel bedeutete die formale Anerkennung der betreffenden Domäne als freien Adelsbesitz und entzog sie der Jurisdiktion des Herrschers.

Alle diese Tatsachen lassen uns sofort aufhorchen, da sie ein recht eigenartiges, formal geprägtes Verhältnis zwischen Adel, Herrscher und dem Land bereits im 13. Jh. bezeugen, und es drängt sich sofort die Frage auf, wie es zu diesem Verhältnis kam. Begreiflicherweise hat die Frage nach dem Ursprung dieser Institutionen die Geschichtsschreibung schon lange beschäftigt, und sie wurde im Laufe der Jahrhunderte recht verschieden beantwortet. Der älteste böhmische Chronist, Kosmas von Prag († 1125), suchte den Ursprung des zu seinen Zeiten geltenden Rechts in der grauen Vorzeit der Sage. Seiner Meinung nach hatte einst der sagenhafte Ahnherr der herrschenden Dynastie, Přemysl der Pflüger, gemeinsam mit seiner Gattin, der Seherin Libuša, einfach alles geltende Recht eingeführt, die Ordnungen gesetzt und die Gesetze erlassen. Diese Vorstellung herrscht im Mittelalter offenbar vor, da die Přemyslidensage bald zum integrierenden Bestandteil des böhmischen Geschichtsbildes wurde. Aber gerade was den Ursprung des Rechts und der Gesetze anbetrifft, wurde diese Meinung im Spätmittelalter nicht unbedeutend modifiziert.

Als am Ende des 14. Jhs. ein böhmischer Adliger, der jahrelang oberster Richter des Landesgerichts gewesen war, Ondřej z Dubé († 1412/13), das geltende Landrecht aufzeichnete, beschäftigte auch ihn die Frage, woher das geltende Recht stamme, und er beantwortete sie auf die gewohnte Art; er ergänzte das Bild jedoch dadurch, daß er zu Přemysl noch die adligen Herren, die zu seiner Zeit gelebt haben sollen, hinzufügte: Das geltende Landrecht gehe auf den sagenhaften Přemysl und die Herren, die damals lebten und wirkten, zurück.

Diese Tendenz wurde in der Folgezeit noch verstärkt. Als es im 16. Jh. in Böhmen zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen Städten und Adel um wirtschaftliche und politische Rechte kam, spiegelte sich dieser Streit bald auch in der zeitgenössischen Historiographie wider. Gegen die städtefreundliche Chronik des Kuthen aus Šprinsberk, die im Jahre 1539 erschien, schrieb Václav Hájek z Libočan seine adelsfreundliche Böhmisches Chronik (1541). Hájek, der die böhmische mittelalterliche Geschichte durch Erfindungen von Geschichten, Namen und Daten ausgiebig „bereicherte“, half sich auch hier auf seine charakteristische Art. Er erfand einfach Adlige, die bereits einst mit dem sagenhaften Urvater Čech-Bohemus ins Land gekommen waren und seit dieser Zeit mit den Herrschern die Geschichte des Landes bestimmten. Begreiflicherweise versetzte Hájek, wie dies damals in ganz Europa üblich war, auch die Vor-

fahren der einzelnen zu seinen Zeiten existierenden Adelsgeschlechter in die Dämmerung einer sagenhaften Frühzeit.

Hájeks Chronik wurde noch im 16. Jh. von dem Olmützer Bischof Johannes Dubravius ins Lateinische übersetzt und beherrschte die Anschauungen über die böhmische Frühzeit jahrhundertlang, da sie vollständig den Ansichten der damaligen Zeit und ihrem stark genealogisch orientierten Interesse entsprach. Erst die in der zweiten Hälfte des 18. Jhs. einsetzende historische Kritik, die in Böhmen durch das Werk von GELASIUS DOBNER und JOSEF DOBROVSKÝ eingeleitet wurde, erschütterte einen Bestandteil des Gesamtbildes nach dem anderen. Man sah nun Hájek als Lügner und abgefeimten Betrüger an, und seine Angaben wurden als einfache Hirngespinnste abgetan, ohne daß man auf ihre zeitbedingte Tendenz geachtet hätte.

Aber eine neue Gesamtkonzeption brachte für die Anfänge des böhmischen Adels und des Landrechts erst die Romantik, die ihren klassischen Ausdruck in dem grundlegenden Werk von FRANTIŠEK PALACKÝ fand. Die Romantik ging von der Vorstellung aus, daß alle Menschen noch am Anfang des sog. historischen Zeitalters einander ebenbürtig gewesen seien und die Macht der Herrscher und des Adels erst in historischer Zeit usurpiert worden sei. Der Herrscher sei ursprünglich ein bloßer *primus inter pares* gewesen, der erst verhältnismäßig spät sich zum wirklichen „König“ aufgeworfen hatte. Die Adligen, die genau von den vorangehenden Stammes- oder Sippenältesten unterschieden wurden, hätten sich ihrer Stellung durch die Usurpation ursprünglich königlicher Rechte bemächtigt. Diese romantische Konzeption ist auch von der deutschen Geschichte her vertraut und wurde in dieser Form ebenfalls für die böhmische Geschichte verwendet — mit einer bezeichnenden Abänderung: PALACKÝ behauptete, man könne zwar auch in Böhmen autochthone Ansätze zu einer Entwicklung des mittelalterlichen Adels feststellen, aber dennoch habe sich hier der Adel nicht selbständig entwickelt. Er sei letztlich von den Deutschen im 13. Jh. als eine fertige Institution entlehnt worden. Gewiß spielten hier auch allgemeine, stark ideologisch verfärbte Unterströmungen eine bedeutende Rolle, die PALACKÝ dazu führten, den vermeintlich „urdemokratischen“ Slawen eine alte deutsche Herren- und Hörigenschicht gegenüberzustellen.

Während die Gesamtkonzeption PALACKÝs die ganze moderne böhmische Geschichtsschreibung sehr nachhaltig beeinflußte, ja sie zum Teil sogar geradezu prägte, war seine Theorie über den späten und künstlichen Ursprung des Adels in Böhmen nur von kurzer Dauer. Denn diese Vorstellung war zu offensichtlich von der Romantik HERDERScher Prägung bestimmt, als daß sie noch in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. hätte verteidigt werden können. Hinzu kam noch die Tatsache, daß die wichtigste Stütze dieser Konstruktion sich als Fälschung erwies.

PALACKÝs Konzeption hatte nämlich weitgehend auf der sog.

Grünberger Handschrift gefußt. Diese Handschrift wurde im November 1818 anonym in das Böhmisches Museum eingesandt; und trotz des entschiedenen Widerspruches von J. DOBROVSKÝ, des Altmeisters der Slawistik, der den „Fund“ sofort als eine freche Fälschung bezeichnete, fand diese „Quelle“ bald allgemein Glauben, da sie nur zu gut den romantischen Vorstellungen von der Frühgeschichte Böhmens entsprach. Vor allem die Schilderung der Gerichtsversammlung als einer Sitzung freier Männer, die nach alter Sitte durch Mehrheitsbeschluß Recht sprachen, war völlig im Einklang mit den Vorstellungen HERDERScher Prägung.

Aber in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. wurden die sog. Handschriften als Fälschungen V. HANKAS und seines Kreises entlarvt, und bald fand sich kein Fachhistoriker mehr, der ihren Quellenwert ernsthaft verteidigt hätte. Damit brach jedoch auch eine der Hauptstützen der alten Auffassung zusammen; und es wurde nun allgemein zugestanden, daß auch die Böhmen von altersher einen Adel gekannt hatten, wobei allerdings auch in der böhmischen Historiographie dieser Begriff oft sehr ungenau verwendet worden ist. Übrig blieb von der alten Konzeption PALACKÝS nur die genaue Unterscheidung des böhmischen Adels von dem deutschen. Der deutsche Adel wurde ausschließlich vom Lehenswesen abgeleitet, das nach seinen theoretischen Forderungen gezeichnet wurde. Das Vorhandensein von Lehen in Böhmen wurde bestritten und die sog. *výsluhy* — die in Wirklichkeit völlig den Lehen entsprechen — von den vermeintlich deutschen Lehen genau unterschieden. Was den Ursprung des böhmischen Adels anbetrifft, wurde allgemein zweierlei Adel unterschieden: ein alter Geblütsadel, der meist mit den zahlreichen *duces* der Böhmen, die im 9. Jh. erwähnt werden, identifiziert worden ist, und ein sog. Beamtenadel, der im 10.—12. Jh. im Dienst der böhmischen Fürsten aufgestiegen und zur Macht gelangt war.

Keine Übereinstimmung herrscht jedoch in der neueren Literatur über das Verhältnis dieser beiden Adelsgruppen. Während z. B. V. NOVOTNÝ und ZD. FIALA — um nur die bedeutendsten Vertreter dieser Richtung zu nennen — der Ansicht sind, daß der alte Geburtsadel während des böhmischen Frühmittelalters vollständig verschwand und der eigentliche Adel, wie er in den Quellen im 13. Jh. klar hervortritt, im Dienst der Herrscher zur Macht gelangte, fand andererseits auch die Meinung des verdienstvollen Prager deutschen Historikers R. KOSS Anklang, der einen eigenständigen, von dem Herrscher unabhängigen Machtbereich der böhmischen Magnaten und Adligen nachweisen wollte.

Nun sind begreiflicherweise in Böhmen, wie in allen europäischen Ländern, die Anfänge des Adels in Dunkel gehüllt, da eben neu entstehende soziale Gruppen und Stände quellenmäßig erst spät faßbar werden, d. h. erst dann, wenn sie sich schon soweit kristallisiert haben, daß dieser Prozeß auch in der Terminologie und den Nachrichten schriftlicher Quellen oder in einer bestimmten Symbolik ihren

Niederschlag gefunden hat. Begreiflicherweise geschieht dies nicht sofort, und bekanntlich ist es bis in die Gegenwart hinein sehr schwierig, Anfangsstadien sozialer Strukturänderungen genauer zu umreißen oder sie chronologisch zu fixieren.

Ein gewisses Hilfsmittel zur Orientierung stellt die Untersuchung der Machtfülle des Herrschers und seiner formalen Beschränkung dar, ein Hilfsmittel, dessen Anwendung in Böhmen besonders aussichtsreich erscheint, weil sich hier im 13. Jh. eine Adelsrepräsentanz klar herausgebildet hat. Auch hier haben sich die Ansichten im Laufe der Zeit gewandelt; heute verteidigt niemand mehr die Ansicht PALACKÝS, es habe seit altersher immer Landtage der Böhmen gegeben, wo alle wichtigen Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß getroffen wurden. PALACKÝ meinte seinerzeit — von der romantischen These einer Urdemokratie der Slawen ausgehend —, der Landtag sei eine urtümliche Institution gewesen, an der ursprünglich alle freien Böhmen teilgenommen hätten. Die weitere Entwicklung dieser Landtage sah er als bloßen Verfall an, d. h. die Gemeinfreien wurden aus dem Landtag verdrängt, und der nach deutschem Vorbild entstandene Adel usurpierte allein alle Entscheidungsgewalt. Es ist wohl unnötig, besonders zu betonen, daß diese Auffassung längst von niemand mehr verteidigt wird. Übereinstimmung herrscht darin, daß man bei den Landtagen eine Entwicklung feststellen kann, und nur in zwei Punkten gibt es schwerwiegendere Meinungsverschiedenheiten: 1. wie weit die Anfänge dieses Prozesses zurückreichen und 2. wie groß die Rolle Přemysl Otakars II. bei den Änderungen, die im 13. Jh. stattfanden, einzuschätzen ist. Leider hat die ältere Geschichtsschreibung der Entwicklung des Begriffes vom Land Böhmen keine Beachtung geschenkt, und erst in unserer Zeit wird diesem Phänomen etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Wenn wir die Stellung des Herrschers in Böhmen betrachten, so bemerken wir, daß hier — wie praktisch überall (und nicht nur in Europa) — eine Dynastie herrschte, die als allein befähigt galt, den Herrscher zu stellen. Dies traf für die Westslawen bereits im 9. Jh. zu; in Böhmen sind es in historischer Zeit die Přemysliden, aus denen die Herrscher gewählt werden. Dabei aber findet — und auch dies ist keine Eigenart der böhmischen Geschichte — eine Wahl (*electio*) statt, bei der wir uns etwas näher aufhalten müssen, da hier möglicherweise ein gewisses Mitspracherecht faßbar wird.

Quellenmäßig erscheint diese Wahl zuerst bei der Thronbesteigung des hl. Wenzel, die ganz kurz und beiläufig in seinen Legenden erwähnt wird, hagiographisch vollständig unbearbeitet und ohne Funktion ist und daher offensichtlich die Zeitanschauungen über die Wahl eines Fürsten ziemlich getreu widerspiegelt. Die ältesten Legenden berichten ganz einfach davon, daß nach dem Tode Vratislavs *omnes populi* (man beachte die Pluralform!) dieses Gebietes zusammenkamen, den hl. Wenzel zum Fürsten an Stelle seines Vaters wählten (*elegerunt*) und ihn auf dessen Thron setzten. Einige Legenden, als erste die des Bischofs von Mantua, Gumpold, fügen eine

Zustimmung Ottos I. an, was schon aus chronologischen Gründen unmöglich ist. Anders schildert die Lage nur der Monte-Cassiner Mönch Laurentius, der behauptet, Wenzel sei noch zu Lebzeiten seines Vaters und auf dessen Wunsch *ab omnibus concivibus* zum König gewählt worden — eine Version, der dann bezeichnenderweise Karl IV. in seiner Wenzelslegende folgte. Diese Wahl wird dann auch für die anderen Herrscher überall angeführt, ja sie wird sogar von Kosmas in die sagenhafte Vorzeit zurückverlegt, wo auch schon die Seherin Libuša nach dem Tode ihres Vaters vom Volk zur Richterin erwählt wurde. Von einer Herrscher-Wahl der Böhmen berichtet auch die Wenzelslegende des sog. Kristian. Seinem Bericht nach vertrieben zunächst die Böhmen ihren christlichen Fürsten Bořivoj und wählten Strojimir zum Herrscher. Eine nähere Charakteristik der Wahl oder der Wähler findet sich nirgends. Nur in den jüngeren Wenzelslegenden wird weiter erzählt, die Magnaten hätten während der Unmündigkeit Wenzels seine Großmutter Ludmila mit der Regierung des Landes betraut. Diese Magnaten werden als *satrape*, *nobiles*, *primates* und im 14. Jh. als *barones* bezeichnet.

Die Wenzelslegenden spiegeln also gerade in diesem Punkt die Entwicklung der Mitherrschaft des Adels recht klar wider. Während die älteren Legenden der Wahl und der Regentschaft keine besondere Aufmerksamkeit widmen, beschäftigt diese Frage die späteren Verfasser immer mehr, und eine Beteiligung der Adligen wird nun betont. Die böhmischen Herren werden nun zu dem entscheidenden Faktor, die bestimmen, wie das Land während der Unmündigkeit Wenzels regiert werden soll.

Eingehendere Beschreibungen von Wahlen lesen wir in der Chronik des Kosmas von Prag bei verschiedenen Anlässen. Zum Jahre 1037 schildert er ausführlich die Inthronisation Břetislavs I. Der blinde Přemyslide Jaromír, der die eigentliche Inthronisation vornimmt, nennt hervorragende Geschlechter, die er dem neuen Herrscher vorstellt. Entscheidend ist die Thronbesteigung, während als „*electio*“ das dreimalige Kyrielejson des anwesenden „*populus*“ gilt. Wen wir uns darunter vorzustellen haben, bleibt ungewiß; sicher nicht nur Adlige, da erzählt wird, man habe unter diesen „*populus*“ Münzen gestreut, damit er nicht allzusehr dränge. Mit „*populus*“ scheinen hier einfach alle Anwesenden gemeint zu sein. Ähnlich berichtet Kosmas (II, 14) etwa zum Jahre 1055, daß nach dem Tode Břetislavs alle Böhmen (*omnes Boemice gentis, magni et parvi*) dessen erstgeborenen Sohn zum Fürsten wählten, in dem sie Kyrielejson, „das süße Lied“ sangen. Die Wahl ist hier ganz offensichtlich eine bloße Huldigung, noch dazu mit demselben Lied dargebracht, mit dem auch die Wahl des Prager Bischofs gutgeheißen wurde.

Aber während des 11. Jhs. kam es öfter zu Zwistigkeiten zwischen verschiedenen Thronprätendenten; dadurch wuchs begreiflicherweise auch die Macht des „*populus*“, der den neuen Fürsten durch den Akklamationsakt zum neuen Herrscher wählte. Die Herrscher mußten nun mit den Magnaten verhandeln oder in der formalen Aner-

kennung der deutschen Könige bzw. Kaiser ein Gegengewicht gegen die Aspirationen des Adels suchen. Ich kann hier begreiflicher Weise nicht auf den ganzen Fragenkomplex, der mit dem Verhältnis von Böhmen zum Reich zusammenhängt, näher eingehen. Nur so viel soll konstatiert werden, daß sich gerade von einer realistischen, man könnte beinahe sagen „machtpolitischen“ Sicht aus die alten tschechischen und deutschen Interpretationen überwinden lassen, die m. E. allzusehr vom modernen Souveränitätsgedanken ausgegangen sind. Auch das Mittelalter kannte eine Souveränität, die aber ganz anders geschichtet war, als ihr modernes Pendant. Dadurch, daß man seit 1848 — wo dieser Fragenkomplex zuerst in den Strudel der Tagespolitik geriet — stets an die mittelalterlichen Verhältnisse von einer unzeitgemäßen Fragestellung aus heranging, erhielt man auch notwendigerweise schiefe Antworten, die genau der Einstellung der einzelnen Historiker entsprachen, aber mit den Quellen nicht in Einklang zu bringen waren.

Es wäre verlockend, diese Problematik eingehender zu verfolgen und zu untersuchen, wie die einzelnen böhmischen Herrscher versuchten, die Lage bei ihrem Regierungsantritt zu meistern. Allein dies würde uns zu weit führen, und ich muß mich daher im folgenden auf die Beispiele beschränken, wo die Magnaten bei der Wahl eine größere Rolle spielten. So war z. B. König Vratislav im Jahre 1091 genötigt, mit den „*maiores natu*“ und den „*comites*“ zu verhandeln, als er nicht seinen Sohn Břetislav, sondern seinen Bruder Konrad zu seinem Nachfolger bestimmen wollte. Zu sehr eigenartigen Ereignissen kam es nach der Ermordung Svatopluku auf einem Feldzug im Jahre 1109, worüber wiederum Kosmas als Zeitgenosse ziemlich eingehend berichtet (III, 27). Durch eine Intrige des mächtigen Hofpalatins, Vacek, bestimmte Heinrich V. den Bruder des Ermordeten, Otto, zum neuen Herzog. Dieser Designation stimmten auch die Mährer zu, und das Kriegsvolk im Lager (Kosmas bezeichnet es als „*populus insipiens*“) sang dreimal das Kyrie, d. h. die Akklamation geschah in der üblichen Weise. Gegen diese Wahl waren aber „*cuncti Boemi*“, die einst geschworen hatten, Vladislav zum Nachfolger zu wählen. Vladislav wurde auch in Prag auf den Thron erhoben und konnte sich in den weiteren Kämpfen behaupten und durchsetzen.

Entscheidend war ja nach altem Brauch die Thronbesteigung, die erst der formale Höhepunkt und Abschluß der ganzen Zeremonie war. So wichtig eine Anerkennung durch den Kaiser sein mochte, sie war nicht entscheidend; und für die innere Macht des böhmischen Herrschers war der Königstitel ziemlich bedeutungslos, so groß auch der Prestigegewinn im Äußeren gewesen sein mag. Innerhalb Böhmens herrschten die Přemysliden als Fürsten ebenso wie als Könige; ein Anwachsen ihrer Macht nach der Annahme des Königstitels ist nicht festzustellen.

Wenn auch die Macht der „Böhmen“, d. h. doch wohl der näheren Umgebung des Herrschers, und einiger Magnaten durch die Thron-

wirren des 11. und 12. Jhs. wuchs, kam es doch noch zu keinen eigentlichen Wahlen im strengen Sinne des Wortes. Unter der Wahl (*electio*) wurde die Akklamation verstanden, die zwar ein notwendiger Bestandteil der Thronbesteigung eines neuen Herrschers, aber weder allein ausschlaggebend noch das repräsentative Symbol war. Zu wirklichen, echten Wahlen im spätmittelalterlichen Sinn kam es erst nach dem Aussterben der Přemysliden (1306), wo sich dann auch sofort der Adel als fester Stand konstituierte und dem neuen König, Johann von Luxemburg, Wahlkapitulationen aufzwang. Damit ist jedoch bereits der chronologische Rahmen unseres Beitrages überschritten.

Wenn wir also kein formales Mitspracherecht einer gewissen Schicht bei der Fürsten- bzw. Königswahl in Böhmen feststellen können, jedoch ein gewisses Anwachsen des faktischen Mitwirkens, müssen wir uns sofort die Frage nach dem Umfang und der Grundlage der fürstlichen Macht in Böhmen stellen.

Die Frage, ob es vom Herrscher unabhängigen Allodial-Besitz der Magnaten bereits im Frühmittelalter gab, ist auf Grund einheimischer Quellen nicht eindeutig lösbar. Jedenfalls erscheint dieser Besitz in den ältesten Quellen nicht; und das königliche Heimfallrecht, das auch später für alle freien adligen Güter beim Aussterben der männlichen Linie galt, scheint eher dafür zu zeugen, daß theoretisch von Anfang an eine gewisse Oberherrschaft der Prager Fürsten über das ganze Land und allen Boden postuliert worden ist. Praktisch allerdings hatte sich wohl bald ein wirklicher Adelsbesitz im Laufe des 11. Jhs. durchgesetzt, und Kosmas unterscheidet bereits zum Jahre 1023 als Grundlage des bischöflichen Zehnts *allodium* und *phodum*. Der königliche Besitz machte begreiflicherweise starke Änderungen durch, wurde verliehen und zurückerworben. Wie bunt die Zusammensetzung des königlichen Grundbesitzes bereits um die Mitte des 12. Jhs. war, beleuchtet schlaglichtartig eine Schenkungs-urkunde König Vladislavs I. für die Kreuzritter in Prag. Sie erhielten in Prag Grund und Boden, der zur Krone Böhmen (*ad coronam regni mei*) gehörte, ein Feld, das als Krongut (*ad coronam meam pertinentem*) bezeichnet wird, und weiter ein Dorf, das einst einem gewissen Bor gehört hatte, der in Prag gehängt worden war, sowie Grundbesitz eines gewissen Heinrich, den er dem König „*coram multis nobilibus Boemis*“ überlassen hatte.

Jedenfalls war der königliche Grundbesitz immer noch sehr groß, und zu den Einkünften der Fürsten bzw. Könige zählten auch verschiedene Regalien, zu denen in Böhmen z. B. auch das Münzwesen gehörte. Außerdem verfügte der Herrscher auch über die Landesrobot, über die Einkünfte aus der hohen Gerichtsbarkeit und hatte das Recht, verschiedene Dienste und Abgaben im ganzen Land zu fordern. Leider sind die Einkünfte der böhmischen Herrscher noch nicht vom vergleichenden Standpunkt aus eingehender untersucht worden. Es scheint aber, daß sich von hier auch zwei Schichten verschiedenen Ursprungs feststellen lassen: 1. eine alte Schicht von ein-

fachen Einkünften, die auf die direkte Macht = Oberherrschaft des Fürsten zurückgehen, wie z. B. die Spanndienste, die zur Landesrobot gehörten, und 2. eine jüngere, rezipierte Schicht, zu der etwa das Münzregal gehört. Diese zweite Schicht zeugt für ein Erstarken der Macht des Herrschers im 10.—11. Jh. Die eigentliche Macht der Herrscher beruhte jedoch auf ihrem Gefolge, das sich gerade in dieser Zeit zu einem Groß- oder Staatsgefolge erweitert hatte. Darüber habe ich jedoch bereits an anderer Stelle gehandelt, und ich kann hier begreiflicherweise nicht alle meine Ausführungen wiederholen. Nur soviel sei in Erinnerung gerufen, daß in Böhmen diese Organisationsform durch ihre Verbindung mit Dienstsiedlungen und Kastellaneien eine besondere Schlagkraft und Stabilität erhielt, die es den Fürsten in den entscheidenden Phasen des geschichtlichen Prozesses ermöglichte, wirklich zu herrschen.

Bei diesem System war natürlich die Gewalt des Herrschers sehr groß, eine institutionelle Beschränkung seiner Macht konnte kaum auftauchen, wenn sie auch schon durch Sitte und Brauch begrenzt war und wir sie uns beileibe nicht etwa wie die einer orientalischen Monarchie vorstellen dürfen. Theoretisch jedoch mußte die Machtfülle des Fürsten als geradezu unbeschränkt erscheinen. Dies scheint auch die Ansicht von Kosmas gewesen zu sein, der in der Sagenzeit Libuša eine Prophezeiung in den Mund legt, die der Rede Samuels vor der Einsetzung Sauls zum König entspricht. Auch hier wird die Herrschergewalt als unbeschränkt geschildert, ja beinahe orientalischen Despoten angeglichen. In völliger Übereinstimmung damit behauptet auch Kosmas, daß Přemysl der Pflüger, der erste böhmische Herrscher und sagenhafte Ahnherr der Dynastie, das bisher zügellose Volk durch Gesetze gezähmt habe, eine Tat, die in den verschiedensten Gebieten (auch im germanischen Bereich) sagenhaften oder halbsagenhaften Persönlichkeiten zugesprochen wurde.

Aber Kosmas erzählt (I, 19) noch von einem anderen Mann, der die Böhmen „zähmte“. Dies soll kein anderer als der grausame Boleslav I., der Mörder des hl. Wenzels, seines eigenen Bruders, gewesen sein. Er regierte ganz nach eigenem Gutdünken, ohne den Ratschlag anderer zu beachten, ja, er zwang durch rohe Gewalt die Böhmen sogar zum Bau seiner Burg. In klar tendenziöser Weise wird hier der Brudermörder als grausamer Tyrann geschildert, der sich um niemanden scherte und brutal seinen eigenen Willen durchsetzte. Die literarische Prägung dieses Bildes durch den mittelalterlichen Tyrannisbegriff ist hier völlig offensichtlich.

Kosmas verwendet jedoch eine ähnliche Charakteristik auch rein beiläufig für Herrscher, die er durchaus lobte, ja verherrlichte. Einige Beispiele: Als Břetislav I. im Jahre 1039 den Kriegszug nach Polen beschloß, sandte er in Böhmen eine Schlinge herum als Warnung für jeden, der nicht rechtzeitig zum Kriegszug käme; der werde aufgeknüpft werden. Als sein Sohn Spytihněv II. zum erstenmal während seiner Regierung nach Mähren zog (das wohl erst sein Vater erobert hatte), befahl er 300 der „*primates*“ von Mähren, sich bei

ihm in Chrudim (in Böhmen) einzufinden. Die Mährer erwarteten den Fürsten jedoch erst kurz vor der mährischen Landesgrenze, entgegen dem ausdrücklichen Befehl Spytihněvs. Der Fürst sah darin einen Akt der Rebellion und verfuhr demgemäß mit den mährischen Magnaten. Er ließ sie sofort fesseln, auf verschiedenen böhmischen Burgen gefangensetzen und verteilte ihre Pferde und Waffen unter seine böhmischen Gefolgsleute.

Der Fürst strengte hier nicht einmal einen formalen Prozeß gegen die Rebellen an; er verfügte ganz selbstverständlich über das Schicksal der mährischen Magnaten, so wie er ganz selbständig über die Kastellaneien seines Herzogtums verfügte. Die Kastellanen, in den Quellen „*comites*“ genannt, werden vom Herrscher ganz nach Gutdünken ein- und abgesetzt. Auch hier kann eine Erzählung des Kosmas (II, 19), der über das Ereignis als Zeitgenosse berichtete, als bezeichnendes Beispiel angeführt werden. Mstiš, der *comes*-Kastellan von Bilina, hatte einst die Gemahlin Vratislavs auf Geheiß des Fürsten Spytihněv in strengem Gewahrsam gehalten. Als aber Vratislav Herzog wurde, lud Mstiš den neuen Herzog zur Einweihung der Kirche ein, die er (Mstiš) in Bilina erbaut hatte. Vratislav nahm auch die Einladung an; da er jedoch das frühere Verhalten Mstiš nicht vergessen hatte, setzte er ihn als Kastellan ab und ernannte seinen Nachfolger. Dies wurde Mstiš noch während des Festgelages gemeldet, worauf er die bezeichnende Antwort gab: Vratislav ist Fürst und Herr, er kann über seine Burg verfügen, wie ihm gutdünkt. Was jedoch meine Kirche heute hat, das wegzunehmen, steht nicht mehr in der Macht des Herzogs.

Auf das Kirchengut erstreckt sich also die Macht des Herrschers nicht — allerdings scheint dies eher die Meinung des Prager Domedchanten Kosmas als die des *comes* Mstiš gewesen zu sein, der sich jedenfalls dem angeführten Bericht nach auf nichts verließ, sondern einfach aus dem Machtbereich Vratislavs flüchtete.

Überhaupt machten die Přemysliden mit ihren wirklichen oder potentiellen Gegnern meist kurzen Prozeß, ohne sich um die Formen allzuviel zu scheren. Die Slawnikinger, die mächtigsten Konkurrenten der Přemysliden in der zweiten Hälfte des 10. Jhs., wurden im Jahre 995 auf ihrer Stammburg Libice einfach überfallen und ausgerottet; weder Kinder, noch Frauen, noch Greise wurden verschont. Als im Jahre 1041 der Kastellan von Bilina, Prkoš, beschuldigt wurde, von den Deutschen bestochen, sie tief in das Land eingelassen zu haben, ließ ihn Herzog Břetislav verstümmelt in die Moldau werfen — ganz nach eigenem Gutdünken. Auch als Herzog Svatopluk im Jahre 1108 sich der Vršovci, des mächtigsten Adelsgeschlechtes im Lande, zu entledigen suchte, rief er zwar die Vornehmsten (*proceres*) zusammen — aber nicht etwa, um das Urteil zu fällen, sondern nur, um bei der Verurteilung anwesend zu sein. Den Urteilsspruch fällte der Herzog ganz allein und nach eigenem Gutdünken. Erst der sog. Dalimil (der Sprecher des Adels am Anfang

des 14. Jhs.) ergänzte auch hier ein Mitspracherecht des Adels, der dem Fürsten bei der Urteilsfindung zur Seite stand.

All dies würde dafür zeugen, daß die Machtfülle der böhmischen Herrscher theoretisch völlig unbeschränkt war. Bei näherer Überprüfung der Quellen erweist sich jedoch diese Ansicht, die auch in der neueren Geschichtsschreibung manchmal verfochten wurde, als einseitig und verfehlt. Der recht einseitige Eindruck vom Charakter der Macht der Böhmenherrscher entsteht vor allem dadurch, daß unser Hauptgewährsmann für diese Zeit, der Chronist Kosmas, Anhänger einer starken Fürstenmacht war. Er verteidigte den Grundsatz, daß das Land einen, und zwar einen starken Herrscher benötige, der das Recht wahren und die Kirche schützen könne. Hier wiederholte Kosmas nicht nur die Ansicht der Theoretiker vor dem Investiturstreit und die der königlichen Parteigänger, sondern er sprach auch im ureigensten Interesse der Prager Kirche, deren weitverstreuter Besitz auf den Schutz des Herrschers angewiesen war. Er sprach auch im Interesse des Prager Kapitels, dessen Einfluß durch eine allzu große Selbständigkeit der Prager Bischöfe gefährdet war. Kosmas war als Domdechant natürlich an der Machtstellung des Prager Domkapitels sehr interessiert und war daher nicht gut auf König Vratislav zu sprechen, der auf dem Vyšehrad ein zweites, der päpstlichen Kurie direkt unterstelltes Kapitel in Prag gegründet hatte. Obzwar zuweilen bei dessen Schilderung Töne des alten Tyrannisbegriffes anklingen, verteidigt auch hier Kosmas die Macht des Königs. Seiner Anschauung nach war der herrschende Fürst die höchste wirkliche und nur durch die Kirche bzw. den Kaiser beschränkte Macht in Böhmen. Durch diese Grundauffassung wurde das Bild der einzelnen Herrscher geprägt. Als Folge entsteht aus den Berichten der ältesten böhmischen Chronik ein etwas einseitiges Bild von der Macht der Könige und Herzöge.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß zum Regierungsantritt eines Herrschers auch die Akklamation gehörte, die zwar rein formal war, aber dennoch einen unumgänglichen Bestandteil der Krönungszeremonien darstellte. Viel schwerwiegender ist das Zeugnis der alten Wenzelslegenden, wonach der hl. Fürst, wenn er einen Schuldigen vor der Todesstrafe nicht bewahren konnte, lieber das Gericht verließ, als am Tode des Sünders mitschuldig zu werden. Gewiß ist hier die hagiographische Stilisierung des Berichtes unverkennbar; aber es verdient doch unsere Aufmerksamkeit, daß — nach der Ansicht der Zeitgenossen — der gerechte Herrscher nicht einfach ein Urteil anordnen konnte.

Verschiedentlich finden wir dann auch im 10. und 11. Jh. Räte des Herrschers angeführt und Magnaten in seiner Umgebung als Zeugen oder als Stützen des Herrschers, ja, sogar ihre Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen des Fürsten wird ausdrücklich erwähnt. Schon im Jahre 1078 (CDB I, n. 79) wird ganz allgemein behauptet, erst das Zusammenwirken des Herzogs, des Bischofs und der Magnaten (*omnium comitum ceterorumque nobilium*) verbürge die

Festigkeit aller Abmachungen. Institutionell war die Notwendigkeit einer Zustimmung oder Mitwirkung des Adels nirgends verankert; sie scheint sich jedoch *via facti* durchgesetzt zu haben. Die Macht des Herrschers reichte eben so weit, wie er die Gewalt hatte, sie durchzusetzen, oder wie weit seinen Getreuen in seinen Diensten Lohn und Beute winkte. Diese allgemeine Feststellung von R. BOUTRUCHE gilt im vollen Ausmaß auch für Böhmen. Als Vratislav gegen seinen Bruder Jaromír-Gebhard den eigenen Kaplan Lanz zum Bischof von Prag wählen lassen wollte, scheiterte sein Vorhaben am Widerstand der Edlen, die drohten, den König einfach zu verlassen. Als König Vratislav den Kampf mit seinem Sohn Břetislav beendete und der Prinz sich dem königlichen Vater unterwarf, waren die „*comites*“ Břetislavs mit diesem Friedensschluß nicht einverstanden, da sie Vratislav mißtrauten. Sie stellten daher den Prinzen vor die Wahl, mit ihnen nach Ungarn zu ziehen oder allein — ohne Gefolge — in Böhmen zu bleiben. Břetislav gab nach und zog mit den Seinen nach Ungarn, da — wie Kosmas das Ereignis kommentiert — er sah, daß ein Fürst ohne Krieger nicht einmal den Namen eines Fürsten verdient.

Schon im 11. Jh. begann sich also *via facti* ein Mitspracherecht gewisser Schichten durchzusetzen. Dies steigerte sich im Laufe des 12. Jhs. Während, wie bereits erwähnt, 1108 Svatopluk noch allein den Urteilsspruch in einem politischen Prozeß gefällt hatte, trat im Jahre 1130 Herzog Soběslav I. in einem Hochverratsprozeß bereits nicht mehr als alleiniger Richter auf. Der Prozeß gegen die Verschwörer, die den Fürsten ermorden wollten, wurde vor einer großen Versammlung von Kanonikern (darunter war auch der Chronist als Augenzeuge anwesend), Edlen und Nichtedlen (*nobiles et ignobiles*) geführt. Das Urteil wurde vom Fürsten und den Beisitzern (*discumbentes in consilio*) gefällt.

Schwerwiegend machte sich der Widerstand der Edlen i. J. 1158 spürbar, als König Vladislav die Böhmen zur Teilnahme am Italienzug Friedrich Barbarossas aufrief, den er bei seiner Königskrönung gelobt hatte. Die „*nobiles de senioribus Boemie*“ verweigerten jegliche Hilfe, da das Gelöbnis ohne ihren Rat (*consilium*) gegeben worden sei. Die Angelegenheit regelte Vladislav in seinem Sinn durch das Versprechen, die Teilnehmer aus eigenen Mitteln auszurüsten und zu belohnen, wodurch die kriegerische Jugend sofort gewonnen wurde. In der zweiten Hälfte des 12. Jhs. wurde es auch langsam Sitte, die Zustimmung oder Anwesenheit der Magnaten bei Donationen zu erwähnen. Der sog. Mönch von Sazawa, der die Chronik des Kosmas im 12. Jh. ergänzte, betont bereits konsequent bei allen Maßnahmen der einzelnen Herrscher die Zustimmung der Herren. Ja, es erscheinen die ersten Spuren einer gewissen Institutionalisierung des Mitspracherechts, wovon noch die Rede sein wird. Der Adel hatte faktisch ein gewisses Mitspracherecht nicht nur erworben, sondern auch schon gesichert. Der einzige Fürst, der versuchte, sich gegen diesen machtvollen Adel auf niedere Dienstmännern zu stützen,

Soběslav II. (1173—1178), wurde als „*princeps rusticorum*“ verspottet und vertrieben. Der Adel herrschte bereits im Lande mit. Es muß uns jedoch nun die Frage beschäftigen, wer dieser Schicht angehörte, die langsam *via facti* ein Mitspracherecht bei verschiedenen Gelegenheiten gewann, und ob wir von einem wirklichen mittelalterlichen Adel in Böhmen vor dem 13. Jh. sprechen können.

Es bestehen heute bei Historikern und Archäologen keine Zweifel mehr darüber, daß schon im 9. Jh. in Böhmen und Mähren eine Oberschicht von Magnaten bestand, die nicht nur innerhalb des Landes eine Sonderstellung hatte, sondern sogar von den Feinden bevorzugt behandelt wurde. Zu dieser Oberschicht gehörten wohl auch die 14 *duces* der Böhmen, die in Regensburg getauft worden sind, und die „Mährer“, die mit dem Fürsten Rostislav Konstantin und Method nach Mähren riefen. Möglicherweise wurde gerade diese Oberschicht als die „Böhmen“ oder „Mährer“ schlechthin bezeichnet; jedenfalls scheint die älteste Verwendung dieser beiden Bezeichnungen diesem Usus zu entsprechen. Aber diese alte Oberschicht ist wohl kaum die Wurzel, aus der sich der spätere böhmische Adel des Hoch- und Spätmittelalters kontinuierlich entwickelt hat.

Zunächst spricht der archäologisch-siedlungsgeschichtliche Befund eindeutig gegen diese Annahme. Für die älteren Zeiten — bis ins 10. Jh. hinein — sind für Mähren und Böhmen Großburgen typisch, wo sich ein Kern als Sitz des Herrn von der übrigen Großburg zu unterscheiden beginnt, wie wir dies beispielsweise in Mikulčice in Südmähren oder noch typischer in Libice in Böhmen feststellen können. Aber weder typologisch noch genetisch ist es gelungen, die eigentliche mittelalterliche Adelsburg mit diesen Großburgen zu verbinden. Zwischen beiden Burgentypen ist eine zeitliche und typologische Kluft, die für entscheidende Wandlungen innerhalb des sozialen Gefüges der Gesellschaft zeugt.

Denselben Befund ergibt auch die Analyse der alten Adelsterminologie: zur Bezeichnung von Edlen wurden in den altslawischen Quellen auch mährisch-böhmischer Provenienz die Ausdrücke „*velmož*“ und „*boljarin*“ bzw. „*bojarin*“ verwendet, die seit dem 12. Jh. in Böhmen vollständig verschwanden und, erst im 19. Jh. von der Geschichtswissenschaft neu entdeckt, nun als Fachtermini verwendet werden. Nur ein alter Terminus hat das 11.—12. Jh. überlebt: der Ausdruck „*vľadyka*“, der jedoch eine bedeutsame semantische Wandlung durchgemacht hat. Während in den alten slawischen Quellen das Wort „*vľadyka*“ zur Bezeichnung des Herrschers verwendet wurde, bezeichnete das Wort „*vľadyka*“ in Böhmen und in Polen im Mittelalter Angehörige der n i e d e r s t e n Adelschicht. Übrigens ist auch beachtenswert, daß sowohl in Böhmen als auch in Polen zur Gesamtbezeichnung des Adels das Wort „*šlechta/szlachta*“ verwendet wurde, das keine einheimische Wurzel hat, sondern aus dem deutschen Wort „Geschlechter“ gebildet wurde.

Außerordentlich interessant ist auch die Geschichte des Wortes „*pán/páni*“, der eigentlichen tschechischen Bezeichnung für die Mit-

glieder des Hochadels. Dieses Wort ist wohl doch von der älteren slawischen Bezeichnung „*župan*“ abgeleitet, das bei den Westslawen ursprünglich die *beneficiarii*, also eine Art von Lehnleuten bezeichnete. Festzuhalten ist, daß es zwar eine alte Terminologie für Angehörige der Oberschicht gab (was für eine gewisse Ausgeprägtheit zeugt), daß jedoch diese Terminologie praktisch verschwunden ist.

Schon diese Hinweise deuten darauf hin, daß es keine ununterbrochene Entwicklung einer Adelsschicht in Böhmen gab, sondern daß wir eine Unterbrechung annehmen müssen, ja, wir müssen sogar nach dem Beispiel der Ausrottung der Slawnikinger im Jahre 995 wohl meist eine gewaltsame Unterbrechung der Entwicklung vermuten. Hand in Hand mit der Liquidierung einer alten Oberschicht formte sich vor allem im Großgefolge des Fürsten und durch die Verwaltung der Burgen-Kastellaneien eine neue Oberschicht: die eigentliche Keimzelle des späteren Adels. Begreiflicherweise konnten in diese Schicht auch Angehörige der alten Oberschicht aufgenommen werden; aber ihre Stellung richtete sich nun nicht mehr nach ihrer Herkunft, sondern nach dem Platz, den sie in dem neuen Gefüge einnahmen.

Diesem Bild entsprechen vortrefflich auch die Quellen, sofern sie uns über einzelne Angehörige der Oberschicht informieren. Gomon und Tuna (bei denen schon ihr Name für fremde Herkunft zeugt) dienten zunächst im Gefolge der hl. Ludmila, dann im Gefolge ihrer Stieftochter Drahomíra, als sie Regentin des Landes war. Den Ludmilalegenden nach ermordeten die beiden auf Wunsch Drahomíras die Heilige, wodurch sie dann so in der Gunst der Regentin stiegen, daß sie in Böhmen geradezu fürstengleich herrschten. Als Herzog Jaromír von seinen Feinden gefesselt und bedroht wurde, rief ein Unfreier (*servus*) namens Dovorá Hilfe herbei und rettete dem Herrscher das Leben. Zur Belohnung wurde dann überall öffentlich verkündet, daß er und alle seine Nachkommen bis in alle Ewigkeit zu den Freien und Edlen (*inter nobiles et ingenuos*) zu zählen seien; außerdem erhielt er erblich eine Amtswürde. Zu hohen Würden stieg auch ein gewisser Wacek auf, von dem Kosmas berichtet, daß er geringer Herkunft gewesen sei — er war angeblich der Sohn eines hörigen Müllers. Dieser spielte am Anfang des 12. Jhs. eine geradezu entscheidende Rolle in der Politik, um schließlich das Opfer eines Mordanschlages eines Přemysliden zu werden.

Es war der Fürstendienst, in dem sich die neue Oberschicht entscheidend formte. Von den Angehörigen einer alten Oberschicht hören wir zum letztenmal zum Jahre 1037, wo der blinde Jaromír bei der Thronbesteigung Břetislavs die zwei Geschlechter (*gentes*) Muncia und Tepca als erste zur Huldigung aufrief — die einzige Nennung der beiden Geschlechter, die dann spurlos verschollen sind. Dafür sind wir etwas näher über das Schicksal einer anderen edlen Familie informiert, über das Schicksal der Vršovci, da ihnen auch Kosmas eine allerdings stark parteiisch-feindliche Aufmerksamkeit schenkte.

Angehörige dieser Familie erscheinen schon mit der Bezeichnung *nobiles* in der Adalbert-Vita aus dem Anfang des 11. Jhs.; um das Jahr 1000 heiratete eine Tochter Boleslavs III. einen Angehörigen dieser Sippe, und dies hatte — nach Kosmas — zur Folge, daß die Vršovci sogar danach strebten, selbst zur Herrschaft zu gelangen. Im Laufe des 11. Jhs. finden wir dann wiederholt Angehörige dieser Familie in wichtigen Stellungen als Verwaltungsbeamte und auf höchsten Posten im fürstlichen Kriegsgefolge. Ihre Stellung und Macht ließen sie den Herrschern gefährlich erscheinen; schon 1003 wurde der Versuch unternommen, sich ihrer durch Mord zu entledigen — ohne Erfolg. Zur Ausrottung dieses Geschlechtes kam es dann auf Geheiß Svatopluku II. im Jahre 1108; nur Reste der Sippe retteten sich nach Polen. Nach dieser Bluttat, die auch außerhalb Böhmens großes Aufsehen erregte, war die Macht der Vršovci in Böhmen vollständig gebrochen, und sie verschwanden spurlos.

Sie könnten die Nachfahren eines alten Fürstengeschlechtes sein, das ursprünglich unabhängig geherrscht und sich später den Prager Přemysliden unterworfen hatte. Dann wäre es jedoch sehr beachtenswert, daß auch ihre Stellung völlig von der Gnade und der Macht der Herrscher abhing. Eine wirklich unabhängige Rolle neben dem Fürsten spielten sie nie; sie waren dem Großgefolge der Prager Přemysliden eingefügt.

Wir können also keine kontinuierliche Entwicklung des Adels in Böhmen feststellen. Allem Anschein nach wurden alte vornehme Geschlechter unterworfen oder ausgerottet; eine neue Schicht von *nobiles* bildete sich im 10.—11. Jh. in fürstlich-königlichen Diensten, die sehr schnell erstarkte und sich zu der neuen mittelalterlichen Adelsschicht im 12. Jh. formte. Der wichtigste Faktor bei der Herausbildung dieser neuen Adelsschicht war die Erblichkeit von Ämtern und Grundbesitz innerhalb einzelner Familien. Auch dafür gewähren uns die Quellen einige Anhaltspunkte.

Von der Erblichkeit eines Amtes in der Familie Dovoras war bereits die Rede; auch das zufälligerweise z. J. 1088 erwähnte Schwert des Beneda miles mit Goldknauf, ein Erbbesitz der Familie, dürfte dem Zusammenhang nach, in dem es erwähnt wird, als Rangabzeichen zu werten sein. In dieselbe Richtung weisen auch die damals schon üblichen Erwähnungen des Vaters bzw. der Vorfahren einzelner hervorragender Mitglieder des fürstlichen Gefolges. Übrigens ist bezeichnend, daß Kosmas (II, 40) auch genau die Genealogie des erwähnten Beneda angibt. Entscheidend wurde jedoch, daß es diesen Familien allmählich gelang, den von den Herrschern leihweise erhaltenen Grundbesitz in ihr erbliches Gut zu verwandeln, eine Tatsache, die von Konrád-Otto (1189—1191) feierlich anerkannt wurde. Es ist wohl kein Zufall, daß auch gerade in dieser Zeit die ersten Siegel von Adligen auftauchen, während in den vorangehenden Jahrzehnten noch der Herrscher oder der Prager Bischof durch das Anhängen ihres Siegels den Wortlaut von Schenkungen der Magnaten an Klöster und Kirchen bestätigt hatten. Schon 1189 erscheint ein

Adliger als Mitsiegler auf der Urkunde des Fürsten Otto; und das Testament des Adligen Hroznata, des Gründers des Klosters Tepl, aus dem Jahre 1197 wurde mit dem Siegel des Prager Kapitels, des Fürsten und des Adligen Hroznata selbst besiegelt.

Übrigens ist gerade der Gründer des Tepler Klosters ein bezeichnendes Beispiel für einen böhmischen Adligen am Ende des 12. Jhs. Dieser Herr hatte nicht nur ausgedehnte Güter, die ihm die Gründung von Kloster Tepl und später auch Chotěšov erlaubten, aus seinem Testament erfahren wir auch, daß er eine ganze Gruppe von „*militēs*“ hatte, deren Entlohnung durch das Testament verfügt wird. Unter diesen „*militēs*“ haben wir uns wohl eine rechtlich nicht einheitliche Gruppe dienender Krieger vorzustellen, die z. T. Dienstgüter zugeteilt erhalten hatten, z. T. durch direkte Rodung oder durch ihre Leistung Güter erworben hatten. Der Adlige Hroznata aber — und das ist für uns hier besonders wichtig — hatte bereits einen, vom Herrscher praktisch unabhängigen Grundbesitz und eine eigene Dienst- und Streitmacht. Er war ein großer Adliger bereits in dem Sinn, wie es dann auch die Magnaten des Spätmittelalters waren.

Der neue Adel hatte sich als eine mehr oder minder feste Schicht konstituiert, die über ein bedeutendes Vermögen und Grundbesitz verfügte; die Adligen beschenkten Kirchen und Klöster, ja gründeten im 12. Jh. bereits eigene Klöster — so z. B. die Benediktinerklöster Postoloprty, Vilémov, Sedlec bei Kuttenberg, Nepomuk bei Pilsen u. a. m.

Immer mehr wuchs die Macht der Adligen, und es dürfte kaum auf einen Zufall zurückzuführen sein, daß in den böhmischen Quellen des 12. und 13. Jhs. die alte toposartige Formel *divites et pauperes* nun beinahe regelmäßig in der Form *nobiles et pauperes* verwendet wurde. Der Adel mußte natürlich bestrebt sein, nun ein ständiges Mitspracherecht in Landesangelegenheiten zu gewinnen, nicht nur ein faktisches Recht, das von der jeweiligen Machtkonstellation abhing. Ein theoretisches Mitspracherecht wurde dem Adel zunächst im Streit König Přemysl Otakars I. mit dem Prager Bischof Andreas vom Papst eingeräumt.

In diesem Kampf hatten die böhmischen Herren bereits eine recht selbständige Rolle gespielt; als dann der Streit beendet werden sollte, forderte Papst Honorius III., der König und die Adligen (*barones*) sollten sich für gewisse Forderungen der Kirche verbürgen. Tatsächlich stellten Přemysl und die „*barones Boemie*“ die betreffende Urkunde mit den verlangten Garantien aus. Ja, die Urkunde aus dem Jahre 1219, in der Přemysl I. dem Papst die Bedingungen der Beilegung des langwierigen Streites mitteilte, ist vom König und mit dem „*sigillo communi regni Boemi*“ der Herren besiegelt. Es handelt sich wohl um das Wenzelssiegel, von dem noch die Rede sein wird. Die Herren haben sich nun nicht nur ein faktisches, sondern auch ein theoretisch anerkanntes Mitspracherecht in Landesangelegenheiten erworben.

Es würde zu weit führen, eingehender die weitere Entwicklung

dieses Rechtes zu verfolgen. Nur die zwei wichtigsten Etappen seien noch kurz in Erinnerung gerufen: in der zweiten Hälfte des 13. Jhs. bemächtigte sich der Adel des Prager Gerichts und baute es sehr schnell zu seiner eigenen Institution als Landesgericht aus. Während auf den alten Colloquien die Magnaten nur *via facti* den jeweiligen Machtverhältnissen nach eine Rolle spielten, war nun der Einfluß des Adels im Landgericht, das auch im Streit mit dem König Recht sprach, fest verankert. Durch die Eintragung in die Landtafel wurde praktisch adliges Gut völlig dem Einspruch und dem Einfluß des Königs entzogen, und der Adel bemächtigte sich auch der Landtage; sein Einfluß und seine Machtstellung hatten sich institutionalisiert und feierten ihren Triumph unter der Regierung König Johanns von Luxemburg, dem der Adel 1310/11 auch förmliche Wahlkapitulationen aufgezwungen hatte, wodurch es zunächst die Herren auch verstanden, ihre Macht zu behaupten. Der König war nun in einer ganzen Reihe von Herrschaftsrechten, z. B. bei Einhebung der allgemeinen Steuer (*berna*), auf die vorherige Zustimmung des Adels angewiesen.

Es wäre äußerst verlockend, diese Entwicklungsphase weiter zu verfolgen und sie z. B. mit dem etwa gleichzeitig entstehenden französischen „*parliament*“ zu vergleichen. Durch diesen Vergleich kämen sehr schwerwiegende Unterschiede in den Entwicklungstendenzen zum Vorschein. Allein ich kann diesen Vergleich hier nicht weiter ausführen, da ein solches Vorhaben einen neuen Vortrag erfordern würde.

Es kommt mir vielmehr hier darauf an, auf die außerordentlich starke Institutionalisierung der Mitherrschaft des Adels hinzuweisen, die in ihrer Art im mittelalterlichen Europa ein ziemlich vereinzelt Phänomen darstellt. Der Adel als geschlossene Schicht entsteht ja bekanntlich in ganz Europa zwar verhältnismäßig spät, aber schnell; er strebt danach, ein Mitspracherecht nicht nur zu erwerben (das hat er meist schon), sondern auch zu kodifizieren und theoretisch zu verankern. Dies ist in Böhmen im 13. Jh. deshalb besonders weitgehend gelungen, weil sich der Adel nicht nur faktisch, sondern auch geistig-ideologisch auf außerordentlich mächtige Tragpfeiler stützen konnte. Neben der Přemysliden-Sage hatte sich nämlich in Böhmen sehr bald ein **L a n d**begriff und eine „Staatsideologie“ **u n a b h ä n g i g** von der Person des Herrschers konstituiert, die zum Ausgangspunkt weiterer Bildungen werden konnte.

Böhmen, das erst verhältnismäßig spät völlig geeint wurde, bildet seit dem 10. Jh. nicht nur eine faktische, sondern auch eine politische Einheit, die nie mehr ernstlich in Frage gestellt worden ist. Dafür spricht die Tatsache, daß — von einem einzigen bedeutungslosen Versuch abgesehen — in Böhmen nie Gebiete an andere Angehörige der herrschenden Dynastie als Teilfürstentümer vergeben wurden; und die Versuche, dem Prager Bischof eine selbständige Stellung, wie sie die Bischöfe im Reich hatten, zu verschaffen, scheiterten ausnahmslos. Während das eroberte Mähren öfter unter verschiedene

přemyslidische Teilfürsten aufgeteilt wurde, kamen Teilvergebungen in Böhmen nicht vor. Der Unterschied zu manchen angrenzenden Gebieten springt sofort ins Auge.

Diese Tatsache kann keineswegs nur auf die geographische Lage des Landes zurückgeführt werden, denn das geographisch geschlossene Böhmen hat sich bedeutend später geeint als das offene benachbarte Mähren. Es scheint vielmehr der Wenzelskult gewesen zu sein, der dem Landesbegriff sehr bald seine bedeutende Stabilität und Festigkeit, ja eine gewisse Weihe gegeben hat.

Das Vorkommen eines Land-Begriffes stellen wir in Böhmen selbst schon ziemlich früh fest. Als seinerzeit Prochno den Begriff „*terra*“ in Böhmen untersuchte, vermeinte er einen entscheidenden Bedeutungswandel im ersten Viertel des 13. Jhs. feststellen zu können; seiner Meinung nach erlangte erst in dieser Zeit der Begriff eine nähere Umgrenzung. Allein diese Schlußfolgerung ist kaum aufrechtzuerhalten, da Prochno seinerzeit nur die Urkunden ins Auge faßte und die erzählenden Quellen gar nicht beachtete, die eindeutig für viel ältere Wurzeln eines festgefügtten Begriffes des „Landes Böhmen“ sprechen.

Alt und weitverbreitet ist ein Lob des Landes, wobei schon dieses Land nicht nur als ein amorphes Gebiet, sondern als eine Einheit, die angesprochen und personifiziert wird, angesehen werden kann. Bekanntlich beginnt Kosmas seine Böhmenchronik mit einem panegyrischen Lob des Landes, mit einem Lob, das in der abendländischen Literatur im 12. Jh. bereits eine lange Vorgeschichte hatte. Es sei nur beispielsweise auf das Lob Spaniens bei Isidor von Sevilla, das Lob Italiens bei Paulus Diaconus, Englands bei Geoffrey und an das Lob Sachsens bei Adam von Bremen erinnert. Auch aus den Nachbarländern Böhmens ertönen zur gleichen Zeit ähnliche Stimmen: das Lob Ungarns verkünden die ältesten ungarischen Chroniken, und der fremde Verfasser der ältesten polnischen Chronik, der sog. Gallus anonymus, lobt mit überschwenglichen Worten die „*Polonia*“ und ihre Einwohner. Bekanntlich ist ja auch in der ältesten russischen Chronik, bei dem sog. Nestor, der Ausdruck „*zemlja*“ (= *terra*) ein feststehender Begriff.

Aus dem topischen Lob eines Landes lassen sich folglich kaum Schlüsse auf ein besonderes Landesbewußtsein ziehen, obzwar auch hier graduelle Unterschiede eine wichtige Rolle spielen werden und die „*douce France*“ im Rolandslied bereits eine sehr eigenartige Prägung hat. Aber dies müßte zunächst monographisch eingehender untersucht werden, bevor man aus solchen Lobpreisungen weitere Schlußfolgerungen ziehen dürfte.

Wenn für Böhmen ein Landesbewußtsein früh festzustellen ist, so können wir auf folgende Tatsachen hinweisen: Der Landesname selbst ist hier alt, und die Bohemi-Böhmen-Tschechen werden von den Nachbarn schon im 9. Jh. als eine Einheit aufgefaßt, und zwar bezeichnenderweise nicht nur als eine geographische, sondern auch als eine gentile Einheit, in einer Zeit, wo die böhmischen Stämme

noch nicht geeint waren und vor allem das Land die verschiedenen Stämme zu einer Einheit zusammenfaßte.

Dem entspricht auch vollständig der einheimische böhmische Usus, der für uns im 10. Jh. faßbar wird. Auch hier werden Land und Einwohner (Čechy/Češi) identifiziert, und gegen Ende des 10. Jhs. wird uns quellenmäßig ein Landes- und Stammesbewußtsein greifbar (1. altslaw. Wenzelslegende, Fuit, Kristian). Gegen Ende des 11. Jhs. begann Kosmas mit der Niederschrift seiner Chronik, in der der Begriff „terra“ zu einem der Schlüsselbegriffe gehört. All das zeugt für die Annahme, daß im geographisch geschlossenen Land Böhmen die politische Vorstellung der Terra neben ihrer gelehrts-geographischen Verwendung bald Beachtung fand. Das Land und die Böhmen-Tschechen bilden zunächst eine Einheit; im 13. Jh. wird dann das Land mit dem Adel, besser mit der Adelsgemeinde identifiziert.

Voll faßbar wird für uns in Böhmen der Kult des vom eigenen Bruder ermordeten Fürsten Wenzel erst am Anfang des 11. Jhs., wo jedoch Wenzel schon zum Patron des Landes aufgerückt war. Er wurde zum Patron des Landes und des Volkes, er war der böhmische Heilige *katexochen*. Es kann hier natürlich nicht meine Aufgabe sein, den eigentlichen, kirchlichen Wenzelskult zu untersuchen. Nur auf den „staatssymbolischen“ Aspekt des Kultes soll kurz hingewiesen werden.

Das Fest des Heiligen (28. Sept.) war in Prag schon im 11. Jh. nicht nur ein Kultdatum, sondern auch ein wichtiger Tag im Leben des Volkes, an dem es in die Burg strömte, der Fürst mit seinen Gefolgsleuten ein großes Fest veranstaltete und dabei wichtige Beschlüsse oder Maßnahmen verkündete. Der hl. Wenzel als Repräsentant des Landes erschien auch seit Jaromír (1003—1034) auf den Münzen des Landes — eine damals noch völlig ungewohnte Tatsache. Was wohl noch wichtiger war: er wurde zu der Symbolfigur auf den Siegeln schlechthin.

Die Siegel waren in Böhmen — wie in den meisten europäischen Ländern — ursprünglich unbekannt und wurden erst durch vermittelte antike Tradition eingeführt. In Böhmen sind die ersten Siegel für König Vratislav I. zum Jahre 1088 bezeugt; das Siegel selbst ist jedoch im Original nicht erhalten. Das erste erhaltene böhmische Fürstensiegel stammt von Vladislav II. (1146—1148). Auf dem Siegel ist der hl. Wenzel (mit Heiligenschein) auf einem Thron sitzend dargestellt. Der Heilige hält in seiner Rechten seine Fahnenlanze, seine Linke hält den Schild. Die Umschrift des Siegels lautet: *Pax s. Wacezlai in manu ducis Vacizlaus*. Dies ist das Fürstensiegel Vladislavs; nach seiner Königskrönung (1158) verwendete er ein Münzsiegel, das auf der Aversseite den König im Ornat, mit der Krone auf dem Haupt und dem Szepter in der Hand darstellt. Die Rückseite bildet das bereits beschriebene Wenzelssiegel mit der Aufschrift: *Pax regis Vladizlai in manus s. Wencezlai*. Damit hatte

sich das gültige Münzsiegel der böhmischen Fürsten und Könige herausgebildet, das von allen Nachfolgern König Vladislavs bis auf Přemysl II. Verwendung fand. Erst Přemysl II. ersetzte die Rückseite mit der Darstellung des hl. Wenzel durch sein eigenes Reiterbild, wie es der zeitgenössischen Mode entsprach.

St. Wenzel repräsentiert hier — analog wie dies bei geistlichen Institutionen der Fall war — die stabile, unveränderliche Institution; die Vorderseite des Münzsiegels nennt seinen jeweiligen Stellvertreter oder Repräsentanten. Dabei wird aber ikonographisch Wenzel vollständig und betont als hl. Fürst dargestellt, mit Schild und Speer — es handelte sich damals noch um einen ziemlich vereinzelt Typus der Heiligendarstellung. Gerade in dieser Zeit wurde nun auch die Wenzelslanze zu einer Art von Staatsreliquie, wenn sie auch in Böhmen nie die Geltung erlangte wie heilige Lanzen in manchen anderen Ländern.

Aber das Wenzelssiegel diente nicht nur als Rückseite des Herrschersiegels: seit der zweiten Hälfte des 12. Jhs. führt dieses Siegel auch ein beachtenswertes Eigenleben. Kurz erwähnt wird das sog. Wenzelssiegel in einer Urkunde des Prager Bischofs Heinrich aus dem Jahre 1184; erhalten ist dieses Siegel auf einer Urkunde Heinrich-Břetislavs aus dem Jahre 1194, des einzigen Fürsten, der zugleich Bischof von Prag war. Dieser siegelte eine Urkunde für das Kloster Plasy mit seinem bischöflichen und seinem fürstlichen Siegel und fügte noch das Siegel des Prager Kapitels und das Wenzelssiegel hinzu. Zum Unterschied von dem Münzsiegel, wo durchwegs der Heilige auf einem Herzogsstuhl sitzend dargestellt wird, erscheint hier Wenzel stehend — wie auf dem späteren Landessiegel. Mit diesem Siegel ist dann auch ca. 1198—1201 eine Urkunde des Prager Bischofs Daniel II. mitgesiegelt worden; es wurde auch 1219 verwendet, als der Forderung Papst Honorius III. entsprechend König Přemysl I. und die Herren den Frieden mit dem Prager Bischof Andreas schlossen. Die Herren siegelten hier mit dem „*sigillo communi regni Boemie, videlicet s. Wenczlai*“. Das Wenzelssiegel war definitiv zum Repräsentativsiegel des Landes Böhmen schlechthin geworden. Die letzte Erwähnung dieses Siegels geschieht zum Jahre 1284, wo die Prager *beneficarii* eine Urkunde ausstellen, die sie mit dem „*sigillum terre*“ besiegelten.

Das war jedoch nicht die einzige Verwendung des Wenzelssiegels; das Wenzelssiegel — in etwas abgeänderter Form — fand auch als Zitationssiegel des Landrechtes Verwendung, was einem sehr alten Brauch entsprach. Glücklicherweise hat sich der Siegelstempel bis in unsere Zeit hinein erhalten, so daß wir seine Form genau kennen. Wenzel wird hier in voller Rüstung, mit Heiligenschein um den Helm, stehend dargestellt. Mit seiner Rechten hält er die Fahnenlanze und stützt sich auf den Schild. In seiner Linken hält er ein Schriftband mit der Inschrift: *citat ad iudicium*. Zu seinen Füßen sitzt ein Schreiber. Die Umschrift des Zitationssiegels lautet: *Sigillum iusticie tocius terre sancti Wenczlai ducis Boemorum*. Das Land

hatte sich — vom Adel repräsentiert — auch rein formal gegenüber dem Herrscher selbständig gemacht; nicht mehr der Herrscher ist der ideale höchste Wahrer des Rechtes, sondern das Land und sein himmlischer Patron. Völlig durchgedrungen ist der Adel mit dieser Auffassung freilich nicht.

Die Könige distanzieren sich immer mehr von der Wenzels-Symbolik, die nun zum Symbol der adeligen Landesgemeinde geworden war. Auf den böhmischen Brakteaten im 13. Jh. ist Wenzel — mit einer Ausnahme — überhaupt nicht vertreten; er erscheint dann später zuweilen auf anderen Münzen, wie etwa auf den Parvi oder unter Wenzel IV. auf den Goldgulden. Auf den Prager Groschen repräsentiert Böhmen auf der Vorderseite die Königskrone mit dem Namen des Königs, *dei gratia rex Boemie*, auf der Rückseite ist das Wappentier des Königs, der böhmische Löwe, abgebildet und die Münze benannt: *Grossus Pragensis*. Auch der Name selbst ist bezeichnend — im Gegensatz etwa zum Meißner Groschen heißen sie nicht nach dem Land, sondern nach der königlichen Hauptstadt.

Analog ist auch die Entwicklung des Königssiegels: die Wenzels-Seite erhält sich bis zu Přemysl II., der bestrebt war, die Macht des Adels einzudämmen. Er ersetzte sie durch sein Reiterbild, und das königliche Majestätssiegel trug nun auf beiden Seiten das Bild des Herrschers: auf der Vorderseite thronend, auf der Rückseite bewaffnet zu Pferde. Der König wollte nun seine Macht gegen den Adel und seinen Repräsentanten symbolisieren. Karl IV. hat später versucht, St. Wenzel mit dem „*corona*“-Begriff, der in Böhmen ebenfalls bereits im 12. Jh. auftaucht, zu verbinden, und er hat den Begriff der „Wenzelskrone“ gebildet. Bei ihm taucht dann auch St. Wenzel auf dem Siegel der Prager Universität auf, wo Karl IV. dargestellt ist, der kniend die Gründungsurkunde der Universität dem Heiligen darbringt. Dies stellt jedoch bereits ein weiteres Kapitel der böhmischen Geschichte dar.

In einer Reihe von Vorträgen und Arbeiten über die böhmische Geschichte habe ich mich bemüht, jeweils das Gemeinsame und Gleichartige der Entwicklung in Böhmen und in den benachbarten Ländern hervorzuheben; auch bei der Untersuchung unseres Fragenkomplexes sind wir öfter auf Gemeinsamkeiten dieser Art gestoßen, wenn es auch aus zeitlichen Gründen nicht möglich war, z. B. die Anfänge des Adels in Böhmen mit den anderen Ländern des europäischen Kulturkreises zu vergleichen. Daneben können wir jedoch bei der Entwicklung von Adel und Land im mittelalterlichen Böhmen auch sehr charakteristische Eigenheiten feststellen. Zu den bedeutendsten würde ich die gewaltsame Ruptur in der Entwicklung der Adelsschicht und vor allem die Institutionalisierung des Landes rechnen. Außerordentlich früh und mit beachtenswerter Intensität haben hier die Begriffe „*corona*“ und „*terra*“ ihre Repräsentanz gefunden und sich fest institutionalisiert. Aus einer faktischen Beschränkung der Herrschaft durch Sitte und Brauch und vor allem durch die Machtverhältnisse hatte sich eine **r e c h t l i c h e** Beschrän-

kung entwickelt, die zu ihrer Institutionalisierung drängte. Begreiflicherweise war im Mittelalter die institutionelle Begrenzung der Macht ständisch; als eines der akuten Probleme menschlichen Zusammenlebens überhaupt erschien das Problem des Verhältnisses von Macht und Recht; auf besondere Art und Weise erscheint dieses Problem bereits früh und stellte die Menschen vor die Aufgabe, eine Macht zu schaffen und gleichzeitig sie zu begrenzen. Das Mittelalter hat es nicht verstanden, diese Frage zu lösen; es kam zu einem Ringen beider Kräfte, bei dem schließlich nur eine Seite Sieger blieb. Aber durch dieses Ringen selbst wurde (zumindest zuweilen) ein gewisses Gleichgewicht geschaffen, das allerdings nur verhältnismäßig wenigen zugute kam. Ob die Neuzeit viel glücklicher bei der Lösung dieser Frage war, ist eine andere Frage. Zu behaupten, daß es uns gelungen wäre, die alte Frage nach dem Verhältnis von Macht und Recht zu lösen, erscheint vermessen.

Bibliographische Hinweise:

Die Urkunden für die in Frage kommende Zeitspanne sind kritisch herausgegeben von G. FRIEDRICH, ZD. KRISTEN, J. SEBÁNEK, S. DUŠKOVÁ im: *Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae* I—IV, Pragae 1904 ff. Die maßgebende Ausgabe der Chronik des Kosmas stammt von B. BRETHOLZ in: MG SS NS II, Berlin 1923, Neudruck 1955. Die anderen erzählenden Quellen dieses Zeitalters sind herausgegeben in: *Fontes rerum bohemicarum* I—II, Praha 1873/74. Die maßgebende Ausgabe des sog. Kristian in: J. PEKAR, *Die Wenzels- und Ludmila-Legenden und die Echtheit Christians*, Prag 1906; die der altslawischen Wenzelslegenden in: J. VAJS, *Sbornik staroslovanských literárních památek o sv. Václavu a sv. Lidmile* [Sammelband der altslawischen literarischen Denkmäler über St. Wenzel und St. Ludmila], Praha 1929.

Die grundlegende Darstellung der Geschichte Böhmens dieser Zeit verdanken wir V. NOVOTNÝ, *České dějiny* [Böhmische Geschichte] I, 1—4, Praha 1912 bis 1937. Von deutschen Zusammenfassungen sei besonders auf O. PETERKA, *Rechtsgeschichte der böhmischen Länder, I: Geschichte des öffentlichen Rechtes und die Rechtsquellen in vorhussitischer Zeit*, 2. Aufl. Reichenberg 1933, Neudruck 1965, hingewiesen. Eine Übersicht der ganzen Problematik mit weiteren bibliographischen Angaben siehe in meinem Artikel *Die Entstehung der mittelalterlichen Staaten in Mitteleuropa*, in: *Historica* X, 1965, S. 5—65.

Zur Problematik der Entstehung des Adels vgl. die bisher ausführlichste Zusammenstellung (in Fragestellung und Methodik allerdings sehr veraltet) von ST. ZHÁNĚL, *Jak vznikla staročeská šlechta. Příspěvek k nejstarším politickým a sociálním dějinám českým* [Wie der altböhmische Adel entstand. Ein Beitrag zu der ältesten böhmischen politischen und Sozialgeschichte], Brno 1930. Zu dem Gefolgschaftswesen in Böhmen F. GRAUS, *Raně středověké družiny a jejich význam při vzniku států ve střední Evropě* [Die frühmittelalterlichen Gefolgschaften und ihre Rolle bei der Entstehung der Staaten in Mitteleuropa], in: *Československý časopis historický* 13, 1965, S. 1—18. Zur Organisation des fürstlichen Besitzes vgl. B. KRZEMIŃSKA, D. TRĚŠTÍK, *Služebná organizace v raně středověkých Čechách* [Die Dienstsiedlungen im frühmittelalterlichen Böhmen], in: *Československý časopis historický* 12, 1964, S. 637—667; der Artikel soll auch deutsch erscheinen. Zu dem älteren Burgenwesen in Böhmen nunmehr: M. ŠTĚPÁNEK, *Opevněná sídliště 8.—12. stol. ve střední Evropě* [Die befestigten Siedlungen Mitteleuropas im 8.—12. Jh.], Praha 1965. Zur Entwicklung der „Staatsbegriffe“ vgl. den allerdings sehr unvollständigen Artikel von J. PROCHNO, *Terra Bohemiae, regnum Bohemiae, corona Bohemiae*, in: *Prager*

Festgabe für Theodor Mayer, Freilassing—Salzburg 1953, S. 91—111, und ZD. FIALA, *Panovnické listiny, kancelář a zemský soud za Přemysla II.* [Herrscherurkunden, Kanzlei und Landgericht unter Přemysl II.], in: *Sborník archivních prací Archivu Ministerstva vnitra I*, 1951, S. 165—294.

Die vollständigste Beschreibung des Münzmaterials findet man immer noch bei E. FIALA, *České denáry* [Böhmische Denare], Praha 1895; die beste Zusammenstellung der Siegel bei J. ČAREK, *O pečetech českých knížat a králů z rodu Přemyslova* [Über die Siegel der böhmischen Fürsten und Könige aus der Dynastie der Přemysliden], in: *Sborník příspěvků k dějinám hl. města Prahy VIII*, 1938, S. 1—56. Die Nachrichten über die erwähnten oder erhaltenen Kronen am vollständigsten bei K. CHYTL, *Česká koruna královská a koruny panovníčů do XVII. stol.* [Die böhmische Königskrone und die Herrscherkronen], Praha, o. J. Die ältesten böhmischen Krönungsordines (erst aus der Zeit Karls IV.) sind herausgegeben bei J. CIBULKA, *Český řád korunovační a jeho původ* [Der böhmische Krönungsordo und seine Herkunft], Praha 1934.

Das grundlegende altslawische Wörterbuch ist im Erscheinen begriffen: *Slovník jazyka staroslověnského — Lexicon linguae palaeoslovenicae*, Praha 1950 ff. Das alttschechische Wörterbuch von J. GEBAUER, *Slovník staročeský I—II*, Praha 1903/16, blieb unvollendet. Zu den Personennamen JAN SVOBODA, *Staročeská osobní jména a naše příjmení* [Die alttschechischen Personennamen und unsere Vornamen], Praha 1964.

Die Rolle Serbiens in der Geschichte Südosteuropas

Die Geschichte Serbiens*) erweist sich von ihren Anfängen im Frühmittelalter an über die Zeit der türkischen Herrschaft und des Wiederaufbaus im 19. Jh. bis zu der jüngsten Epoche des Eintritts in den größeren Zusammenhang des jugoslawischen Staates als von einer inneren Dynamik erfüllt, die als charakteristisches Merkmal im Rahmen der Gesamtgeschichte Südosteuropas gelten darf. Nicht weniger ist sie daneben durch den besonderen Anteil ausgezeichnet, den sie im Guten wie im Schlechten an der Entwicklung des modernen Südosteuropabildes in Mittel- und Westeuropa seit dem Beginn des 19. Jhs. gehabt hat. In positiver Weise gilt dies zunächst für die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als es vor allen anderen Völkern Südosteuropas die Serben waren, die durch die Urwüchsigkeit ihrer patriarchalischen Lebensform und die Schätze ihrer epischen Volksdichtung lebhaftes Interesse und aufrichtige Bewunderung für sich in Deutschland, Frankreich und England zu wecken vermochten. Es seien nur WALTER SCOTT, GEORGE MEREDITH und PROSPER MERIMÉE, AUGUST LUDWIG v. SCHLÖZER, GOETHE und JACOB GRIMM genannt sowie nicht zuletzt LEOPOLD v. RANKE, der von allen slawischen Ländern allein Serbien besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Nicht weniger groß ist aber auch der Anteil Serbiens an der Ausbildung jenes negativen politischen Bildes von Südosteuropa gewesen, das sich von der zweiten Hälfte des 19. Jhs. an in Deutschland ebenso wie in den westlichen Nachbarländern entwickelte und für das die Schlagworte von den „Balkanwirren“ und dem „Pulverfaß Europas“ typisch sind. Mehr als in Bulgarien, Rumänien, Montenegro oder Griechenland sah man in Serbien den Hauptschuldigen für die wiederholten außenpolitischen Verwicklungen jener Zeit. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Verruf mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Bis heute ist der Vorwurf noch nicht verstummt, daß die serbische Regierung durch eine bewußte Planung des Attentates in Sarajevo und durch eine nicht weniger vorsätzliche unnachgiebige Haltung den österreichischen Forderungen gegenüber verantwortlich für den sonst durchaus vermeidbaren Kriegsausbruch gewesen sei. Es wird jedoch zu prüfen sein, inwieweit diese abwertenden Urteile in vorschneller Weise und ohne Kenntnis der Eigenheiten und Eigenesetzlichkeiten der serbischen Geschichte gefällt worden sind.

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 18. Februar 1966. Eine erweiterte, mit Anmerkungen versehene Fassung ist erschienen in: *Beiträge zur Südosteuropa-Forschung*, anlässlich des 1. Internationalen Balkanologenkongresses in Sofia 26. VIII.—1. IX. 1966 hrsg. v. Arbeitskreis Südosteuropa-Forschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, München 1966, S. 429—444.

An erster Stelle ist hier die untrennbare Verflochtenheit der Geschichte der Serben mit der geographischen Lage und den natürlichen Bedingungen des Landes zu nennen, in dem sie sich zu Beginn des 7. Jhs. niederließen. Es handelte sich um das unwegsame, rauhe und verkehrsfeindliche Gebirgsland des heutigen Montenegro, Nordalbanien, der Hercegovina sowie Mittel- und Südwestserbiens, von dem aus sich die Serben erst in einem jahrhundertelangen Expansions- und Kolonisationsprozeß allmählich weiter nach Nordosten und Nordwesten vorschoben.

Noch bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein blieb das südlichere Karstgebiet aber der Rückzugsort und die Kraftquelle des serbischen Volkes, die von keiner der zahlreichen Mächte wirklich erobert werden konnten, die sich immer wieder von außen um seine Beherrschung bemühten: Rom und Byzanz, Bulgarien und Venedig, Ungarn, die Türkei u. a. m. Der kämpferische Charakter der serbischen Geschichte, der der Vorstellung von den friedlichen Slawen HERDERScher Prägung so sehr widerspricht und vom ersten serbischen Aufstand gegen die Türkei 1804—1813 an deutlich zu einem Hauptmerkmal des neuen serbischen Staates wurde, erweist sich damit als das Ergebnis einer langen Tradition, die unmittelbar mit der serbischen Landnahme beginnt.

Nicht minder bedeutsam ist auf geistig-kulturellem Gebiet, daß sich die Serben stets in unmittelbarer Nähe jener Morava-Vardar-Furche befanden, die als klassische Einbruchspforte für alle von Südosten in das Innere Südosteuropas eindringenden Mächte diente: von der griechischen Stadtkolonisation über Byzanz bis zu den Türken. Die Serben gerieten damit im Unterschied zu den ihnen sprachlich und ethnisch am engsten verwandten Kroaten schon unmittelbar nach ihrer Landnahme in den Einzugsbereich der orthodox-byzantinischen Kultur und hatten sich später über Jahrhunderte hinweg einer Überfremdung durch den Islam zu erwehren. Der von 1918 bis 1945 das innere Gefüge des jugoslawischen Staates immer wieder auf das tiefste erschütternde und noch heute nicht endgültig beseitigte Gegensatz zwischen Kroaten und Serben erklärt sich damit ebenfalls aus den Gegebenheiten der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte.

Diese Gegebenheiten treffen bereits für eine Reihe kleinerer serbischer Herrschaftsbildungen zu, zu denen es vom 8. Jh. an in dem Bergland unmittelbar hinter der dalmatinischen Küste kam, wobei die Fürsten der Zeta im heutigen Montenegro in der zweiten Hälfte des 11. Jhs. als erste den Königstitel annahmen. Erst recht gelten sie aber für jenen Staat, den der Großžupan Stefan Nemanja um 1171 in der Raška, in Zentralserbien, gründete und der alle früheren Kleinstaaten an Bedeutung weit übertraf. Diese ergibt sich allein schon aus seiner territorialen Ausdehnung und seinem politischen Gewicht in der Geschichte des Balkanraumes vom 12. bis zum 14. Jh. Erst die Nemanjiden legten jene Grundlage, die sich über 400 Jahre hinweg als tragfähig erwiesen hat, ein ungebrochenes serbisches

nationales Bewußtsein aufrechtzuerhalten. Als 1804 die Kämpfe um die Schaffung des modernen serbischen Staates begannen, bedeutete es keine künstliche Konstruktion, wenn man sich immer wieder auf den Staat der Nemanjiden als jene Tradition berief, an die es wieder anzuknüpfen gelte. Es ist vielmehr ganz ohne Frage richtig, daß es im 13. und 14. Jh. gelungen ist, den in dem zerklüfteten Bergland von der mittleren Drina und dem Ibar bis zur dalmatinischen Küste zerstreuten serbischen Stämmen ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln, das sich als stärker erwies, als alle späteren Einflüsse jahrhundertelanger türkischer Herrschaft. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Nemanjiden nicht nur ein in sich gefestigtes umfangreiches Herrschaftsgebiet schufen, sondern darüber hinaus auch die Verbindung dieses Staates mit einer autokephalen serbischen Kirche. Erst aus dieser Verbindung von Staat und Kirche ergab sich eine innere Einheit, die im Gedächtnis des serbischen Volkes Jahrhunderte zu überdauern vermochte. Als bedeutsame Hilfe kam allerdings hinzu, daß die türkische Herrschaft nur den einen dieser beiden Pfeiler, den Staat, zerstörte, daß dagegen der andere, die Kirche, erhalten blieb.

Was nun den Staat der Nemanjiden selbst betrifft, so verdient er in seiner inneren Struktur und seiner äußeren Wirkung, aber auch ohne seine Ausstrahlungskraft auf die spätere serbische und jugoslawische Geschichte, eine nicht geringe Beachtung im Rahmen der mittelalterlichen Geschichte Südosteuropas. Dies gilt zunächst bereits für die Rechts- und Machtstellung seiner Herrscher. Schon der Sohn und Nachfolger Stefan Nemanjas, Stefan der Erstgekrönte, nahm den Königstitel an, und 1346 ließ sich der bedeutendste Herrscher der Dynastie, Stefan Dušan, in Skopje feierlich als „Car Srbijem i Grkom“, „Imperator Rasciae et Romaniae“, „Βασιλεὺς καὶ αὐτοκράτωρ Σερβίας καὶ Ῥομανίας“ krönen, als der Griff nach der byzantinischen Kaiserwürde die großräumige serbische Expansion abschließen sollte.

Nicht nur die Titulatur der Herrscher änderte sich aber, sondern Hand in Hand vollzog sich damit auch ein tiefgreifender innerer Wandel des Landes, über den wir auf Grund einer großen Anzahl verschiedenartiger Quellen vorzüglich informiert sind, denen ein hervorragender Wert für unsere Kenntnis der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte Südosteuropas zukommt. Es sei von diesen nur der „Zakonik“, das Gesetzbuch Stefan Dušans genannt, der eine der wichtigsten Rechtsquellen der slawischen Geschichte überhaupt ist. Aus der Gesamtheit dieser Quellen ergibt sich als erstes ein aufschlußreiches Bild von der frühen Stammesorganisation der Serben, vor allem von ihrer Burgbezirks- bzw. Župenverfassung als autochthone slawische Institution. Wir können dann weiter den Verfall der ursprünglichen kleinen Župen zugunsten größerer territorialer Einheiten verfolgen, bis sich im 13. und 14. Jh. ein konsequenter Prozeß der Feudalisierung, der Differenzierung vor allem von Adel, Klerus, freien und unfreien Bauern vollzog. Der Anschluß byzantini-

scher Gebiete schon im 13. Jh. wirkte sich hier ebenso aus wie das Vorbild des byzantinischen Hofes, dessen Ämter und Würden Stefan Dušan weitgehend übernahm. Daneben geben die Quellen aber auch Aufschluß über die Volkszugehörigkeit der Bewohner Serbiens mit ihrer unterschiedlichen Rechtsstellung: über die slawischen Serben, walachische Wanderhirten und Albaner, ferner über zahlreiche Gruppen ausländischer Kaufleute und Gewerbetreibender.

Neben dieser Ausbildung des Staatswesens erfolgte der Aufbau der Kirchenorganisation mit ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die weitere serbische Geschichte. Sie ist untrennbar verbunden mit dem jüngsten Sohn Stefan Nemanjas, Rastko, der als Mönch den Namen Sava annahm. Seine Leistung steht auf kirchenorganisatorischem und geistigem Gebiet ebenbürtig neben derjenigen seines Vaters und hat darüber hinaus eine starke Ausstrahlungskraft im gesamten Bereich des slawisch-orthodoxen Christentums gehabt. Aus seinem vielfältigen Schaffen ist an erster Stelle die 1219 erfolgte Gründung eines autokephalen serbischen Erzbistums zu nennen, das 1346 von Stefan Dušan zum Patriarchat erhoben wurde. Nicht weniger folgenreich wirkte der später geheiligte Sava für die Anfänge der serbischen geistlichen und weltlichen literarischen Tradition. Seine Übersetzungen byzantinischer liturgischer Werke, kirchlicher Gesetzbücher und Hymnen ins Serbisch-Kirchenslawische erwiesen sich als vorbildhaft für die slawisch-orthodoxe Literatur bis nach Rußland. Und schließlich sind seine Klostergründungen nicht zu vergessen, allen voran das Kloster Hilandar auf dem Athos, das eines der wichtigsten serbischen Bildungszentren bleiben sollte. Neben Sava wetteiferten aber außerdem alle serbischen Herrscher von Stefan Nemanja an in der Gründung und großzügigen Ausstattung von Klöstern, so daß diese nicht nur materiell in die Lage versetzt wurden, auch den Zusammenbruch des Staates zu überdauern und ihre kulturelle und geistliche Aufgabe zu erfüllen, sondern daß viele von ihnen auch noch heute als imponierende Zeugen des serbischen Mittelalters erhalten sind.

Was weiterhin das Wirtschaftsleben der Nemanjidenzeit betrifft, so entsprach es der politischen und kulturellen Blüte. Hauptanreiz für einen regen Außenhandel bildete ein schon in der Römerzeit betriebener Bergbau, der zahlreiche Gruppen ausländischer Bergleute und Kaufleute ins Land rief. Wichtig für die spätere serbische Geschichte ist jedoch, daß es in keinem Fall zur Gründung oder Entwicklung von Rechtsstädten mit einer serbisch-slawischen Stadtbevölkerung kam. Stattdessen bestand zumindest in der Türkenzeit eine deutlich spürbare Abwehrstellung der serbischen Landbevölkerung gegen die als Fremdkörper empfundenen Städte.

Als letztes ist auch auf die außenpolitische Situation des Nemanjidenstaates hinzuweisen, da diese in vieler Hinsicht derjenigen des neuen serbischen Staates im 19. Jh. ähnelte. In beiden Fällen ergab sich aus der geographischen Lage die ständige und unausweichliche Notwendigkeit, sich mit politisch-militärisch und kulturell über-

legenden Mächten auseinanderzusetzen, die von allen Seiten den Bestand des Staates in Frage stellten. Für die Nemanjiden waren dies in erster Linie Byzanz, Bulgarien, Ungarn und Venedig. Schwere Kämpfe gehörten so zur ständigen Notwendigkeit für die Serben, deren Mut und Ausdauer in allen ausländischen Quellen bestätigt wird. Dennoch wäre eine Abwehr aller Gegner zugleich zur Zeit der Nemanjiden ebensowenig möglich gewesen, wie dies später im 19. Jh. durchführbar war. Zu verbinden war diese daher mit einem geschickten außenpolitischen Lavieren und Taktieren, mit der Kunst entwickelter Diplomatie.

Mit dem letzten Herrscher aus dem Haus der Nemanjiden fand 1371 auch die Einheit des serbischen Staates ihr Ende. Noch bevor die türkische Invasion die serbische Selbständigkeit vernichtete, war der Glanz des Reiches Stefan Dušans dahin und an seine Stelle waren die Gebiete mehrerer Geschlechter von Teilfürsten getreten, die vielfach den byzantinischen Titel „Δεσπότης“ führten. Ihre Bedeutung für die nationale Tradition des serbischen Volkes ist aber dennoch nicht gering einzuschätzen, denn gerade mit ihrem tapferen, wenn auch vergeblichen Kampf gegen die türkischen Heere verbanden sich wichtige Teile der großen epischen Volksdichtung der Serben, die sich nicht nur bis ins 19., ja ins 20. Jh. hinein als eigenständige Kunstgattung erhalten hat und zu den hervorragendsten Quellen slawischer Volkskunde gehört, sondern die mit ihrem historischen Gehalt auch in entscheidender Weise neben der Tradition der serbischen Kirche dazu beitrug, im Volk die Erinnerung an die große Vergangenheit zu bewahren. Im Mittelpunkt dieser Dichtungen steht die Schlacht auf dem Kosovo polje, dem Amselfeld, vom 15. Juni, dem Veitstag, des Jahres 1389, wo der Fürst Lazar von der Raška zwar den Türken unterlag, der Adlige Miloš Obilić den Sultan Murat aber töten konnte. Obwohl sich einzelne Fürsten im eigentlichen Serbien noch bis 1459 und in Südungarn, der heutigen Vojvodina, sogar bis 1526 halten konnten, bedeutete die Schlacht auf dem Amselfeld den eigentlichen Wendepunkt im Verlust der nationalen Selbständigkeit an die Türken, so daß der Veitstag zum nationalen Trauertag Serbiens wurde.

Wir erreichen damit die für das serbische Volk ohne Frage schwierigste Epoche seiner Geschichte, die Jahrhunderte der türkischen Herrschaft. Gerade hier gilt es nun allerdings auch, von überkommenen Klischeevorstellungen loszukommen, die — vor allem auf Grund von Zerfallserscheinungen im 18. und 19. Jh. — in der Türkenherrschaft nichts als eine Zeit tyrannischer Willkür und barbarischer Grausamkeit gegenüber der rechtlosen Masse unterworfenen christlicher Rajah sahen. Statt dessen ist festzustellen, daß zwar der serbische Adel, der sich im Gegensatz zum bosnischen weigerte, zum Islam überzutreten, fast ausnahmslos beseitigt wurde, daß aber die Kirche und die Masse der einfachen Landbevölkerung weitgehend unbehelligt blieben. Unmöglich gemacht wurde der letzteren nur der Aufbau einer eigenen weltlichen Hochkultur. Sie verblieb auf der

Stufe der patriarchalischen Gentilverfassung, die mit ihren archaischen Lebensformen das Mittelalter in Serbien bis ins 19. Jh. fortbestehen ließ. Ihren Kern bildete jene Großfamilie oder Sippe, die „Zadruga“ oder, wie es noch im österreichischen Amtsdeutsch des Grenzgrundgesetzes der Militärgrenze von 1850 hieß, die „Hauskommunion“.

Diese Lebensform bedeutete nun aber eben nicht ein traditionsloses Dahinvegetieren auf der untersten Stufe primitiver Lebensführung, eine Periode völkischer Degeneration. Wie stark und lebenskräftig und mit wie viel inneren Werten erfüllt sie war, erwies sie schlagartig zu Beginn des 19. Jhs., als einerseits durch die Vermittlung von Männern wie Dositej Obradović und Vuk Stefanović Karadžić die serbische Volkskultur einen so nachhaltigen Eindruck in Westeuropa hervorrief und als andererseits die innere Dynamik des neuen serbischen Staates der gesamten südosteuropäischen Geschichte des 19. Jhs. ihren Stempel aufzudrücken vermochte.

Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß sich die Serben ebenso wenig wie die unter türkischer Herrschaft befindlichen Kroaten widerstandslos dem Schicksal einer dumpfen Primitivität ergaben, sondern die Kraft zu nationaler Bewahrung fanden. Zur Erklärung für diese sind im wesentlichen vier Dinge anzuführen:

1. die „Zadruga“ als fester menschlicher Zusammenhalt,
2. die serbische Kirche mit ihrer wichtigen Funktion der Aufrechterhaltung der nationalen Tradition,
3. die epische Volksdichtung, die in derselben Weise wirkte, und schließlich
4. als geographischer Faktor der Karst, der nie bis zum letzten von den Türken erobert worden ist und als steter Rückzugsort in Serbien nicht anders als in Kroatien für jene Volksteile diente, die als Haiduken und Uskoken den unmittelbaren Kampf gegen die Türken aufrechterhielten.

Im ganzen formte sich so jene heroische Lebensform GERHARD GESEMANNs, die weit entfernt von den Traditionen eines Christentums der Demut und des Gewaltverzichts und fraglos nicht selten in der Nähe zu gewöhnlichem Räubertum den Ausgangspunkt für den serbischen Staat des 19. Jhs. bildete. Heiligkeit des Gastrechts, Blutrache und Brautraub gehörten zu den Selbstverständlichkeiten dieses Lebens.

Noch ein letztes ist aus der Zeit der türkischen Herrschaft jedoch zu erwähnen: jene große Binnenwanderungen, die sowohl zu einer notwendigen ethnischen Nivellierung der Serben als auch zur Kolonisation jener Gebiete führten, die im 19. Jh. das Zentrum des neuen Serbien bildeten. An erster Stelle ist hierbei das weite und fruchtbare Niederungsland der Morava südlich von Belgrad, die Šumadija, zu nennen, das damals noch von großen Urwäldern bedeckt war. Nicht zu vergessen ist aber auch jener berühmte Zug von 70 000 bis 80 000 Serben unter dem Patriarchen von Peć, Arsenije III., im Jahre 1690 in die Vojvodina, d. h. Teile von Syrmien, der Batschka, des

Banats und der Baranja. Hier gewann unter österreichischer Herrschaft eine erste geschlossene serbische Gruppe unmittelbaren Anschluß an die neuzeitliche westeuropäische Kultur- und Wirtschaftsentwicklung. Nur hier konnte sich auch ein serbisches Bürgertum entwickeln. Wesentliche Impulse gingen von diesen Serben auf den neuen Staat nach 1800 aus, und es ist kein Zufall, daß Dositej Obradović aus dieser Gegend stammte.

Diesem neuen serbischen Staat kommt nun in einem noch weit höherem Maße als dem der Nemanjiden eine übergreifende Bedeutung in der Geschichte Südosteuropas zu. Wohl umfaßte auch der mittelalterliche serbische Staat ein Gebiet von imponierender Größe, und sein politisches Gewicht ist keineswegs gering zu veranschlagen; es fehlte ihm aber im Vergleich zu dem Staat des 19. Jhs. jene politische Zielsetzung, die sich bei diesem als motorische Kraft in zunehmendem Maße bemerkbar machte: die Einigung aller Südslawen unter serbischer Führung.

Voraussetzung dazu war allerdings zunächst die erfolgreiche Wiedergewinnung der vollen staatlichen Autonomie, ferner die äußere Erweiterung sowie der innere Auf- und Ausbau des anfangs nur kleinen Gebietes, in dem die ersten Aufstände stattfanden, zu einem politisch-militärisch und wirtschaftlich potenten Territorium. Das bedeutete vor allen südslawischen Plänen zunächst den Kampf gegen die Türkei und damit die Verflechtung in das politische Spiel der europäischen Großmächte um eben diese Frage. Serbien wußte diese Aufgabe einerseits mit einer militärischen Bravour zu lösen, die das Ergebnis jahrhundertelanger Kampferfahrungen war, und andererseits durch die geschickte Ausnutzung der ständigen Spannungen zwischen den Großmächten. Als wichtigster Verbündeter erwies sich dabei Rußland, das bereits seit dem 15. Jh. durch finanzielle Hilfeleistungen für die serbische Kirche und die Ausbildung serbischer Geistlicher in Erscheinung getreten war.

Die erste Etappe der äußeren Erweiterung des Staates führte bis 1829 zu einem Kernstaat im Belgrader Paschaluk, in dem neuen Kolonisations- und Niederungsland der Šumadija, das bis heute das Zentrum des neuen Serbien geblieben ist. Charakteristisch ist dabei, daß Belgrad nicht nur bis 1867 eine türkische Besatzung behielt, sondern daß auch die Bevölkerung der Stadt noch bis in die 30er Jahre des 19. Jhs. in der Mehrheit nichtserbisch war. Die Serbisierung Belgrads und anderer Städte stellt nicht nur eine kolonisationsleistung dar, sondern ist darüber hinaus auch typisch für die zahlreichen Schwierigkeiten innerer Umstellung, die mit dem Aufbau des Staatswesens verbunden waren. 1878 erfuhr Serbien einen nicht unbeträchtlichen Gebietszuwachs in südlicher Richtung, an der südlichen Morava entlang. 1913, nach dem Abschluß des zweiten Balkankrieges, gelang schließlich eine Verdoppelung des Besitzstandes gegenüber 1878 und mehr als eine Verdreifachung gegenüber der Zeit des ersten Aufstandes.

Hand in Hand damit ging der innere Ausbau, der nichts anderes bedeutete, als in kürzester Zeit in Verwaltung und Rechtsprechung, im Schulwesen und in der Wissenschaft, kurz auf allen Gebieten öffentlichen und privaten Lebens für die Masse des serbischen Volkes den Übergang von der mittelalterlichen patriarchalischen Gentilverfassung zu westeuropäischer Zivilisation, Technik und ganz allgemein zur Stadtkultur zu finden. Die Schwierigkeiten, die es dabei zu überwinden galt, waren außerordentlich groß, und bis zum letzten ist dieser schmerzhafteste Anpassungsprozeß bis heute noch nicht abgeschlossen. Auf innenpolitischem Gebiet äußerte sich dieses Zu-sich-selbst-Finden ebenso in den bis zum Königsmord von 1903 währenden, ständigen blutigen Kämpfen zwischen den beiden Herrscherhäusern der Karadjordjevići und der Obrenovići wie in den langwierigen Auseinandersetzungen zwischen monarchistischen und demokratischen Gruppen. Ebenfalls erst 1903 konnte die Radikale Partei unter ihrem großen Führer Nikola Pašić den endgültigen Sieg im Sinne einer streng national ausgerichteten konstitutionellen Monarchie erringen. Die Macht der Armee blieb daneben aber stets im politischen Bereich groß, wie nicht nur alle innenpolitischen Krisen bewiesen, sondern vor allem auch jene einflußreiche Geheimorganisation der „Crna ruka“, der „Schwarzen Hand“, der zu einem großen Teil Offiziere angehörten. Ihre politische Zielsetzung ist durch ihren anderen Namen charakterisiert: „Ujedinjenje ili smrt“, „Vereinigung oder Tod“. Mit Vereinigung war dabei die südslawische Einigungsbewegung gemeint, die zunehmend zum wichtigsten außenpolitischen Ziel Serbiens wurde und darüber hinaus zur eigentlich sprengenden politischen Kraft der südosteuropäischen Geschichte bis zum Zusammenbruch der Doppelmonarchie.

Das Streben nach politischer Vereinigung aller Südslawen von Slowenien bis Bulgarien gehört in den größeren Zusammenhang des nationalen Erwachens der europäischen Völker im Gefolge der Ideen der Französischen Revolution, HERDERS und der Romantik und erfuhr im weiteren Verlauf durch das Vorbild der geglückten italienischen und deutschen Einigung weitere Impulse. Einen ersten greifbaren Ansatzpunkt gaben die Illyrischen Provinzen Napoleons, die zum ersten Male Slowenen, Kroaten und serbische Gruppen vereinigten. Der Weg von dort bis zur Staatsgründung vollzog sich nun aber keineswegs gradlinig und konsequent. Nur allzu schnell zeigte es sich nämlich, daß 1200 Jahre unterschiedlichen politischen, konfessionellen und geistigen Schicksals Trennmauern errichtet hatten, die sich nicht von heute auf morgen abbauen ließen. Vor allem der innere Gegensatz zwischen den so nahe verwandten Kroaten und Serben, die berufen gewesen wären, den Kern der südslawischen Einigung zu bilden, erwies sich nur zu bald als schwerstes Hindernis. Übertroffen wurde er nur noch durch den bulgarisch-serbischen Gegensatz, der sich an der Frage Mazedoniens, d. h., genauer gesagt, des slawisch besiedelten Nordmazedoniens, entzündete, das beide Länder für sich beanspruchten und zu welchem Zweck sie auf eine national

kaum zu differenzierende Mischbevölkerung einen dauernden, mit allen Zeichen des Terrors versehenen Druck ausübten. Charakteristisch für diesen Gegensatz ist die 1893 erfolgte Gründung der bulgarischen „IMRO“, der „Inneren mazedonischen revolutionären Organisation“, die bis in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen alle Versuche eines Ausgleichs zwischen Bulgarien und Serbien sabotierte. Das Ergebnis war, daß sich die südslawische Einigungsbewegung mit ihrer Krönung in der Gründung des Staates Jugoslawien, d. h. Südslawien, schließlich ohne die doch auch südslawischen Bulgaren vollzog.

Aber auch der serbisch-kroatische Gegensatz war für Jahrzehnte stärker als alle Neigungen zur politischen Vereinigung. Wohl brachte u. a. die Illyrische Bewegung noch vor der Jahrhundertmitte eine gewisse Annäherung der Kroaten an die Serben, wofür der Verzicht Ljudevit Gajs auf gewisse Dialektbesonderheiten des Zagreber Raumes zugunsten der von Karadžić vertretenen Form der serbokroatischen Schriftsprache charakteristisch ist; der tiefe innere Argwohn gegenüber dem militanten und in allen seinen Lebensformen als fremdartig empfundenen Serbien konnte dadurch aber im Grunde nicht beseitigt werden. Starke Kräfte in Kroatien erhofften infolgedessen bis zum Ende des 19. Jhs. die Lösung des nationalen Kampfes gegen die Budapester Magyarisierungstendenzen nicht in der Hinwendung zu Serbien, sondern zu Wien, das heißt in jenem Trialismus, der alle Südslawen der Doppelmonarchie als geeinte dritte Kraft neben Deutschen und Ungarn sehen wollte. Erst als sich diese Hoffnungen zunehmend als unerfüllbar erwiesen, bekam der Jugoslawismus als politisch an Serbien orientierte Bewegung das Übergewicht. Auch dann noch verschwanden die traditionellen Vorbehalte gegenüber den Serben aber nicht, und darüber hinaus wirkte die Frage der Zugehörigkeit Bosniens in gewissem Grade ebenso störend für das serbisch-kroatische Verhältnis wie die mazedonische Frage zwischen Serbien und Bulgarien.

Im Gegensatz zu diesen mancherlei inneren Hemmungen in Kroatien ist die serbische Außenpolitik von den 40er Jahren des 19. Jhs. an bis zur Staatsgründung 1918 in überwiegendermaßen konsequent auf die Erreichung des Zieles der politischen Vereinigung der Slowenen, Kroaten und Serben gerichtet gewesen, wobei sie sich der steten Sympathie Montenegros sicher sein konnte. Die klar erkannte Folge davon war, wie es der serbische Außenminister Garašanin schon 1844 in einem geheimen Memorandum für Alexander Karadjordje darlegte, daß „Österreich unter allen Umständen der Feind Serbiens sei“. Jugoslawische Einigung und Fortbestand der Doppelmonarchie schlossen einander aus. Erst auf den Trümmern des Habsburger Staates konnte ein vereinigtes Jugoslawien entstehen.

Eine reale Chance hierfür bot sich aber nicht vor dem Ersten Weltkrieg. Der serbische Ministerpräsident Pašić hat dementsprechend schon Ende 1914 das Kriegsziel Serbiens in dieser Richtung öffentlich und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Bei dieser

Sachlage liegt nun der oft gegen Serbien erhobene Vorwurf sehr nahe, daß die serbische Regierung tatsächlich hinter dem Attentat von Sarajevo gestanden und den Kriegsausbruch bewußt provoziert habe. Gerade dieser Vorwurf dürfte nun aber, nach allem, was wir bis jetzt darüber wissen, abzulehnen sein. Wohl fand die bosnische revolutionäre Jugendbewegung „Mlada Bosna“ ohne Zweifel bei der „Schwarzen Hand“ und bis in serbische Regierungskreise hinein Unterstützung, für Pašić selbst und damit für den verantwortlichen Leiter der serbischen Politik gilt dies aber mit größter Wahrscheinlichkeit nicht. Statt dessen ist sicher, daß er mindestens seit dem Frieden von Bukarest energisch gegen die „Schwarze Hand“ vorgegangen ist und versucht hat, ihren Einfluß zu unterbinden.

Es ist darüber hinaus keineswegs bewiesen, daß ein ohne Frage so kluger Politiker wie Pašić nach zwei überaus erfolgreichen, für sein Land aber nichtsdestoweniger sehr anstrengenden Kriegen das Abenteuer eines Großkrieges mit Österreich der äußeren und inneren Ruhe vorgezogen hätte. Und schließlich ist noch umstritten, ob Pašić' Reaktion auf das österreichische Ultimatum tatsächlich provokativ war oder nicht doch, angesichts der eindeutig vielfach antiösterreichischen Stimmung in Serbien, die er nicht einfach außer acht lassen konnte, ein ehrliches Angebot, das bei größerem Entgegenkommen auf Seiten Österreichs den Kriegsausbruch hätte vermeiden lassen.

Wie dem aber auch sei, der Erste Weltkrieg hat die jugoslawische Einigung verwirklicht, und zwar unter den Auspizien eines siegreichen Serbien, dem damit die schwere Aufgabe zufiel, dem neuen Staat innere Stabilität zu geben. Das bedeutete aber vor allen Dingen einen tragbaren Ausgleich des serbisch-kroatischen Gegensatzes. Schon während des Krieges warfen die künftigen Ereignisse ihren Schatten in den Verhandlungen voraus, die zwischen Pašić und dem „Jugoslovenski odbor“, dem Vertretungsorgan der österreichischen Südslawen in der Emigration, geleitet von Ante Trumbić, in London geführt werden mußten. In erster Linie ging es dabei um das Gespenst eines großserbischen Zentralismus, einer unkontrollierten Bevormundung der Kroaten und Slowenen durch das siegreiche Serbien, das Trumbić und seine Mitarbeiter von vornherein zu bannen suchten. Die Deklaration von Korfu vom 20. Juli 1917, von Pašić und dem „Jugoslovenski odbor“ gemeinsam erarbeitet, sollte alle Befürchtungen beseitigen, doch erwies sie sich als trügerisch.

Schon die erste Verfassung des neuen Staates, die erst nach langen Mühen 1921 verabschiedet werden konnte, bestätigte alle kroatischen Befürchtungen: statt einer Föderation gleichberechtigter Landesteile schuf sie einen Einheitsstaat aus 35 kleinen Provinzen, in dem es keine historisch begründete Autonomie geben konnte. Der jugoslawische Staat, der zu Recht als der „österreichischste“ aller Nachfolgestaaten bezeichnet worden ist, begann seine Geschichte damit unter dem Vorzeichen eines unklugen großserbischen Hegemoniestrebens, das einen unüberwindlichen Widerstand in Kroatien hervorrief. Alle anderen innenpolitischen Probleme, wie sie z. B. durch

die zahlreichen fremdnationalen Minderheiten — Deutsche, Albaner, Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Griechen, Italiener und andere mehr — entstanden, traten hinter diesem Gegensatz zurück, den auch die überwiegend staatsstreue und vermittelnde Haltung der Slowenen nicht auszugleichen vermochte.

Jahrelang blieben die kroatischen Abgeordneten der Skupština in Belgrad fern, wobei sich stets die unnachgiebige Haltung der größten kroatischen Partei, der Kroatischen Bauernpartei Stefan Radić', als entscheidend erwies. Unter diesen Voraussetzungen war es nur verständlich, daß Pašić — von der Möglichkeit außenpolitischer Komplikationen ganz abgesehen — abwinkte, als der bulgarische Ministerpräsident Stambolijski 1922 mit dem Vorschlag an ihn herantrat, durch einen Anschluß Bulgariens die alte Idee eines gesamt-südslawischen Staates zu verwirklichen. 1923 fiel Stambolijski bereits einem Attentat zum Opfer, und die IMRO sorgte dafür, daß alle weiteren Pläne wirksam gestört wurden. Der Widerstand der Kroatischen Bauernpartei gegen die Zentralregierung in Belgrad ging im übrigen so weit, daß sie sogar gegen ihren eigenen Parteiführer Radić opponierte, als dieser 1925 schließlich doch einen Ministeressel in Belgrad übernahm. Von den zwölf Regierungskrisen der Jahre 1926/27 wurden nicht weniger als elf durch die kroatischen Abgeordneten verursacht.

Ihren Höhepunkt erreichten die serbisch-kroatischen Spannungen, als am 20. Juni 1928 jene Schüsse eines montenegrinischen Abgeordneten in der Belgrader Skupština fielen, die Stefan Radić töteten. Vladimir Maček, der Nachfolger Radić' als Führer der Kroatischen Bauernpartei, und Ante Pavelić an der Spitze der Kroatischen Staatsrechtspartei, riefen daraufhin die Selbständigkeit Kroatiens aus, das nur noch durch Personalunion mit Serbien verbunden sein sollte. Zehn Jahre nach dem Beginn des gemeinsamen Staates war es damit zum offenen Bruch gekommen. König Alexander antwortete mit der sog. Königsdiktatur, deren wichtigste Maßnahmen in der Suspendierung der Verfassung und einer Neueinteilung des Landes in neun Banschaften bestanden, bei denen in sechs für eine serbische Majorität gesorgt war. 1931 kam es zur Einführung einer neuen Verfassung, doch bewies diese nur, daß Serbien nach wie vor an seiner zentralistisch-hegemonistischen Haltung festhielt.

Allein schon durch das Verbot aller Parteien auf konfessioneller oder stammesmäßiger Grundlage wurde den Kroaten, Slowenen und bosnischen Muselmanen jede Möglichkeit zu politischer Aktivität genommen. Den Abschluß dieser unheilvollsten Epoche der Geschichte des ersten jugoslawischen Staates bildete 1934 der Mord an Alexander in Marseille, hinter dem bezeichnenderweise auf der einen Seite Ante Pavelić und seine kroatischen Anhänger und auf der anderen die IMRO standen. Nicht zufällig wurde Pavelić, der außer Landes ging, in Sofia begeistert empfangen, bevor er sich nach Italien wandte.

Von der Mitte der dreißiger Jahre an bemühte sich Ministerpräsident M. M. Stojadinović um einen Abbau der Spannungen, doch kam er noch nicht zu greifbaren Ergebnissen. Erst im August 1939 gelang jener „Sporazum“, jener Ausgleich, der die Möglichkeit eines echten neuen Anfangs auf föderativer Basis bedeutet hätte. Wenige Tage später machte aber der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges alle neuen Hoffnungen zunichte, da es Prinzregent Paul und Ministerpräsident Cvetković angesichts der unsicheren außenpolitischen Lage nicht wagten, die ausgehandelten Reformen in die Tat umzusetzen.

Die Jahre von Hitlers „Blitzkrieg“ gegen Jugoslawien 1941 bis 1945 erwiesen sich im übrigen in vielem als Konsequenz der vorausgegangenen unglücklichen Entwicklung. Die Kroaten erhielten ihren eigenen Staat, wenn auch selbstverständlich in der Form einer faschistischen Diktatur, und es gelang ihnen auch, das umstrittene Bosnien für sich zu erwerben, das auf Grund seiner Mischbevölkerung so oft auch von Serbien beansprucht worden war. Serbien wurde territorial etwa auf den Besitzstand von 1878 zurückgeworfen: Bulgarien und Albanien teilten sich Mazedonien, Ungarn bekam die westliche Hälfte der Vojvodina mit der Aussicht auch auf die östliche für die Zeit nach Kriegsende.

Charakteristisch ist es ferner, daß es der Exilregierung König Peters nicht gelang, eine gesamtjugoslawische Widerstandsbewegung ins Leben zu rufen. Die Cetniks Draža Mihajlović, der bis 1944 nominell dem Exilkabinett als Kriegsminister angehörte, gingen aus serbischen bäuerlichen Heimwehren der Vorkriegszeit hervor und gewannen über Serbien hinaus niemals nennenswerten Einfluß. Ebensovienig vermochte eine der legalen Parteien des alten Staates eine überregionale Widerstandsbewegung zu organisieren. Es blieb daher der kommunistischen Bewegung Titos vorbehalten, die Grundlage für einen gesamtstaatlichen Neuanfang zu legen, nachdem die jugoslawische KP schon seit 1921 verboten gewesen war und nur in der Illegalität hatte arbeiten können. Aus den einzigen Wahlen des Königreichs Jugoslawien, an denen sie teilgenommen hatte — die Wahlen zur verfassunggebenden Skupština von 1920 — war sie seinerzeit als drittstärkste Partei hervorgegangen. Zur schlagkräftigen revolutionären Kaderpartei hatte sie von 1937 an Tito aufgebaut.

Mit Tito trat 1945 dann zum ersten Male ein Kroat an die Spitze der Zentralregierung in Belgrad und mit ihm eine Partei, die frei war von konfessionellen und stammesmäßigen Bindungen. Und es kann nicht geleugnet werden, daß diese Chance genutzt worden ist. Wohl bilden die Serben mit 42% gegenüber 24% Kroaten und 9% Slowenen noch immer die größte Gruppe in der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens, und Belgrad ist nach wie vor Sitz von Bundesregierung und Bundesparlament; die Gefahr eines großserbischen Hegemonismus, wie er in der Vorkriegszeit die Wurzel allen Übels war, ist jedoch zumindest vorläufig durch die Aufgliederung des Landes in sechs Föderative Republiken mit weitgehender innerer Autonomie gebannt. Wichtig ist ferner, daß Bosnien und die Hercegovina weder

Serbien noch Kroatien zugeschlagen, sondern zu einer eigenen Republik zusammengeschlossen wurden, daß man innerhalb Serbiens die Vojvodina ebenso wie das überwiegend albanisch besiedelte Gebiet Kosovo-Metohija als autonome Gebiete anerkannte und daß auch das alte serbisch-bulgarische Streitgebiet Mazedonien den Status einer eigenen Republik erhielt. Für kurze Zeit, von 1944 bis 1948, schien sich sogar die alte Hoffnung auf einen Anschluß Bulgariens in Verhandlungen zwischen Tito und dem Führer der bulgarischen KP, Dimitrov, verwirklichen zu sollen, doch scheiterten diese Pläne am Veto Stalins. Der Bruch des Kominform mit Jugoslawien von 1948 erklärt sich auf diese Weise, mit allen schweren politischen Spannungen der folgenden Jahre, die Jugoslawien auf den „eigenen Weg zum Sozialismus“ zwangen. Was den alten kroatischen Argwohn gegenüber Serbien betrifft, so ist dieser zwar ohne Frage noch lange nicht verschwunden, wie vor allem die immer wieder notwendigen Verhandlungen um finanzielle Unterstützung Serbiens und der anderen Südgebiete durch Kroatien und Slowenien zeigen; der prinzipielle Fortschritt in Hinsicht auf einen echten inneren Ausgleich kann aber nicht übersehen werden. Ob es darüber hinaus gelingen wird, eine endgültige Beseitigung aller Spannungen durch die Schaffung eines einheitlichen Volkes der Jugoslawen zu erreichen, wie Tito es als Fernziel verwirklichen möchte, bleibt vorerst allerdings zweifelhaft. Erst dann wäre mit Sicherheit das Ende jener serbischen Geschichte erreicht, die von ihrem Beginn an eine so bedeutsame Rolle in der Geschichte Südosteuropas gespielt hat.

Treitschke und Oncken um 1870

Zu einigen unbekanntem Gelehrtenbriefen

Als Handschriften 139/100 und 101 werden in der Gießener Universitätsbibliothek im unveröffentlichten Nachlaß des Historikers Prof. Dr. Wilhelm Oncken auch verschiedene Gelehrtenbriefe aus der Zeit zwischen 1860 und 1905 aufbewahrt. Unter ihnen befinden sich zwei Briefe, die Heinrich von Treitschke in den Jahren 1870 bzw. 1873 an Oncken geschrieben hatte. Der erste Brief enthält einige hochbedeutsame politische Reflexionen Treitschkes über schwebende Fragen während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870, der jüngere bietet interessante Einblicke in akademische Berufsangelegenheiten und allgemeine Publikationsfragen. Daher dürfte ihre Veröffentlichung nicht nur als Vervollständigung der bisher gedruckt vorliegenden Treitschke-Korrespondenz, sondern auch vom Inhaltlichen her lohnen. Für die Publikationserlaubnis danke ich dem derzeitigen Direktor der Universitätsbibliothek, Herrn Dr. J. SCHAWÉ.

Über den Briefschreiber und den Empfänger dürfen zunächst, auch wenn ihre Namen vielen Lesern dieser *Nachrichten* bekannt sind, einige orientierende Bemerkungen vorausgeschickt werden.

Heinrich von Treitschke (1834—1896) gehört zu den großen deutschen Historikern des 19. Jhs. Er war der Sohn eines sächsischen Generals und begann sein Studium im Sommersemester 1851 an der Universität Bonn, wo er vor allem von dem Historiker F. CH. DAHLMANN beeindruckt wurde und sich der Burschenschaft Frankonia anschloß, zu der wenige Jahre zuvor auch Männer wie CARL SCHURZ, J. OVERBECK, B. V. GUDDEN und J. RITTER FICKER VON FELDHAUS gehört hatten. Anschließend studierte er in Tübingen und Heidelberg, um schon 1854 in Leipzig bei dem Nationalökonom W. ROSCHER zu promovieren. Unter dem Einfluß ROSCHERS und des Historikers G. G. GERVINUS formte er sein Geschichtsbild und habilitierte sich 1858 in Leipzig für Staatswissenschaften. Dieses Fach vertrat er auch als Professor in Freiburg seit 1863. Inzwischen hatten seine liberalen und nationalen Auffassungen der Jugendzeit insofern eine Erweiterung und Präzisierung erfahren, als er aus der Berücksichtigung einerseits des Gedankens der Realpolitik und andererseits der Forderung nach einer ethisch gebundenen Freiheit das Problem der deutschen Einheit als eine Machtfrage sah, bei deren Lösung Preußen die entscheidende Aufgabe zufallen müsse. Diese seine Überzeugung läßt es als konsequent erscheinen, daß er bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1866 seinen Freiburger Wirkungskreis verließ, um in Berlin als Publizist und Mitstreiter Bismarcks für die deutsche Einigung zu wirken; er begann damals auch seine Tätigkeit als

Herausgeber der *Preußischen Jahrbücher*. Noch im gleichen Jahr wurde er an die Universität Kiel berufen, wo er jedoch nur bis 1867 blieb, um dann als Nachfolger von LUDWIG HÄUSSER den Lehrstuhl für Geschichte in Heidelberg zu übernehmen. Am Neckar hat Treitschke wohl seine glücklichste Zeit verlebt — aus ihr stammen auch die beiden hier zu veröffentlichenden Briefe —, und nur ungern, aber doch voller Stolz und im Dienste der sich selbst gestellten Aufgabe folgte er 1874 dem ehrenvollen Ruf an die Universität Berlin, wo er neben J. G. DROYSEN und neben dem bereits emeritierten L. VON RANKE wirken sollte. Von 1871 bis 1884 gehörte er dem Deutschen Reichstag an, anfangs als Nationalliberaler, später ohne Parteizugehörigkeit. Er war ein glänzender Redner, ein konsequenter Denker und ein hervorragender Geschichtsschreiber, dessen Hauptwerk die leider nicht vollendete *Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts* wurde (5 Bde., 1879—1894). Gewiß, er war ein „kleindeutscher“ politischer Historiker, aber er ging auf der Grundlage seiner These vom ethisch gebundenen Machtstaat mit der lautersten inneren Einstellung und dem unbedingten Streben nach Wahrheit an die Erforschung der Quellen und die Darstellung seiner Ergebnisse heran. Er, der keines Mannes Schüler war, wie er selbst von sich sagte, hat auch eigentlich keine Schule gebildet, wenngleich Historiker wie ERICH MARCKS und DIETRICH SCHÄFER seine Richtung später weiter verfolgt haben. Denn er war in seiner akademischen Wirksamkeit stark gehemmt durch ein schweres Gehörleiden, das in späteren Jahren zu völliger Taubheit führte. Als er am 28. 4. 1896, also vor nunmehr gerade 70 Jahren, starb, verwaiste an deutschen Universitäten die von ihm vertretene Verbindung von Geschichte und Politik, um erst in unserer Gegenwart wieder aufzuleben.

Die Wirkung der Persönlichkeit Treitschkes und die seiner Schriften war nicht nur zu seinen Lebzeiten, sondern auch später noch besonders in den Kreisen der gebildeten Deutschen ungewöhnlich stark. Daß ein mit Leidenschaft und innerem Engagement schreibender Historiker „nur aus der höchsten Kraft der Gegenwart“ das Vergangene deutet — wie NIETZSCHE es forderte —, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Diese Epochenbezogenheit darf bei einer gerechten Beurteilung des Historikers Treitschke keinesfalls übersehen werden, was leider auch nach dem Zweiten Weltkrieg gelegentlich geschehen ist. Treffendes ist dazu gesagt worden von HEINRICH RITTER VON SRBIK¹⁾: „Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges haben Nietzsche und Treitschke als Ausprägungen des neuen Deutschland der Welt Kants und Goethes gegenübergestellt und Treitschke des nackten Machtkultus und des Pangermanismus bezichtigt. In Wahrheit war er, wie wir sahen, von dem Gedanken der Allmacht des Staates weit entfernt, und seine Sittlichkeitsvorstellung hätte

¹⁾ H. RITTER VON SRBIK, *Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart* I, 3. Aufl. München 1964, S. 397 f.

niemals den reinen Macchiavellismus zugelassen. Niemals Zyniker, stellt er vielmehr selbst einen Ausdruck des Verlangens eines machtlosen und zerteilten Volkes nach Einheit und Macht dar. ... Nur zu oft freilich wurde sein Menschheitssinn und Verantwortungsbewußtsein durch die stürmische Art seines Urteils überdeckt. Er schrieb, wie einmal gesagt wurde, historische Politik, während Ranke politische Geschichte schrieb.“ Wenn wir heute das Geschichtsbild Treitschkes als einseitig bezeichnen, so müssen wir hinzusetzen, daß es durch eine großartige Einseitigkeit gekennzeichnet ist und niemals das Ethos der Wahrheitssuche verlassen hat.

Das Werk Treitschkes beschäftigt heute noch die Wissenschaftsgeschichte. Ein Gelehrter wie der soeben genannte H. VON SRBIK, der profilierte Vertreter einer Österreich besonders berücksichtigenden Geschichtsbetrachtung des 19. Jhs., hat in einem langen Abschnitt über Treitschke²⁾ eine gerechte Würdigung seines großen, lange vor ihm lebenden Gegners gefunden, wenn er ihn kennzeichnet als den „leidenschaftlichen Kämpfer für den nationalen deutschen Staat preußischer Führung“ (S. 9) und den „jüngsten und größten der ‚kleindeutschen‘ Historiker des zweiten Deutschen Reiches“ (S. 385). W. BUSSMANN³⁾ und G. FRANZ⁴⁾ haben über Treitschke geschrieben bzw. biographisch-bibliographische Orientierungen vorgelegt, und jüngst hat man auch in ostzonaler Beleuchtung — in einem mir noch nicht bekannt gewordenen Buch — über ihn gehandelt⁵⁾.

Die Briefe Treitschkes sind in drei umfangreichen Bänden herausgegeben worden von MAX CORNICELIUS (1912—1920). Diese Sammlung wurde ergänzt von WILLY ANDREAS, *Briefe Heinrich von Treitschkes an Historiker und Politiker vom Oberrhein* (Schriftenreihe der *Preußischen Jahrbücher*, Nr. 23), Berlin 1934.

Der erste der in Gießen aufbewahrten und bisher noch nicht veröffentlichten Treitschke-Briefe stammt vom 27. 9. 1870. Aus der unmittelbar vorausgehenden Zeit sind die folgenden Briefe bekannt: an Graf Bismarck (8. 9. 1870), an Wilhelm Maurenbrecher (19. 9. 1870) und an Frau von Treitschke (22. 9. 1870) = CORNICELIUS III/1, S. 287 ff. Das nächste auf den nunmehr vorzulegenden Brief folgende Schreiben stammt aber erst vom 8. 11. 1870 (an Salomon Hirzel) = CORNICELIUS III/1, S. 290 f. — Auch der zweite Gießener Brief bietet eine erwünschte Ergänzung. Er ist datiert am 21. 2. 1873 und füllt die Lücke zwischen den Briefen an Fräulein Lotte Hege-
wisch vom 28. 1. 1873 (CORNICELIUS III/2, S. 362) und an den Mini-

²⁾ DERS., *Geist und Geschichte* I, S. 385—398.

³⁾ W. BUSSMANN, *Treitschke, sein Welt- und Geschichtsbild*, 1952; *Treitschke als Politiker*, in: *Hist. Zeitschr.* 177, 1954, S. 249—279.

⁴⁾ G. FRANZ in: *Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte*, hrsg. von H. RÜSSLER und G. FRANZ, 1952, S. 850 f.; dort und bei SRBIK I, S. 428 f. (Anm. 32 ff.) weitere Detailliteratur.

⁵⁾ H. SCHLEIER, *Sybel und Treitschke, Antidemokratismus und Militarismus im historisch-politischen Denken großbourgoiser Geschichtsideologen* (Schr. d. Inst. f. Gesch., Reihe I), Berlin 1965.

ster Julius Jolly vom 25. 2. 1873 (ANDREAS, S. 28) bzw. an Wilhelm Nokk vom 26. 2. 1873 (CORNICELIUS, a. a. O., S. 362 f.).

Im Gegensatz zu dem Lebenswerk Heinrich von Treitschkes ist der Name des Historikers Wilhelm Oncken (1838—1905) in unserer Gegenwart verblichen, in der Wissenschaft aber noch nicht vergessen. Nach seinem Studium in Heidelberg — seiner Geburtsstadt —, in Göttingen und Berlin wurde er 1862 als Schüler des Historikers LUDWIG HÄUSSER Privatdozent und 1866 a. o. Professor der Geschichte. Seit 1867 wirkte er zusammen mit Treitschke, der die Nachfolge von HÄUSSER angetreten hatte und in dem jungen Oncken zwar einen nationalen Gesinnungsgenossen fand, ihn im übrigen aber in einem Brief an FRANZ OVERBECK als dessen „Musterknaben“ nicht gerade günstig beurteilte⁶⁾. Oncken wurde am 8. 1. 1870 als ordentlicher Professor an die Universität Gießen berufen, wo er sich schnell eine geachtete Stellung erwarb und bis zu seinem Tode wirkte. Ein großer Gedenkstein an der Ostmauer des Alten Friedhofs in Gießen erinnert noch heute an den Gelehrten, der bereits 1873 als Abgeordneter der Stadt in den Landtag geschickt wurde. Als Forscher hatte sich Oncken von der Alten Geschichte⁷⁾ immer stärker der neueren Geschichte zugewandt, die er in Gießen — insbesondere seit im Jahr 1875 eine Professur für Mittlere Geschichte eingerichtet war, deren erster Inhaber P. TH. G. SCHEFFER-BOICHORST wurde, und 1876 das Historische Seminar ins Leben gerufen wurde — in späteren Jahren ausschließlich vertrat. Beinahe weltbekannt wurde er nicht nur als rühriger Herausgeber der *Allgemeinen Geschichte in Einzeldarstellungen* (1879—1894), sondern auch durch seine gewichtigen, allerdings bald teilweise überholten Darstellungen in dieser Reihe über *Das Zeitalter Friedrichs des Großen* (2 Bde., 1880—1881) und *Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege* (2 Bde., 1885—1887). In weiten Kreisen fand vorübergehend sein Werk *Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm* Anklang (1890—1892), das jedoch durch reichlich viel Zeitkolorit gekennzeichnet ist. Ähnliches gilt für seine letzte größere Veröffentlichung, eine unter dem Titel *Unser Heldenkaiser* von ihm herausgegebene Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. (gest. 1888), die nach drei Jahren, d. h. im Jahr 1900, bereits 18 Auflagen erreicht hatte. In diesem Buch hat er (S. 158 f.) auch Treitschke, der inzwischen verstorben war, abgebildet und dessen publizistische Wirksamkeit im Jahre 1870 geschildert; er hat dies, wie wir nunmehr in Auswertung des ersten Gießener Briefes sagen dürfen, nicht ohne sehr persönliche Rückerinnerung getan: „In diesen Tagen . . . erhob in Süddeutschland ein norddeutscher Gelehrter seine Stimme, um seines Volkes gezeitigte Wandlung als Dichter zu preisen mit einem Jubellied. Es war Heinrich von Treitschke, den Deutschland kannte seit dem Leipziger Turnfest vom 5. August 1863

⁶⁾ CORNICELIUS, *Briefe Treitschkes* III/1, S. 179, 244.

⁷⁾ W. ONCKEN, *Athen und Hellas*, 2 Bde., 1865—1866; *Die Staatslehre des Aristoteles*, 2 Teile, 1870—1875, um nur das Wichtigste zu nennen.

als einen Vaterlandsredner von Gottes Gnaden, wie Deutschland seit Fichte ihn nicht mehr gehabt ... Als akademischer Lehrer der deutschen Geschichte an der Universität Heidelberg ... und als Leiter der ‚Preußischen Jahrbücher‘ war er unter den redenden und schreibenden Staatsmännern das, was Bismarck unter den regierenden war.“ Der deutliche Überschwang der Diktion ist teilweise aus der damaligen Zeit erklärbar, deren Menschen im übrigen von den zahlreichen Vorträgen, die Oncken in vielen deutschen Städten hielt, begeistert waren. Daß Oncken früh schon als politischer Publizist hervorgetreten war, erweist gerade der erste Gießener Brief von 1870; so ist es auch nicht verwunderlich, daß er von 1874—1877 dem Deutschen Reichstag als nationalliberaler Abgeordneter angehörte.

Dem Gesamtwerk Onckens fehlt es nicht an der Weite des Blickfeldes, der Exaktheit historischen Fragens und Forschens und an zeitgemäßer Darstellungsfrische. So gehört er immerhin zu den markanten, wenn auch nicht zu den großen Gestalten der Historikergeneration um Treitschke⁸⁾. Trotz des persönlichen Kontakts in Heidelberg während der Jahre 1867—1870 waren die beiden Historiker doch von sehr unterschiedlicher Prägung.

Zur sachlichen Einführung in den ersten Brief genügt der Hinweis darauf, daß Oncken wohl im Sommer 1870, also wenige Monate, nachdem er Heidelberg verlassen hatte, von Gießen aus an Treitschke ein Manuskript mit der wahrscheinlichen Bitte um Vermittlung einer Drucklegungsmöglichkeit an geeigneter Stelle geschickt hatte.

Für den zweiten Brief (1873) ergibt sich ein ähnlicher Anlaß. Oncken mochte dabei Treitschke gleichzeitig davon berichtet haben,

⁸⁾ Über Oncken findet man einige Angaben zunächst von einem ungenannten Verf. in dem Werk *Geistiges Deutschland*, Berlin 1902 — mit Photo — und sodann nach seinem Ableben an den folgenden Stellen: A. FOURNIER, *Wilhelm Oncken*, in: *Neue Freie Presse*, Wien, v. 17. 8. 1905 (darin: „Oncken war eine eigenartige Persönlichkeit von reicher Begabung, die ihren besonderen Weg ging und der etwas mehr geordnete Konzentration sicher noch zu größeren Erfolgen verholfen haben würde als sie durch die Popularität seines Namens markiert erscheinen“). R. SCHMITT, *Wilh. Oncken*, in: *Hist. Vierteljahrsschr.* VIII, 1905, S. 582 f. (darin: „es bleibt erstaunlich, was er leisten konnte“). J. HALLER, W. O., in: *Biographisches Jahrbuch* X, 1907, S. 253—255 (darin: „In seiner Schreibweise verleugnet O. nirgends den Jünger der Schlosser-Häusserschen Schule, deren bevorzugtes Mittel das Pathos, und deren Absicht die Weckung des Enthusiasmus ist“). Dozentenverzeichnis in der *Festschrift der Univ. Gießen* 1907, I, S. 447 f. H. G. GUNDEL, *Die Geschichtswissenschaft an der Universität Gießen im 20. Jahrhundert*, in: *Festschr. z. 350-Jahr-Feier der Univ. Gießen*, 1957, S. 227 f. HELENE ONCKEN, *Erinnerungen an W. O.*, in: *Gießener Familienblätter* (Unterhaltungsbeilage zum *Gießener Anzeiger* v. 11. 8. 1925, S. 253). E. MEYER, *Berühmte Angehörige der Ludwigs-Universität*, in: *Hessische Heimat* (Beilage zur *Gießener Freien Presse*) vom 20. 1. 1962, S. 6 f. (über die Gedenktafel, die an Onckens Wohnhaus in Gießen, Ecke Südanlage/Goethestraße, angebracht war — sie ist dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen —). Ein Photo zeigt Oncken in höherem Alter im Garten seines Hauses: K. GLÖCKNER, *Gießen 1248—1948*, Gießen 1948, S. 57 (vom Herausgeber in den dort abgedruckten Beitrag von LEO ROSENBERG, *Die Universität Gießen 1607—1928*, eingeschaltet, in dem Oncken zwar genannt, aber nicht abgebildet war).

daß er einen an ihn ergangenen Ruf an die Universität Königsberg abgelehnt habe, um in Gießen zu bleiben.

I. Brief

An Wilhelm Oncken

Heidelberg, 27/9 70

Gehrter Herr College,
vielen Dank für Ihre Sendung. Nur unterschätzen Sie leider meinen Einfluß auf die Presse. Die Zeitungen sind wohl dann und wann einem ehrlichen Worte, das ich wagte, gefolgt, doch immer unter dem Vorbehalt auf mich persönlich zu schimpfen. Außer den Jahrb. und den Grenzboten giebt es kein norddeutsches Blatt, das mir was zu Gefallen thäte. Die Köln.Ztg. hat mehrere Besprechungen meines Aufsatzes zurückgewiesen, die ihr von alten*) Mitarbeitern zukamen; sie denkt nach ihrer feigen Art nur noch daran das Zartgefühl der Franzosen zu schonen, und so hat leider jedes Blatt sein Steckenpferd. Die süddeutsche Presse hält sich augen- / blicklich patriotischer. Danach begreifen Sie wohl, daß ich mit Ihrem unumwundenen Worte Unglück hatte. Mir blieb zuletzt nur übrig, die Arbeit an Wehrenpfennig zu senden; der hat sie, da alle uns zugänglichen Blätter aus Ängstlichkeit ablehnten, in der Magdeburger Ztg. untergebracht. Ein gutes und vielgelesenes Blatt, aber leider nur ein Provinzialblatt. Also nochmals vielen Dank und verzeihen Sie, daß meine Macht so gering ist. — Sie wissen wohl schon, daß Bismarck, aus Rücksicht auf Baierns Gefühle, ein „Reichsland“ einrichten will. Meint er damit nur ein Provisorium, so läßt sich wenig dawider sagen; soll der Zustand aber / dauern, so läuft alles darauf hinaus, daß wir einen neuen Kleinstaat unter einem halbsouveränen Straßburger Landtage gründen. Auf diese Gefahr muß man hinweisen. Ich bin auch überzeugt, daß Bismarck einen solchen Unsinn nicht will. Er will offenbar erst mit Baiern fertig werden; nachher soll der Reichstag ihn drängen, das Provisorium zu beenden und die Lande in den preußischen Staat einzuverleiben. Seine Haltung den Franzosen gegenüber ist wieder ganz bewunderungswürdig, er wird auch in der elsasser Frage sich nicht verleugnen.

Mit den besten Grüßen

Ihr
Treitschke

Anmerkungen zu I

„Sendung“: Um welches Manuskript Onckens es sich dabei handelte, habe ich noch nicht klären können. Die Personalakten Oncken, aus denen dies vielleicht erkannt werden könnte, sind im Gießener Universitätsarchiv nicht aufzufinden. Der Jahrgang 1870 der *Magdeburger Zeitung* aber stand mir nicht zur Kontrolle zur Verfügung.

*) Die in den Briefen gesperrt gedruckten Wörter sind im Original unterstrichen.

„Jahrbücher“: Es handelt sich um die *Preußischen Jahrbücher*, die 1858 von R. HAYM begründet worden waren, in denen Treitschke zahlreiche Essays über Dichter und Staatsmänner veröffentlicht hatte, die dann gesammelt in den *Historisch-politischen Aufsätzen* (4 Bde., 1865—1897) erschienen. Später standen die *Jahrbücher* unter der Leitung von H. von Treitschke, dann von HANS DELBRÜCK u. a.; 1935 wurde mit Bd. 239/40 ihr Erscheinen eingestellt.

„Grenzboten“: Die *Grenzboten*, eine Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, waren 1841 in Brüssel von J. KURANDA gegründet worden und erschienen seit 1848 in Leipzig. G. FREYTAG war bis 1870 in ihrer Schriftleitung tätig; sie sind 1923 eingegangen.

„Kölnische Zeitung“: Alte angesehene Zeitung, seit 1802 im Verlag Du Mont-Schauberg, durch JOSEPH DU MONT zum Weltblatt ausgebaut, liberale Tendenz.

„Aufsatz“: Es handelt sich wohl um die Arbeit, die Treitschke am 30. 8. 1870 unter dem Titel *Was fordern wir von Frankreich?* in den *Preußischen Jahrbüchern* veröffentlicht hatte. In ihm hatte er die Rückgabe von Elsaß-Lothringen, dem Land der Erwin von Steinbach und Sebastian Brant, an Deutschland gefordert und packende Formulierungen gefunden: „Heraus mit dem Raube, heraus mit Elsaß-Lothringen“ ... „die Stunde drängt, eine wunderbare Gnade des Geschicks reicht uns schon in der Morgendämmerung der deutschen Einheit einen Kranz hernieder, den wir kaum im hellen Morgenglanze des deutschen Reiches zu erobern dachten“ (vgl. H. VON PETERSDORF, *Treitschke*, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* 55, 1909, S. 292). Ein Exemplar dieses Aufsatzes schickte Treitschke am 8. 9. 1870 an Bismarck mit einem Begleitschreiben (CORNICELIUS III/1, S. 287), aus dem folgende Sätze auch für diesen Zusammenhang höchst instruktiv sind: „Nicht die darin entwickelten Gesichtspunkte sind es, die ich Ihnen empfehle; denn daß Preußen allein die Kraft besitzt die deutschen Provinzen Frankreichs wieder zu germanisieren liegt ja auf flacher Hand. Wohl aber wünsche ich die Aufmerksamkeit preußischer Leser zu richten auf eine im Norden allzu wenig beachtete Thatsache, auf die Thatsache, daß alle vernünftigen Männer im Süden das Elsaß in Preußens Händen zu sehen wünschen.“

„Wehrenpfennig“: WILHELM W., preußischer Beamter und Publizist (geb. 1829), war seit 1863 Schriftleiter der *Preußischen Jahrbücher*, die er 1867—1883 unter Mitarbeit von H. v. Treitschke herausgab. 1872—1873 war er Chefredakteur der *Spenerschen Zeitung*. Abgeordneter war er im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag (Nationalliberaler). Später wirkte er als Geh. Oberregierungsrat im Unterrichtsministerium in Berlin (vgl. z. B. Brockhaus von 1887, Bd. XVI).

„Baierns Gefühle“: „Die diplomatische Taktik, die Bismarck gegenüber den süddeutschen Bundesgenossen und besonders gegenüber dem größten unter ihnen anwandte, zielte darauf hin, jeden direkten Zwang und jede unmittelbare Pression zu vermeiden. Er zog es vor, mit Hilfe des indirekten Zwanges der unaufhaltsamen nationalen Entwicklung, aber vor allem auch mit den Mitteln seiner überlegenen Kabinettpolitik zum Ziele zu gelangen“: W. BUSSMANN, *Das Zeitalter Bismarcks*, 1956, S. 124 f. Bismarck ließ am 13. Sept. 1870 durch R. DELBRÜCK in Reims eine Denkschrift über die künftige deutsche Verfassung ausarbeiten, und DELBRÜCK hielt sich vom 22.—27. Sept. zur Beobachtung in München auf; vgl. TH. SCHIEDER bei B. GEBHARDT, *Handbuch d. deutschen Gesch.* III, 8. Aufl. 1960, S. 185. Zu Treitschkes Auffassung s. E. LEIPPRAND, *Heinrich von Treitschke im deutschen Geistesleben des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1935, S. 103.

„Reichsland“: Elsaß-Lothringen. Diese Gedanken beschäftigten Treitschke ganz zweifellos im Anschluß an seinen Aufsatz vom 30. August *Was fordern wir von Frankreich* und in den Tagen, als er den Aufsatz *Friedenshoffnungen* schrieb (s. *Deutsche Kämpfe*, S. 328—340), außerordentlich. Den Beweis und zugleich den Kommentar zu dem Brief an Oncken gibt ein Brief Treitschkes an Nokk vom 20. 9. (CORNICELIUS III/1, S. 289, Anm. 2): „Ich fürchte leider, man wird den absurden Ansprüchen Baierns nur zu viel nachgeben. Auch in Sachen des Elsaß hat die Halbheit gesiegt, wie mir Busch aus dem Hauptquartier schreibt: man will wirklich ein reichsunmittelbares ‚Vorland‘ bilden. Das wäre

für den Augenblick sehr bequem, Baierns wegen, doch für die Zukunft hochbedenklich. Die unglücklichen Menschen müssen heraus aus ihrem Sonderleben; nicht in Straßburg, sondern in Berlin muß ihr Landtag sein (im Ländle selbst nur ein Provinciallandtag), sonst bildet sich dort eine neue halbfranzösische und halbrepublikanische Kleinstaateri. So lang es noch Zeit werde ich diese Bedenken geltend machen und betonen, daß der Vorlandsgedanke nur als ein kurzes Provisorium haltbar ist."

"Haltung den Franzosen gegenüber": Es kann sich nur darum handeln, daß Bismarck in diesen Wochen nach der Schlacht bei Sedan (in der Treitschkes Bruder schwer verwundet worden war) auf ein friedensberechtigtes Frankreich wartete; am 13. und 16. Sept. hatte er in Runderlassen die deutschen Friedensbedingungen formuliert, in denen er „materielle Bürgschaften“ forderte, „wie er sie in besseren Grenzen und der Besitzergreifung der Festungen sieht, ‚mit denen Frankreich uns bedroht‘ und die ‚als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen‘ seien“, TH. SCHIEDER in *GEHARDTS Handbuch d. deutschen Gesch.* III, 1960, S. 185. Mag das Ergebnis auch mit den Forderungen der Kreise um Treitschke identisch gewesen sein, so sind doch die vorwiegend militärisch bestimmten Motive Bismarcks bei diesen Forderungen völlig andersartig gewesen; vgl. W. BUSSMANN, *Das Zeitalter Bismarcks*, 1956, S. 120.

II. Brief

An Wilhelm Oncken

H(ei)d(e)l(b(er))g 21/2 73

Lieber Herr College,

so gerne ich Sie in Preußen wirken sähe, so lieb ist mir's doch, daß Sie diesmal ablehnten. Sie hätten in Kgsbg wahrscheinlich unfreundlichen Empfang gefunden. Die Fakultät hatte solo loco meinen Freund Gutschmid vorgeschlagen. Olshausen setzte sich ohne Weiteres darüber hinweg, denn als Holste mag er Kiel nicht schädigen und überdies grollt er Gutschmid als einem alten tapferen Feinde der Augustenburger. G. hat mir nochmals sehr entrüstet darüber geschrieben; ich wollte Ihnen aber nichts sagen, weil ich alle die Zwischenträgerien hasse, die sich an Berufungen anzuschließen pflegen. Jetzt, da alles / sich so glücklich gelöst hat, kann ich Ihnen den Hergang, von dem Sie sicher nichts wußten, schon mittheilen. Also viel Glück zu dem Gießener Wirkungskreise; ich habe schon von verschiedenen Seiten gehört, wie fruchtbar er unter Ihren Händen geworden ist. —

Ihre freundliche Anfrage hab' ich sogleich dem Verleger mitgetheilt und empfohlen; ich bin aber in Sorge wegen der Antwort. Reimer ist höchst ehrenwerth, aber entsetzlich schwerfällig, er thut leider gar nichts für die Verbreitung des Blatts und für die erlaubte Reclame. Ueberhaupt machen / mir die Jahrbb. jetzt große Sorge. Wehrenpfennig ist unersetzlich; überdies läßt sich ein solches persönliches Vertrauensverhältniß, wie es zwischen ihm und mir bestand, nicht sogleich mit einem Dritten herstellen. Unsere Leser müssen etwas Geduld haben, bis der neue Redacteur sich eingearbeitet hat. Sobald Reimer geantwortet, schreib' ich wieder. Mit bestem Gruß

der Ihrige
Treitschke

Anmerkungen zu II

Datum 21. 2. 73: Treitschke hatte offensichtlich das Ministerialschreiben vom 20. 2. 1873, durch das ihm der Ruf an die Universität Berlin übermittelt worden ist, noch nicht erhalten. Er war am 3. 1. 1873 von der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin vorgeschlagen worden, nachdem LEOPOLD VON RANKE im Herbst 1872 seine amtliche Lehrtätigkeit eingestellt hatte; vgl. H. von PETERSDORF, *Allg. Deutsche Biogr.* 55, S. 295. Der nächste bzw. übernächste bekannte Brief Treitschkes — an Nokk vom 26. 2. 73 (CORNICELIUS III/2, S. 362 f.) — zeigt ganz eindeutig die Reaktion auf dieses für Treitschkes weiteres Leben und Wirken hochbedeutsame Ereignis; vgl. CORNICELIUS III/2, S. 310 f.

„Königsberg“: Einzelheiten über den Ruf, den Oncken (1872 wohl) an die Universität Königsberg erhalten hatte, waren mir zunächst aus anderen Quellen nicht bekannt geworden, ja nicht einmal das Faktum des Rufes konnte irgendwo nachgewiesen werden. Da fand ich im Nachlaß Onckens in der Universitätsbibliothek Gießen (HS 139/100) einen Brief Onckens an seine Mutter vom 30. 1. 1873. Er gibt in erwünschter Weise Aufschluß über die Zusammenhänge aus der Sicht Onckens und stellt zugleich ein sehr persönliches Zeugnis Onckens dar; er wird daher im Anhang unter Nr. 2 erstmals abgedruckt. — Unter den Motiven, die Oncken als Süddeutschen — mochten seine Vorfahren auch aus Oldenburg stammen — veranlaßt haben, den Ruf abzulehnen und in Gießen zu bleiben, mag auch die Tatsache von gewisser Bedeutung gewesen sein, daß Oncken 1872 in Gießen ein Haus gekauft hatte; zudem hatte er in seiner Lehrtätigkeit offensichtlich Erfolge und Anerkennung. Zu diesen beiden Punkten gibt ein weiterer bisher unveröffentlichter Brief Onckens an seine Mutter vom 15. 4. 1872 einen aufschlußreichen Kommentar, vgl. Anhang Nr. 1.

„Gutschmid“: ALFRED FREIHERR VON GUTSCHMID (1831—1887) Historiker und Orientalist, wirkte zuletzt in Tübingen als Professor, vgl. F. RÜHL in der *Allg. Deutschen Biographie* 49, S. 646—652. Treitschke war mit G. eng befreundet; während ihres Studiums in Bonn 1851 bewohnten sie gemeinsam ein Zimmer (vgl. TH. SCHIEMANN, *Heinrich von Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834 bis 1867*, 1898, S. 47), ohne daß sich jedoch GUTSCHMID dazu entschließen konnte, mit Treitschke im Februar 1852 in die Frankonia einzutreten; SCHIEMANN, S. 57: „Mit Ausnahme von Gutschmid gehörten alle seine Freunde dieser Verbindung an, und er empfand ganz richtig, daß er eine schiefe Stellung einnehme, wenn er mit einer Verbindung umging, von der er nicht lassen wollte, ohne doch Mitglied zu sein.“ — GUTSCHMID ging 1873 von Kiel nach Königsberg.

„Olshausen“ (gest. 1882): der damals für die Universitäten zuständige Dezernent im Preußischen Kultusministerium, wo er seit 1858 wirkte. Zuvor war er als Orientalist o. Prof. in Kiel und seit 1853 in Königsberg (Vorname: Justus). Er war ein Vetter von DROYSEN.

„Augustenburger“: Zweig des oldenburgisch-dänischen Herrscherhauses. Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg hatte 1863 nach dem Tod des dänischen Königs Friedrich VII., durch den die schleswig-holsteinische Frage wieder akut wurde, die Regierung in Schleswig-Holstein angetreten. Er wurde gestützt von deutschen Kleinstaaten und großen Teilen der öffentlichen Meinung. Der dänische Krieg von 1864 hatte dann zur Ausschaltung des Augustenburgers geführt.

„wie fruchtbar . . .“: Einen kleinen Beweis dafür bietet Oncken selbst im zweiten Teil seines im Anhang unter Nr. 1 mitgeteilten Briefes an seine Mutter. — Im übrigen hatte Treitschke seine oben zitierte Beurteilung des jungen Oncken mindestens z. T. geändert. Dies geht hervor aus einem Brief, den Treitschke am 30. 10. 1872 an Baumgarten geschrieben hat und in dem es heißt: „Solche Artikel kann ein geschickter Mann wie Oncken ebenso gut und besser machen, da er schneller schreibt.“ ANDREAS, 1934, S. 27.

„Reimer“: Verleger DIETRICH REIMER (1818—1899) in Berlin.

„Jahrbücher“: *Preußische Jahrbücher*, vgl. Anm. zu I.

„Wehrenpfennig“: Bis 1872 Redakteur der *Preuß. Jahrbücher*, vgl. Anm. zu I. Am 1. 7. 1874 übernahm er erneut die Schriftleitung, vgl. CORNICELIUS III/2, S. 310.

Die beiden hier vorgelegten Briefe Treitschkes an Wilhelm Oncken aus den Jahren 1870 und 1873 bilden eine Ergänzung der bisher zugänglichen Treitschke-Korrespondenz. Sie bestätigen die von M. CORNICELIUS⁹⁾ formulierte Feststellung, „daß er, dem ‚Heuchelei die hassenswürdigste der Sünden‘ war, sich ganz so gibt, wie er im Augenblick des Schreibens fühlt und denkt, daß seine Briefe immer geworden, nie gemacht sind, kann keinem ihrer Leser entgehen“. Sie lassen zugleich die Erinnerung an W. Oncken wieder aufleben, der im politischen und vor allem im geistigen Leben der Stadt Gießen im ausgehenden 19. Jh. eine bedeutende Stellung einnahm und unter dessen Aegide nicht nur der Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte 1875 eingerichtet und das Historische Seminar 1876¹⁰⁾ begründet wurde, sondern auch die Alte Geschichte mit ERNST KORNEMANN als Privatdozent seit 1898¹¹⁾ ihren ersten Fachvertreter an der alma mater Ludoviciana fand.

Anhang

Einige Briefe von Wilhelm Oncken aus den Jahren 1874—1877, die vorwiegend von seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter berichten, und einer aus dem Jahr 1897 sind von seiner Tochter Helene Oncken 1925 in dem Aufsatz *Erinnerungen an Wilhelm Oncken* zur 20. Wiederkehr seines Todestages am 11. August veröffentlicht worden¹²⁾.

In dem erwähnten Nachlaß Onckens (HS 139/100) befinden sich außer zahlreichen Briefen von Gelehrten an Oncken¹³⁾ auch viele

⁹⁾ *Briefe Treitschkes* I, 1912, S. VI.

¹⁰⁾ Es war das erste Seminar, das seit der Gründung des (klassisch-)philologischen Seminars im Jahre 1812 in der Philosophischen Fakultät neu eingerichtet worden ist, vgl. *Festschr. d. Univ. Gießen*, 1957, S. 225.

¹¹⁾ Vgl. H. GUNDEL, *Charisteria, Festschrift zum 350jährigen Bestehen des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums Gießen*, 1955, S. 73 ff.

¹²⁾ *Gießener Familienblätter, Unterhaltungsbeilage zum Gießener Anzeiger*, 1925, Nr. 64 vom 11. 8. 1925, S. 253—255, und Nr. 65 vom 15. 8. 1925, S. 257—259.

¹³⁾ Viele von ihnen sind wissenschaftsgeschichtlich interessant! Aus dem hier behandelten Zeitraum 1870—1873 nenne ich (in chronologischer Reihenfolge) die folgenden Absender: A. RIESE, Frankfurt 8. 6. 1870; O. KELLER, 29. 11. 1870; F. NIPPOLD (ev. Theologe), Heidelberg 24. 12. 1870 (darin: „Treitschke ist trotz des Verlustes seines Bruders ganz wohlauf — wir trafen uns neulich...“); R. FREIHERR VON LILIENCRON (Schriftleiter der ADB), 24. 8. 1871; E. MARTIN (Germanist und Romanist), 3. 2. und 5. 5. 1872; A. HAUSRATH (Kirchenhistoriker), Heidelberg 24. 5. 1872; A. BERGSTRAESSER (Verleger und Politiker), Darmstadt 23. 9. 1872; H. HELMHOLTZ (Physiologe), Berlin 1. 12. 1872; E. ZELLER (Philosoph), Berlin 1. 12. 1872; W. IHNE (Historiker), Heidelberg 15. 5. 1873; W. WUNDT (Philosoph), Heidelberg 14. 6. 1873; G. PERROT, Paris 6. 7. 1873; L. LANGE (Klass. Philologe, Leipzig, früher Gießen), 9. 6. und 21. 7. 1873; J. K. BLUNTSCHLI (Jurist), Karlsruhe 10. 12. 1873. Ich füge noch bei die Hinweise auf die Briefe von W. WATTENBACH, Berlin 13. 2. 1874; G. WAITZ, Göttingen 29. 3. 1874; R. A. LIPSIUS, Jena 6. 4. 1874, und E. LÜBBERT (klass. Philologe, Kiel, früher Gießen), 5. 7. 1874. — Hingewiesen sei darauf, daß sich in der Korrespondenz (HS 139/101) auch ein Brief von TH. MOMMSEN aus dem Jahre 1868 befindet.

Familienbriefe Onckens, von denen zwei im Zusammenhang mit den mitgetheilten Treitschke-Briefen hier vorgelegt zu werden verdienen. Sie bieten überdies nicht uninteressante Einblicke in Gießener Verhältnisse nach 1870.

1. Brief

Oncken an seine Mutter

Giessen 15. April 1872

...

Für uns hat gestern eine ereignisreiche Woche abgeschlossen. Sonntag vor acht Tagen, also gerade am Tage nach Eurer Abreise, bin ich — was meinst Du wohl? — *Hauseigentümer* geworden! Bedroht mit dem Schicksal aller hiesigen Miether durch plötzlichen Verkauf meiner jetzigen Wohnung obdachlos zu werden, habe ich mich rasch entschlossen, das Einzige zu thun, was mich unbedingt sicher stellen konnte.

Ich habe mit Hilfe meiner Schwiegermutter eines der größten und schönsten Häuser auf der neuen Anlage, dasjenige in dem Prof. Hoffmann parterre wohnt — Anatomie Beamter — sammt Garten für 35,000 fl. an mich gebracht und damit das Recht erworben, die Beletage, die schon auf 6 Jahre anderweitig vermietet war, nun selbst zu bewohnen.

Das Haus rentiert vollständig bei Heller und Pfennig und würde, falls ich fortgerufen werden sollte, sogleich wieder mit Vortheil verkäuflich sein, da es in der besten und gesuchtesten Lage der Stadt belegen ist. Es hat den besonderen Vortheil, daß sich im obersten Stock zwei kleine Familienwohnungen befinden, von denen Dir, falls Du zu uns ziehen wolltest, eine zur Verfügung stünde, während die andere auch nach Abzug eines Fremdenzimmers für unseren Gebrauch, vermietbar bleibt. Die Hälfte des Kaufpreises bleibt als Hypothek stehen. Von der anderen Hälfte zahlt meine Schwiegermutter 10,000 fl. baar, so daß ich bloß 7,500 fl. von meinem Vermögen herzugeben habe, d. h. ungefähr soviel als ich in zwei Jahren als Überschuss auf Zinsen gelegt haben würde. Die Wohnung, die wir nun erhalten, ist eine der schönsten in ganz Giessen und wir alle freuen uns darauf sie im Laufe des Sommers zu beziehen. Der Hauskauf ist Eines.

Das Andre ist eine ganz seltene Auszeichnung die mir gestern widerfahren ist und auch ich nur das Eine bedaure, daß Ihr nicht dabei wart. Gestern gegen 12 Uhr erschien bei mir eine Abordnung meiner Zuhörer reiferen Alters die mir als Anerkennung für meine Wirksamkeit als Geschichtsprofessor zwei kostbare in prachtvollen Goldrahmen gefaßte Stahlstiche: Kaulbachs „Reformation“ und desselben „Homer und die Griechen“ mit zwei allerliebsten Blumenvasen zum Geschenke machten. Ist das nicht reizend? Ich war wie aus den Wolken gefallen, als ich aus dem Garten in meinen Salon

kam und hier mit einer feierlichen Anrede begrüßt der sinnig aufgestellten Geschenke ansichtig ward. . . .

Anmerkungen zu 1

„Prof. Hoffmann“: KARL ERNST EMIL HOFFMANN (1827—1877), Mediziner, in Gießen a. o. Prof. der Anatomie seit 1864 und amtlich als Prosektor (1863—1872) tätig. 1872 folgte er einem Ruf als o. Prof. der Anatomie nach Basel, wo er bereits 1877 starb. Dozentenverzeichnis in der *Festschrift der Univ. Gießen*, 1907, I, S. 433.

„Haus“: Ecke Südanlage/Goethestraße, gegenüber der erst später erbauten Johanneskirche; es wurde 1944 durch Bomben zerstört. — Über das Grundstück erfahren wir Einzelheiten durch einen kurzen Bericht im *Gießener Anzeiger* etwa aus dem Jahr 1924, der sich als Ausschnitt bei den Briefen Onckens findet: „Ein interessanter Besitzwechsel. Die ehemalige Professor Onckensche Besitzung, Goethestraße 18, an der Ecke der Südanlage, ging in andere Hände über. Die Hofreite erstreckte sich noch vor 25 Jahren“ (also um 1900) „von der Südanlage bis an das Ufer der Wieseck. Damals wurden von dem parkartigen Garten nach der Wieseck zu zwei Bauplätze abgetrennt, an den Schreinermeister E. H. Müller verkauft, der darauf zwei Wohnhäuser errichtete. Vor einigen Wochen haben die Erben Onckens an Medizinalrat Dr. Szubinski einen weiteren Bauplatz in einer Straßenlänge von ca. 33 Meter verkauft, auf welchem, nach Plänen des Architekten Baurat Hans Meyer ein Wohnhaus erbaut wird. Vor einigen Tagen hat ferner der Kaufmann Heinrich Böhringer in Gießen von dem Onckenschen Garten in einer Straßenlänge von ca. 25 Meter einen weiteren Bauplatz, an der Goethestraße gelegen, gekauft und wird nach erfolgter Baugenehmigung darauf ein Wohnhaus errichten. Das Onckensche Wohnhaus Ecke Goethestraße und Südanlage mit der Restparzelle des Gartens ging an Zahnarzt Dr. Baum über. Damit ist das ganze ehemalige Grundstück des verstorbenen Professor Oncken aufgeteilt und der bauliche Abschluß der Goethestraße zwischen Wieseckbrücke und Südanlage erreicht.“

2. Brief

Wilhelm Oncken an seine Mutter

Giessen 30 Jan 1873

Liebe Mama!

In aller Eile theile ich Dir mit, daß sich mein Schicksal gestern entschieden hat. Ich bleibe hier mit einer Zulage von 900 fl. Meine Besoldung beträgt jetzt 2800 fl. und gehört zu den höchsten an der ganzen Universität. Was sagst Du dazu? Ist das nicht herrlich? Ich betrachte den Ruf als eine sehr grosse Auszeichnung. Ich muss in erster Linie vorgeschlagen gewesen sein, denn noch habe ich nicht gehört, daß irgend Jemand anders nach Königsberg abgelehnt habe. Der Professor Nitzsch, der von dort nach Berlin gegangen ist und dessen Stelle ich einnehmen sollte, ist ein Mann ersten Ranges und dessen Nachfolger / hätte ich werden sollen, ohne daß ich bis zum Eintreffen des Rufes aus dem Ministerium auch nur die entfernteste Ahnung davon gehabt hatte! Meine Collegen waren geradezu bestürzt, als sie von dem Rufe hörten. Alle, selbst die, die nicht gegen meine Berufung gewesen waren, haben mir persönlich in der lebhaftesten Weise den Wunsch ausgedrückt, daß ich bleiben solle, sie

wüßten keinen Ersatz für mich. Ich aber habe keinen Augenblick geschwankt. Dies nordische Königsberg trotzdem es 530 Studenten hat liegt außerhalb der Welt, in der wir Süddeutsche uns wohl fühlen können. Zum Bleiben wäre / das doch keine Stelle für mich gewesen, wenn ich aber mein hiesiges Provisorium aufgebe, dann muß es zu Gunsten eines wirklichen Definitivums wie etwa Leipzig geschehen. Und daß ich dorthin einen Ruf erhalten sollte, ist sonderbarer Weise schon vorigen Herbst auf einer Versammlung der Kathedersocialisten in Eisenach von vielen Leuten erzählt und geglaubt worden. So Etwas ließ ich mir allerdings gefallen. Bis das aber kommt, ist es mir hier in Giessen gut genug.

.....

In aller Eile mit herzlichen Grüßen und Küssen für Euch alle

Dein treuer Sohn
Wilhelm.

Anmerkungen zu 2

„Nitsch“: KARL WILHELM NITSCH (1818—1880), klassischer Philologe und Althistoriker, lehrte seit 1862 als o. Prof. in Königsberg und folgte 1872 einem Ruf an die Universität Berlin, wo er bis zu seinem Tode wirkte.

„Eisenach“: Die Versammlung fand im Oktober 1872 statt. Hier gab man den Anschauungen der Kathedersozialisten — die Bezeichnung entstammt einer polemischen Broschüre von H. B. OPPENHEIM und kennzeichnete vorwiegend Professoren der Volkswirtschaft (u. a. SCHMOLLER, NASSE, BRENTANO), die sich in sozialer und fortschrittlicher (nicht aber in marxistischer) Weise für eine staatliche Förderung der Arbeiter einsetzten — erstmals einen deutlichen Ausdruck. Vgl. G. WITROCK, *Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872* (EBERINGS *Hist. Stud.* 350, Berlin 1939). Zur allgemeinen Lage vgl. W. BUSSMANN, *Das Zeitalter Bismarcks*, 1956, S. 179.

„bis das aber kommt...“: Natürlich könnte Oncken in späteren Jahren noch einmal einen Ruf nach auswärts erhalten haben (den er dann aber wie den nach Königsberg abgelehnt haben würde), aber irgendwelche Quellen darüber habe ich nicht ausfindig machen können. Auch in den Nekrologien auf W. Oncken, selbst in dem von J. HALLER verfaßten (vgl. o., Anm. 8), ist davon ebensowenig die Rede wie von dem Ruf nach Königsberg.

Bericht über die Hauptversammlung der Gießener Hochschulgesellschaft

am 16. Juni 1966 im Senatssaal der Justus Liebig-Universität

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht des Vorsitzenden
2. Rechnungsbericht des Schatzmeisters und Entlastung des Vorstandes
3. Satzungsänderung
4. Wahlen zum Vorstand
5. Verschiedenes

Der Vorsitzende der Gießener Hochschulgesellschaft, Prof. Dr. Dr. h. c. V. HORN, eröffnete um 16 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Mitglieder, besonders den Rektor der Justus Liebig-Universität, Magnifizenz Prof. Dr. KEPP, dem er für die Bereitstellung des Senatssaales dankte. Prof. HORN teilte mit, daß folgende Vorstandsmitglieder an der Teilnahme verhindert seien: Direktor DUMUR, Direktor KETTER, Direktor Dr. FREUND, Direktor BLEYER, Prof. Dr. ROLFES, Fabrikant RINN und Dr.-Ing. WITTE.

Der Vorsitzende teilte mit, daß die Einladungen zur Hauptversammlung persönlich und durch die Presse ordnungsgemäß ergangen sind, und stellte fest, daß gegen die Tagesordnung kein Einspruch erhoben wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Prof. HORN der seit der letzten Hauptversammlung verstorbenen Mitglieder:

Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. JULIUS HALLERVORDEN, em. o. Professor für Neuropathologie, Max-Planck-Institut für Hirnforschung Frankfurt am Main

Prof. Dr. HUGO KELLER, em. o. Professor für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde, Justus Liebig-Universität Gießen
ERNST LEHFELDT, Gießen

HANS BONE VON SCHWERIN, Landrat a. D., Bad Boll

Die Mitglieder erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Im Anschluß daran erstattete Prof. HORN den Geschäftsbericht. Danach haben seit der letzten Hauptversammlung — am 26. Mai 1965 — vier Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes und zwei Sitzungen des Gesamtvorstandes stattgefunden.

Auch in diesem Berichtsjahr ist die Hochschulgesellschaft von Freunden und Förderern der Universität mit **S p e n d e n** und **S t i f t u n g e n** bedacht worden, so sind u. a. folgende Beträge eingegangen:

Landeszentralbank, Frankfurt am Main	5 000,—	DM
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	5 000,—	DM
Landesgruppe Hessen VDEW, Darmstadt, für das Zoolog. Institut	12 500,—	DM
Schunk & Ebe, Heuchelheim	58 250,—	DM
davon an die Medizinische Fakultät	35 000,—	DM
davon an das I. Physikalische Institut	10 000,—	DM
davon an das Organisch-Chemische Institut	5 000,—	DM
davon für den „Ludwig-Schunk-Preis“ für Medizin	5 500,—	DM
davon für den „Röntgen-Preis“	2 750,—	DM
Firma Pfeiffer, Wetzlar, für den „Röntgen-Preis“	2 750,—	DM
Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt am Main-Höchst, zweckgebunden	3 500,—	DM

Siemens-Reiniger, Frankfurt am Main, zweckgebunden	1 000,— DM
Hess. Berg- und Hüttenwerke, Wetzlar, zweckgebunden	1 000,— DM
Spoerhase AG, Gießen, zweckgebunden	1 000,— DM
Hellige u. Co., Freiburg, zweckgebunden	1 000,— DM
Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke, Hannover	1 000,— DM
Firma Merck, Darmstadt, zweckgebunden	1 000,— DM
Firma Beckman, Instruments, München, zweckgebunden	1 000,— DM
Carl Zeiß, Oberkochen, zweckgebunden	2 000,— DM
Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, für verschiedene Institute	20 000,— DM
Firma Hermuth, Wiesloch, zweckgebunden	1 000,— DM
Firma Cyanamid, München-Pasing, zweckgebunden	2 000,— DM
Von sieben weiteren Firmen, zweckgebunden, insgesamt	3 810,— DM

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß daneben von einem Förderer der Universität ein kompletter naturwissenschaftlicher Lehrstuhl finanziert wird. Die Ausgaben hierfür sind mit einem erheblichen Betrag zu veranschlagen, so daß die Gesamtsumme der Zuwendungen annähernd einen Betrag von 200 000,— DM erreichen dürfte.

Prof. HORN betonte jedoch, daß die meisten der genannten Beträge bereits zweckgebunden für bestimmte Institute und Kliniken überwiesen werden, so daß sie in die Planung der Hochschulgesellschaft nicht einbezogen werden können. Für spezielle Aufgaben stehen der Hochschulgesellschaft nur die Einnahmen aus Beiträgen sowie die Zinsen aus dem Kapital und Spenden — soweit sie nicht zweckgebunden sind — zur Verfügung. Im übrigen werde der Schatzmeister Gelegenheit nehmen, in seinem Rechnungsbericht noch auf diese Spenden einzugehen. Dem Vorsitzenden aber obliege es, im Namen der Hochschulgesellschaft zu danken und zu versichern, daß jede Spende eine Hilfe für die Arbeit an der Alma mater darstelle.

Dank großzügiger Spenden konnten folgende Preise verteilt werden:

- Der „Ludwig-Schunk-Preis“ für Medizin
an Professor Dr. JUNG, Freiburg,
- der „Ludwig-Schunk-Preis“ für Veterinärmedizin
an Professor Dr. SCHÄFER, Max-Planck-Institut, Tübingen,
- der „Ludwig-Rinn-Preis“
an Dr. med. HANS ULLRICH SCHULZE, Gießen, und
an Dr. med. vet. HARTMUT PFROMMER, Tübingen.

Der Vorsitzende berichtete weiter, daß geschäftsführender Vorstand und Gesamtvorstand in ihren Sitzungen eine große Zahl von Beihilfeanträgen bearbeitet und Beihilfen bewilligt haben.

A. Für die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, Kongressen und dergl. erhielten:

Prof. Dr. MAHRUN (Int. Kolloquium für Mathematik in Weimar)	240,— DM
Prof. Dr. HEINRICH (Int. Germanistenkongreß in Amsterdam)	200,— DM
Frau Dr. POSPELOWA (Wissenschaftl. Symposium in Paris)	250,— DM
Herr SIEGFRIED BREITSPRECHER (Arbeitstagung am Mathematischen Institut in Bonn)	170,— DM
Ingenieur PREISSER, Mitarbeiter von Prof. SANDRITTER (Fachtagung „Stand und Entwicklung auf dem Gebiete der Elektronenröhren“)	100,— DM
Dozent Dr. STEPHAN (IV. Tschechoslowakische Bioklimatologische Konferenz in Brünn)	500,— DM
Prof. Dr. Dr. KEIL (Tagung der International Association for dental Research in Toronto)	400,— DM
Prof. Dr. BOERNER für 11 Angehörige des Mathematischen Instituts (Tagung der Mathematikervereinigung in Freiburg)	1 000,— DM
Prof. Dr. HESELHAUS (Germanistenkongreß in Amsterdam)	200,— DM

Prof. Dr. GLATHE als offizieller Vertreter der Justus Liebig-Universität (Int. Rektorenkonferenz in Tokio)	1 560,— DM
Prof. Dr. BUCHHEIT (Sichtung von noch nicht veröffentlichtem Material des <i>Thesaurus Linguae Latinae</i> in München)	300,— DM
Prof. Dr. BLASIUS (XI. Konvent der Int. Gesellschaft für Nahrungs- und Vital-Forschung in Salzburg)	100,— DM
Priv.-Doz. Dr. WEBERLING (Botanikertagung in Bonn)	75,— DM
Dr. ARMBRÜSTER (Seminar über „Ziele, Probleme und Methoden medizinischer Datendokumentation“ sowie 10. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation)	400,— DM
Dr. BRETSCHNEIDER-HERMANN (Symposium für industriellen Pflanzenbau)	230,— DM
Dr. JAGNOW (Symposium und Kolloquium der 3. Kommission der Int. Bodenkundlichen Gesellschaft in Braunschweig-Völkenrode)	200,— DM
Dr. FINGER (Round Table Conference on Adjuvants in Utrecht)	200,— DM
Doz. Dr. BENEKE und Dr. STROH (Tagung der Nordwestdeutschen Gesellschaft der Pathologen in Hannover und Besuch des Kongresses der Gesellschaft für Histochemie in Nijmegen)	600,— DM
Priv.-Doz. Dr. MERGNER (Meeresbiolog. Kolloquium in Bremerhaven)	150,— DM
Prof. Dr. GROBBECKER (Int. Arbeitstagung „Landarbeit“)	200,— DM
Dr. AMBURGER (Wissenschaftl. Studien am Gemeindearchiv in Amsterdam)	180,— DM
Prof. Dr. HUCKEMANN (Arbeitstagung über Funktionentheorie in Zürich)	180,— DM
Prof. Dr. ANKEL für 10 Doktoranden des Zoologischen Instituts (Jahresversammlung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft in Göttingen)	500,— DM
Dr. KAUTER (Deutscher Neuphilologentag in Freiburg)	60,— DM
Prof. Dr. GROBBECKER (Arbeitswirtschaftlicher Kongreß in Brüssel)	300,— DM
Prof. Dr. HEINRICHS (10. Congrès International de la Fédération internationale des Langues et Littératures Modernes in Straßburg)	300,— DM
Lektorin Frau MONTÉN-PREISNER (6. Studienkonferenz für Skandinavische Literatur in Uppsala)	600,— DM

B. Für Exkursionen wurden ausgezahlt:

An Prof. Dr. WEYL (Durchführung eines Kartierkurses und einer anschließenden Exkursion durch die Ostalpen)	886,— DM
An Prof. Dr. GROSS (Exkursion nach Italien)	1 000,— DM
An Prof. Dr. BLASIUS (Exkursion zum Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund)	800,— DM
An Prof. Dr. KERBER (Arbeitsexkursion nach Ober- und Mittelitalien)	900,— DM

C. Druckkostenzuschüsse wurden gegeben:

An Priv.-Doz. Dr. KÜHN (Vervielfältigung seiner Habilitationsschrift)	200,— DM
An Prof. Dr. UHLIG (Klischees für die <i>Gießener Geographischen Hefte</i>)	750,— DM
An Priv.-Doz. Dr. MERGNER (Farbklischees für Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Arbeit)	340,— DM
An Dr. SCHAWÉ, Direktor der Univ.-Bibliothek (Materialkosten des Katalogs der Gießener Inkunabeln)	1 000,— DM

D. Als Zuschüsse für die Durchführung wissenschaftl. Kolloquien, zur Finanzierung von Gastvorträgen und ähnl. erhielten:

Prof. Dr. v. DENFFER (Tagung der Länderdelegierten der Deutschen Botanischen Gesellschaft in Gießen)	120,— DM
Prof. Dr. FRIMMER (Interfakultatives Biochemisches Kolloquium im Wintersemester 1965/66)	500,— DM

Prof. Dr. SCHUMMER (Kongreß der Weltvereinigung der Veterinär Anatomen)	800,— DM
Prof. Dr. STAUDINGER („Robert-Feulgen-Gedächtnisvorlesung“)	150,— DM
Prof. Dr. CREMER (Kolloquium „Ergebnisse der Ernährungslehre bei Mensch, Tier und Pflanze“)	500,— DM
Prof. Dr. LUDAT (Veranstaltung anlässlich des 10jährigen Bestehens des „Ostinstituts“)	600,— DM
Prof. Dr. ANDERS (Auslagenvergütung für zwei Referenten aus Freiburg, die im Rahmen zweier Kolloquien an der hiesigen Universität sprachen)	300,— DM
Prof. Dr. GROSSMANN (für den gleichen Zweck)	450,— DM
Prof. Dr. SANDRITTER (Auslagenvergütung für Prof. Dr. GUTMANN, Prag)	200,— DM
Prof. Dr. HOPPE (Reisebeihilfen für die Herren Prof. BERTAUT, Grenoble, Dr. BAUGHAN, Shrivensham/Engl., und Dr. ROELOFSEN, Leiden)	470,— DM
Prof. Dr. CREMER (Ernährungswissenschaftliches Kolloquium im Sommersemester 1966)	500,— DM

E. Für verschiedene Zwecke wurden ausgezahlt:

An das „Ostinstitut“ für Übersetzungskosten	200,— DM
An den „Rektorfonds“ für Sonderausgaben	2 500,— DM
An die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät für besondere Ausgaben	800,— DM
An Prof. Dr. WOLL zur Erstattung von Reisekosten an 10 auswärtige Wissenschaftler (Vorbereitung der Berufungslisten)	1 202,10 DM
An die Veterinärmedizinische Fakultät für Unkosten durch den Besuch einer ausländischen Studentengruppe	300,— DM

Die Summe der bewilligten Beihilfen hat demnach 25 163,10 DM betragen.

Prof. HORN teilte weiterhin mit, daß die Bewilligung von Darlehen an Einrichtungen der Universität jetzt fortfällt, weil lediglich der Hessische Finanzminister berechtigt ist, Kredite aufzunehmen.

Der Vorsitzende berichtete ferner, daß wieder einige Beihilfeanträge abgelehnt werden mußten, weil entweder die Satzung der Gesellschaft die Bewilligung von Mitteln für die genannten Zwecke nicht gestattete oder die benötigten Mittel im Haushalt des Landes Hessen anzufordern waren bzw. die Möglichkeit gegeben schien, von anderen Stellen (DFG, Stiftung Volkswagenwerk u. a.) die erforderliche Hilfe zu erhalten.

In seinem Bericht fortfahrend dankte Prof. HORN dem Schriftführer, Professor LUDAT, für die Mühe, die er auf den Band 34 der *Nachrichten der Hochschulgesellschaft* verwandt hat. Er gab bekannt, daß die Kosten für den Band sich auf 13 753,82 DM belaufen haben und dazu für den Versand der Bände an die Mitglieder noch 1 044,80 DM ausgegeben worden sind. Wie in jedem Jahr habe auch diesmal der Magistrat der Stadt Gießen hierzu einen Betrag von 7 000,— DM zur Verfügung gestellt. Prof. HORN benutzte die Gelegenheit, Herrn Bürgermeister KÖTTER hierfür den Dank der Gesellschaft auszusprechen, verbunden mit dem Wunsch, daß der Magistrat im Jahre 1966 doch eine Erhöhung des Beitrags — evtl. bis zur Höhe der Gesamtkosten des Nachrichtenbandes — in Erwägung ziehen möge.

Die Kosten für den inzwischen erschienenen *Studienführer* hätten 13 901,50 DM betragen; der Firma Buderus, Wetzlar, die hierzu eine Beihilfe in Höhe von 7 000,— DM gegeben habe, gebühre besonderer Dank; die restlichen 7 000,— DM seien aus Mitteln der Hochschulgesellschaft zur Verfügung gestellt worden.

Prof. HORN kam dann kurz auf die *Gießener Hochschulblätter* zu sprechen. Er gab seiner Freude über die pünktliche und reibungslose Auslieferung der Hefte Ausdruck und berichtete, daß infolge Erhöhung des Preises für das einzelne Heft auf 0,75 DM die jährlichen Ausgaben der Gesellschaft hierfür jetzt ca. 2 400,— DM ausmachen, wozu noch die Kosten für den Versand an die einzelnen Mitglieder kommen.

Im Anschluß daran teilte der Vorsitzende mit, daß lediglich Prof. HINRICHSSEN im Rahmen der Erwachsenenbildung einige Vorträge gehalten hat, daß man jedoch in einer der letzten Vorstandssitzungen beschlossen habe, der Frage der Durchführung von Vortragsveranstaltungen wieder näher zu treten. Er wies kurz auf das erfreuliche Ergebnis der seinerzeit in Frankfurt am Main-Höchst durchgeführten Hochschulwochen hin und meinte, daß man Ähnliches wieder planen und durchführen solle, zumal mit der Ausweitung der Fakultäten — vor allem der Philosophischen — genügend Vortragende für diese Zwecke zur Verfügung stehen müßten.

Zum Schluß seines Berichts gab Prof. HORN bekannt, daß am 31. Mai 1966 der Mitgliederstand 776 betragen hat. Im Jahr 1965 ist ein Zugang von 33 Mitgliedern zu verzeichnen, dem ein Abgang von 12 Mitgliedern gegenübersteht, während 17 Zugänge und 8 Abgänge für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 5. 1966 zu nennen sind. Der Vorsitzende wies auf die Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung hin und sagte, daß eine Überprüfung der Mitgliederkartei ergeben hat, daß ca. 600 Hochschulangehörige (Professoren, Dozenten und Assistenten) nicht Mitglied der Förderergesellschaft der Universität sind. Er berichtete, daß Dr. FREUND, der sich um die Werbung besondere Verdienste erworben habe, die Aufgabe übernommen hat, brieflich an jeden der noch abseits stehenden Universitätsangehörigen heranzutreten und dazu die Herren Dekane um ihre Mitwirkung bei der Werbung zu bitten. — Prof. HORN schloß damit seinen Geschäftsbericht und stellte ihn zur Diskussion.

Prof. WEYL griff die Frage der Vortragsveranstaltungen auf und berichtete, daß in Hamburg und Schleswig-Holstein seitens der Universitäts-Förderergesellschaften auf diesem Gebiet vorbildliche Arbeit geleistet wird, daß die Veranstaltungen seit Jahren sehr gut besucht sind und einen festen Besucherkreis haben. Die Gesellschaften hätten auf diese Weise eine Möglichkeit, in die Breite zu wirken und für ihre Arbeit zu werben. Prof. WEYL gab zu, daß es keine kleine Aufgabe ist, etwas derartiges zu organisieren. Prof. LUDAT meinte hierzu, daß auch der Marburger Universitätsbund auf diesem Gebiet sehr rührig sei. Vor der endgültigen Festlegung von Vortragsterminen und -orten müsse man klären, auf welche Orte sich die Marburger Veranstaltungen dieser Art, bzw. die Veranstaltungen der Frankfurter Universität ausdehnen. Bürgermeister KÖTTER, der gefragt wurde, ob er glaube, daß sich über den „Städtetag“ etwas machen lasse, ist ebenfalls der Meinung, daß man sich vorher mit Marburg und Frankfurt am Main abstimmen müsse. Direktor NÜNIGHOFF wies darauf hin, daß bei der Firma Buderus in Wetzlar seit Jahren im Winterhalbjahr Veranstaltungen durchgeführt werden, die sehr beliebt sind. Er schlug vor, dieses Vorhaben der Hochschulgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer größeren Firma zu realisieren, die gegebenenfalls die Partnerschaft hierfür übernehme, zumal man — wie Prof. LUDAT feststellte — mit nicht unerheblichen Kosten für Honorare und dergl. rechnen müsse. Rechtsanwalt GORDAN ist ebenfalls der Auffassung, daß man diese Anregungen aufgreifen und evtl. in Wetzlar den Anfang machen solle, das eine Reihe größerer Firmen habe, die man gewinnen könne. Die Thematik der Vorträge müsse allerdings interessant sein. Er meinte, daß sich diese Frage jetzt nicht ausdiskutieren lasse, und empfahl, im nächsten Jahr einmal in Wetzlar den Versuch zu machen.

Damit wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorsitzenden abgeschlossen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Gemäß der Tagesordnung gab anschließend Direktor PFAFF als stellvertretender Schatzmeister den Rechnungsbericht für das Jahr 1965, demzufolge den Einnahmen von insgesamt 184 118,18 DM Ausgaben in Höhe von 197 557,82 DM gegenüberstehen, so daß ein Verlust von 13 439,64 DM zu verzeichnen ist; außerdem ist ein Kursverlust von 12 878,75 DM entstanden. Herr PFAFF erläuterte die Bilanz zum 31. 12. 1965, gab die Gewinn- und Verlustrechnung bekannt, die einen Verlust von insgesamt 26 318,39 DM ausweist, und erklärte, wie sich die Einnahmen und Ausgaben zusammensetzen. Rechnungsbericht und Bilanz

zum 31. 12. 1965 sind dieser Niederschrift beigelegt. Herr PFAFF stellte zum Schluß fest, daß im vergangenen Jahr 13 000,— DM mehr ausgegeben worden seien, als auf der Einnahmenseite zur Verfügung standen, und empfahl, Überlegungen anzustellen, was zu tun sei, um mehr Mittel zu bekommen. Er wies darauf hin, daß der Betrag, über den die Gesellschaft verfügen kann, sich lediglich aus den Mitgliederbeiträgen, den nicht zweckgebundenen Zuwendungen und den Zinserträgen aus dem Kapital zusammensetzt, also verhältnismäßig gering ist. Prof. HORN dankte Herrn PFAFF und stellte den Rechnungsbericht zur Diskussion.

Direktor NÜNIGHOFF äußerte dazu, daß offensichtlich der größte Teil der Beträge zweckgebunden gegeben werde, so daß die Hochschulgesellschaft in diesem Falle nur eine Verwaltungsaufgabe zu erfüllen habe. Rechtsanwalt GORDAN warf die Frage auf, ob man die Wertpapiere behalten solle, da die Möglichkeit weiterer Kursverluste doch gegeben sei. Direktor PFAFF antwortete, daß bei dem augenblicklichen Stand der Kurse der Verkauf von Wertpapieren nicht verantwortet werden könne. Prof. WOLL fragte, ob es nicht möglich sei, Geschäfts- und Kassenbericht vor der Hauptversammlung zur Durchsicht zu bekommen, und regte an, diese Frage doch seitens des Vorstandes zu überprüfen. Er vertrat den Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der Hochschulgesellschaft sei, Vermögen zu bilden, und wies — im Hinblick auf die Aufbauprobleme der Universität — darauf hin, daß mit dem Kapital von 258 000,— DM eine Reihe vordringlicher Aufgaben erledigt werden könne. Der Vorsitzende äußerte dazu, daß der weitere Auf- und Ausbau der Universität eine staatliche Aufgabe sei und ebensowenig wie die Forschungsaufgaben von einer Förderergesellschaft finanziert werden könne; für letztere stünden der Stifterverband, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Stiftung Volkswagenwerk u. a. zur Verfügung.

Prof. RAMM forderte, daß die Universität Gießen, die als eine wiederaufgebaute Hochschule nicht die Vorteile einer neuerrichteten Universität genieße und viele ungelöste Probleme habe, stärker als bisher durch ihre Förderergesellschaft unterstützt werden müsse. Er glaube, daß im Falle einer größeren Aktivität der Hochschulgesellschaft auch die Wirtschaft (Handel und Industrie) größeres Interesse zeigen werde, in der Förderergesellschaft mitzuarbeiten.

Prof. HORN äußerte, daß er sich bei den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung mit der Frage der stärkeren Heranziehung von Förderern und Mitarbeitern aus den Kreisen des Handels und der Industrie noch befassen wolle. Die Frage, die noch einmal eindeutig gestellt wurde, lautete: Soll die Hochschulgesellschaft überhaupt Vermögen bilden, oder soll das Vermögen ausgegeben werden?

Magnifizenz Prof. KEPP sagte, daß ein großer Teil der gewährten Beihilfen aus den Zinsen des vorhandenen Kapitals kommt, die wegfallen würden, sobald man kein Kapital mehr besitzt. Die zur Verfügung stehenden Mittel würden sich dann lediglich aus den Mitgliederbeiträgen und etwaigen, nicht zweckgebundenen Sonderzuwendungen und Spenden zusammensetzen. Prof. MOSEBACH meinte, daß es nicht vertretbar sei, das Vermögen einfach auszugeben, das für die Hochschulgesellschaft eine dauernd fließende Einnahmequelle darstelle.

Prof. HEDTKAMP wollte von Direktor PFAFF wissen, ob das Vermögen auch so günstig wie möglich, d. h. mit Aussicht auf den höchstmöglichen Ertrag, angelegt sei. Herr PFAFF entgegnete, daß die Möglichkeit einer langfristigen Anlage nur in beschränktem Umfang gegeben ist, da in den genannten Beträgen auch zweckgebundene Spenden enthalten sind, die jederzeit vom Empfänger abgerufen werden können.

Am Schluß der Diskussion beantragte Prof. HEINRICHS, die Hauptversammlung möge dem Vorstand für Geschäfts- und Rechnungsbericht Entlastung erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3 und 4 der Tagesordnung

Der Vorsitzende kam kurz auf die Entwicklung der Universität in der Nachkriegszeit zu sprechen und auf die ungeheure Ausweitung ihrer Aufgaben. Er sagte, daß die Hochschule in den Räumen, in denen sie angesiedelt sei, Wurzeln

schlagen, d. h. heimisch werden müsse und daß sie zu ihrem Gedeihen eine Zone des Wohlwollens brauche. Es sei nun Aufgabe der Hochschulgesellschaft, eine solche Atmosphäre zu schaffen. Dazu benötige sie Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung, die sich für die Geschicke und Probleme ihrer Universität interessieren und an ihrer Entwicklung teilnehmen. Aus diesem Grunde sei es notwendig, immer wieder neue Mitglieder zu werben und sie zu Freunden der Universität zu machen. Diese sollten nur mit einem bescheidenen Beitrag einen Teil der Kosten tragen helfen, die der Gesellschaft erwachsen.

Zur Bewältigung der an die Förderergesellschaft herantretenden neuen und größeren Aufgaben sei jedoch noch anderes notwendig. Man habe sich daher in der letzten Vorstandssitzung überlegt, daß — ähnlich wie in anderen Förderergesellschaften — ein erweiterter Vorstand oder noch besser ein Beirat aus Vertretern der Wirtschaft geschaffen werden solle. Dieser Beirat könnte der Universität in Fragen des Ausbaus, der Geländebeschaffung, in Bau- und wirtschaftlichen Fragen beratend zur Seite zu stehen und sollte vor allem bereit sein, in das Aufgabengebiet der Hochschulgesellschaft fallende Projekte zu initiieren oder u. U. gar aus eigenen Mitteln voll zu finanzieren.

Man habe gleich an die Schaffung eines Beirates oder Förderer-Beirates gedacht und daher den Punkt „Satzungsänderung“ auf die Tagesordnung gesetzt. Inzwischen sei man jedoch zu der Auffassung gekommen, daß es richtiger wäre, vorerst nur den erweiterten Vorstand zu bilden, was ohne Satzungsänderung geschehen könne. Es gelte, zunächst einmal Erfahrungen zu sammeln. Später sei die Umwandlung des erweiterten Vorstandes in einen Beirat mit Zustimmung der Hauptversammlung ohne weiteres möglich.

Magnifenz KEPP sagte, daß er die Schaffung eines derartigen Beirates begrüßen würde, der gegebenenfalls die Aufgaben des früheren Universitäts-Beirates übernehmen könne. Nach dem Erlaß des neuen Hochschulgesetzes existiere dieser nicht mehr. Es sei jetzt der Initiative der Universität überlassen, ob wieder ein solcher Beirat geschaffen werde oder nicht. Der vorgesehene Beirat der Hochschulgesellschaft könne evtl. an dessen Stelle treten. Er verspreche sich von der Mitarbeit eines solchen aktiven Gremiums für die Universität sehr viel.

Rechtsanwalt GORDAN stimmte der Schaffung eines Beirates als eines besonderen Gremiums, das unabhängig vom geschäftsführenden Vorstand gewisse Aufgabengebiete übernehme, zu. Bürgermeister KÖTTER meinte, man sei sich grundsätzlich über die Schaffung eines erweiterten Gremiums einig; er schlage vor, in den Vorstand die Herren aufzunehmen, die sich bereit erklärt hätten, aktiv mitzuarbeiten, und diesem erweiterten Vorstand wie seither den geschäftsführenden Vorstand an die Seite zu stellen. Die Umwandlung des Vorstandes in einen Beirat sei dann ein zweiter Schritt.

Direktor PFAFF empfahl, den Vorstand in seiner Gesamtheit zu beauftragen, für die nächste Hauptversammlung eine Vorlage auszuarbeiten, wonach ein Beirat mit bestimmten Aufgaben geschaffen bzw. der derzeitige erweiterte Vorstand in einen Beirat umgewandelt werden solle. Der geschäftsführende Vorstand solle nach wie vor bestehen bleiben und die ihm obliegenden Aufgaben erledigen.

Am Ende einer lebhaften Debatte, bei der sich die Mehrzahl der Diskutierenden für die Bildung eines Beirates aussprach, stellte Prof. RAMM, der sich ebenfalls für die Bildung eines Beirates eingesetzt hatte, folgenden Antrag:

1. die von Prof. HORN und Magnifenz KEPP für die Mitarbeit gewonnenen sieben Herren in den Vorstand zu wählen,
2. den Vorstand zu ermächtigen, zur Vorlage bei der nächsten Hauptversammlung eine Satzungsänderung auszuarbeiten, wobei er ernsthaft erwägen soll, ob die Schaffung eines Beirates zweckmäßig sei oder ob man bei dem erweiterten Vorstand bleiben wolle,
3. Überlegungen anzustellen, ob es nicht ratsam sei, schon im Herbst d. J. eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, um ihr die erarbeiteten Vorschläge zu unterbreiten.

Zwei Mitglieder enthielten sich der Stimme, alle anderen stimmten dem Antrag zu.

Daraufhin schlug der Vorsitzende vor, folgende Herren, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, in den erweiterten Vorstand der Hochschulgesellschaft zu wählen:

Fabrikant WALTER DÜRBECK, Lauterbach, Präsident der Industrie- und Handelskammer Gießen
 Direktor ROBERT NÜNIGHOFF, Präsident der Industrie- und Handelskammer Wetzlar, Vorstand der Hessischen Berghütte AG
 Direktor OTTO PFLUG, Norddeutsche Hagelversicherung, Gießen
 Dr. WALTER RUMPF, Fabrikant, Gießen
 FRANZ VOGT, Fabrikant, Gießen
 Oberregierungsrat Dr. WILHELM WAHLERS, Kanzler der Justus Liebig-Universität, Gießen
 Dr. HANS WILHELMI, Fabrikant, Dorlar

Die genannten Herren wurden einstimmig von allen anwesenden Mitgliedern gewählt.

Im Anschluß daran wies Prof. HORN darauf hin, daß die Amtszeit folgender Vorstandsmitglieder abgelaufen und Wiederwahl erforderlich sei:

Direktor KETTER
 Direktor FREUND
 Direktor BLEYER
 Prof. Dr. LUDAT

Prof. LUDAT bat, von einer Wiederwahl seiner Person abzusehen, erklärte sich jedoch auf Vorstellungen des Vorsitzenden hin bereit, noch begrenzte Zeit mitzuarbeiten. Die nicht anwesenden Herren BLEYER, KETTER und FREUND hatten sich damit einverstanden erklärt, im Falle einer Wiederwahl weiterhin im Vorstand zu verbleiben. Die vier Herren wurden für drei Jahre wiedergewählt.

Da zum Punkt 5 „Verschiedenes“ nichts mehr zu berichten war und keine Wortmeldungen mehr vorlagen, schloß Prof. HORN mit einem Dank an die Teilnehmer die Hauptversammlung.

Gießen, den 8. Juli 1966

Prof. Dr. Dr. h. c. V. HORN, Vorsitzender

Bilanz zum 31. 12. 1965

Aktiva		Passiva
Bankguthaben . . .	DM 95 201,33	Noch nicht verfügte
Postscheckguthaben .	DM 1 517,24	Spenden
Sparguthaben . . .	DM 129 106,87	— zweckgebunden —
Wertpapiere		Vermögen
(nom. DM 161 000,—)	DM 148 565,—	DM 118 197,28
Darlehen	DM 2 500,—	DM 258 693,16
Verwaltete Spar-		
guthaben DM 13 095,66	—	
	<u>DM 376 890,44</u>	<u>DM 376 890,44</u>

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. 1. bis 31. 12. 1965

Aufwendungen	Erträge
Zuwendungen	Mitgliedsbeiträge
— Verfügung GHG	DM 20 025,—
Nachrichten u. a.	Sonderbeiträge
DM 33 556,—	DM 23 400,—
Porto	Zinsen
DM 36 022,77	DM 14 939,32
Verwaltungskosten	Sonstige Einnahmen
DM 704,85	DM 463,64
Verschiedenes	Verlust
DM 1 678,98	DM 26 318,39
Kursverluste Wertpap.	
DM 305,—	
DM 12 878,75	
DM 85 146,35	DM 85 146,35

Rechnungsbericht für das Jahr 1965

Einnahmen

Mitgliedsbeiträge	DM 20 025,—
Sonderbeiträge	DM 23 400,—
Zweckgebundene Spenden 1965	DM 113 460,—
+ Abbuchung von Konto „Noch nicht verfügte Spenden — zweckgebunden“	DM 11 830,22
	DM 125 290,22
Zinsen	DM 14 939,32
Sonstige Einnahmen	DM 463,64
	DM 184 118,18

Ausgaben

Zuwendungen	DM 33 556,—
Zweckgebundene Zuwendungen	DM 125 290,22
Nachrichten u. a.	DM 36 022,77
Porto	DM 704,85
Verwaltungskosten	DM 1 678,98
Verschiedenes	DM 305,—
	DM 197 557,82
Verlust 1965	DM 13 439,64

Kassenrechnung

Eigenes Bank- und Postscheckguthaben 31. 12. 1964	DM 105 967,80
Zurück erhaltene Darlehen 1965	DM 15 100,—
	DM 121 067,80
./. Verlust 1965	DM 13 439,64
Eigenes Bank- und Postscheckguthaben 31. 12. 1965	DM 107 628,16
Fremdes Bankguthaben 31. 12. 1965	
(noch nicht verfügte Spenden — zweckgebunden)	DM 118 197,28
	DM 225 825,44

Vermögensrechnung

Eigenes Bank- und Postscheckguthaben	DM 107 628,16
Darlehensforderung	DM 2 500,—
Wertpapiere	DM 148 565,—
	DM 258 693,16

Mitarbeiterverzeichnis

- Prof. Dr. med. vet. Helmut Bartels, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät, Ordinarius für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde an der Universität Gießen; Lich, Goethestraße 8.
- Prof. Dr. phil. František Graus, Abteilungsleiter des Historischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag, Ordinarius für Tschechoslowakische Geschichte an der Universität Prag; Prag, Jiřská 3.
- Prof. Dr. phil. Walter Hatto Gross, Ordinarius für Archäologie an der Universität Gießen; Gießen, Eichendorffring 154.
- Dr. phil. Klaus-Detlev Grothusen, Privatdozent für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität Gießen; Gießen, Pestalozzistraße 77.
- Prof. Dr. phil. Hans Georg Gundel, Oberstudienrat, Honorarprofessor für Alte Geschichte an der Universität Gießen; Gießen, Am Alten Friedhof 20.
- Dr. phil. Adolf Otto Jäger, Privatdozent für Psychologie an der Universität Gießen; Gießen, Grünberger Straße 8.
- Prof. Dr. med. Richard Kepp, Prorektor, Ordinarius für Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Gießen; Gießen, Klinikstraße 28.
- Prof. Dr. phil. Ottmar Kerber, Wissenschaftlicher Rat und Professor für Kunst- und Kulturgeschichte an der Universität Gießen; Gießen, Alicenstraße 22.
- Prof. Dr. phil. Inge Leimberg, Ordinaria für Englische Philologie an der Universität Gießen; Gießen, Eichendorffring 154.
- Prof. Dr. phil. Hans Linser, Prodekan der Landwirtschaftlichen Fakultät, Ordinarius für Pflanzenernährung an der Universität Gießen; Gießen, Westanlage 19.
- Prof. Dr. phil. Helge Pross, Ordinaria für Soziologie an der Universität Gießen; Königsberg, Kr. Wetzlar, Schulstraße.
- Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Hugo Spatz, em. Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung in Frankfurt; Frankfurt, Deutschordenstraße 46.
- Dr. med. Friedrich Spiegl, Chefarzt der Balsenerischen Stiftung in Gießen; Gießen, Wilhelmstraße 14.
- Dr. phil. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung; Bad Godesberg, Luisenstraße 46.

Inhalt des Bandes 34

- RICHARD KEPP
Aktuelle Probleme der Hochschulreform
- RUDOLF MOSEBACH und RICHARD WEYL
Walther Klüpfel (1888—1964)
- MAX FRIMMER
In memoriam Werner Grab
- WULF EMMO ANKEL
In memoriam Harald Teichmann (1924—1965)
- MARGRET BOVERI
Reinhard Dohrn — Ein Leben für die Zoologische Station Neapel
Mit einem Nachwort von WULF EMMO ANKEL
- WALTER BOGUTH
Über die Wirkungsweise des Vitamin E
- RICHARD KEPP
Die Entwicklung der Universitäts-Frauenklinik Gießen
- HERMANN GOECKE
Wandel in Gynäkologie und Geburtshilfe im Laufe der letzten 50 Jahre
- HARALD UHLIG
Das Neue Schloß als Geographisches Institut — Frühe geographische Vorlesungen — Die Gießener Geographen von Schlagintweit und Wilhelm Sievers
- HERMANN LAUTENSACH
Grußworte der ehemaligen Gießener Geographen
- WOLFGANG PANZER
Fritz Klute — der Lehrer, Forscher und Künstler
- WALTHER MANSHARD
Landbesitz in Tropisch-Afrika — Ein Beitrag zur geographischen Analyse der Agrarverfassungen
- KLAUS-DETLEV GROTHUSEN
Zehn Jahre Osteuropaforschung in Gießen
- ANGELICUS KROPP
Oratio Mariae ad Bartos — Ein koptischer Gebetstext aus den Gießener Papyrus-Sammlungen
- HANS WILHELM KLEIN
Lateinisches und Romanisches in den Reichenauer Glossen
- HANS SCHABRAM
Andreas und Beowulf — Parallelstellen als Zeugnis für literarische Abhängigkeit
- GÜNTER NEUMANN
Russennorwegisch und Pidginenglisch — Beobachtungen zum Bau von Behelfssprachen
- WILHELM ALBERT VON BRUNN
Kelten, Germanen und Slawen im südöstlichen Mitteleuropa — Eine archäologische Bilanz
- HANS-DIETRICH KAHL
Der Übergang von der Antike zum Mittelalter im Lebensgang des Cassiodorus Senator
- KLAUS ZERNACK
Preußen als Problem der osteuropäischen Geschichte

Dieser Band ist — ebenso wie die früheren — durch den
WILHELM SCHMITZ VERLAG IN GIESSEN
zu beziehen.